Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften



Peter Paul Zahl: Mundraub Ideologische Modernisierung der Rechten Leggewie, Zahn, Reusswig, Jehle, Hardisty, Petchesky Ästhetik und Schrecken bei Weiss und Jünger Vorbereitung der Währungsreform im NS Bourdieu zu Heidegger

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter

Heinz-Harald Abholz (Berlin), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Georg Auernheimer (Marburg), Ursula Beer (Bielefeld), Theodor Bergmann (Stuttgart), Jutta Brückner (Berlin), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei † (Wien), Kuno Füssel (Münster), Karlheinz A. Geißler (München), Helmut Gollwitzer (Berlin), Heiko Haumann (Freiburg), Josef Held (Tübingen), Jutta Held (Osnabrück), Eike Hennig (Kassel), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin), Urs Jaeggi (Berlin), Baber Johansen (Berlin), Heiner Keupp (München), Arno Klönne (Paderborn), Michael Krätke (Amsterdam), Annette Kuhn (Bonn), Thomas Metscher (Bremen), Oskar Negt (Hannover), Brita Rang (Amsterdam), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Antje Vollmer (Bielefeld), Rainer Zoll (Bremen)

Redaktion

Dieter Borgers, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Birgit Jansen, Peter Jehle, Helga Karl (z.Zt. beurlaubt), Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jo Rodejohann, Werner van Treeck, Thomas Weber, Frieder O. Wolf, Erich Wulff

Autonome Frauenredaktion

Sünne Andresen, Claudia Gdaniec, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Gisela Jakob, Birgit Jansen, Barbara Ketelhut, Andrea Krug, Martina Löw, Jutta Meyer-Siebert, Nora Räthzel, Eva Stäbler, Ellen Woll

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien

Redaktionsanschrift

Onkel-Tom-Straße 64a, 1000 Berlin 37, Telefon: (030) 813 50 24

Verlagsleitung: Georg Stenzaly

Umschlaggestaltung: Johannes Nawrath Foto: © Stern/Dieter Bauer

Verlagsanschrift

Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13, Telefon: (040) 45 60 18 und 45 36 80

Auslieferung für Buchhandel

Rotation, Mehringdamm 51c, 1000 Berlin 61, Telefon: (030) 692 79 34

Abo-Auslieferung

Hundertmorgen, Postfach 11 52, 6107 Reinheim 2, Telefon: (06162) 16 74

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1988 in 6 Heften (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 14,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose II,- DM. Jahresabo 72,- DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57,- DM zzgl. Versand. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2-fache Ausfertigung). Autoren, die mit »Microsoft Word« arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll-Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationshen ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postgiroamt

Inhalt

Editorial	631
Erinnerung an August Soppe	633
Günther Anders: Ultima (IV)	637
Peter Paul Zahl: Mundraub	638
Ideologische Modernisierung der Rechten	
Claus Leggewie Die Konservativen und die Zukunft	639
Horst-Dieter Zahn »Wertewandel« und technokratischer Konservatismus	652
Fritz Reusswig	
Technik und Ökologie im Diskurs des Neokonservatismus und seiner Kritiker	663
Peter Jehle	
Noelle-Neumann oder Die bedingungslose Rehabilitation der Deutschen	676
Jean V. Hardisty Küchentisch-Antikommunismus. Die konservative US-Frauenbewegung	683
Rosalind Pollack Petchesky Föten-Bilder. Die Politik der Reproduktion und die Macht der Sehkultur	691
* * *	
C.H. Hermansson: Über Bucharins »Imperialismus und Weltwirtschaft«	703
J.C. Bengtsson: Die »Ästhetik des Widerstands« in der schwedischen, der westdeutschen und der DDR-Fassung	705
H. Kiesel: Ästhetik des Widerstands vs. Ästhetisierung des Schreckens	710
M. Brackmann: Zur Vorbereitung der Währungsreform im NS	715
Interview mit Pierre Bourdieu zur Heidegger-Kontroverse (H. Woetzel)	723
M. Jungehülsing: Akkumulationsdebatte und Bauernfrage in Nicaragua	727
F.Haug: Ariadne spinnt den Faden noch oder gibt es überhaupt eine feministische Kriminalliteratur?	731
Intervention: Modernisierungstheorie (S.Immerfall)	735
Kongreßberichte	
Wandel in der DDR; Westberliner Volksuni; Gramsci; Israelisch- Palästinensischer Dialog; Linke Zeitschriften; Alternative Ökonomie.	738
Besprechungen	
Gegenwartsliteratur; Stadt- und Sozialpolitk; Alltag und Erziehung; Beziehungsdiskurse; Sozialgeschichte, Zeitgeschichte; Mariátegui;	
Ökologische Ökonomie	749
Verfasser/innen: Zeitschriftenschau: Summaries	795

II Inhalt

Sprach- und Literaturwissenschaft	
Krenzlin, Norbert (Hrsg.): »Ästhetik des Widerstands«. Erfahrungen mit dem Roman von Peter Weiss (J. Magenau)	749 751 752
marer Republik (HC.Oeser)	754
Soziologie	
Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel: Neue Urbanität (S. Krätke) Bullock, Nicholas, und James Read: The movement for housing in Germany and France 1840-1914 (D. Schubert)	755 758
Miller-Lane, Barbara: Architektur und Politik in Deutschland 1918-1945 (D.Schubert)	758
Harlander, Tilman, und Gerhard Fehl (Hrsg.): Hitlers Sozialer Wohnungsbau 1940-1945 (D.Schubert)	758
Kreutz, Henrik, u.a.: Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags (R. Hünlich)	760
Dewe, Bernd, u.a.: Professionalisierung — Kritik — Deutung. Soziale Dienste zwischen Verwissenschaftlichung und Wohlfahrtskrise (H. Keupp)	761
Erziehungswissenschaft	
Zimmer, Jürgen, und Elisabeth Niggemeyer: Macht die Schule auf, laßt das Leben rein. Von der Schule zur Nachbarschaftsschule (S.Schnurr)	764
gegen den geächteten wie den geachteten Rassismus (A. Bernhard) Ulmann, Gisela: Über den Umgang mit Kindern. Orientierungshilfen für	765 766
den Erziehungsalltag (J. Bratz)	768 768
Isenberg, Wolfgang: Geographie ohne Geographen. Laienwissenschaftliche Erkundungen, Interpretationen und Analysen der räumlichen Umwelt in	, 00
Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und Tourismus (H.Mücke)	768
agogik? (HJ.Lichtenberger)	769 770
Mathes, Rainer: Gesamtstaatliche Bildungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland (M.Daxner)	770
Psychologie Rommelspacher, Birgit (Hrsg.): Weibliche Beziehungsmuster. Psychologie und Therapie von Frauen (B.Jansen)	771
Norwood, Robin: Wenn Frauen zu sehr lieben. Die heimliche Sucht, gebraucht zu werden (B. Rommelspacher)	771
Badinter, Elisabeth: Ich bin Du. Die neue Beziehung zwischen Mann und	
Frau oder Die androgyne Revolution (M.Sklorz-Weiner u. H.Weinbach) (Entragrupa So	776

Editorial

Als Rücksturz in die Adenauerära hätte sich die »Wende« zwar kaum jemand vorgestellt — aber als »Wende in die Zukunft«? Die neokonservative Offensive präsentiert sich als Modernisierungsdiskurs. Der Zeitgeist spielt mit, untermalen doch alternative Sphärenklänge von »Wendezeit« und »New Age« die Phantasmen der kommenden »Informationsgesellschaft« in den Köpfen konservativer Futuristen. Wobei das vertraute »konservativ« eher wie ein Monokel auf dem neuen Gesicht des Kapitals sitzt. Wie Marx gezeigt hat, ist der Kapitalismus »revolutionär« in bezug auf seine technologische Basis. Die gegenwärtige wissenschaftlichtechnische Revolution hat, in allen Regionen und Gesellschaftsformen des Globus, gewohnte Formen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens veralten lassen oder destabilisiert. Das Ende der »fordistischen« Arbeitswelt brachte die Hegemoniekrise des sozialdemokratisch-keynesianischen Modells: Konzeptionen, es mit der neuen Produktionsweise kompatibel zu machen (Peter Glotz), kamen nicht recht zum Zug. Nicht ohne Erfolg arbeitete die Rechte an der politischen Überformung des Übergangs zur High-Tech-Produktionsweise, nutzte die Gunst der Stunde zur sozialpolitischen Revanche. Es ist wie ein neuer Sozialdarwinismus leistungsstarker Eliten mit Computer und Gentechnologie, mit neuen Ausgriffen nach Weltmacht auf dem Weltmarkt, was da geschichtsmächtig zu werden droht. Die Zukunftsmusik der Neokonservativen übertönt das sozial Reaktionäre ihres Projekts. »Mut zur Zukunft!« So skandiert es von rechts. »Zukunft kommt von selbst, Fortschritt nur mit uns«, replizierte das SPD-Parteitagsmotto. Aber das ist zunächst nicht viel mehr als eine rhetorische Retourkutsche. Viel bleibt zu tun, bevor es gelingt, den zweideutigen Potenzen der Hochtechnologie eine sozial- und naturverträgliche Form zu geben.

Von links stellt sich die ideologische Modernisierung der Rechten gelegentlich dar als der aussichtslose Versuch, mit der Aufklärung gegen dieselbe etwas ausrichten zu wollen. In der Tat müssen sie mit Widersprüchen operieren — dementiert doch die erdumspannende Macht des transnationalen Kapitals mit seinem Uniformismus unterhalb der bunten Mannigfaltigkeit von »Angeboten« den anthropologisch aufgemotzten Kult der Elite freiheitlich-leistungsorientierter Individuen. Aber ein — wie immer bestimmtes — »Dilemma des Konservatismus« (Greiffenhagen) besagt nichts über seine Anpassungsfähigkeit, die in diesem Heft analysiert werden soll.

Claus Leggewie rekapituliert dessen historische Lernschritte und zeigt aktuelle Bruchlinien und Richtungskämpfe zwischen einer technokratischen und einer fundamentalistisch-christlichen Linie. Sie durchziehen auch den philosophischen Braintrust der konservativen Modernisierer, der im Zentrum mehrere Beiträge steht: Die »Ritter-Schule« (Lübbe, Marquard, Spaemann, Rohrmoser) betrieb seit den fünfziger Jahren die Entmythologisierung des Verhältnisses von »Herkunft« und »Zukunft« und befreite den intellektuellen Konservatismus vom Ballast kulturkritischer Klage. Horst-Dieter Zahn zeigt den aufgeklärten Pragmatismus, mit dem Lübbe u.a. im baden-württembergischen Regierungsauftrag den »Wertewandel« analysierten. Fritz Reusswig zieht untergründige Übereinstimmungen zwischen Vertretern der »Kompensationstheorie« (im Anschluß an

632 Editorial

Ritter) und ihren Kritikern von der »Kommunikationstheorie« (Habermas) ans Licht: die kapitalistische Entwicklungsdynamik wird gegen Kritik immunisiert (gemeinsamer Bezug auf Luhmanns Systemtheorie), das Heil im Kompensieren ihrer Schäden durch die Sinnressourcen »Lebenswelt«, »Kultur« oder »common sense« gesucht. Ausgehend vom Ökologieproblem, das beide Paradigmen ausblenden, wird eine alternative Kritikstrategie entworfen, die der diskursiven »Fortschrittsfalle« entgehen kann.

Die neue, das Zukunfts-Bild der neuen Rechten funktionalisierende Leistungsethik reorganisiert wiederum das Verhältnis zur Vergangenheit. Elisabeth Noelle-Neumann, deren Interesse am »Schlußstrich« auch ein persönliches ist, liefert dazu Material mit einer Umfrage nach dem »Stolz« der Deutschen. *Peter Jehle* hat es sich angesehen.

Um die neokonservative Offensive in der Frauenpolitik zu begreifen, ist ein Blick in die USA lehrreich. Jean Hardisty analysiert, wie Frauen-Forderungen in den patriarchalen Diskurs der Neuen Rechten eingegliedert wurden und, nicht minder paradox, wie dieser eine gut organisierte rechte Frauenbewegung konstituieren konnte. Rosalind Pollack Petchesky untersucht am Film Der stumme Schrei die Indienstnahme neuer Visualisierungstechniken zu Anti-Abtreibungskampagnen, die den Fötus als »Person« mystifizieren. Sie entwickelt Vorschläge für eine feministische Politik, die der Ambivalenz der neuen Reproduktionstechniken gerecht wird und das Terrain des Visuellen einbezieht.

Am 9. Oktober 1888 ist Nikolai Bucharin geboren, einer der bedeutendsten sowjetischen Ökonomen und Theoretiker. Wie so viele andere Weggefährten Lenins ist er von Stalin vor 50 Jahren mit Folter und Fälschung zum »geständigen Verbrecher« gemacht und hingerichtet worden (zur Kampagne für seine Rehabilitierung siehe *Argument* 113, 123). 1988 ist Bucharin endlich offiziell rehabilitiert worden. Aus Anlaß seines hundertsten Geburtstags bringen wir eine Notiz des schwedischen Kommunistenführers C.H. Hermansson, der die Aktualität der Bucharinschen Imperialismustheorie herausstellt.

Zweimal Peter Weiss: Der Autor der Ästhetik des Widerstands hatte gesundheitlich nicht mehr die Kraft, bei seinem bundesdeutschen Verleger die Wiederherstellung der Originalversion durchzusetzen, die er jedoch der DDR-Ausgabe zugrunde legte. Jan Christer Bengtsson zeigt an Beispielen Art und Umfang der Abweichungen. Helmuth Kiesel korrigiert den Versuch von Karl-Heinz Bohrer, das Widerständige von Weiss' Ästhetik in eine »Ästhetik des Schreckens« (à la Ernst Jünger) umzudeuten.

Die Währungsreform, deren 40. Jahrestag offiziell gedacht wurde, gilt nicht nur den Zeitgenossen als eigentlicher Gründungsakt der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. *Michael Brackmann* hat rekonstruiert, wie sie bereits ab 1943 in Kooperation von Teilen des NS-Machtapparats, kapitalistischen Eliten und Wissenschaflern konzipiert wurde. — *Pierre Bourdieu*, der vor bald 15 Jahren die soziologischen Bedingungen für Heideggers philosophischen »Irrtum« analysierte, erklärte uns in einem Interview, weshalb Philosophen immer noch auf gleiche Weise »irren« können. — *Mechthild Jungehülsing* berichtet vor dem Hintergrund der berühmten Planungsdebatte auf Kuba über die theoretischen Probleme, die heute in Nicaragua diskutiert werden.

TL/TW/WFH

Redaktionelle Mitteilungen

Helga Karl hat sich für ein Jahr in ihrer Funktion als Redakteurin beurlauben lassen. Aus beruflichen Gründen kann sie solange die Zeit für Redakteursarbeit nicht aufbringen. Sie bleibt Mitglied der Redaktion. — Mit dem Umzug der Verlagsleitung nach Hamburg hat sich auch die Redaktionsanschrift geändert: Onkel-Tom-Straße 64a, 1000 Berlin 37 (Telefon: 030 / 813 50 24).

Verlagsmitteilungen

»Im Dschungel der Hörsäle« geht Frauengrundstudium 4 (SH 69) lernbehinderndem Konkurrenzverhalten und Opfer/Täter-Strukturen nach. Theorien zum System Universität werden auf ihre feministische Verwendbarkeit geprüft, feministische Kritikansätze vorgestellt und diskutiert. — In der Reihe Literatur im historischen Prozeß erscheint verspätet Bd.19: Jüdische Intelligenz in Deutschland (hrsg. v. Jost Hermand und Gert Mattenklott; AS 157). Der Band spannt historisch den Bogen von der Spätaufklärung hin zur Gegenwartsliteratur (Arnold Zweig, Peter Weiss, Jurek Becker) und zur Situation linker Juden in der Bundesrepublik. — LHP 23: Die Fremdheit der Sprache (AS 177) will demonstrieren, daß ein sprachliches Krisenbewußtsein, möglicherweise das Verspüren eines sprachlichen Mangels überhaupt den »Reichtum« moderner litarischer Erfahrung bedingt hat. — Mit der »Bremer Shakespeare Company« befaßt sich Gulliver 24: Shakespeare als Volkstheater (hrsg. v. Dieter Herms und Thomas Metscher). Versucht wird ein Brückenschlag zu aktuellen Tendenzen der internationalen Shakespeareforschung, aber auch zur feministischen Theaterkritik.

30 Jahre Argument: siehe S.636. — Noam Chomsky: Die fünfte Freiheit: siehe S.702. — Ariadne-Krimis: siehe S.731-734. — Cynthia Cockburn: Die Herrschaftsmaschine: siehe S.VIII.

Erinnerung an August Soppe

August Soppe ist tot.

Von seinem Leben hat er wenig erzählt. Gelegentlich machte es ihm Spaß, mit der Bemerkung zu verblüffen, daß er bis zum Abitur das Bischöfliche Knabenkonvikt Osnabrück besucht habe. Einmal bemerkte er ebenso stolz wie beiläufig in Berlin, seine Mutter werde ihn besuchen. Sie habe sich, an Krebs leidend, zum ersten Mal in ihrem Leben zwei Tage Urlaub zugestanden und komme mit einer Gruppe Landfrauen im Bus. Der Stolz kam daher, daß die Mutter noch nie zuvor die heimatliche Region Qstwestfalens verlassen hatte.

Wer viele Romane aus dem 18. Jahrhundert gelesen hat, wird seine Phantasie kaum daran hindern können, die fehlenden Linien dieses Lebenslaufes zu ergänzen: Den Kleinbauernhof, in diesem Falle irgendwo zwischen Ostwestfalen und Holland; eine ländliche Produktionsweise, die trotz allen Fleißes nicht überleben kann und nicht einmal weiß warum. Der zweite Sohn, der den Hof nicht erbt und deshalb sein Glück machen muß, wo es eben zu finden ist. Der Dorfschullehrer in der einklassigen Volksschule, der seinen liebsten Schüler fördert, damit es dem gelinge, die Region zu verlassen, in der er selbst seine Hoffnungen zu Grabe getragen hat. Die Priester, weil die die einzige Lösung sind, wenn man kein Geld hat, aber eine Ausbildung will, die nicht zugedacht war. Wohl auch deshalb, weil

sie die ersten sind, die von einer anderen Welt reden als von der falschen, in der eine solche Kindheit stattfindet.

Es spricht alles dafür, daß es so gewesen ist. So oder so ähnlich. Auf den Traktoren und den Gebetbänken lernt man Härte und Klaglosigkeit. Auf das Ich kommt es nicht an in den Gesellschaften der Bauern und Priester, aber auf Hartnäckigkeit, auf Fleiß und Beharrlichkeit. Das sind wunderbare Eigenschaften, wenn sie die Seite wechseln und sich mit Widerspruchsgeist und dem Willen zur Selbstbestimmung verbinden. Spätestens 1968, als der Funker Soppe beim nächtlichen Dienst *Das Kapital* las, war klar, daß er auf andere Signale hören würde als auf die, die Unterordnung verlangen.

In Marburg war er als Germanistikstudent das organisierende Zentrum der großen Basisgruppe, der Gruppe mithin, wo die Initiativen der Veränderung sich kreuzten und zusammenliefen. Warum ihm diese Position zuwuchs, obgleich er nicht der brillanteste Redner, der schlaueste Theoretiker, der politische Globalstratege war, wäre eine Analyse wert. An seinem Organisationstalent und seiner Zuverlässigkeit allein kann es nicht gelegen haben. Da gab es auch andere. Es hatte wohl auch damit zu tun, daß ihm sichtbar an persönlicher Macht nicht gelegen war, ihm sogar die Eitelkeit fehlte. Ein ehrlicher Mann unter lauter Intellektuellen.

Er hat sich lange überlegt, ob er in den MSB-Spartakus eintreten, seinen Freunden und Genossen auf dem Weg folgen sollte, den die Studentenbewegung in Marburg nahm. Der Grund war nicht die Angst vor Verbindlichkeit, sondern die Befürchtung, auf diese Weise könne die Basisgruppe von einer starken und geschlossenen Formation instrumentalisiert, die Diskussionen dort könnten zur Fassade werden für längst vorher gefaßte Beschlüsse.

Daß er nach seinem Examen Redaktionssekretär und Hersteller des *Argument* wurde, hatte seine Logik. Das Interesse an linker Theorie und die Fähigkeit, organisierendes Zentrum zu sein, wo wären sie dringender gebraucht worden als hier?

Redaktionssekretär bei einer linken Zeitschrift zu sein, die viele Projekte und wenig Mittel hat, ist keine beneidenswerte Situation. Auf jeden Fall kann man weniger, als man können müßte: Man braucht die Fertigkeiten eines Wissenschaftlers, einer Schreibkraft, eines Buchhalters, eines Pressereferenten — ohne sich die Kapricen eines Wissenschaftlers leisten zu können, ohne buchhalterisch sein zu dürfen, ohne den Schutz der »dafür-bin-ich-nicht-zuständig«-Mentalität. Und man kann weniger machen, als eigentlich unbedingt gemacht werden müßte. Was alles gemacht werden müßte, das weiß man hingegen besser als alle anderen. Ringsherum die Kontinuität als Chaos und Herausgeber, die auf ebenso verwirrende wie schlaue Weise Lehrer, Genossen und Chefs zugleich sind, die sich nicht schonen und es damit allen anderen bei Strafe von Schuldgefühlen auch verbieten. Besonders denen im Büro.

August ist nicht geflohen, sondern er hat sich beschieden, um das Wichtigste zu schaffen, hat seine wissenschaftlichen Ambitionen zurückgestellt und gelernt, ein guter Hersteller zu sein. Erst als er es war, schied er aus, um in Hamburg seine medienwissenschaftliche Dissertation fertigzustellen, die unterdes gewartet hatte. Er hat in Hamburg sofort *Argument*-Lesekreise organisiert und

sich an vielerlei Hamburger *Argument*-Aktivitäten beteiligt. Bis zuletzt betreute er den kulturwissenschaftlichen Rezensionsteil der Zeitschrift.

Nach Hamburg die Stelle beim Rundfunkarchiv in Frankfurt. In neuem Umfeld neue wissenschaftliche Projekte, wieder Zeitschriftenbetreuung, wieder Aufbau eines Kooperationszusammenhangs. Und dann der plötzliche Zusammenbruch: »August hat Krebs«. Eine schwierige Operation und Hoffnung, daß sie gründlich genug gewesen sein möge.

Da war jetzt etwas Neues zu lernen: Weniger arbeiten, auf die Signale des Körpers achten, tun, wozu man Lust hat. Mit unnachsichtigem Pflichtbewußtsein arbeitete August daran, sein unnachsichtiges Pflichtbewußtsein zu stutzen. Mit Erfolg, aber ohne Lohn.

Es war unsere schlimmste Begegnung, als ich August zusammen mit einem weiteren Freund aus der Marburger Zeit besuchte, zwei Tage nachdem wir erfahren hatten, daß die Operation doch nicht gründlich genug gewesen war: Nie haben wir soviel gelacht wie an diesem Morgen und nie so falsch. Keine Rede vom Tod. August redete nicht gern von Unabänderlichem und belastete Freunde nicht gern mit Persönlichem. Und alle zusammen waren wir Erben einer politischen Tradition, die das Persönliche und das Politische immer trennte. Als er — durch eine Frau, durch seine Frau — dann merkte, daß das Schweigen über seine Krankheit belastete, gab er seinen Besuchern jeweils eine kurze Schilderung seines Krankheitsverlaufs. Er sprach nicht mit den Worten des Leidens, sondern knapp und sachlich, in dem Ton, in dem er am Anfang der Basisgruppensitzungen immer die Berichte zusammengefaßt hatte, damit der lästige Punkt erledigt war und man sich dem Wesentlichen widmen konnte.

Seine Krankheit hat er wie eine Arbeit begriffen. Nur daß er sich in dem Maße, in dem sie voranschritt, auch beeilte, das zu machen, was er vorhatte in seinem Leben. Er heiratete wie zur Bestätigung einer langjährigen Liebe, die so ganz anders war als alle, die er in seiner Jugend gesehen haben konnte. Ohne die schlaue, nicht selbst-lose, sondern selbst-bewußte und darum annehmbare Fürsorge seiner Frau wären die meisten der vielen Glücksmomente seiner letzten Lebensmonate nicht möglich gewesen. Und er gestattete einem weisen Doktorvater, seine bis auf ein noch geplantes Kapitel fertige Dissertation dem Fachbereich zur Promotion vorzulegen, den er politisch in wichtigen Jahren mit geprägt hatte. Im Winter wird das Buch erscheinen.

Das erstaunlichste war, daß sich an Augusts Krankenbett sehr viele trafen, deren persönlicher und politischer Zusammenhang längst zerfallen schien. Darin bewährte er sich ein letztes Mal als Stifter und Ermöglicher kultureller Zusammenhänge. Nicht indem er Lehren gab, sondern sein Leben, lehrte er so, daß das, woran er mit vielen anderen arbeitete, nicht spurlos verschwunden ist in der Geschichte, sondern virtuell vorhanden. Man kann an der Aufgabe arbeiten, es wirksam zu machen. — Gestern brachte mir seine Frau, die seine Wohnung aufgelöst hatte, zwei Ordner mit der Aufschrift Argument. Obenauf zwei Besprechungen, die druckfertig zu machen sind. Dann übersichtlich die Korrespondenz. Alles ist so eingerichtet, daß man ohne Verzug weiterarbeiten kann.

Karl-Heinz Götze



Peter Körte (Hg.)

Interviews zu einem Jubiläum

Argument

30 Jahre Argument Interviews zu einem Jubiläum Von Peter Körte

30 Jahre »Argument« — ein Anlaß zu Rückblick, Bestandsaufnahme und Perspektivendiskussion. Peter Körte, freier Journalist in Hamburg, hat Mitarbeiter, Kritiker und Widersacher, Freunde und Gleichgesinnte zu Einzelinterviews eingeladen.

Der Jubiläumsband versammelt keinen Jubelchor. Kräftige Töne, Dissonanzen und Gegen-Argumente sind nicht nur unvermeidbar, sondern entsprechen der Tradition und dem Selbstverständnis des Projekts namens »Argument«. Die Gesprächspartner werden jeweils ihr Verhältnis zum »Argument« entwickeln: entlang an den Konflikten, Spannungen, Widersprüchen und Bruchstellen, die untrennbar zur Geschichte der Zeitschrift gehören.

Befragt werden: Detlev Albers, Elmar Altvater, Michael Ben, Frank Deppe, Ossip K. Flechtheim, Peter Furth, Helmut Gollwitzer, Hermann Gremliza, Kornelia Hauser, Jutta Held, Sebastian Herkommer, Dieter Herms, Michael Jäger, Urs Jaeggi, Arno Klönne, Reinhard Kühnl, Annette Kuhn, Jürgen Link, Gert Mattenklott, Thomas Metscher, Christof Müller-Wirth, Oskar Negt, Reimut Reiche, Helmut Ridder, Barbara Steinhardt, Friedrich Tomberg, Helmut Wiesenthal, Erich Wulff.

176 S., br.

Argument

Günther Anders

Ultima

Notizen aus dem Spital (IV)

Das nichtseiende Nichtsein

Drei Tage und Nächte lang hatte er sich die Seele aus dem Leib gewürgt und gehustet. Seinen Namen hatte ich nicht erfahren, auch sein Gesicht war mir, wenn ich versuchte, ihm ein paar Worte zuzusprechen, unbekannt geblieben, da er stets der Wand zugewandt gelegen war. Vor einer Stunde hatte das Würgen plötzlich aufgehört. Nach einer Weile habe ich ihn angerufen. Nichts. Es gab dort niemanden mehr. Hat es ihn gegeben?

1 Stunde später

Die Wörter »gestorben« oder »tot« sind unterdessen von keiner Schwester und keinem Arzt ausgesprochen worden, obwohl das Gehen und Kommen keine Unterbrechung erfahren hat. Das Worttabu soll das Faktum auslöschen. Allein die vor sein Bett geschobenen Wände und die Stille, die endlose Stille, beweisen, was geschehen ist.

Aber selbst dieses sein Nichtsein »ist nicht«, denn da er niemals Besuch gehabt hatte, darf man wohl annehmen, daß es niemanden gibt, der sich an ihn erinnert oder der ihn gar vermissen könnte. Mithin gilt selbst von seinem Gewesensein, daß es nicht ist. Daß es nun sogar niemals gewesen ist.

Zwei Stunden später

Fest geschlafen. Zum ersten Male wieder. Tote stören weniger als Sterbende. Schändlich, aber wahr.

Peter Paul Zahl

mundraub

beim bummel durch die schluchten der warengebirge wurde ich opfer eines mundraubs:

vater staat trat auf mich zu machte diese geste mit dem kinn stumm wie ein westernheld

ich streckte die arme gen himmel

er schloß meine lippen mit der linken und raubte mir mit einem ruck den mund

drohte noch einmal mit der waffe verschwand hinter der kasse sehr beredt

stumm schrie ich um hilfe

seitdem schreibe ich

Die Konservativen und die Zukunft*

I.

Konservativ zu sein bedeute, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren — diese 1968 von Franz Josef Strauß ausgegebene Losung (deren Erscheinungsdatum wahrscheinlich nicht ohne Belang ist) gilt es zu untersuchen. Ist sie bloßer Ausdruck einer erschlafften Antithetik von links und rechts, deren zerschlissene Pole »Bewahrung« und »Fortschritt« Parteiführer, »Themenbesetzer«, Wahlkampfstrategen und »Meinungsführer« im Streit um die politische Rhetorik und symbolische Politik auseinandernehmen und neu kombinieren, wie's ihnen beliebt? Dann wäre die These und der hier und da noch ausgelöste Überraschungseffekt über den dreisten Themenklau bei der Linken ziemlich belanglos. Anders verhielte es sich, wenn der bayerische Parteiführer (womöglich unbewußt) eine Verschiebung der modern-neuzeitlichen Proportionalität von Konservatismus und Progressismus angesprochen hätte. Immerhin steht Strauß zu neunzig Prozent einer Staatspartei vor, der die in seiner Formel ausgedrückte Quadratur des Zirkels gelungen zu sein scheint:

»Einerseits war und ist (die CSU) die härteste und rücksichtsloseste Partei des industriellen Wachstums, andererseits stellt sie sich erfolgreich als Partei der Tradition, der Bewahrung und eines regionalistischen eigenen Weges dar. Zwar wird nach Kräften expandiert — aber Bayern bleibt schön! (...) Die gängige Kritik an der CSU konzentriert sich auf deren Trachtengewand. Das Umgekehrte ergäbe Sinn: Der erbarmungslose Modernismus dieser Partei wäre anzugreifen, ihr Abonnement auf Tradition und Erhalten wäre ihr streitig zu machen.« (Schmid 1983, 30) »Die Konservativen und die Zukunft« — diese Formel geht von zwei Unbekannten aus. Daß die Zukunft ungewiß ist, dieser Umstand wird nur noch hartgesottene Futurologen und historische Materialisten herb treffen. Daß wir aber nicht wüßten, was »konservativ« sei, dürfte eher überraschen, wird doch in letzter Zeit darüber ständig gesprochen, sogar unter Konservativen selbst. Konservatismus sei, einer klassischen Definition nach, eine

»politische Bestrebung ..., die zur Erhaltung ökonomischer, sozialer und politischer Machtund Herrschaftspositionen oder zur Rückeroberung bereits verlorener sich wendet gegen die Dynamik des Prozesses der Emanzipation bisher Unterprivilegierter zur Selbstbestimmung und Selbstherrschaft« oder kurz die »dem historischen Prozeß der Demokratisierung immanente Gegenbewegung ...« (Grebing 1971, 33)

In dieser Nacht werden freilich alle Katzen grau. Mag sein, daß in konservativer Real- und Machtpolitik ideologische Binnendifferenzierungen zweitrangig erscheinen — mir scheint es gegenwärtig angebracht, den »Differenzierungen im Begriff Reaktion« (womit die strukturanalytische Konservatismus-Definition übrigens fast ineinsfällt) ein wenig mehr Raum zu lassen. Denn *erstens* entpuppen sich im liberal-konservativen »Lager« derzeit so gravierenden Widersprüche, daß sie nicht mehr leicht durch Interessen- und Koalitionskompromisse oder

^{*} Vortrag an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg im Dezember 1987; die Vortragsform wurde weitgehend beibehalten.

640 Claus Leggewie

durch »Themenbesetzungs«kampagnen überwindbar zu sein scheinen; zweitens begibt sich die Opposition eines wirksamen Gegenmittels und verschanzt sich, besserwisserisch, in einem kleinen, aber feinen Lager, über dem ein rot-grünes Wimpelchen trotzig gegen den Zeitgeist flattert. Ich argumentiere im folgenden weitgehend immanent, indem ich die innere Kontroverse in konservativer Zukunftsbestimmung herauszuarbeiten versuche, und immanent auch in dem Sinne, daß die Ungewißheiten und Illusionen in puncto »Zukunftsbewältigung« sicher nicht genau deckungsgleich mit den Lager- und Parteigrenzen dieser Republik verlaufen.

Das Straußsche Motiv, wonach der Konservative heute an der Spitze des Fortschritts marschiere — bei der Plutoniumwirtschaft nicht weniger als beim Erziehungsgeld, bei der alternativ gestützten Selbsthilfe nicht anders als bei der Schaffung eines gigantischen Rüstungskonzerns —, wonach die C-Parteien also weder links noch rechts, sondern eben einfach vorn und Spitze seien, provoziert unter Liberal-Konservativen kaum noch »Richtungsstreit«. Hatte sich die Adenauer-Partei der fünfziger Jahre noch ganz »demuts-« oder »gärtnerkonservativ« unter dem Slogan »Keine Experimente« zur Wahl gestellt und damit in einem der Experimente überdrüssigen Volk beeindruckende Siege eingespielt, so ist heutzutage ein beinahe ungebremstes Modernisierungsbekenntnis und Zukunftspathos Pflicht. Lothar Späth und Kurt Biedenkopf haben ihre Programmschriften mit entsprechenden Titeln versehen: »Wende in die Zukunft« und »Für eine neue Sicht der Dinge«. Die parteinahe Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Vorwahlkampf 1986 eine Tagung unter dem Titel »Die Tagesordnung der Zukunft« veranstaltet, und die rührige Grundsatzabteilung im Konrad-Adenauer-Haus legte zur Bundestagswahl 1987 ein »Zukunftsmanifest« vor – Zukunft und Zukunftsgewißheit, wohin man blickt. Und das sollen Konservative sein, die man doch gern als »Ewig-Gestrige« apostrophiert, sie sich stets zumindest zu gleichen Teilen auf Herkunft wie Zukunft bezogen haben, die sich immer als Siegelbewahrer der Tradition, des Bewährten als zu Bewahrenden, präsentiert haben?

Welcher Begriff von Zukunft und von Modernität steckt hinter dieser futuristischen Explosion, hinter all diesen »schwarzen Visionen« (Peter Grafe)? CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat die vergangene Bundestagswahl als »Richtungsentscheidung zwischen zwei Lagern« bezeichnet; das war nicht allein wahlarithmetisch gemeint, sondern auch als Alternative zwischen »Zukunftsoffenheit oder Zukunftsblockade, über Fortschritt oder Rückschritt, über Vorwärts oder Rückwärts« (1986, 92). Es sei kein Zufall, daß in acht von zehn Ländern, die auf dem Weg von der Industrie- zur Informationsgesellschaft seien, christliche Demokraten oder Konservative regierten. Der Sozialismus habe sich nämlich als »nicht zukunftsfähig« erwiesen, weil er keine »positiven Visionen für eine Gesellschaft der Zukunft« vorweisen, sondern nur in »kulturpessimistischen Übergangsszenarien« schwelgen könne. Geißler und mit ihm Helmut Kohl präsentieren sich so als zukunftsfreudige und mutige Streiter wider einen Zeitgeist, der verunsichert und leicht zu verunsichern sei:

»Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Technische, gesellschaftliche und soziale Entwicklungen laufen heute schneller ab als jemals zuvor. Die Zukunft rückt näher; gleichzeitig nimmt die Prognostizierbarkeit der Zukunft ab: Die Folge ist ein Schwund der Zukunftsgewißheit.« (Ebd.)

Ein Gedanke, den der Generalsekretär vom Hauptredner der Reichstags-Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung erfahren und übernommen haben könnte. Hermann Lübbe hatte damals gesagt:

»In dynamischen Zivilisationen nimmt die Zahl der Jahre ab, über die hin wir mit einer gewissen Konstanz unserer zivilisationsspezifischen Lebensverhältnisse rechnen dürfen. Die Gegenwart schrumpft ... Genau komplementär zur Dynamik unserer zivilisatorischen Evolution rückt damit diejenige Zukunft immer näher an unsere Gegenwart heran, in die wir nicht mehr hineinzuschauen vermögen. Um so leichter wird daher gerade in progressiven Zivilisationen Zukunft zum Inhalt von Bedrängniserfahrungen.« (1986, 15f.)

Daraus ziehe die (so eine typische Geißlersche Wortschöpfung) »sozialistische Reaktion« den Schluß, kollektive Ängste und Depressionen anzuheizen. Geißlers rechte Hand Wulf Schönbohm hat für seine einst so zukunftsfrohe 68er Generation konstatiert, sie seien von »Bannerträgern zu Klageweibern des Fortschritts« geworden (1986). Wachsender Technikkritik und Zukunftsbesorgnis nähern sich die CDU-Strategen, wie schon um 1983 in der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung, mit einem »ausländischen Blick« auf teutonische Pathologien: die Deutschen sind verrückt geworden. Dagegen setzten sie seit Beginn der achtziger Jahre das Versprechen völliger Normalität (auch historisch in bezug auf die NS-Vergangenheit) und mentaler Gesundung. Einer der wichtigsten Wahlkampfmanager der Union, Presseamtsvize Wolfgang Bergsdorf, konnte 1986 schon folgende Erfolgsmeldung geben:

»Daß die Deutschen heute wieder Mut zur Zukunft haben, ist nicht allein eine Leistung der Bundesregierung. Es ist die intellektuelle Leistung der Bürger selbst, die sich dem lähmenden Griff des Pessimismus und der Resignation entzogen haben. Hierum hat die Politik der Bundesregierung immer wieder geworben. Sie hat die Deutschen zu neuem Selbstvertrauen ermuntert, zur Wiederentdeckung ihrer Leistungsfähigkeit, und die Regierung hat durch ihre Politik die Bürger ermutigt, die Herausforderung der Zukunft anzunehmen.« (1986, 38)

Max A. Höfer, schneidiger Jungkonservativer des Jahrgangs 1960 und Redakteur der *Politischen Meinung*, »Intelligenzblatt« der Union, stellt für seine Generation fest:

»... allem Anschein nach verfängt die verordnete Bänglichkeit nicht mehr wunschgemäß. Zwar läßt sich immer noch Angst verbreiten, sie aber in politische Münze zu valutieren, wird zunehmend schwieriger. (...) Inzwischen wächst eine neue Generation heran, die infolge der härteren Wirtschaftsverhältnisse konkrete Lösungsvorschläge hören will. Hier müssen realistische Alternativen geboten werden. Das Letzte, was wir uns leisten können, ist eine gelähmte Aktivität, eine zögerliche Betulichkeit, eine Nach-mir-die-Sintflut-Mentalität.« (Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 8.8.1986)

Unter solchen Gipfeln betulicher Affirmation und Risikoverleugnung verbirgt sich ein unerschütterlicher Modernisierungsgranit: die deutsche Rechte, die sich als »große Volkspartei der Mitte« versteht und (anders als andere Mitte-Rechts-Parteien in Europa) in der Tat sehr heterogene Wählerreservoire und Sozialmilieus, auch Lebensstile quer durch die Lager hinter sich gebracht hat, sie hat mehr denn je die »Errungenschaften« und Irreversibilitäten des »Projekts der Moderne« akzeptiert und stellt sich, wie kaum eine andere politische Gruppierung derzeit, unter Vollendungszwang der technischen Rationalität. Das CDU-Zukunftsmanifest, von parteiinternen Kritikern gern als »viel zu sozialdemokratisch« gegeißelt, steckt in der Tat voller Fortschrittsoptimismus (»Das nächste

642 Claus Leggewie

Jahrzehnt wird ein Jahrzehnt des Fortschritts sein«), voller Reformgradualismen (»die Welt schrittweise freiheitlicher, gerechter und menschlicher machen«), voller Wachstumsaffirmation und Technikvertrauen. Nicht nur technisch-ökonomisch, auch sozialpolitisch soll der Modernisierungsprozeß weitergeführt werden: zu technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum tritt die flexible und familienfreundliche Umgestaltung der Arbeit, ein auf »soziales Do-it-yourself« orientiertes sozialpolitisches Konzept aktiver Subsidiarität, eine in alle Richtungen zielende Menschenrechtspolitik (vgl. Leggewie 1988b), die effektive Gleichberechtigung von Mann und Frau in Arbeitswelt und Erziehung und die sogenannte »farbige Kulturgesellschaft« (vgl. Leggewie 1988a). Mit solchem Angebot, an dessen Verwirklichung sich ein »Modernisierungsflügel« der CDU/ CSU (Geißler, Blüm, Süßmuth, Remmers, Fink, Glück, Dettling u.a.) allen Ernstes gemacht hat, scheint die Union zumindest eines erreicht zu haben: kein gewerkschaftlicher Kongreß, keine sozialdemokratische Parteiveranstaltung, ja auch kaum ein grün-alternatives Projekt kommt heute ohne ein »Zukunft« im Titel aus.

Nur noch wenige im geistigen Umfeld der Unionsparteien oder regelrechte Dissidenten vom Schlage des SWF-Moderators und ÖVP-Sympathisanten Franz Alt erheben gegen solche modernistische Euphorie Einspruch. Für sie bleibt ein eklatanter Widerspruch zwischen dem christlichen Menschenbild, das der Geißler-Flügel 1988 auch programmatisch »besetzt« hat, und einer in der Konsequenz »lebens- und naturfeindlichen« Modernisierungspolitik, zwischen dem Zentralbegriff der Menschenwürde und der realexistierenden Forschungs- und Technologiepolitik, zwischen einem Mehrheitsflügel, der sich weitgehend in sozialliberaler, »emanzipatorischer« Kontinuität bewegt und Pflöcke vor allem auf dem Gebiet der Neuen Technologien und der Sozialpolitik einrammt, und einem Minderheitsflügel, der nur nicht mehr länger in einem bloß christlich verwalteten sozialliberalen Land leben und seinerseits Pflöcke im Sinne eines emphatisch und umfassend verstandenen *Lebensschutzes* eingeschlagen sehen möchte. Hier liegt der Streit um den Konservatismus der Neukonservativen.

П.

Bevor ich darauf eingehe, möchte ich das Thema »Konservative und Zukunft« mit einem historischen Exkurs erläutern, wobei ich mich insbesondere auf Reinhard Koselleck beziehe (1979). Das Verhältnis von Herkunft (Geschichte) und Zukunft ist ein, wenn nicht das Thema der Moderne. Seit dem 18. Jahrhundert fügen sich die beiden Zeithorizonte als Verkettung des Ehemaligen und Künftigen zusammen, und Geschichte im modernen Sinne konstituiert sich aus den beiden Blickrichtungen von Erfahrung und Erwartung. Beider Verhältnis hat sich im Verlauf der Modernisierung der Welt verschoben und verändert, anders gesagt: die Moderne entfernt die Erwartungen an die Zukunft immer mehr vor den Erfahrungen, die Menschen »bis jetzt« gemacht haben. Vergangenheit und Zukunft waren in vormoderner, bäuerlich-agrarischer Zeit fast zur Gänze aus den Lebenserfahrungen der Vorfahren gespeist, und diese bestimmten dann auch den Erwartungshorizont der Nachkommen. Früheres ist damit fast identisch und bruchlos in kommende Erwartung übergegangen. Dahinter erhob sich eine trans-

zendente Zukunftserwartung: die des Jüngsten Gerichts, das ein gerechtes oder ungnädiges Schicksal erfüllte. So bediente sich bis ins 18. Jahrhundert hinein der Schluß von bisheriger Erfahrung auf eine zu erwartende Zukunft der Extrapolation strukturell gleicher Faktoren. Biblische Offenbarung und kirchliche Verwaltung des Zeithorizonts haben einen »Überschuß« (außer ins Jenseitige) kaum erlaubt, die eschatologischen Erwartungen richteten sich solange himmelwärts, wie sich auf Erden grundsätzlich nichts änderte.

Mit Renaissance und Kopernikanischer Wende, mit dem ganzen technischwissenschaftlichen Innovationsschub seit der frühen Neuzeit mußte nun die tatsächliche Differenz zwischen Erfahrung und Erwartung überdeutlich werden, zumal sich derartige Entwicklungssprünge mehr und mehr innerhalb einer Lebens-Generation vollzogen. So entwickelte sich der moderne Begriff von Geschichte, der völlig zukunftsbezogen wurde und sich mit dem analogen Terminus Fortschritt verschränkte. Humane Vervollkommnung, früher nur als Gottesebenbildlichkeit gedacht, wurde säkular und profan. Die Zukunft war nun offen und machbar zugleich. Es stand zu erwarten, daß sie sich deutlich vom Vergangenen unterscheiden würde, und wie diese Differenz aussah, wollten die historischen Akteure gern selber bestimmen. Kant fragt im »Streit der Fakultäten« ironisch: »Wie ist Geschichte a priori machbar? Antwort: wenn der Wahrsager die Begebenheiten selber macht und veranstaltet, die er zum Voraus verkündet.« Und Schelling sagt 1798, der Mensch bringt seine Geschichte nicht (mehr) mit, sondern erst selber hervor.

So zersetzt sich der konventionelle Erfahrungsraum und sein Rekurs auf Gott und Naturwelt. Die Geschichte wird von der Prophetie zur Lehrmeisterin, die es nicht nur anders, sondern auch besser macht als in der Vergangenheit. Als Geschichtsphilosophie und »differenzierende Prognostik« verschafft sie sich, nun wissenschaftliche Hauptdisziplin des 19. Jahrhunderts, Aufschluß über die Vergangenheit, um Handlungsanweisungen für die Zukunft ableiten zu können: historia magistra vitae oder — Vergangenheit als Rohstoff von Zukunftsbau.

Als besonderes Merkmal der Zeiterfahrung des modernen Bewußtseins seit dem 18. Jahrhundert ist jetzt die sich beschleunigende Beschleunigung anzusehen. Früheren Zeiten war die Verkürzung des Zeitabstands vor Abhaltung des Jüngsten Gerichts natürlich nicht angenehm; jetzt, unter den Bedingungen knapper Zeitökonomie und technischen Zeitraffens, wird solche Beschleunigung zu einem eindeutigen Hoffnungstatbestand. Da es morgen anders und vor allem besser sein würde, gab es keinen Grund mehr, diese Erwartungen hinauszuzögern, sondern allen Grund, die Frist bis dahin möglichst zu verkürzen — ehe noch etwas dazwischenkommt! Jedweder »Rückstand gegen ein als möglich Gedachtes kann Weltmißbefinden erzeugen« (Blumenberg). Doch objektiv klaffen Weltund Lebenszeit natürlich auseinander: vita brevis, ars longa, was darauf hinauslief, daß die Menschen »immer weniger Zeit für immer mehr Möglichkeiten« bekamen.

Diesem fortschrittlichen Zeit- und Zukunftsbewußtsein gegenüber bildet nun der Konservatismus seine entgegengesetzte Geschichtsphilosophie aus Karl Mannheim hat in seiner wissenssoziologischen Untersuchung von »zwei Typen des Erlebens der Dinge und der Umwelt« gesprochen:

644 Claus Leggewie

»Schon im Erleben verhält man sich anders zu Dingen, Personen, Institutionen, wenn man sie stets von irgendeinem 'Soll' aus betrachtet, als wenn man sie als 'gewachsen', als ein notwendig gewordenes 'Sein' hinnimmt. (...) Während für das 'progressive' Denken jedes einzelne seinen zumeist letzten Sinn nur aus etwas vor ihm oder über ihm Liegenden, nur aus der Zukunftsutopie oder aus einer über dem Sein schwebenden Norm erhält, wird die Bedeutsamkeit des Besonderen im konservativen Denken aus etwas hinter ihm Liegenden, aus der Vergangenheit, oder aus dem im Keime Vorgebildeten geleitet.« (Mannheim 1984, 199f.)

Mannheim vergleicht die Besonderheit des konservativen Erlebens mit der »Gesamtansicht eines Hauses, die man gewinnt, wenn man es sich von allen Seiten, Ecken und Kanten, in allen Perspektiven und auf konkrete Lebenszentren bezogen zusammenschaut«. Die Gesamtansicht der Progressiven suche dagegen nach dem »Grundriß, späht nach einem eher unanschaulichen, rational zerlegbaren Zusammenhang«. Von da aus unterscheidet Mannheim idealtypisch die beiden grundverschiedenen Weisen des Zeiterlebnisses:

»Der Progressive erlebt die jeweilige Gegenwart als den Anfang der Zukunft, während der Konservative die Gegenwart als die letzte Etappe der Vergangenheit erlebt.« (Ebd., 121)

Im Anschluß daran hat Armin Mohler in seiner Darstellung der »Konservativen Revolution« 1950 zwei diametral entgegengesetzte Auffassungen von Zeit und Geschichte herausgestrichen. Für die Progressiven gilt die Linienhaftigkeit des historischen Prozesses, worin Mohler eine säkularisierte christliche Auffassung am Werk sieht: alles geschieht auf einer Linie zwischen Kreuzestod und Jüngstem Gericht, wodurch sich die bewußte »Einsinnigkeit« des Geschichtsverlaufs ergibt. Für den Konservativen hingegen gelte das Bild Nietzsches von der »ewigen Wiederkehr«, wofür Mohler das Bild der Kugel wählt, weil sie der Vorstellung eines Kreises, in dem Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft allzu eindimensional zusammenfallen, überlegen ist. Insofern ist Konservatismus nicht stures Beharren auf dem, »was immer war« (Traditionalismus); der Konservatismus ist eine eigensinnige Alternative zur revolutionären »Sinngebung« der Geschichte, eine ganz andere Art der »Sinnverleihung« des Besonderen, die Mohler mit dem geflügelten Wort der Konservativen Revolution belegt:

»Konservativ ist nicht ein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt.«

Hieraus konstruiert sich konservative Geschichtsphilosophie, in der gleichwohl zunächst mehr von Wiederherstellung, von Restauration die Rede ist: Die Ohnmacht der Revolution(äre) bestehe darin, daß hernach doch die postrevolutionäre Epoche schon bevorsteht, und insofern dient die Revolution selbst Zielen, die ihr geradezu entgegengesetzt sein können. Bei Marx sollte es im *18. Brumaire* einmal heißen:

»Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen oder überlieferten Umständen.« (MEW 8, 115)

Der Gegenrevolutionär I. de Maistre formuliert als historisches Gesetz:

»Sie machen wirklich, was sie wollen, aber sie können den allgemeinen (göttlichen) Plan nicht stören.« (1841, I, 16)

Revolution und Gegenrevolution bedienen sich hier beinahe eines identischen Konzepts der Heterogonie (Fremdbestimmung) der Zwecke; die einen, um den

unvermeidlichen Sieg des Fortschritts zu beweisen, die anderen, um die prinzipielle Unmachbarkeit von Geschichte zu demonstrieren. Noch einmal de Maistre: »Es sind kaum die Menschen, die die Revolution machen, es ist die Revolution, die sich der Menschen bedient«, und zwar im Sinne einer Wiederherstellung ihrer ursprünglichen, wesenhaften Gottesebenbildlichkeit.

Man sieht: Konservative und Progressive folgen einer ganz unterschiedlichen Grammatik der Zeit, haben ein radikal divergierendes Bewußtsein von Zukunft, um deren Auslegung und Gestaltung sie im Streit liegen. Tun sie es gleichberechtigt? Zunächst vielleicht ja. Im 19. Jahrhundert bildet sich um die großen Fragen: um das Verhältnis zur Moderne, zur Natur und zur Geschichte die, wie ich heute sagen würde, unheilvolle Alternative heraus: zwischen ungebrochener Fortschrittsapologetik und Fortschrittsverdammung, zwischen aufklärerischem Optimismus und restaurativem Geschichtspessimismus.

»Damals begannen sich die zwei großen Lager auseinanderzudivideren: das des hilflosen Konservatismus, der die bedrohte alte Gesellschaft retten möchte, dabei die Augen verschließt und idealisierte Bilder einer besseren Vergangenheit entwirft, und auf der anderen Seite das des Fortschritts, in dessen Dienst (in gewisser Weise) die denkerische Aufklärung trat. Der Rückzug des Konservatismus auf die Kritikbank und das Zusammengehen von lautstarkem Aufklärungsoptimismus und rücksichtsloser industrieller Entwicklung zeichneten sich damals schon als zwei Seiten der gleichen Medaille, als zwei komplementäre Wege in die Fortschrittsfalle ab.« (Schmid 1987, 16) Bleibt anzumerken, daß in diesem agonalen Schaukampf der authentische Konservatismus auf der Strecke geblieben ist: Es gibt heute keine Konservativen mehr.

Panajotis Kondylis hat den oben zitierten vorherrschenden Strukturbegriff des Konservatismus (als der Demokratisierung entgegengesetzte Bewegung) relativiert und korrigiert, indem er diesen wieder »als geschichtliche, an Ort und Zeit gebundene Erscheinung sichtbar« macht, nämlich als eine »ideologische und sozialpolitische Strömung ... deren Ziel die Aufrechterhaltung der societas civilis und der Herrschaftsstellung ihrer Oberschichten war« (Kondylis 1986, 23). Mit anderen Worten: der Konservatismus entstand nicht als gegenrevolutionäre, antiaufklärerische Bewegung, sondern bereits im 16. Jahrhundert in Verteidigung einer vom Adel geprägten und beherrschten Welt gegen den heraufziehenden Absolutismus. Gegen dessen politische Omnipotenzgelüste verteidigte er die Priorität gewachsener Gemeinschaften und diese auch gegen das vernünftig planende und rational kalkulierende Individuum. Er behauptete die Einheit von Staat und Gesellschaft gegen deren neuzeitliche Trennung, und er bäumte sich gegen den Primat der Industrie vor der traditionellen Agrarwirtschaft auf. Womit die beiden Hauptfeinde des späteren Alt-Konservatismus als Partei benannt wären: bürokratischer Verwaltungsstaat und moderne Industrie und Technik. Im 18./19. Jahrhundert muß sich der Konservatismus, schon längst auf der historischen Verliererstraße, noch einmal (und wider seine »eigentliche« Natur) als Doktrin rekodifizieren, gegen alle seit 1789 stattgefundenen revolutionären Umwälzungen von Staat und Gesellschaft. Doch diese schon angepaßte Doktrin geht unter mit ihren sozialgeschichtlichen Trägern (Adel und Klerus) und mit dem definitiven, irreversiblen Untergang der vorbürgerlichen Welt. Heute könne, so Kondylis' Schlußfolgerung, von Konservatismus außer in metaphorischer, polemischer oder schlecht apologetischer Absicht keine Rede mehr sein. Konservative gibt es nicht mehr, nur noch Liberale im konservativen look.

646 Claus Leggewie

Ш.

Für eine solche Hypothese spricht einiges, nicht zuletzt das eingangs vorgetragene Strauß-Zitat. 1968 formuliert, entspricht es der damals schon bröckelnden, jedoch zäh verteidigten Auffassung eines technokratischen »Konservatismus«, der seinen Frieden mit Staat und Industrie, mit technischer Zivilisation und säkularisierter Kultur gemacht hatte, oder um es mit Greiffenhagen zu sagen:

»Der deutsche Konservatismus hat resigniert und ist objektiv an sein Ende gekommen. Ob man die Vokabel 'konservativ' weiter verwendet oder nicht: Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß er als politische Potenz im Liberalismus aufgegangen ist, durch seine rückhaltlose Bejahung des kapitalistischen Industriesystems und seiner Sachzwänge.« (1986, 384)

Die »Konservativen« nach 1945 mußten ihre Reserven gegenüber der industriellen Gesellschaft endgültig fallenlassen, ihre rückwärtsgewandte Utopie aufgeben, den »Gärtner-Konservatismus« hinter sich bringen. Mit Abstinenz von der technischen Umwelt war es nicht mehr getan. Als das Wort von Strauß in die Zeitungen kam, formulierte ein ihm damals noch näher stehender Publizist, der bereits zitierte Armin Mohler, die folgende, im Rückblick keineswegs überraschende Prophezeihung eines Rollentausches zwischen links und rechts:

»Die Linke hat so mit den Konservativen die Rollen getauscht. Sie, die sich so lange im avantgardistischen Glanze sonnte, hat nun die Rolle der Maschinenstürmer und damit der 'Nachzügler' der Weltgeschichte übernommen. Die Konservativen aber hat ihr Widerstand gegen mutwilliges Zerstören unversehens auf die Seite der Industriegesellschaft gedrängt, der sie so lange mißtrauisch gegenübergestanden waren. Die Bedeutung dieses Vorganges ist noch gar nicht ins allgemeine Bewußtsein gerückt, und nicht einmal in das der Konservativen selbst.« (Mohler 1974, 29)

Heute, nach dem Bericht des »Club of Rome«, der »ökologischen Wende« der Linken zum Paradigma »Natur als Politik« und nach der Annahme der Zukunfts- und Fortschrittseuphorie durch die sich kaum noch so nennenden Konservativen, ist diese doppelte Revision ins allgemeine Bewußtsein vorgedrungen — doch geht es heute schon wieder um neue, veränderte Frontstellungen.

Denn der technokratische Konservatismus der fünfziger und sechziger Jahre ist seinerseits gescheitert, ist in einem noch so abgeklärten »Projekt der Moderne« von rechts nicht mehr zu retten, da sich eben beide »Lager« in der sogenannten »Fortschrittsfalle« befinden. Die von einem Protagonisten des technokratischen Konservatismus, Arnold Gehlen, 1953 aufgestellte Hypothese der »kulturellen Kristallisation« hat sich nicht erfüllt. Gehlen behauptete, in der technischen Zivilisation seien »gewisse Stabilisierungen« feststellbar; die Zustände »bewegen sich nicht mehr so richtungslos und unvorhersehbar und etwas von dem, was ich Kristallisation nenne, scheint sich anzudeuten«. Kristallin, nachgeschichtlich gefroren, war für Gehlen ein »Zustand auf einem (beliebigen) kulturellen Gebiet, der eintritt, wenn die darin angelegten Möglichkeiten in ihren grundsätzlichen Beständen alle entwickelt sind«. Das bedeutete: weder würde es neue ideengeschichtliche Angebote geben, noch lägen im technisch-ökonomischen Entwicklungsprozeß Produktivitäten, die über das bereits Bekannte hinausschössen. Der Fortschritt ließ sich auf ein Normalmaß technisch-wissenschaftlicher Innovation begrenzen. Für Gehlen war die Welt in eine Art »Post-Histoire« eingetreten:

»Die Erde wird demnach in der gleichen Epoche, in der sie optisch und informatorisch übersehbar ist, in der kein unbeachtetes Ereignis von größerer Wichtigkeit mehr vorkommen kann, auch in der genannten Hinsicht überraschungslos. Die Alternativen sind bekannt ... und sind in vielen Fällen endgültig.« (1953, 13)

Der Fortschritt, diese »große Schlüsselattitüde« der Moderne, war demnach »jetzt historisch geworden«; er war auf ein Feld begrenzt, »wo das Zusammenspiel einer technisch und industriell hochentwickelten Gesellschaft Wissenschaft funktionsnotwendig braucht«, doch sei es absurd, »an all diesen Dingen (noch) die Sinnfrage anzubringen, wir leben in einer prinzipienpluralistischen Geselschaft von höchster Dynamik und in einer unabschließbaren, exzentrischen Welterfahrung« (ebd., 14).

Nun: wir wissen es heute besser, leben wir doch heute längst im Zeitalter des »Neokonservatismus«. Schon diese Wortbildung deutet an, daß sogar der Konservatismus selbst wieder ideologisch werden mußte — als Reaktion auf den Umstand, daß die Logik sozialtechnischer Rationalisierung normativen Dissens keineswegs stillgestellt, sondern im Gegenteil provoziert und verstärkt hat. »Dieses Historienbild eines ewigen Friedens, gegründet auf das Gleichgewicht des Schreckens nach außen und den wohlfahrtsstaatlichen Kompromiß nach innen, ist im letzten Jahrzehnt blaß geworden«, schrieb Helmut Dubiel 1985.

»Das der politischen Kontrolle weitgehend entglittene System militärischer Friedenssicherung, die in dramatischen ökologischen Krisen sichtbar gewordene Naturschranke des Wachstums, die Strukturkrise kapitalistischer Ökonomien mit den kaum absehbaren Folgeproblemen für den sozialen Frieden westlicher Gesellschaften und die Erosion bürgerlicher Tugenden — alle diese Entwicklungen haben in wechselseitiger Verstärkung die Ideologie des Post-Histoire aufgestört. Heute erleben wir, daß die Propheten der Systemrationalität vom Sockel ihrer vorgeblichen weltanschaulichen Neutralität herabsteigen und die ehemaligen 'Sachgesetzlichkeiten' mit autoritärer Gebärde als sittliche Imperative einfordern« (1985, 12f.)

Ein wenig anders als Helmut Dubiel würde ich nun die Richtungen bestimmen, in die der (übrigens niemals monolithische) Block des technokratischen Konservatismus heute aufgesprengt worden ist. Man kann im großen und ganzen drei Richtungen im neokonservativen Denken der Gegenwart in der Bundesrepublik herauskristallisieren, die auf die Fortschrittskrise antworten und ein je spezifisches Verhältnis zur Natur, zur Moderne und zur Zukunft mitbringen: erstens die Neue Rechte, die den gordischen Knoten der Modernisierungsaporien einfach durchhauen will, indem sie völkisch-nationale, sozio-biologische Paradigmen und eine neue, vierte Reichsmythologie an deren Stelle setzt — eine eugenische Utopie sozusagen, die ihre Bilder zwar von sehr weit herholt (aus griechischen oder keltischen Urzeiten z.B.), die aber auf eine hyper-technisch modernisierte Vision darwinistisch-evolutionären Zuschnitts setzt. Diese Variante werde ich hier vernachlässigen und mich auf die beiden anderen Strömungen konzentrieren, die, in asymmetrischer Relation, eine größere Nähe zum regierenden Liberal-Konservatismus aufweisen, also für dessen gegenwärtigen und möglicherweise sich noch intensivierenden »Richtungsstreit« repräsentativ sind. Der verborgene Streitfall ist hier die Relation zum Projekt der Moderne, d.h. in diesem Zusammenhang: der Streit über die Gestaltungsprinzipien von Zukunft und die je spezifische Semantik der geschichtlichen Zeit. Zwar werden beide heute unter dem Namen »neokonservativ« abgelegt; zwar entspringen beide Denkströmungen 648 Claus Leggewie

einer philosophischen Schule, nämlich der praktischen Philosophie des verstorbenen Joachim Ritter — der »Münsteraner Schule« sozusagen —, doch geben beide in diesem zentralen Punkt weit divergierende Antworten.

Gemeinsamer Ausgangspunkt ist Joachim Ritters These von der Entzweiung von Herkunft und Zukunft, die ich oben schon analog bei Reinhard Kosellecks Theorem von Erfahrung und Erwartung als spezifisch neuzeitliches Axiom der Zeiterfahrung und des Geschichts- und Fortschrittsbewußtseins angesprochen habe. Gemeint war damit die zunehmende Änderungs- und Veraltungsgeschwindigkeit des modernen Daseins; »wandlungsbeschleunigungsbedingt« wird immer weniger Herkunft noch Zukunft sein. Diese Entzweiung ist nun nicht, behauptet die Ritter-Schule, durch utopische Entwürfe und praktische Entfremdungskritik im Marxschen Sinne zu beheben, also weder durch soziale Revolution noch durch industrielle Produktivkraftentwicklung, sondern — wenn überhaupt — nur durch artifizielle Erzeugung von Kontinuitätensinn zu kompensieren, ggf. aber auch durch eine von weiterher, nämlich aus prämoderner Vergangenheit kommende Sinnfrage, mit der Frage Wozu? also zu revidieren.

Einig sind sich also beide Strömungen, die ich mit den Namen Hermann Lübbe und Odo Marquard auf der einen Seite, Robert Spaemann und Günter Rohrmoser auf der anderen Seite benennen möchte, in der Kritik des linken Fortschrittsbegriffs und der Annahme unaufhebbarer historischer Entfremdung; hier auch liegt der Kern der Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule und mit deren anhaltender Affirmation des Projekts der Moderne. Jedoch ziehen beide Strömungen der Ritter-Schule unterschiedliche Schlüsse aus dieser Kritik, bewerten den Aspekt und die Möglichkeit von Kompensation der »heillosen« Modernisierungserfahrung und Traditionszerstörung anders und beziehen damit eine unterschiedliche Position zur Moderne.

Odo Marquard etwa, z.Zt. einer der wichtigsten philosophischen Exponenten in der Bundesrepublik und, ganz gewiß ohne *direkte* politische Affiliation, ein Vordenker des liberal-konservativen Lagers, erklärt sich selbst zum »Modernisierungstraditionalisten«. Diese ihm gemäße amüsant-paradoxe Formulierung verleiht der Straußschen Formel (die hiermit ihre Schuldigkeit getan haben soll) und dem Modernisierungsflügel der Union sozusagen philosophische Würze und Weihe. Denn wenn die CDU in ihrem erwähnten Zukunftsmanifest ganz ausgewogen, programmatisch ausgewogen verspricht, sie werde auf die Herausforderung der Neuen Technologien schon die moderaten Antworten parat haben, dann liest sich dies bei Marquard übersetzt als Plädoyer gegen die von ihm sogenannte

»Wechselwirtschaft zwischen Utopien und Apokalypsen, zwischen Diesseitserlösungs-Enthusiasmus und Katastrophengewißheit, zwischen den Naherwartungen einerseits des Himmels auf Erden, andererseits der Hölle auf Erden und jedenfalls zwischen — überemphatischen — Fortschrittsphilosophien und Verfallsphilosophien« (1986b, 77).

Denn beide Pole sind, von diesem Scheitelpunkt des Pendelschlags betrachtet, Ausprägungen ein und derselben geschichtsphilosophischen Gegenwartsnegation. Waren nämlich Hegel und die Hegelsche Rechte noch gegenwartsaffirmativ durch Vergangenheitsnegation, so bildeten die Hegelsche Linke und die Romantik nur Varianten ein und derselben Gegenwarts- und Modernitätsnegation — einmal durch die Überhöhung der Vergangenheit, der heilen Vormoderne, dann

durch sogenannten »futuralen Antimodernismus« in der Hegel-Marxschen Geschichtsauffassung. Mit der »ökologischen Krise« sei nun, so Marquard, Natur bloß an die Stelle des historischen Subjekts Proletariat getreten — ein später Zusammenfluß von progressistischer Geschichtsphilosophie und Romantik gewissermaßen, in dem der Naturzustand zur neuen Utopie erhoben ist und die moderne Welt als naturdestruktive Negativität zur Disposition gestellt wird. Marquard, Lübbe und andere »Modernisierungstraditionalisten« und Unterstützer einer »gelungenen Aufklärung« treten der Negativierung der Fortschrittskultur entschieden entgegen; »konservativ« ist ihre Fortschrittsaffirmation darin, daß sie der anerkanntermaßen durchdrehenden Modernisierungsdynamik künstliche Verlangsamungen einbauen wollen und die sogenannte Beweilastregel umkehren: sie ist jenen aufzugeben, die an diesem System etwas ändern wollen, nicht mehr jenen, die das nicht vorhaben. In Ritterscher Tradition plädieren sie sodann für eine gezielte Pflege des Kontinuitätensinns, beispielsweise für die Ausprägung unseres historischen Orts- und Zeitbewußtseins:

»Kein Zeitalter hat mehr Vergangenheit vertilgt als unseres, kein Zeitalter hat zugleich mehr Vergangenheit festgehalten: museal aufbewahrt, konservatorisch gepflegt, ökologisch behütet, archivalisch gesammelt, archäologisch rekonstruiert, historisch erinnert. Die — technogene — Dauerzerstörung von Vergangenheit wird modern kompensiert durch die historische Dauerbewahrung von Vergangenheit: ohne sie könnten wir — im Zeitalter der Kontinuitätsbrüche — unseren Kontinuitätsbedarf und — im Zeitalter der Weltfremdheit — unseren Vertrautheitsbedarf nicht mehr decken und den Wirklichkeitswandel nicht mehr aushalten; denn: je weniger Kontinuität durch historischen Sinn, desto mehr Flucht in die Illusion.« (Marquard 1986a, 93)

Und das Abonnement auf Illusion hat, versteht sich von selbst, die desillusionierte Linke ...

Dazu muß man noch die Erwartung an die heilende Rolle der Geisteswissenschaften, das Lob des common sense, die Bekräftigung der Usancen des täglichen Lebens, die (instrumentell-)sinnstiftende Rolle der Religion nehmen, dann hat man jenes futurologische Design fast schon beieinander, das Hermann Lübbe u.a. in ihrem Kommissionsbericht »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen« in politikberatender Absicht 1983 dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten (und Kanzleramtsanwärter) Lothar Späth vorgelegt haben und das dieser seither mit seinem Konzept der »Versöhnungsgesellschaft« und seinen ungeniert kompensationsbeflissenen Initiativen kulturpolitischer Art auch politisch-praktisch zu implementieren versucht. Lübbe, Marquard u.a. sehen das Projekt der Moderne mithin als weitgehend gelungen und vollendet an — was bedeutet: es gibt daran weder etwas modernistisch zu vollenden noch etwas prä- oder postmodern zu revidieren.

Ganz anders nun Robert Spaemann oder Günter Rohrmoser, zwei andere Ritter-Schüler, die sich ebenfalls politisch-philosophisch exponieren und dabei namens einer sowohl natürlichen wie sozialen Ökologie eher an altkonservative Modernisierungskritik anknüpfen.

Ȇberwindung der Moderne, das kann sogar der Wille sein, die echten Gehalte humaner Selbstverwirklichung, die wir der Moderne verdanken, in Einsichten zu verankern, die von weiter her sind, und diese gegen ihre modernistische Deutung und damit gegen die immanente Tendenz zur Selbstaufhebung zu verteidigen«,

650 Claus Leggewie

begründet etwa Spaemann (1987) sein »postmodernes«, zugleich tief christlichkatholisch geprägtes Credo. Kritisch betrachtet wird so im Grundsatz jedes Verständnis von Freiheit als Emanzipation, der Mythos vom unendlichen Fortschritt und die Illusion progressiver Naturbeherrschung; das ökologische Bewußtsein habe im übrigen die traditionelle Frontstellung von rechts und links, von Erhaltung und Selbstverwirklichung endgültig obsolet gemacht.

Betrachtet man nun Spaemanns Versuch, der Natur zu ihrem Recht zu verhelfen und das Naturrecht als Berufungs- und Approbationsinstanz für sozialen und technischen Fortschritt zu reetablieren, d.h. aber eine substantielle Ethik des guten und gerechten Lebens verbindlich zu machen, dann tauchen die Divergenzen nicht nur zu den Kompensationstheoretikern aus der Ritter-Schule auf (denn geplante Kompensation nimmt ihr gerade die substantielle, kritische Funktion), dann zeichnen sich auch politische Oppositionspotentiale eines ökologischen Konservatismus gegen die sich zu Unrecht konservativ nennende (und von linken Kritikern auch fälschlich so bezeichnete), weil in Wahrheit neoliberale Modernisierungspolitik der gegenwärtigen Regierungskoalition ab. Denn Spaemanns Schule oder die von ihm mitinspirierte Zeitschrift Scheidewege, auch Populärphilosophen à la Franz Alt oder die dissidentischen Kassandraufer à la Herbert Gruhl sie alle begnügen sich im Prinzip natürlich nicht mit jenem funktionalen Umweltschutz, den Walter Wallmann oder Joschka Fischer, Klaus Töpfer oder Werner Remmers einzig betreiben können; sie fordern die Erhaltung des Naturreichtums um seiner selbst willen. Bei Spaemann liest man, immerhin, den bemerkenswerten Satz, daß diese Forderung »möglicherweise ... mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen unvereinbar« sei (1983, 76). »Dies wäre ein Argument gegen die Verhältnisse, allerdings eine genaue Umkehrung des Marxschen, das die fortschreitende technologische Expansion als Maßstab der Kritik setzt.«

Spaemann gilt in der westdeutschen Öffentlichkeit als »katholischer Fundi«, vor allem wegen seines radikalen Engagements gegen die soziale Abtreibungsindikation. Bei Spaemann liest man aber auch, namens des gleichen »Lebensschutzprogramms«, das Plädoyer gegen die Anhäufung von Zerstörungswaffen, gegen Tierversuche, gegen die gewalttätige Verlängerung des menschlichen Lebens und, besonders aktuell, gegen die Zerstörung der menschlichen Zeitgestalt durch die Retortenzeugung — allesamt, und vor allem letzteres, Beispiele für eine Steigerung der Fortschrittsmythologie seit dem 18. Jahrhundert, die heute die Grenze des Humanen selbst erreicht. Und von daher Zeugnis eines konservativen Protestes gegen die Modernisierung, der allein diesen Namen verdient.

Man sieht: der neue »Konservatismus« stellt sich allenthalben jene Sinnfragen, die Gehlen in den fünfziger Jahren mit der Herrschaft einer Technokratie für überholt und lächerlich gehalten hatte. Ob es zutrifft, wie Lübbe annimmt, daß ein zunehmend notwendigkeitsentlastetes Leben selbst zunehmend Sinnressourcen produziert bzw. deren Produktion einer geschickten Sinnstiftung durch dazu befähigte politische und kulturelle Animateure überlassen kann, oder ob der traditions- und sinnverzehrenden Moderne neue Sinnimpulse von weiter her, prämodern-postmodern sozusagen, eingehaucht werden können, wage ich nicht zu entscheiden. Ich wage auch nicht vorherzusagen, wie brisant dieser zunächst auf philosophischem Terrain ausgetragene und damit »harmlose« Flügelstreit die

Richtungsentscheidungen des liberal-konservativen Lagers tangieren und metapolitisch aufladen wird. Ich weiß nur, daß Philosophen wie Spaemann und Rohrmoser dem ihnen näher stehenden Lager nicht die gleiche Strenge, nicht die gleiche philosophenkönigliche Intervention angedeihen lassen wie weiland dem sozialliberalen Projekt, gegen das sie allerhand »Tendenzwende«-Getriebe und allerhand »hegemoniale« Aktivitäten entfalteten. Hier also liegt die politische Grenze eines kritischen Diskurses neukonservativer Provenienz, und hier ist der Konservatismus weiterhin »heimatlos«, indem er tagtäglich eine Art »Feigheit vor dem Freund« an den Tag legt, die keinen zu wundern braucht, die gleichwohl höchst erstaunlich ist.

Literaturverzeichnis

Bergsdorf, Wolfgang, 1986: Deutschland vor dem Wahlkampf. In: Die Politische Meinung 22, 34ff.

Biedenkopf, Kurt. 1985: Die neue Sicht der Dinge. Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung. München

Dubiel, Helmut, 1985: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt/M.

Gehlen, Arnold, 1953: Über kulturelle Kristallisation. Bremen

Geißler, Heiner, 1986: Für einen Fortschritt ohne Inflation der Ängste. In: FAZ, 29.8.

ders., 1986: Fortschritt oder Rückschritt. Richtungsentscheidung über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. In: Sonde 3/4, 92ff.

Grafe, Peter, 1986: Schwarze Visionen. Die Modernisierung der CDU. Reinbek

Grebing, Helga, 1971: Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik. In: dies. u.a. (Hrsg.): Konservatismus. Eine deutsche Bilanz. München

Greiffenhagen, Martin, ²1986: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland. Frankfurt/M.

Gruhl, Herbert, 1978: Ein Planet wird geplündert. Frankfurt/M.

Kohl, Helmut, 1986: Die Tagesordnung der Zukunft. In: Konrad Adenauer-Stiftung (Hrsg.), 227ff.

Kommission »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen« (i.A. der Landesregierung Baden-Württemberg), November 1983

Kondylis, Panajotis, 1986: Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang. Stuttgart

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), 1986: Die Tagesordnung der Zukunft. Bonn

Koselleck, Reinhard, 1979: Vergangene Zukunft. Frankfurt/M.

Leggewie, Claus, 1987: Der Geist steht rechts. Ausflug in die Denkfabriken der Wende. West-Berlin

ders., 1988a: Kulturgesellschaft — über ein neues Stadium affirmativer Kultur. In: A.R.T. (Hrsg.): Kultur macht Politik. Köln, 179ff.

ders., 1988b: Konservative Menschenrechtspolitik? In: Vorgänge 94, 40ff.

Lübbe, Hermann, 1975: Fortschritt als Orientierungsproblem. Freiburg

ders., 1977: Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Analytik und Pragmatik der Historie. Basel, Stuttgart

ders., 1983: Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts. Graz

ders., 1986: »Selbstverwirklichung« als Lebensthema. In: Konrad Adenauer-Stiftung (Hrsg.), 15ff.

Maistre, Joseph de, 1841: Oeuvres I. Montrouge

Mannheim, Karl, 1984 (ND): Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens. Frankfurt/M. (zuerst 1927) Marquard, Odo, 1981: Apologie des Zufälligen. Stuttgart

ders., 1986: Nach der Postmoderne. Bemerkungen über die Futurisierung des Antimodernismus und die Usance Modernität. In: Moderne oder Postmoderne?, hg. von P. Koslowski u.a. Weinheim, 45ff.

ders., 1986: Apologie des Zufälligen. Stuttgart

MEW = Marx-Engels Werke. Berlin/DDR

Mohler, Armin, 21972: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Darmstadt

ders., 1974: Der Konservative in der technischen Zivilisation. In: ders., Von rechts gesehen. Stuttgart

Ritter, Joachim, 1961: Naturrecht bei Aristoteles. Stuttgart

ders., 1974: Subjektivität, Frankfurt/M.

Rohrmoser, Günter, 1980: Zäsur. Wandel des Bewußtseins. Stuttgart

Schmid, Thomas, 1983: Schwarz-rot-grün. Über eine scheinbare und eine mögliche Wende. In: Freibeuter 16, 24ff.

ders., 1986: Die schwarzen Modernisierer oder - ist die CDU bündnisfähig? In: Pflasterstrand 246

ders., 1987: Tertium datur! In: Die Zeit Nr. 30, 16

Schönbohm, Wulf, 1986: Von den Bannerträgern zu den Klageweibern des Fortschritts. In: Sonde 3/4, 58ff.

Spaemann, Robert, 1983: Philosophische Essays. Stuttgart

ders., 1986: Ende der Modernität? In: Koslowski u.a. (Hrsg.), Moderne oder Postmoderne?, Weinheim, 19ff.

ders., 1987: Das Natürliche und das Vernünftige. München

Späth, Lothar, 1985: Wende in die Zukunft. Reinbek

Zukunftsmanifest der CDU, 1986: In: Sonde 3/4, 100ff.

Aussichten des Modernitätstraditionalismus

»Wertewandel« in der Sicht des »technokratischen Konservatismus«

Eine Typologie linker Konservatismus-Kritik! wäre gewiß aufschlußreich; sie könnte im einzelnen aufzeigen, daß der Konservatismus auf der Höhe der Zeit nicht zuletzt auch von den Schwächen linker Theorie(n) lebt — in erster Linie dort, wo sie selbstgerecht, blind, desinteressiert und unkritisch sind. Mir geht es im folgenden vor allem um eine Strömung des Neokonservatismus in der Bundesrepublik - Greiffenhagen nennt sie »technokratischer Konservatismus« (Greiffenhagen 1986, 378f.) — und die Kritik an ihr. Ich kann zeigen — an einem, wenn auch wichtigen Problemfeld —; daß die Auseinandersetzung mit diesem »Denkstil«² die Mühe lohnt. Die Kritik am Modernitätstraditionalismus (dies eine weitere Bezeichnung) hätte dort erst richtig zu beginnen, wo sie in der Regel aufhört, beim — angeblichen oder realen — Widerspruch von Modernität und Tradition. Frappierend ist zudem, daß einige Neokonservative just die gleiche Entwicklung des »Wertewandels« und der »moralischen Kultur« als Anlaß zur Hoffnung und Ansatzpunkt aussichtsreicher konservativer Politik interpretieren, die einige ihrer Kritiker als gründliche Blamage konservativer Ambitionen betrachten.

»Krise der Industriekultur« im neokonservativen Verständnis

Die »Zukunftsfähigkeit« ist eines der bedeutenden Stichworte für die Probleme, um die das Denken der Neokonservativen kreist. Darin spiegelt sich nicht nur der Imperativ der weltweiten Modernisierungskonkurrenz, sondern mehr noch die Sorge um die fundamentalen Bestandsvoraussetzungen dieser Gesellschaft. Auch wenn sich in der Analyse und erst recht in der Entwicklung politischer Strategien Differenzen herausbilden: Alle Neokonservativen haben zunächst diesen Ausgangspunkt gemeinsam.

Die massenhafte Wiederkehr von Kulturkritik, von Zweifeln an den »Segnungen« des Fortschritts — und ausgerechnet in Begriffen und Bildern, die gerade nicht eindeutig links waren, sondern aus dem Arsenal des konservativen Kulturpessimismus stammten — mußte die Konservativen mit großer Besorgnis erfüllen. Das Phänomen war insofern verunsichernd, als sie sich auch mit ihrer eigenen Geschichte konfrontiert sahen. Das, was sie für eine gefährliche Infragestellung der modernen Technik hielten, stand zudem in engem Zusammenhang mit den politischen Herausforderungen, die von diesen neuen Bewegungen ausgingen. Mußte die mangelnde »Akzeptanz« hier nicht besonders gefährlich sein, in Kombination mit der Gefahr der »Unregierbarkeit« und einem destruktiven »Wertwandel«?

Zu den Gefahrenmeldungen beispielsweise Stürmers, der »Rebellionen gegen Kultur und Technik« befürchtet (Stürmer 1985), oder von Recums, der tiefe »Risse« im »Wertegefüge westlicher Industrienationen« ausmacht (von Recum 1987, 123f.), bilden die Stellungnahmen etwa von Lothar Späth (Späth 1985) oder die

Diagnosen der württembergischen »Kommission Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen« (Kommission 1983) einen bemerkenswerten Kontrast — indem sie nämlich, was Stürmer, von Recum und viele andere vor allem unter dem Aspekt der System*gefährdung* sehen, differenzierter, nüchterner und auch unter dem Aspekt der System*erhaltung* betrachten. Ihre Einschätzung des Wertwandels und der damit verbundenen kulturellen Fragen ist außerordentlich interessant und Kernstück einer der reflektiertesten konservativen Positionen.

Die »Zukunftsfähigkeit« zu erhalten und immer wieder neu herzustellen, wird nun gerade auch als eine kulturelle Aufgabe betrachtet (ähnlich Biedenkopf 1986, 14). In Gefahr ist sie einmal wegen des »Schwundes der Zukunftsgewißheit« (vgl. Geißler 1986), der sich aus der größeren Nähe der Zukunft wie aus ihrer »Unbekanntheit« ergebe. Zum andern wegen der »Kompetenzverluste des 'common sense'«:

»Durch Vertrauen kompensieren wir die wachsende Inkongruenz von Sachabhängigkeit und individueller Sachkompetenz.« (Kommission 1983, 27)

Dieses Vertrauen wird als »Sozialkitt« (ebd.) bezeichnet, der um so nötiger sei, »je mehr die Evidenz unserer Abhängigkeit von zuverlässig erbrachten Leistungen anderer zunimmt« (vgl. Beck 1986, II. Kapitel).

Die öffentliche Uneinigkeit der technisch-naturwissenschaftlichen Experten, seit den Anfängen der Anti-AKW-Bewegung immer mehr Anlässe und Themen umgreifend, mußte da als Alarmzeichen gelten. Die Kommission bleibt nun aber nicht dabei stehen, als Antwort auf die gewachsene Skepsis gegenüber dem naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt eine Politisierung der Auseinandersetzung zu empfehlen. Es werden zu dieser zentralen Frage drei weiter- und tiefergehende, differenzierte und ausgesprochen kühle Argumentationen dargelegt, die jeweils politische Empfehlungen nach sich ziehen:

Erstens wird vorgeschlagen, die »Einstellungsänderungen« zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen und daraufhin zu betrachten, ob sie nicht womöglich »vernünftig« seien (Kommission 1983, 28).

Zweitens wird bestritten, daß es sich wirklich um »Wissenschafts- und Technikfeindschaft« handle.

»Was vor sich geht, scheint im Kern ein Pragmatisierungsvorgang zu sein: Ernüchterung; sich schärfender Sinn für externe Kosten des Fortschritts; Anhebung des Niveaus für Nachweise, daß der fällige Fortschritt nötig sei, Ausbildung konservativer Verhaltensweisen als rationale Formen des Umgangs mit naturalen, psychischen und kulturellen Ressourcen, die sich nichtrestituierbar und nur schwer kompensierbar verknappen, Wiedererstarken der ideologischen und politischen Resistenz gegen intellektuelle Utopienpropaganda und somit zunehmende Prädisposition für erfolgversprechendes Handeln in einer Lage, in der die Abwehr voraussehbarer, wohlbekannter Übel wichtiger ist als das Engagement bei Bewegungen, die zum Unbekannten, ganz anderen aufbrechen.« (Ebd. u. 29)

Drittens: Die »Alternativkulturen« hierzulande seien keine Gefahr. »Aussteigertum« werde sich über einen randständigen Bereich hinaus nicht verbreitern, die Gesellschaft sei reich und differenziert genug, sie auszuhalten und sogar produktiv zu nutzen. Das mag heute nicht als sonderlich originelle Erkenntnis gelten, 1983 freilich war es eine gelungene theoretische Antizipation, die auf breites Unverständnis stieß. Die meisten Konservativen waren kaum zu dieser »neuen Sicht

654 Horst-Dieter Zahn

der Dinge« zu bewegen, und in der undogmatischen Linken herrschten eher affirmative Interpretationen der »Alternativkultur« als »alternativer Vergesellschaftung« vor.

Dieser Argumentation schließt sich der Hinweis an, die »Stabilität des Industriesystems« sei größer als angenommen. Seine »kulturelle Durchsetzungskraft« sei nicht so sehr durch »prometheischen Ungehorsam, simple Profit-Interessen, technokratische Macherattitüden oder puritanische Suche nach irdischen Indikatoren einer himmlischen Prädestination« begründet als durch die »überwältigende Evidenz elementarer Lebensvollzüge« (ebd.). Dabei soll es sich um gleichermaßen »triviale« wie »fundamentale« Dinge handeln: Befreiung vom Naturzwang, Produktivitätssteigerung der Arbeit, Mehrung von Wohlfahrt und Sicherheit, sozialer Frieden.

»Die Zustimmungsfähigkeit, ja Zustimmungspflichtigkeit dieser Dinge macht die Fortschrittsnatur der Industriekultur aus, und ihre Geltung ist insoweit keineswegs brüchig geworden, vielmehr in hohem Maße gemeinsinnsfähig geblieben.« (Ebd., 30)

Von daher ist klar: Bei der Krise der Industriekultur geht es nicht ums Ganze, darum also, daß bestritten würde, »wofür sie uns gut zu sein hätte. Vielmehr handelt es sich um eine Krise unter dem Druck sektoral rasch näherrückender Kostengrenzen ihrer Lebensvollzüge« (ebd.). Dies ist theoretisch wie strategisch das Scharnier einer Argumentation, mit der ein affirmativer Begriff von Kultur historisch erneuert und gegen das Risiko einer Aufhebung von Ausbeutung und Unterdrückung immunisiert werden soll.

Im Zentrum der mit »Wertwandel« apostrophierten Entwicklungen steht eine Expansion der »Selbstverwirklichungswerte«. Sie wird verstanden als eine kulturelle Antwort auf den Prozeß der gesellschaftlichen Modernisierung, der »alternativenfreie Gewohnheiten« nicht mehr allgemein verbindlich erzeuge. Auch aus konservativer Sicht muß diese Entwicklung nicht unbedingt beklagt werden, denn sie ist weder eindeutig noch nur negativ. Eine differenzierte Betrachtung etwa der Erosion von Bindungen an die Kirchen zeige, daß es sich »nicht primär um einen Religionsverlust im fundamentalen Sinne des Wortes« (ebd., 41) handele; es gäbe sogar eine zunehmende »Suche nach religiösen Erfahrungen« wie auch »eine Übertragung religiöser Bedürfnisse in die Politik«. Ebenso ambivalent — und das heißt für die Konservativen unter strategischem Gesichtspunkt: chancenreich — ist die Entwicklung der »Selbstverwirklichungs-Bedürfnisse« insgesamt: Mit der »Selbstverwirklichung« werde es »subjektiv unumgänglich, sich selbst zum Problem zu machen, wo der Druck des alternativlos objektiv Unumgänglichen nachläßt, Räume freier Disposition sich auftun und somit wenig geschähe, wenn es nicht selbstbestimmt geschähe« (ebd., 32f.). Während die quasi »klassische« konservative Haltung (vgl. noch heute! von Recum 1987, 125) darin eine Entfesselung maßloser, destruktiver, bodenloser Subjektivität fürchtet und darauf repressiv reagiert, kann das einen modernen Konservativen nicht erschüttern. Er geht sozusagen mit der optimistischen Vermutung an solche Phänomene heran, sie könnten auch zu funktionalisierende Elemente enthalten.

Eine Pluralisierung von Lebensstilen und die Erosion der hergebrachten Bindungen von normativen Orientierungen an soziale Lagen einmal vorausgesetzt, können »Selbstverwirklichungs-Bedürfnisse« eine Individualisierung ausdrücken

und bestärken, die aus dem gesamtgesellschaftlichen Blickwinkel auch als Übertragung von Marktmechanismen auf individuelles Verhalten und Planen verstanden werden kann — und zwar auch dort, wo nichts gekauft wird. Die einzelnen hätten demnach eine nie dagewesene Wahl. Sie wären so frei wie Käufer und Verkäufer auf dem Markt, hätten aber eben auch in ihrer kulturellen Praxis und biografischen Entwicklung, die früher heteronom festgelegt waren, nunmehr marktähnliche Risiken zu tragen (vgl. Haug 1986). Die psychologische Seite dieses Begriffs von »Selbstverwirklichungs-Bedürfnissen« oder »-Werten«: Sie führen zu einer »wachsenden Zahl von Selbstbekundungen, in denen das Selbst sich als Resultante und damit als Opfer der Verhältnisse erfährt« (Kommission 1983, 33). Als Beispiele werden angeführt der »Umgang mit Zeit und Medien« und das »Verhältnis zu Gesundheit und Krankheit« (ebd., 33f.). Hier würden neue Selbstgestaltungs- und Selbstverwirklichungs-Ansprüche Platz greifen — vor dem Hintergrund objektiv gewachsener Gestaltungsspielräume. Gleichzeitig nähmen aber Gefühle der Überforderung zu.

»In diesen Selbstbekundungen spiegeln sich Lebenslagen, in denen man objektiv wie nie zuvor aus Akten der Selbstbestimmung zu leben hätte, so daß, wo man durch sie sich überfordert fühlt, Erfahrungen des Selbstverlusts und damit des Unterworfenseins unter die Bestimmungsmacht der Verhältnisse unvermeidlich werden. « Es handele sich um »die Komplementarität von Selbstbestimmung und Selbstverlust. In demselben Maße, wie die Chancen selbstbestimmter Lebensführung wachsen, wächst auch die Intensität, mit der man sich in den mißlingenden Fällen als Opfer der Umstände erfährt.« (Ebd., 72)

Ein »Wertwandlungsschub« habe früher vorhandene »Gleichgewichtslagen zwischen der Wertausstattung und den Möglichkeiten der Wertverwirklichung, des weiteren aber auch innere Vermittlungen zwischen den Pflicht- und Akzeptanzwerten und den Selbstentfaltungswerten beeinträchtigt oder außer Kraft gesetzt« (ebd., 43).³ Insofern wird konzediert, daß die Angelegenheit konfliktreich verlaufen kann. Wie aber mit diesen Konflikten, die auch für die Zukunft angenommen werden, umzugehen sei, dies wird gänzlich undramatisch und in souveräner Gelassenheit bestimmt. Die »Wertkultur« sei nicht in Ordnung.

»Dem Konzept einer 'Wertsynthese' sind unter diesen Umständen handlungsleitende Qualitäten zuzuschreiben. Hierbei wird es darauf ankommen, die in der alltäglichen Wirklichkeit angelegten Chancen zu einer sinnvollen gegenseitigen Ergänzung von Pflicht- und Akzeptanzwerten und von Selbstentfaltungswerten zu fördern.« (Ebd., 43)

Für diesen Denkansatz des Neokonservatismus ist nun typisch, daß er die sozusagen klassischen ordnungspolitischen Instrumente, mit denen man diesem Ziel näherzukommen hofft (Umstrukturierung von Parteiorganisation, Verwaltung und Bildung, Technologieförderung u.a.), zwar nicht verwirft — es werden dazu eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht —, daß er aber einen ganz besonderen Akzent auf die Alltagskultur legt. Ihr »Pragmatismus«, ihr Bedeutungsgewinn und ihre Vielfalt werden als die gesellschaftliche Basis angesehen, auf die sich parteipolitisches und (in Grenzen) staatliches Handeln zuversichtlich stützen könne. Mit dem Rückenwind des alltagskulturellen Trends könne bewirkt werden daß

»neue Programme und Bewegungen durch Spezialisierung und Segmentierung aufgesogen werden, ohne daß sie andere Bereiche ernsthaft verändern können. Postmaterialistische Zugehörigkeits- und Selbstverwirklichungswerte scheinen in diesem Sinne in die Zeitkultur über-

656 Horst-Dieter Zahn

nommen zu werden, ohne daß andere Werte wie Pflichterfüllung, Akzeptanz, Leistung, Wettbewerb, Konsum usw. dadurch eliminiert würden.« (Ebd., 72)

Ähnlich empfiehlt Wolfgang Zapf (1983, 31), den »Wertewandel nicht schwarzmalerisch« zu sehen, als »Verfall der Arbeitsmoral« oder »hedonistischen Individualismus«, sondern als durchaus lebenskluge Reaktionen auf Veränderungen in Arbeitswelt, in Familie, in Freizeit ...«

Wenn hier Verschiebungen in den Wertorientierungen vergleichsweise nüchtern untersucht werden, wenn die gespreizte Abwehr und die schrille Klage ausbleiben, die man so oft von Konservativen hören kann, wenn traditionelle Bindungen gelockert oder gar in Zweifel gezogen werden - dann sollte man sich nicht täuschen. Nur den »Einstellungsänderungen« wird Vernunft attestiert, die sich in eine den Imperativen der technologischen Modernisierung folgende Rationalisierung der Kultur einfügen lassen (vgl. Biedenkopf 1985, 48). Dies läßt sich im einzelnen an den Analysen von Wertewandel, Alternativkultur usw. aufzeigen, ob das nun die »unvermuteterweise neue Blüte alter Werte und Tugenden« - im Gefolge der Ökologiebewegung! - ist (Späth 1985, 142) oder die »Bändigung« des »cartesianischen Geistes« (Biedenkopf 1985, 420). Vollends deutlich wird es aber, wenn man den Kontext betrachtet, in dem jeweils die beiden Pole der angestrebten »Wertsynthese« verwendet werden: Die Akzeptanzwerte beziehen sich auf die vornehm umschriebenen Grundstrukturen und institutionellen Grundlagen der Gesamtgesellschaft, die Selbstverwirklichungswerte entfalten sich in der Alltagskultur.⁴ Akzeptanz ist dann im Zweifelsfall doch ganz einfach Anpassung und Unterordnung; sie wird zum Wert befördert und gewissermaßen kulturell veredelt zur »Kultur der Akzeptanz« — all dessen, »was nicht zu unserer Disposition steht« (Kommissionsbericht 1983, 35). Und dazu zählen nicht nur die »Kontingenzerfahrungen«, sondern eben auch (eine sehr weit gefaßte) »Sachabhängigkeit« von der arbeitsteilig organisierten »naturwissenschaftlich-technischen Kompetenz« und die »gesellschaftliche Modernisierung« insgesamt mit der ihr inhärenten Interessen- und Machtstruktur und Entwicklungsrichtung.

Zuweilen wird der »technokratische Konservatismus« gewissermaßen logischimmanent widerlegt. Daraus, daß er »höchste Werte« mal gegeneinander austauscht, mal in Dienst nimmt, mal fallen läßt, wird dann gefolgert, er sei »am Ende«, verdiene den Namen Konservatismus »eigentlich« gar nicht, sei heute mit dem Neoliberalismus ununterscheidbar verwoben ... Daß er »am Ende« sei, kann gar nicht wörtlich gemeint sein, höchstens so, wie schon Bloch in den zwanziger Jahren vom Kapitalismus »mit seinem greisenhaften Johannistrieb« sprach; und es besagt so viel wie all die anderen Untergangs-Topoi nach dem Muster der (nun schon ca. 80 Jahre währenden) »letzten Zuckungen« des Imperialismus. Greiffenhagen kritisiert auch den neuen Konservatismus, der zu den höchsten Werten ein funktionalistisches, gewissermaßen taktisches Verhältnis habe, mit dem Begriff des »Dilemmas«. Dies soll darin bestehen: »Alle Konservativen argumentieren auf dem Boden der Aufklärung gegen sie« (Greiffenhagen 1986, 353). Die Tragfähigkeit dieser Kritik ist nicht nur gering, weil das, was Aufklärung meint, selber widersprüchlich ist. Das »Dilemma« wäre erst fatal, wenn es nicht bewußt würde. Die Neokonservativen haben aber, »was ihnen von Greiffenhagen als ihr 'Dilemma' offenbart wird ... längst als ihre Aufgabe be-

griffen und daraus ein Element ihrer Stärke gemacht« (Volz 1987, 145). — Mit dem hier dargestellten Verständnis des »Wertewandels« und einer neuen »Wertsynthese« begreifen sie Werte als subjektivierte Institutionen. Sie gehen aus von einer Schwächung bzw. Einschmelzung der »klassischen« Institutionen in den allmächtigen Funktionszusammenhang der wissenschaftlich-technischen Zivilisation und davon aus, daß die Aufgabe, die einst diese Institutionen zu erfüllen hatten, heute mehr denn je auf der Tagesordnung steht: Die Verankerung der Funktionsimperative in den Individuen zu bewerkstelligen. Volz hat darauf hingewiesen, daß in dieser Fassung von Analysen des Wertewandels ein altes Problem zwar nicht gelöst, aber doch differenzierter, geschmeidiger angegangen werden kann: Der Kapitalismus ist »auf eine Verfassung der Gesellschaft (und der Individuen!) angewiesen — die dadurch funktional ist, daß sie gerade nicht, zumindest nicht vollständig funktionalisiert ist« (Volz 1987, 163). Der hier dargestellte Zugang zu sozialpsychologischen, kulturellen Veränderungen und das dabei entwickelte analytische Instrumentarium erlauben den Konservativen eine solche Fassung dieser Probleme, daß sie sozusagen Wege einer Funktionalisierung des Nicht- oder Dysfunktionalen eröffnen. Man muß aber nicht so weit gehen wie Volz, der darin bereits das Versprechen einer »Vermittlung zwischen Systemvernunft und praktischer Vernunft, vielleicht gar ein Steuerungsmedium ... ienseits von Staat und Markt« (ebd.) sieht.

Dieses Verständnis des »Wertewandels« als eine der Kernstrukturen des Neokonservatismus steht übrigens insofern ganz in der konservativen Tradition, als es keineswegs darauf hinausläuft, politisch die Hände in den Schoß zu legen und auf systemintegrative, automatische Wirkungen der Vielfalt und des »Pragmatismus der Alltagskultur« zu vertrauen — es schließt entschiedenes politisches Handeln nicht aus. »Härte« als eine der traditionellen konservativen Tugenden ist nach wie vor vonnöten; die »richtige« Synthese, Balance von Werten kommt nicht von allein zustande, um sie muß auch politisch gekämpft werden. Die Strategie der Segmentation (s.o.) stützt sich auf innere Widersprüche gesellschaftlicher Entwicklungen und erfordert gezieltes, wenn nötig repressives politisches Handeln. Wenn man die Differenz gegenüber dem älteren Konservatismus weiter kennzeichnen wollte, könnte man sagen, daß im neuen die Momente der Panik und der Aggressivität zurücktreten und eine (teilweise zynische: Lübbe, teilweise christlich-sanfte: Koslowski⁶) Gelassenheit stärker hervortritt, die sich aus der Gewißheit speist, quasi mit gesellschaftlichem Rückenwind politisch agieren zu können.

Die »moralische Kultur« als Blamage der Konservativen?

In der Auseinandersetzung mit dem US-amerikanischen Neokonservativen Daniel Bell haben Habermas und Dubiel darauf hingewiesen, daß dessen Gleichsetzung der Kultur mit Kunst und Literatur zu kurz greife (Habermas 1985, 35ff., Dubiel 1985, 30ff.). Habermas argumentiert, die kulturelle Moderne werde nicht allein durch eine »Autonomisierung der Kunst«, sondern auch durch eine »Universalisierung von Recht und Moral« gekennzeichnet. Ist aber Habermas' Verdikt, die deutschen Neokonservativen hätten sich mit der kulturellen Moderne

658 Horst-Dieter Zahn

nur »halbherzig« ausgesöhnt (ebd., 41), so zu verstehen, daß sie in der Theoriebildung nicht mehr zu bieten hätten als den Aufguß der alten kulturpessimistischen, antizivilisatorischen, antiamerikanischen, antisemitischen und aristokratischen Positionen? Habermas scheint das so zu sehen, wenn er meint, die deutschen Neokonservativen hätten es »vergleichsweise einfach« gehabt, »auf ausgetretenen Pfaden wandeln« können und hätten »theoretisch so gar nichts Neues zu bieten brauchen« (ebd., 44), während jenseits des Großen Teiches die Neokonservativen von der Protestbewegung der sechziger Jahre zu neuen Denkweisen provoziert worden seien. Mir scheint dieses Urteil die Atmosphäre der harten politischen Auseinandersetzung mit den Konservativen zu treffen — aber auch ungemein von ihr affiziert zu sein. Denn die konservative Militanz in den wissenschaftlich-politischen Konflikten, die gegenintellektuelle Kontinuität bei der Rechten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Neokonservativen hierzulande ein beachtlich hohes Niveau der sozialwissenschaftlich-differenzierten Rezeption auch der »kulturellen Moderne« erreicht haben. Zu einer im Vergleich zu Habermas wesentlich härteren Einschätzung der Neokonservativen gelangt Brunkhorst (Brunkhorst 1987, vgl. Raphael/Zahn 1988). Er sieht die »Entwicklungspathologie des modernen Mandarinentums an ihr gleichsam natürliches Ende gekommen« (ebd., 148). Das neokonservative Vorhaben einer kompensatorischen Traditionsbildung sei logisch unmöglich, empirisch unwahrscheinlich und außerdem überflüssig (ebd., 151ff.). Unter anderem stützt Brunkhorst sich dabei auf »kaum reversible säkulare Trends und evolutionär durchgesetzte Strukturmuster« - angesichts derer die Neokonservativen »ortlose Klagen« vorbrächten. Er deutet an, was er meint: »posttraditionale Erziehungsstile und Sozialisationsmuster«, die sich »in größerem Ausmaß und nicht nur in den Mittelschichten durchzusetzen begonnen« hätten (ebd., 154). Gemeinsam ist den drei hier erwähnten Autoren, daß für sie die unter »Wertewandel« rubrizierten Prozesse der Verallgemeinerung und Ausdifferenzierung »moralischer Kultur« den Neokonservatismus ganz besonders blamieren: er begreife sie kaum oder gar nicht, verstehe sie als subversiv und zersetzend und sei gleichzeitig aber auch ihr Opfer seine Absicht der Befestigung von Herrschaft und der Entsubstantialisierung von Demokratie drohte nämlich gerade an ihnen zu scheitern. Die behauptete Blamage des Neokonservatismus hätte demnach eine theoretische und eine praktische Seite. (»Er begreift nicht, was geschieht.« — »Er wird verlieren.«)

Dazu erstens (»Er begreift nicht, was geschieht«): Zunächst einmal ist anzumerken, daß die Neokonservativen sehr aufmerksam beobachten und differenziert wahrnehmen. Die Analysen von Alltagskultur und Wertewandel zeigen auch — gemessen an den politischen und wissenschaftlichen Prämissen und Methoden Ende der sechziger Jahre — einen Lernprozeß, den zu rezipieren sich lohnt, denn er war folgenreich, indem er in die Politik (vor allem der CDU) einging. Gegen den hier dargestellten neokonservativen Gedankengang, den unter der Rubrik »postmaterialistisch« gefaßten Einstellungswandel brauche man nicht als für das Bestehende gefährlich ansehen, findet sich bei Brunkhorst im übrigen kein tragfähiges Argument. Warum das »Posttraditionale«, auf das er hofft, so vernünftig und zudem irreversibel sein und sich gar über bestimmte Mittelschichten hinaus ausgebreitet haben soll, begründet er nicht.⁷ Ebensowenig wie

die Behauptung, »ideologische Kompensation« sei gar nicht notwendig. Die kühne These: Sozialintegration werde wirklich nur auf einem Weg erreicht: »durch die institutionell geschützte Entfesselung der intersubjektiven Rationalität autonomer Öffentlichkeiten« (Brunkhorst 1987, 156). Und umgekehrt: »Geplante Kompensation« zerstöre die »sozialintegrativen Kräfte«. Danach noch eine ausmalende Anekdote von Heine, über Kant. Keine Begründung. Punkt. So viel, so wenig in einem Buch, das belegen soll, daß die Neokonservativen nur mehr »Pathologen« seien.

Differenzierter, anspruchsvoller geht Dubiel vor. Sehen wir von seiner Auseinandersetzung hauptsächlich mit Lasch, Riesman, Bell, Sennett ab, beginnen wir gleich mit deren Ergebnis. Dubiel bezeichnet diese »Beispiele neuerer Kulturkritik« als »neokonservativ«, weil sie nicht im Rahmen einer Theorie des Spätkapitalismus stünden, sondern »kulturkritische Märchen« (Dubiel 1985, 38) erzählten. Gegen diese mit ihren Bausteinen - »goldenes Zeitalter bürgerlicher Rationalität«, »Sündenfall«, Gesellschaftsunfähigkeit der nachbürgerlichen Kultur — macht Dubiel zweierlei geltend. Zum einen gingen sie von der »überzogenen Suggestion einer Epochenschwelle« (ebd., 39) aus, mit entsprechend dichotomischer Weltsicht. Zum anderen verschlössen sie sich vor neuen Erkenntnissen, weil geprägt von einer »von vornherein parteilichen verfallstheoretischen Stillisierung des unterstellten Übergangs« (ebd.). Der entscheidende Vorwurf Dubiels (ob gegenüber den genannten US-amerikanischen Autoren zu recht erhoben, sei dahingestellt) trifft aber die hier skizzierte neokonservative Argumentation nicht. Der Ȇbergang« wird keineswegs »verfallstheoretisch stilisiert« und gerade das Bild vom Prozeß der vielfältig vermittelten, gesellschaftlich-kulturell bestimmten, aber auch politisch zu beeinflussenden Herstellung einer neuen »Wert-Synthese« ist jedenfalls nicht als »dichotomisch« zu kritisieren. Mehr noch, das eigentlich Provokative in dieser neokonservativen Argumentation ist dort zu sehen, wo beispielsweise im Bericht der Kommission »Zukunftsperspektiven« trocken empfohlen wird, den Wertwandel nicht »teleologisch« zu interpretieren (Kommissionsbericht 1983, 72). Das ist nicht bloß gegen die »Schwarzmalerei« im eigenen Lager gerichtet, vielmehr sind die Neokonservativen auch einigermaßen zuversichtlich, daß der »Wertewandel« sich nicht als der Sprengsatz erweisen wird, für den ihn manche linke Theoretiker hielten und halten. Sie gründen diese Zuversicht auf die Ambivalenz der Selbstverwirklichungsbedürfnisse, sodann auf das gemeinsame Kennzeichen vieler verschiedener Einstellungen und Handlungstypen in diesem Rahmen: den Pragmatismus, und schließlich auf eine Alltagskultur, die selber wiederum pragmatisch, vielfältig und flexibel ist.

Dieser Streitpunkt verweist unmittelbar auf den zweiten, praktischen Aspekt der Blamage (»Er wird verlieren«). Dubiel kritisiert die technokratischen Empfehlungen eines Luhmann, Bell oder Helmut Klages, deren »funktionalistische Reduktion des kulturellen Feldes« bringe »kulturelle Einstellungen um das, was ihre Substanz eigentlich ausmacht, nämlich um ihren jeweiligen Wahrheitsanspruch« (Dubiel 1985, 43). Was die Neokonservativen als »Erosion« sähen, könne man auch »radikal entgegengesetzt« sehen, als einen Prozeß, der »die historischen Chancen politisch-kultureller Selbstbestimmung konstituiert« (ebd.). Dubiel beendet seine Betrachtungen zum Thema Kultur so:

660 Horst-Dieter Zahn

»Jetzt, da die Politik an die Stelle von Tradition und Transzendenz getreten ist, wird die Kultur zu dem Feld, auf dem soziale Gruppen um die Rationalitätsmaßstäbe der gesellschaftlichen Organisation streiten.« (Ebd., 44)

Das hoffen die Neokonservativen auch, nur ein bißchen anders. Ich habe hier gezeigt, warum sie darauf setzen, daß Selbstverwirklichungsbedürfnisse im Horizont eines individuellen Pragmatismus und einer kulturellen Praxis verbleiben, der einen Zugang zu Fragen der gesellschaftlichen Vernunft und der universalistischen Moral gerade verbaut. Dubiel scheint das genau umgekehrt zu sehen: »Mit den Ergebnissen der sozialpsychologischen Wertwandelforschung ließe sich ... argumentieren, daß ... die spezifischen Sozialisationsbedingungen in der Nachkriegszeit eben jenen Teil des bürgerlichen Werterepertoires radikalisiert haben, auf dem die klassische frühbürgerliche Idee der Demokratie basierte, nämlich die der bürgerrechtlichen Gleichheit, der politischen Teilhabe und der individuellen Selbstentfaltung.« (1985, 61).

Dies ist für ihn die entscheidende materielle Bedingung dafür, daß dem »autoritären Programm einer technokratischen Eliteherrschaft« die »Alternative der partizipatorischen Reform der Demokratie« erwachse (ebd., 62f.). Diese Einschätzung kommt freilich zustande, nachdem vorher schon, wie gerade gezeigt, Kritiken schroff abgewiesen wurden, die auf die Ambivalenz, innere Begrenztheit und den Irrationalismus der neuen Wertorientierungen und Einstellungen hinweisen. Mit dem Einwand, sie seien nicht als kritische Theorie des Spätkapitalismus gefaßt, wurden die Ergebnisse dieser Kritik de facto gleich ganz verworfen. Im Vertrauen auf die sich ausbreitende Tendenz einer »moralischen Kultur« werden deren Entscheidungsformen selber »rationalistisch« mißverstanden.

Die neokonservativen Thesen könnten immerhin zu erneuter, kritischer Reflexion anregen. Enthalten die neuen Formen der Politik nicht auch Momente einer regressiven Expressivität? Wird mit »Individualisierung« nicht auch die Basis für einen »Robinsonismus« (Kluge 1985, 98) verbreitert, der zu einer wichtigen Eigenschaft gegeneinander abgegrenzter Teilöffentlichkeiten, Bewegungen, Gruppierungen, Kulturen geworden und eher Hemmnis als Triebkraft gesellschaftlicher Transformation ist? Können die Erscheinungsformen der »neuen Unmittelbarkeit« — von kulturindustrieller Vereinnahmung einmal abgesehen — tatsächlich als tragfähige Grundlage oder auch nur Impuls für Demokratisierung angesehen werden? Lassen sich die »postmaterialistischen« Orientierungen nicht auch in modernisierte Religiosität und harmlose Belebung nachbarschaftlicher Hilfe einfügen, wie es die Neokonservativen erhoffen? Sind die Resultate einer doppelten kulturellen Freisetzung nicht prekär? Kann »politische Subjektivität« wirklich als verhältnismäßig unversehrte Instanz moralischer Kultur angesehen werden (vgl. Elfferding 1986, 158)? Es könnte sich doch herausstellen, daß die neuen Subjektivitätspotentiale den funktionalen Notwendigkeiten in neokonservativen Strategien nicht quasi naturgemäß widersprechen, ebenso wie Zweifel angebracht sind, ob sie als Rohstoff für deren Überwindung taugen.

Anmerkungen

- Sie müßte beginnen bei jener Position, der das »Wesen des Konservatismus« schon immer bekannt war, und die »Klassifizierungsversuche« nur als »Verunsicherung« einer »bürgerlichen Konservatismusforschung« ansieht (Pechmann 1985, 24f.). Als zweiten Typus würde ich jene Konservatismus-Kritik ansehen, die von älteren, verdienten Theoretikern kommt, die sich unter Verwendung ihres umfangreichen Zettelkastens daran machen, dem Publikum zu demonstrieren, daß der Neokonservatismus für sie nichts Neues zu bieten hat (Kofler 1984). Drittens wäre ein Typus zu nennen, dem es um eine Art ideologischer »Entlarvung« geht. Die theoretischen Fallen, in die man dabei tappt: Erstens wird Politik, vor allem aber Kultur und Subjektivität funktionalistisch reduziert, zweitens werden sie mehr oder weniger äußerlich als Abgeleitetes und Nebenwidersprüchliches verstanden. Der Neigung zur funktionalistisch verkürzten Um-Zu-Argumentation erliegen z.B. stellenweise die Sozialistischen Studiengruppen (Sost 1986, 33, 35f.); einfache Wirkungen werden unterstellt in Sätzen, die mit der Politik der Deregulierung des Klassenkompromisses beginnen und mit der »Stärkung der Familie« enden. In einem Essay, der die »Politische Ökonomie der Liebe« betitelt ist, findet sich zu gesellschaftlichen Entwicklungen von Subjektivität und kultureller Praxis kein Gedanke, sondern lediglich eine Kette disparater Zitate aus aller Herren Länder. Mit ihr wird sarkastisch der »politische Nähr- und technische Mehrwert des Herrschaftsinstruments Liebe« »belegt« (Drescher/Esser/Fach 1986). Zum Kritik-Typus »qualifizierter Geringschätzung« komme ich in diesem Text. Zu den wenigen kenntnisreichen und interessierten Darstellungen des Konservatismus in der letzten Zeit gehört Leggewies »Der Geist steht rechts« (1987).
- Volz weist zu Recht darauf hin, daß es sich nicht um eine konsistente »Schule« handelt, sondern um einen in Anlehnung an Schluchter (1972) »neo-saint-simonistischen Denkstil«, der »ein sehr flexibles, partikulares, meist implizites In-Anspruch-Nehmen in je aktuellen theorie- und sozialpolitischen Frontstellungen« erlaube (Volz 1987, 155f.).
- In einer links-traditionalistischen Perspektive erregt der Gedanke Anstoß, daß diese »innere Vermittlung« unglücklich verlaufen, d.h. mißlingen und leidvoll erfahren werden könnte. Deswegen soll es sie möglichst gar nicht geben. Der in den Gewerkschaften derzeit gegenüber Theorien der Individualisierung gängige Hinweis, es könne keine »Individualität« ohne »kollektive Absicherung« geben, ist nicht nur sprachlich schief. Neben dem richtigen Gedanken, daß gesellschaftliche Strukturen und politische Einrichtungen eine (egalitäre) Entfaltung von Individualität hemmen oder fördern können, enthält er auch ein falsches Moment die in rechtssozialdemokratischen wie auch etatistischen Traditionen der Linken gleichermaßen vorhandene Idee einer herrschaftsförmigen Vergesellschaftung, in der Individualität, wo sie sich sperrt, nicht nützlich oder gar widerständig ist, kontrolliert und eingeschnürt wird. Exemplarisch wird dies deutlich in der Sost-Forderung nach »Institutionalisierung veränderten Alltagshandelns« (Sost, 1986, 65). Gegen solcherlei »gesellschaftliche Gerüste« haben Konservative gerade erfolgreich Affekte und legitimes Mißtrauen mobilisieren können!
- 4 In diesen Zusammenhang gehören die Phänomene, die von den »technokratischen Konservativen« als »Pragmatismus« und »Vielfalt der Alltagskultur« bezeichnet werden. »Pragmatismus« bezeichnet sozusagen die Kerneigenschaft einer affirmativen kulturellen Praxis, »Vielfalt« ein repressiv-tolerantes Nebeneinander. Mit dieser Analyse und Konzeption von Kultur, die in hohem Maße realitätshaltig und -tüchtig ist, ließe sich der »technokratische Konservatismus« auch als »politischer Arm der Kulturindustrie« bezeichnen (Zahn 1987, 57).
- 5 Aus dem Faktum, daß es »meist Aufklärungsargumente sind«, die der Konservative »gegen die Aufklärung wendet«, folgert Herbert Schnädelbach das Gegenteil von Geringschätzung: »Der Aufklärer muß immer daran denken: Der Konservative könnte recht haben!« (Schnädelbach 1986, 268)
- 6 Vgl. die Rezension des Buches von Koslowski in diesem Heft
- Das ist bezeichnend, Brunkhorst wirft den Neokonservativen zwar Ignoranz und Feindschaft gegenüber der Soziologie vor, argumentiert selber aber unter Verzicht auf jede sozialwissenschaftliche Begründung in genau dem geisteswissenschaftlichen und narrativen Stil, den er neokonservativen Mandarinen vorhält.

662 Horst-Dieter Zahn

Literaturverzeichnis

Altmann, R., 1987: Der wilde Frieden. Notizen zu einer politischen Theorie des Scheiterns. Stuttgart

Beck, U., 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.

Biedenkopf, K.H., 1985: Die neue Sicht der Dinge. Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung. München

ders., 1986: Kultur für alle. In: Kommunalpolitische Vereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen e.V. (Hrsg.), Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Recklinghausen

Brunkhorst, H., 1987: Der Intellektuelle im Land der Mandarine. Frankfurt/M.

Drescher, A., J. Esser und W. Fach, 1986: Die politische Ökonomie der Liebe. Frankfurt/M.

Dubiel, H., 1985: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt/M.

Elfferding, W., 1986: Rechtspopulistische Potentiale in der CDU/CSU. In: Dubiel, H. (Hrsg.), Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M.

Grafe, P.J., 1986: Schwarze Visionen. Die Modernisierung der CDU. Reinbek

Geißler, H., 1986: Für einen Fortschritt ohne Inflation der Ängste. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 199, 29.8.

Grebing, H., 1971: Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.

Greiffenhagen, M., 1986: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland. Frankfurt/M.

Habermas, J., 1985: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik. In: ders., Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt/M.

Haug, F., 1986: Zeit der Privatisierungen. In: Das Argument 156, 28.Jg., 197ff.

Herf, J., 1984: Reactionary Modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich. Cambridge

Kluge, A., 1985: Die Macht der Bewußtseinsindustrie und das Schicksal unserer Öffentlichkeit. Zum Unterschied von machbar und *gewalttätig*. In: Bismarck, K. von, u.a., Industrialisierung des Bewußtseins. München

Kofler, L., 1984: Der Konservatismus. Zwischen Dekadenz und Reaktion. Hamburg

Kommission »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen«, 1983: Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen, erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg. Stuttgart Koslowski, P., 1987: Die postmoderne Kultur: Gesellschaftlich-kulturelle Konsequenzen der technischen

Entwicklung. Perspektiven und Orientierungen. München

Leggewie, C., 1987: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende. West-Berlin

Lübbe, H., 1981: Zwischen Trend und Tradition. Überfordert uns die Gegenwart? Zürich

Pechmann, A. von 1985: Konservatismus in der Bundesrepublik. Geschichte und Ideologie. Frankfurt/M. Raphael, L., und H.-D. Zahn, 1988: Der Affekt des vermeintlichen Siegers. Zu Hauke Brunkhorsts Auseinandersetzung mit Antiintellektualismus und Konservatismus. In: Prokla 70, 18. Jg., West-Berlin

Recum, H. von, 1987: Wertewandel und Industriekultur. In: Kreuder, T., und H. Loewy (Hrsg.), Konservativismus in der Strukturkrise. Frankfurt/M.

Saage, R., 1983: Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie. Frankfurt/M.

Saage, R., 1986: Zur Aktualität des Begriffs »Technischer Staat«. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1, 37.Jg., 37ff.

Schelsky, H., 1961: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation. Köln, Opladen

Schluchter, W., 1972: Aspekte bürokratischer Herrschaft. Studien zur Interpretation der fortschreitenden Industriegesellschaft. München

Schnädelbach, H., 1986: Nachwort. In: Gehlen, A., Anthropologische und sozialpsychologische Untersuchungen. Reinbek

Schönbohm, W., 1986: Von den Bannerträgern zu den Klageweibern des Fortschritts. In: Frankfurter Rundschau 270, 21.11.

Sost, 1986: Sozialistische Studiengruppen: Zwischen Neokonservatismus und Rechtsradikalismus. Politische und populistische Rechtstendenzen in der Bundesrepublik. Hamburg

Späth, L., 1985: Wende in die Zukunft. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Reinbek

Stürmer, M., 1985: Dissonanzen des Fortschritts. Was die neuen Technologien für Bildung und politische Kultur bedeuten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 290, 14.12.

ders., 1986: Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland. München Volz, F.-R., 1987: "Wer erzieht die Erzieher?« In: Kreuder, T., und H. Loewy (Hrsg.), Konservativismus in der Strukturkrise. Frankfurt/M.

Weber, M., 1963: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen

Zahn, H.-D., 1987: Kultur und Technik im Neokonservatismus. Kulturelle Folgen der Modernisierung. In: Widersprüche 24, 7.Jg.

ders., 1988: High Tech — High Culture. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 4. Düsseldorf

Zapf, W., 1983: Arbeitsgruppe »Gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen«. In: Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Zukunftschancen eines Industrielandes. Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg am 13. und 14.12.1983. Freudenstadt

Technik und Ökologie im Diskurs des Neokonservatismus und seiner Kritiker*

Man sagt sicher nicht zuviel, wenn man — in traditionsreicher Anlehnung an ein berühmtes Wort — von einem Gespenst spricht, das umgeht: es heißt Neokonservatismus. Und man darf auch konstatieren, daß seine furchterregende Kraft gerade unter Linken eher zunimmt. Droht neben der realgesellschaftlichen nunmehr auch die geistige Hegemonie der Rechten?

Kritikdefizite

Wenn man zunächst davon ausgeht, daß die Renaissance konservativen Denkens und die Stärke konservativer Politik nicht zuletzt durch ein — noch näher zu differenzierendes — »Analgam« aus wachstumsorientierter Technikaffirmation und einem komplementären Bereich kulturell-politischer Traditionalismen begründet ist, dann gibt es im linken und alternativen Spektrum mindestens zwei Strategien der Gegenargumentation. Die eine entwirft ein düsteres Szenario der laufenden bzw. sich abzeichnenden Entwicklung von Wissenschaft und Technik, verweist auf die ökologische Krise und sieht die tendenzielle Einebnung von Subjektivität, autonomer Kultur- und emanzipativer Politikformen in den eindimensionalen Horizont technokratischer Rationalität, die andere setzt eher auf den »Eigensinn« der gegenüber Wissenschaft und Technik im Kern resistenten Kultur und klagt deren emanzipative Gehalte gegen ihre neokonservative Neutralisierung ein.

Da sich die Politik der Bundes- und einiger CDU-Landesregierungen ebenso wie der Diskurs der Neokonservativen besonders um die sogenannten »Spitzentechnologien« zentriert und mit den Informations- und Kommunikations-(IuK) Techniken den technischen Kern des ideologischen Projekts »Informationsgesellschaft« (vgl. Reusswig/Scharping 1987) etablieren will, verbindet sich mit der Kritik an konservativen Gesellschaftsvorstellungen auch eine Kritik an den IuK-Techniken: als Rationalisierungs-, als Überwachungs-, als Kontrolltechnik. Oft allerdings schießt die Kritik über ihr Ziel hinaus. Sie paßt die Grundlagen, die Ausbreitung und die jeweiligen Anwendungsformen dieser Techniken in eine Gesamtvorstellung der gesellschaftlichen Entwicklung ein, an deren Ende das geschlossene technische Universum, die Undialektik der Aufklärung, die durchcomputerisierte und gesteuerte Gesellschaft steht. Insbesondere der Computer wird von manchen als der Kern dieser fatalen Entwicklung angesehen: seine digitale Verfahrensweise repräsentiert in nuce die herrschaftliche Logik der Eindeutigkeit und Entscheidbarkeit der informatisierten Gesellschaft (vgl. Rolf 1984, 141). Der »Verlust des Denkens« (Roszak 1986), ja des Menschlichen überhaupt steht zu befürchten, wofern die »Zweck-Mittel-Logik« effektiver Verfahren »tendenziell alle Lebensäußerungen dem Gesichtspunkt quantitativer Effektivität

^{*} Für Diskussion und Anregungen danke ich Michael Scharping.

664 Fritz Reusswig

unterwirft« (Ulrich 1985, 45 u. 47). Rationalität verdrängt alles Irrationale (vgl. Lenk 1982, Papcke 1986 und Dreyfus/Dreyfus 1987); die digitale Vernunft — in feministischer Perspektive letzter Ausdruck patriarchalen Denkens (vgl. Woesler de Panafieu 1985 und Erb 1986) — ersetzt »Sozio-Logik« durch »Techno-Logik« (Narr 1986; vgl. Kubicek 1988).

Ohne Tendenzen dieser Art verharmlosen zu wollen, halte ich eine solche Argumentation für inadäquat. Sie überschätzt die Steuerungskapazität gesellschaftlicher Entwicklungen, sie setzt zu tiefstufig an, und sie unterschätzt sogar in einer bestimmten Hinsicht das neokonservative Projekt »Informationsgesellschaft«. Auch die Technikentwicklung in spätkapitalistischen Industriegesellschaften folgt nicht einfach einer unilinearen Herrschaftslogik. In ihr brechen sich unterschiedliche ökonomische, politische und kulturelle Interessen, Kräfte und Tendenzen. Indem aus der allenfalls retrospektiv plausibel zu machenden, gleichwohl auch hier nur oberflächlich gesehenen relativen Homogenität und Einsinnigkeit der technischen Entwicklung auf ein gleichsam prästabiliertes Verlaufsgesetz geschlossen wird, bleiben historisch feststellbare und aktuell wirkende Brüche, Widersprüche und Entwicklungsalternativen unberücksichtigt oder doch a priori auf verlorenem Posten. Es wird vorweg defensiv argumentiert ohne zugleich sagen zu können, worauf sich diese Defensive stützt. Nicht zufällig avancieren dann mindestens ambivalent zu bewertende Sachverhalte, Strukturen oder Verhaltensweisen zum Ausbund an verteidigenswertem Bestand. Hier wird dann allein die Tatsache, daß ein Denktypus als »nicht-digital« beschreibbar ist, zum Freibrief seiner Humanität, die es gegen den Computer zu retten gilt. Ähnliches geschieht mit »der Sinnlichkeit« oder »der Realität« — Begriffe, die die nicht durch den Computer bewirkten Abstraktionen im Alltag der kapitalistischen Moderne systematisch unterschlagen. All das arbeitet dem Neokonservatismus in die Hände: niemand, der so auf Tradition, Humanität, Bestandsbewahrung, Konkretion pocht wie er! Darüber hinaus ist die Aneignung, Gestaltung und Veränderung von Technik durch solche Argumentationsstrategien geradezu ortlos geworden. Wie sollte man einen Gerätetypus emanzipatorisch einsetzen, dem man vorweg in seiner technischen Konstruktion Antihumanismus par excellence bescheinigt hat?

Während auf der einen Seite die Technikentwicklung als ein herrschaftliches Projekt interpretiert wird, das entweder durch konservative Politikstrategien gefördert wird oder aber zumindest deren Etablierung begünstigt, wird auf der anderen dem Neokonservatismus eine gewisse Vorgestrigkeit attestiert, die womöglich am Stand von Wissenschaft und Technik, allemal aber an dem von Kultur und Politik abzulesen sei. Im Gegensatz zur zuerst erwähnten Strategie geht etwa Habermas nicht von einer Diagnose der modernen Gesellschaft aus, die auf eine unilineare Entfaltung technologischer Rationalität abstellt, sondern rechnet vorweg mit zwei Dimensionen der Gesellschaftsentwicklung: System und Lebenswelt (vgl. Habermas 1981, 17lff.). Den Angelpunkt seiner Kritik zumindest am deutschen Neokonservatismus bildet der Vorwurf einer nur »halbherzigen Aussöhnung mit der Moderne«, indem er »sich mit dem zivilisatorischen Fortschritt« abgefunden, seine alte »Kulturkritik« jedoch »beibehalten« hätte (Habermas 1985, 40). Was folgt aber aus einer tatsächlich konstatierbaren »Verbindung

der affirmativen Einstellung zur gesellschaftlichen Moderne mit einer gleichzeitigen Abwertung der kulturellen Moderne« (Habermas 1985b, 90), aus dem »Abschied von der Idee des Fortschritts als kultureller Modernisierung« (Schnädelbach 1988, 36)? Für die kommunikationstheoretisch argumentierenden Kritiker tendenziell die historische Chancenlosigkeit des neokonservativen Projekts der Verkopplung von technischem Fortschritt und kultureller Regression. Dieser Einschätzung zufolge sind die zu bejahenden Modernisierungsschritte zu tief in die gesellschaftlichen Strukturen moderner Gesellschaften eingebaut, als daß sie von rechten Ideologieplanern mit Aussicht auf Erfolg zurückgeschraubt werden könnten. Deshalb genügt ihr oft der bloße Hinweis auf die »Paradoxie eines verzweifelten, weil historisch aufgeklärten Traditionalismus« (Habermas 1985a. 91), auf den »pragmatischen Selbstwiderspruch« (Brunkhorst 1988) des Verkündens ungeglaubter Wahrheit, um für ausgemacht zu halten, daß der »Wind der Geschichte« eher in die eigenen Segel als in die der anderen bläst (vgl. Raphael/ Zahn 1988). — Die Neokonservativen selbst jedenfalls schätzen ihre eigene Position nicht so hoffnungslos ein: gerade weil sie auf technischen Fortschritt setzen, erscheint ihnen der pragmatisch gebrochene kulturelle Antimodernismus als Inbegriff von Modernität. So sehr die kommunikationstheoretische Kritik am Neokonservatismus die Eindimensionalisierungen vermeidet, die die zuerst erwähnte politische Technikkritik stark prägt, so wenig vermag sie umgekehrt plausibel zu machen, auf welche kulturellen Mechanismen sie ihre historische Gewißheit stützt und warum sich der paradoxe Traditionalismus der Rechten nicht mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung soll vertragen können.

Neokonservatismus und Technik

Bislang war relativ unspezifisch von »dem« Neokonservatismus die Rede. Wer oder was ist gemeint? Ich möchte mich mit diesem Titel auf eine sehr kleine Zahl von Autoren, die sogenannte Ritter-Schule konzentrieren, die eine »avancierte« Form des Konservatismus repräsentieren. Schon bei Joachim Ritter nämlich findet sich jene Diagnose der Moderne als widersprüchlicher Synthese von Herkunft und Zukunft, die für Lübbe, Marquard und Spaemann prinzipiell verbindlich ist (vgl. Ritter 1974 und 1977).

Die Lektüre der Bücher und Aufsätze von Marquard und Lübbe macht schnell deutlich, daß mindestens vier Ereignisse bzw. Problemkomplexe bei der Ausbildung ihres Denkens prägend waren:

- die Studentenbewegung und die Theorien der Neuen Linken,
- die sozialliberale Koalition und ihre Reformpolitik,
- der Terrorismus in den siebziger Jahren und
- die ökologische Kritik durch die »neuen sozialen Bewegungen«.

Charakteristische Reaktionsform auf alle diese Phänomene ist die dezidierte Abwehr des »Negationskonformismus« (Marquard 1988, 16): »Resistenz gegen intellektuelle Utopiepropaganda« (Kommission 1983, 29) gehört zur Grundausstattung des konservativen Bewußtseins. Der dazugehörige explizite Anti-Moralismus, die an Gehlen und Schelsky orientierte Intellektuellen-Kritik, der Terrorismus-Vorwurf an die Adresse der Kritischen Theorie, der historistische Hang zu

666 Fritz Reusswig

entmoralisierter Geschichtsaneignung — all das haben Habermas und andere klar herausgehoben und es muß hier nicht wiederholt werden. Ich möchte den Akzent auf einige Aspekte legen, die die relativ hohe politische Durchschlagskraft des Neokonservatismus ebenso wie die Defizite vieler Kritik an ihm etwas näher beleuchten.

Wie die Autoren immer wieder betonen, verdankt sich der genuin konservative Grundzug ihres Denkens gar keiner offensiven Parteinahme für das Bestehende im Sinne der Unterstellung seiner Vernünftigkeit, sondern einem explizit pragmatischen Kalkül, unter dem der Alltagsverstand einzig sinnvoll seine Entscheidungen zu treffen vermag. Er besagt: Unter den Bedingungen menschlicher Endlichkeit stehen jedem Individuum niemals alle seine Traditionen, sozialen Beziehungen, kognitiven Überzeugungen, moralischen Tugenden etc. gleichzeitig zur kritisch-reflektierenden Disposition. Obgleich Kritik und Veränderungswille ausdrücklich zugelassen sind, kann sich das kritische Subjekt nur auf je einen Sachverhalt als aufzuhebenden beziehen und muß, wenn es das tut, mindestens für diese Zeit eben alle anderen überkommenen Bestände unbezweifelt gelten lassen. Mithin muß, aus pragmatischen, nicht aus Überzeugungsgründen, von einer »widerlegbaren Vermutung für die Vernünftigkeit des Bestehenden« ausgegangen werden (Lübbe 1978, 23). Die Beweislast trägt der Veränderer, ohne daß der Konservative als irrationaler Verteidiger des Bestehenden um seiner selbst willen auftreten müßte. Dem anti-aufklärerischen Formalismus zum Trotz macht diese Übersetzung in den pragmatischen Habitus des common sense den konservativen Gedanken zum Ausdruck selbstverständlicher Vernünftigkeit.

Mit dem »common sense«, der in die achtziger Jahre geretteten intellektuellen Haltung der »skeptischen Generation« ist ein Stichwort genannt, das zum neokonservativen Grundbestand gehört und sein Technik-Verständnis prägt. Der Gemeinsinn für das Alltägliche stiftet sozialen Zusammenhalt und repräsentiert als »Recht der nächsten Dinge gegenüber den ersten« (Marquard 1981, 77) einen quasi naturwüchsigen Konservatismus. In dem Maße freilich, in dem die wissenschaftlich-technische Rationalität alle gesellschaftlichen Lebensbereiche durchdringt, gelingt es den Menschen immer weniger, sich anhand des »common sense« in der abstrakten Welt der arbeitsteilig verfaßten verwissenschaftlichten Zivilisation zurechtzufinden. Daraus resultieren »Erfahrungsverluste« und »Orientierungsprobleme« (Lübbe 1982, 7ff. u. 145ff.). Die normale Reaktion auf den Kompetenz- und Wirklichkeitsverlust des »common sense« besteht in der Ausbildung von Vertrauen in die »zuverlässig erbrachten Leistungen anderer« (Kommission 1983, 27). Nun beginnt freilich auch der »Sozialkitt« »Vertrauen« (ebd.) im Zeichen von ökologischer Krise und Technikkritik zu bröckeln: wichtigster Indikator dafür ist der Expertenstreit (vgl. Lübbe 1987). Zu ihm nimmt zumindest Lübbe eine interessante, ambivalente Position ein. Einerseits liegt es auf der Hand, daß Kritik an der gleichsam sakrosankten Fortschrittsinstanz »wissenschaftlich-technische Zivilisation« gerade aus dem Mund von sachkompetenten Zeitgenossen das neokonservative Hegemonieprojekt ins Mark trifft. Der Vertrauensvorschuß der bloß auf »common sense« angewiesenen Wissenschafts- und Technikkonsumenten beruht ja in seiner Substanz nicht auf einem durch Sachkompetenz gestützten positiven Urteil zugunsten einer jeweiligen Innovation,

sondern funktioniert ausschließlich unter der Prämisse seines *Ausschlusses*. Um so mehr muß es irritieren, wenn plötzlich diejenigen, auf deren »objektives« Urteil sich das zivilisatorische Vertrauen stützt, divergente Einschätzungen entwickeln und Streitigkeiten in puncto Fortschritt austragen. Insbesondere angesichts der »zunehmende(n) Moralisierung technologie- und wissenschaftspolitischer öffentlicher Debatten« stellt Lübbe daher fest, »daß die moderne Zivilisation ... nicht in der Lage ist, beliebige Grade dieser Kompetenzverluste kulturell und politisch zu verarbeiten« (ebd., 35). Lübbe führt nicht aus, was das denn für die »moderne Zivilisation« bedeutet und hilft sich statt dessen mit einer zweiten Einschätzung, die bislang die dominante ist und auf die sich zu einem Gutteil die relative Gegenstandslosigkeit der im ersten Abschnitt erwähnten politischen Technikkritik gründet.

Ganz im Zeichen eines dezidiert unaufgeregten Pragmatismus stellen die Kompensationstheoretiker nämlich heraus, daß sich in Ökologiebewegung, Alternativdenken und Technikskepsis nicht etwa eine »grün« drapierte Fundamentalopposition gegen das herrschende System anmelde. Für die Ritter-Schüler holt die Ökologiebewegung der siebziger und achtziger Jahre nur die Einsicht der »skeptischen Generation« nach, derzufolge der alltägliche Lebensvollzug der Gesellschaft nicht auf Grund irgendwelcher emanzipatorischer Ziele erfolgt und darüber hinaus bei zunehmender Selbstverständlichkeit einen abnehmenden Gewinn an allgemeiner Lebensfreude gewährt. Ungeachtet des hierauf gegründeten Zynismus gelingt dem kompensatorischen Neokonservatismus mittels dieses »Gesetzes« vom »abnehmenden Grenznutzen des zivilisatorischen Fortschritts« (Kommission 1983, 28) eine politisch wichtige Enthysterisierung, ja sogar eine Art Rechtfertigung moderner zivilisationskritischer Erscheinungen. Es wird möglich, die »sogenannte Akzeptanzkrise« vom Verdacht der Irrationalität zunächst einmal freizusprechen: sie stellt »keine irrationale Reaktion« dar, sondern »genau das, was man als rationale Reaktion auf vertrauensverlustbedingte Verunsicherungen hinsichtlich der Fälligkeiten zur Erhaltung unserer zivilisatorischen Lebensbedingungen zu erwarten hat« (Lübbe 1987, 35). Zweifellos hat dieser Eingemeindungsversuch von Wissenschafts- und Technikkritik im Zeichen der ökologischen Krise auch die Funktion, deren Politisierungschancen zu minimieren - nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die gleichsam strukturelle Affinität zwischen ökologischem und konservativem Denken (vgl. Kommission 1983, 28). Gleichwohl darf man nicht übersehen, wieviel argumentativen Schneid die Ritter-Schüler damit kurrenten Kritiken an den möglicherweise gefährlichen Nebenfolgen des Fortschritts abgekauft haben. Ihr Flexibilitätspotential reicht aus, um grenznutzensteigernde (und ökologisch verträglichere) Umbauten in der technischen Basis der kapitalistischen Industriegesellschaft für möglich zu halten. Die »Informationsgesellschaft« soll schließlich auch Ökologie und Ökonomie wieder in Einklang bringen.

Ideologisch besonders flexibel wird diese konservative Strömung durch jene »Erinnerung der nicht durch die Moderne selbst gesetzten natürlichen und geschichtlichen Inhalte, von denen sie lebt« (Spaemann 1983, 17), die als funktionelle Notwendigkeit eingefordert wird. Es wird zur Überlebensbedingung der modernen, durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmten Gesell-

668 Fritz Reusswig

schaft, »entlastende Traditionen neu zu bilden« (Lübbe 1978, 126): »Zukunft braucht Herkunft« (Marquard 1981, 125). Diese ebenso simple wie hybride Konstruktion macht vieles von dem gegenstandslos, was auf linker und alternativer Seite über die Gefahren moderner Technik gesagt wird. Daß »Techno-Logik« niemals »Sozio-Logik« ersetzen kann, daß die Lebenswelt nicht »pathologiefrei« auf System umgestellt werden kann: all dies wird von Lübbe, Marquard und Spaemann nicht nur nicht bestritten, es wird sogar offensiv eingefordert und zum neokonservativen Programm erhoben. Die umfassende, alles Menschlich-Lebensweltliche planierende Technisierung gesellschaftlicher Lebensbereiche, die negative Utopie der Technokraten wird explizit für unmöglich erklärt. Nachdem der traditionelle Konservatismus in den zwanziger und dreißiger Jahren — paradigmatisch: Carl Schmitt — im starken Staat das einzige Korrektiv gegen den die Substanz des Politischen auflösenden parlamentarischen Interessenpluralismus gesehen hat, nachdem im technokratischen Konservatismus der bundesdeutschen Nachkriegszeit eine Art theoretischer Entnazifizierung in Gestalt des »technischen Staates« (E. Forsthoff) stattgefunden hat, wirkten Studentenprotest, Wirtschaftskrise, ökologische Krise und Technikkritik irritierend und erschütterten den Glauben an die Integrationskraft des »unpolitischen« Bereichs Technik. Trotz autoritärer und dezisionistischer Ansätze (vgl. Lübbe 1978, 61ff., Spaemann 1983, 151ff.) hat das keine »Rückkehr zum starken Staat« (Saage) zur Folge gehabt, sondern vor allem eine Hinwendung zum »Pragmatismus der Alltagskultur« (Kommission 1983, 29) in Gestalt von Volksfesten, blühendem Vereinsleben, Kleingärten, Museumsbauten, Regionalbewegungen, Naturschutz, »Normalität des Lebens« etc. Das Nicht-Technische, das Nicht-Planbare, das Nicht-Rationale der » Alltagskultur« macht gerade ihre Substanz aus und begründet ihre Kompensationstauglichkeit. Die »Erträglichkeit von Alternativ-Kulturen« (Kommission 1983, 29), sogar ihr innovatorisches Potential gehört — in Grenzen — ausdrücklich dazu. Der Weg zum postmodernen Pluralismus ist dann nicht mehr weit (vgl. Marquard 1981, 91ff., Koslowski 1987).

Trägt also im Falle der Kompensationstheoretiker eine Kritik der »Techno-Logik« im Namen des Sozialen Eulen nach Athen, so scheint der Vorwurf der Kommunikationstheorie zuzutreffen, hier würde Kultur funktionalistisch entwertet. Aber das bedeutet nicht — und nur dies möchte ich in Anschlag bringen —, daß die paradoxe Situation eines kulturalistischen Technisierungspfades schlicht unhaltbar ist und politisch gleichsam immer schon abgewirtschaftet hat. »Computer und Geige« — diese Späth-kapitalistische Mischung hat durchaus Chancen. Ausdruck dafür ist die positive Rezeption der »Wertewandelforschung« (vgl. den Beitrag von Horst-Dieter Zahn im vorliegenden Heft).

Eine »zukünftige 'Wertkulturpolitik'« — ihr kommt »größtes Gewicht« zu — hat »mit Bedacht vorzugehen« und sich »vor einem allzu groben, an irgendeinem ganz zufälligen Punkt ansetzenden Interventionismus zu hüten« (Kommission 1983, 44f.). Abgewehrt wird eine rechte Ideologieplanung von oben, gefordert ein geschicktes Anknüpfen an die »Vernünftigkeit« von Selbstverwirklichungswerten, an kulturellen Pluralismus »vor Ort«, an historische Identitäten, an ökologische »Musealisierung« der Natur. Und anzuknüpfen ist vor allem an die konservativ-pragmatisierend wirkenden Erfahrungen in der Alltagskultur selbst —

ein recht flexibles Szenario der wie immer prekären Sicherung politisch-kultureller Hegemonie.

Exkurs: Konvergenzen

Der kompensatorische Konservatismus und seine kommunikationstheoretisch argumentierenden Kritiker teilen — bei allen sachlichen und politischen Divergenzen — einige grundlegende Prämissen hinsichtlich des Verhältnisses von Technik und Gesellschaft:

- Die wissenschaftlich-technische Entwicklung moderner Gesellschaften folgt in ihrem Kern einer eigenständigen, auf Naturbeherrschung zielenden Entwicklungslogik. Wissenschaft und Technik sind in diesem Sinne ein Menschheitsprojekt und in ihrer inneren Verfaßtheit alternativlos.
- Auch die gesellschaftlichen Bereiche der »Alltagskultur« (Lübbe) bzw. der »Lebenswelt« (Habermas) folgen einer Eigenlogik: sie stellen »Kompensation« (Marquard) und »Orientierungswissen« (Lübbe) bereit oder sie leisten »Sozialintegration« nach Maßgabe «kommunikativen Handelns« (Habermas). Gesellschaftliche Aufgabe dieses Bereiches ist für die Kompensationstheoretiker die wachstumskonforme Ausbildung identitätsstiftender Traditionen, für die Kommunikationstheoretiker die Entfaltung der emanzipatorischen Gehalte der Lebenswelt (und u.U. der Abbau von »pathologischen« Effekten der »Kolonisation der Lebenswelt«).

Zweifellos entzündet sich gerade an dem zuletzt genannten Punkt die theoretische und politische Differenz der beiden Richtungen: während die Ritter-Schüler den gesamten Bereich von Kultur, Alltagswelt und Geisteswissenschaften mehr oder weniger offen für die weitere Expansion von Wissenschaft und Technik (und damit implizit für die Stabilisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse) funktionalisieren wollen und deshalb seine Widersprüche bzw. seine kritischen Gehalte zu neutralisieren bestrebt sind, setzt die kommunikativ gewendete Frankfurter Schule weiterhin auf die »explosiven Gehalte der kulturellen Moderne« und geißelt deren entsubstantialisierende Indienstnahme bzw. erklärt sie für theoretisch unkräftig und praktisch aussichtslos. Diese politische Differenz darf freilich nicht übersehen lassen, wie weitgehend man in der theoretischen Rekonstruktion des Verhältnisses von Wissenschaft/Technik und Gesellschaft übereinstimmt. Indikator dieser heimlichen Konvergenz in den theoretischen Grundlagen ist die beiderseitige Bezugnahme auf die Systemtheorie, insbesondere in Gestalt ihres bundesdeutschen Hauptvetreters Luhmann. Während sich der Abschied von altkonservativen Gesellschaftsvorstellungen zumindest bei Lübbe in einer durchweg positiven Bezugnahme auf Luhmanns Diagnose moderner, funktional differenzierter Gesellschaften dokumentiert, deutet Habermas' Luhmann-Kritik auf ein in sich gebrochenes Verhältnis. Während die symbolischen Strukturen der Lebenswelt — und deren Bedrohung ist es vor allem, die in den neuen sozialen Konflikten zum Ausdruck kommt - der Systemtheorie völlig unzugänglich bleiben, muß die systemische Integration von Handlungsfolgen — hier siedeln auch Naturwissenschaft und Technik — in systemtheoretischer Perspektive angegangen werden. Damit aber bleibt der Kern der anthropologisch fixierten

670 Fritz Reusswig

und systemtheoretisch konzeptualisierten Entwicklungslogik von Naturwissenschaft und Technik vom kritischen Zugriff ebenso ausgeschlossen wie ihr materielles Substrat, Natur. In dieser »Aufspaltung der ökologischen Krise in einen systemischen Aspekt und einen lebensweltlich-sozialen« (Wehling 1987, 111) übernimmt Habermas implizit den Kulturalismus der Problemdefinition, den er explizit am Neokonservatismus tadelt. Es mag für die Kultur als wichtiges Moment der Lebenswelt entscheidend sein, ob man sie in »funktionalistische (r) Einstellung« betrachtet oder ob man — interessiert an ihrem »Wahrheitsanspruch« den Blick auf den »kulturzerstörerischen Aspekt der kapitalistischen Modernisierung« (Dubiel 1985, 42f.) richtet. Gleichwohl bleibt in beiden Perspektiven der als rational unterstellte Kern naturwissenschaftlicher Entwicklung und technischer Verfahrensweisen unberührt. Der Neokonservatismus und seine kommunikationstheoretischen Kritiker streiten sich einzig um die kulturellen Gehalte der Moderne, nicht mehr um ihre wissenschaftlich-technische Substanz. Wer das tut, sagt für beide zuletzt »Nein« zur Moderne selbst. Zwar reagiert die Kommunikationstheorie auf Zustimmungspflichten in puncto Moderne kritisch (vgl. Schnädelbach 1986 u. 1988), aber auch in ihren Augen nimmt sich die Kritik an naturwissenschaftlicher und technischer Rationalität selbst äußerst ambivalent aus: entweder nämlich handelt es sich dabei um implizite Vorschläge zur Veränderung der (kommunikativ strukturierten) »Verständigungsverhältnisse«, oder aber um zuletzt selbst konservative Irrationalismen, um Entdifferenzierungsversuche an und Ausbruchsversuche aus der Moderne. Auf keine Fall scheint es möglich, Interventionen, Transformationen oder Steuerungsversuche gesellschaftlicher Technostrukturen zu denken, die nicht der vorausgesetzten dualistischen Ontologie gehorchen. Das Konzept »kommunikative Rationalität« besitzt weder die Kraft noch die Differenziertheit, um solche Tranformationskriterien von Wissenschaft und Technik bereitzustellen.

Konservative Ökologie

Naturwissenschaft und Technik ebenso wie ökologische Krise, die von Habermas und Lübbe a priori entproblematisiert bzw. aufgespalten werden, bilden das Zentrum der kritischen Überlegungen von Robert Spaemann. An ihm dokumentiert sich daher der Bruch zwischen Funktionalisten und Substantialisten, den Leggewie (1987) im konservativen Lager hinsichtlich des Fortschrittsproblems ausgemacht hat. Während es für Lübbe darum geht, »das ökologische Problem zu entmoralisieren« (Lübbe 1986), sieht Spaemann in dieser Krise nur den letzten und bedrohlichsten Ausdruck des Verlustes einer Moral, die sich noch in Einklang mit der Natur wissen konnte. Das Bündnis aus neuzeitlicher, technisch orientierter Naturwissenschaft und allgemeinem Fortschrittsdenken, dem Lübbe und Marquard kompensatorische Traditionen anschaffen möchten, wird von Spaemann explizit kritisiert und als etwas gerade im Namen vernünftiger Herkunft zu Überwindendes gesetzt. Da die (selbst)destruktive Moderne wesentlich durch eine »Inversion der Teleologie« — die »Unterordnung des Daseins unter die Bedingungen seiner Erhaltung« (Spaemann 1976, 80f.) - zustande kam, steht und fällt für ihn die Überwindung der ökologischen Krise mit der Rückkehr

zum teleologischen Denken. Alles Lebendige, die gesamte Natur muß als eine »Hierarchie der Zwecke« (Spaemann/Löw 1985, 296) gedacht und behandelt werden; Naturbeherrschung darf nicht länger dem Expansionismus der modernen Fortschrittsidee folgen, sondern muß das »Selbstsein« von allem respektieren und an ihm seine Grenze finden. Argumentiert die technikkritische Verantwortungsethik von Hans Jonas in impliziter Anlehnung an Heidegger eher ontologisch (vgl. Reusswig/Stahl 1987), so ist Spaemanns ökologische Ethik christlich-thomistisch geprägt (vgl. Reusswig/Scharping 1988). Im Gegensatz zu ihrer konservativ-funktionalistischen Interpretation als »Kontingenzbewältigungsinstanz« gilt Religion Spaemann als Garantin eines ökologischen Fundamentalismus, der an argumentativer Stringenz vieles aus dem grün-alternativen Theorie-Spektrum übertrifft.

Im Kontext ökologisch folgenreicher technischer Eingriffe in die Natur gewinnt die konservative Grundfigur der Beweislastumkehr — ähnlich der »Heuristik der Furcht« bei Jonas — einen überraschenden Sinn: angesichts des bundesdeutschen (Gegen-)Gutachterwesens käme die Forderung, »nicht die Schädlichkeit, sondern die Unschädlichkeit (müsse) glaubhaft gemacht werden« (Spaemann 1986, 204) zweifellos dem Ende zahlreicher Projekte und Stoffe gleich. Da es nach Meinung vieler kompetenter Kritiker begründete Zweifel an der Sicherheit der Atomenergie gibt und sich die Bürger daher in ihrer »Subjektstellung« »negiert« fühlen können (ebd., 203), ist Spaemann zufolge sogar die »Legitimität des Staates und die Loyalitätspflicht der Bürger« überschritten (ebd., 202). Die Forderung schließlich, »keine irreversiblen Veränderungen« des Natursubstrats vorzunehmen und keine »zusätzlichen Gefahrenquellen« in den Naturhaushalt einzubauen (ebd., 199) geht ganz gewiß »zu Lasten der expansionistischen Eingriffe« und wäre »möglicherweise« »mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen unvereinbar« (Spaemann 1983, 76).

Trotz dieser nicht zu unterschätzenden Differenz zum funktionalistischen Neokonservatismus sprengt Spaemann mit seiner die Ökologie-Problematik ins Themengebiet der Ritter-Schule integrierenden »Inversion der Teleologie« nicht den kognitiven und politischen Horizont der Schule, ihr spezifisch konservatives Profil. Wichtigster Indikator dafür ist seine Kritik am Emanzipationsbegriff der (marxistischen) Linken. Lübbe, Marquard und Spaemann sind sich darin einig, daß der radikale Emanzipationsgedanke der marxistischen Tradition die »Zukunft« ihrer »Herkunft« beraubt und die Gesellschaft deshalb lebensunfähig bzw. totalitär und terroristisch macht. Ihre »Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie« (Marquard 1973) rühren ebenso daher wie die Kritik an aufklärerischmoralisierender Ȇberlastung« des Menschen. Spaemann — ähnlich übrigens wie Jonas (vgl. Jonas 1984, 275ff.) — erweitert diese Kritik um ein ökologisches Argument: Marx' Vorstellung von Fortschritt als Entfesselung der Produktivkräfte setze die unhaltbare Utopie der Knappheitsbeseitigung und damit progressive Naturbeherrschung und -zerstörung voraus (vgl. Spaemann 1983, 17, 76 u. 140). Nirgends wird so deutlich wie hier, welche Verschiebung die Ökologieproblematik im theoretischen und politischen Koordinatensystem bedeutet hat: ökologische Zusammenhänge scheinen gesellschaftlicher Emanzipation mit der sachlichen Härte von Naturgesetzen im Wege zu stehen; die konservativ-ökologische

672 Fritz Reusswig

Kritik an technischen Eingriffen in die bestehende Natur wendet sich auch gegen soziale Eingriffe in die bestehende Gesellschaft. Wenn die ökologische Krise zur Normalität wird, scheint das Denken zwangsläufig zur konservativen »Verteidigung jener Normalität« übergehen zu müssen, »die Leben heißt« (Spaemann 1987).

Soziale Ökologie als Alternative

Sollen die Themengebiete Technik und Ökologie nicht vom Neokonservatismus besetzt und zwischen funktionalistischen und substantialistischen Strömungen zerrieben werden, dann muß die linke und alternative Theorie ihr Schwanken zwischen dem Fundamentalismus der Kritik herrschaftlicher »Techno-Logik« und einer kulturalistischen Entproblematisierung der Technik aufgeben. Sie muß dazu übergehen, die gesellschaftliche Naturbeziehung und deren Krise ins Zentrum ihrer Reflexionen zu stellen, Naturwissenschaft und Technik als gesellschaftliche Projekte verstehen und ihre zukünftige Entwicklung unter Kriterien einer ökologisch erweiterten sozialen Rationalität stellen. Erste Ansätze dazu sind im Rahmen Sozialer Ökologie entwickelt worden (vgl. Forschungsgruppe Soziale Ökologie 1987).

Bestandteil einer konservativen, also auf Bestandserhaltung kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen ausgerichteten theoretischen und politischen Strategie konnte die für Lübbe und Marquard charakteristische Anerkennung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation nur deshalb werden, weil unter dem Deckmantel wie immer kompensatorisch aufzufangender »Sachgesetzlichkeiten« immer schon ganz bestimmte, sozial und historisch spezifische Interessenlagen und Entwicklungsvorstellungen unterschoben wurden. Was immer die partielle Revision des konservativen Technokratismus an Repolitisierung bedeutet haben mag: Wissenschaft und Technik bleiben ein im Kern *entpolitisierter* Bereich. Genau dagegen wendet sich die These, beide seien ein »geschichtlich-gesellschaftliches Projekt« (Marcuse 1977, 127).

Nicht nur der Entstehungs- und Verwendungszusammenhang, auch und gerade der Begründungszusammenhang naturwissenschaftlicher Theoriebildung ist durch sozial spezifizierte Weltbilder, Paradigmen, Begrifflichkeiten, Leitmetaphoriken und Verwendungsimplikationen determiniert. Die gesellschaftliche Vermittlung ist den Wissenschaften nicht äußerlich, sondern setzt auf der Ebene von Begriffsbildung und Theoriekonstruktion selbst an, so daß wissenschaftliche Konkurrenzen, theoretische Unstimmigkeiten und (evtl. verworfene) alternative Wissensformen als szientifische Ausformungen unterschiedlicher sozialer Realitäten, Situationen, Interessen und Zukünfte durchsichtig werden. Genauso muß Technik als ein solches gesellschaftliches Projekt verstanden und in politischen Strategien einbezogen werden. Die anthropologisierende Deutung der Technik muß ebenso als inadäquat und handlungstheoretisch restringiert eingesehen werden wie ihre pseudo-technische Beschreibung durch die Systemtheorie. Jenseits neutralistischer Mythologisierung ist davon auszugehen, daß die gesellschaftliche »Technostruktur« (Böhme 1984) die materielle, energetische und informationelle Realisation vielfältiger gesellschaftlicher Interessen, Bedürfnisse, Problemwahrnehmungen und -lagen ist, die selbst von den Inhalten und der Art und

Weise abhängt, wie in einer Gesellschaft das Naturverhältnis interpretiert und perspektiviert wird. Spätestens die Atomtechnologiedebatte hat gezeigt, daß etwa im Energiebereich von einer Sachlogik des technischen Fortschritts nicht die Rede sein kann. Mindestens genauso bedeutsam wie hinsichtlich der Naturwissenschaften ist bei den gesellschaftlichen Technostrukturen die Frage nach innertechnischen Alternativen und den Gründen ihrer historischen Unterdrükkung: Die Antwort darauf könnte aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Technikgenese und -anwendung konkretisierte Modelle bereitstellen.

Diese ökologische Rationalität des Sozialen impliziert die Reflexion auf die sozialen Dimensionen der ökologischen Krise. Spaemanns ökologisch motivierte Kritik des antiteleologischen Anthropozentrismus dagegen unterschlägt den strukturellen Zusammenhang zwischen kapitalistischem Expansionismus und Krise der Naturbeziehung; sie bleibt unhistorisch, kognitivistisch verengt und ist zuletzt indifferent gegen sozial-ökonomische Differenzierungen in der Naturnutzung (vgl. Wolschke-Bulmahn 1987 u. 1988). Daher die praktisch-politischen Lösungsdefizite und Ambivalenzen. So soll der Staat »die unerwünschten Nebenfolgen menschlicher Zweckhandlungen ... neutralisieren« (Spaemann 1986, 190), als wäre nicht ohnehin »die Wirtschaft ... für etwas unzuständig, das sie auslöst, und die Politik für etwas zuständig, über das sie keine Kontrolle besitzt« (Beck 1986, 363). Daher wohl auch die völlig undifferenzierte und merkwürdig unkritische Aufnahme der Resultate »der« Ökologie durch Spaemann und stärker noch — Jonas (vgl. Jonas 1984, 246f. u. 330), als unterläge nicht auch »die« Ökologie sozial- und wissenschaftsgeschichtlichen Vermittlungen (vgl. Regelmann/Schramm 1986 u. Trepl 1987).

In konservatismuskritischer Perspektive muß der Marxschen Rede vom »Reich der Freiheit« eine Bedeutung abgewonnen werden, die sie auch unter den Bedingungen sozial-ökologischer Krisen utopiefähig bleiben läßt. Wenn es nach wie vor so ist, daß »der wirkliche Reichtum der Gesellschaft« »von ihrer Produktivität« abhängt (MEW 25, 828), und in der »disposable time aller« »Individuen« besteht (Grundrisse, 596), dann muß in die Bestimmung der Produktivität der Arbeit eben auch eingehen, ob und welche Mehrarbeit die wissenschaftlich-technisch bewirkte Reduktion der notwendigen Arbeit an anderer gesellschaftlicher Stelle oder zu einer anderen Zeit notwendig macht. Ein Fortschritt in der Arbeitsproduktivität, der langfristig bzw. gesamtgesellschaftlich das Arbeitspensum wieder erhöht, weil er in der Folge mehr kompensatorische Maßnahmen, erhöhte Risikovorsorge, gestiegene Gesundheitskosten, vermehrte Hausarbeit etc. notwendig macht, ist eben kein »Fortschritt« im von Marx angedeuteten Sinn. Mit anderen Worten: das Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeit erhält unter den Bedingungen der ökologischen Krise neue Aktualität nur dann, wenn es seinerseits eine ökologisch reflektierte soziale Rationalität zum Ausdruck bringt. Im Kern verbirgt sich in dem von den funktionalistischen Neokonservativen flankierten und von den substantialistischen Neokonservativen nicht hinreichend kritisierten bürgerlichen Fortschrittsbegriff die Stillstellung von Fortschritt: die Fesselung der Produktivkräfte durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse besteht gerade darin, daß ihre Expansion so maßlos ist wie das Akkumulationsgesetz selbst. Die Befreiung der Produktivkräfte von diesen

674 Fritz Reusswig

Fesseln wäre nicht nur die soziale »Indienstnahme« dieses technisch-wissenschaftlich vermittelten Wachstums, sondern die Herabsetzung zum Mittel einer sich auch vom Wachstumszwang emanzipierenden Gesellschaft. So »könnte wohl die Gesellschaft, deren Fessel gefallen ist, darauf sich besinnen, daß auch die Produktivkräfte nicht das letzte Substrat des Menschen, sondern dessen auf die Warenproduktion zugeschnittene Gestalt abgeben. Vielleicht wird die wahre Gesellschaft der Entfaltung überdrüssig und läßt aus Freiheit Möglichkeiten ungenützt, anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen.« (Adorno 1980, 176f.)

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W., 1980: Minima Moralia (Gesammelte Schriften, Bd.4). Frankfurt/M.

Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Frankfurt/M.

Böhme, Gernot, 1984: Die Gesellschaftlichkeit von Technik und Natur. In: Zeitschrift für Hochschuldidaktik 8. Wien

Brunkhorst, Hauke, 1988: Die Unverzichtbarkeit der Utopie. In: Frankfurter Rundschau vom 21.1.

Dreyfus, Hubert, L., und St.E. Dreyfus, 1987: Künstliche Intelligenz. Reinbek

Dubiel, Helmut, 1985: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt/M.

Erb, Ulrike, 1986: Das Märchen vom sanften Computer. In: J. Conrad/U. Konnertz (Hg.): Weiblichkeit in der Moderne. Tübingen

Forschungsgruppe Soziale Ökologie, 1987: Soziale Ökologie — Gutachten im Auftrag der Hessischen Landesregierung. Frankfurt/M.

Grundrisse: Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin/DDR

Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Bd.II. Frankfurt/M.

ders., 1985a: Der philosophische Diskurs der Moderne. Frankfurt/M.

ders., 1985b: Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt/M.

Jonas, Hans, 1984: Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt/M.

Kommission, 1983: Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen. Stuttgart

Koslowski, Peter, 1987: Die postmoderne Kultur. München

Kubicek, Herbert, 1988: Telematische Integration. In: W. Steinmüller (Hrsg.): Verdatet und vernetzt. Frankfurt/M.

Leggewie, Claus, 1987: Der Geist steht rechts. West-Berlin

Lenk, Klaus, 1982: Informationstechnik und Gesellschaft. In: G. Friedrichs/A. Schaff (Hrsg.): Auf Gedeih und Verderb. Wien, München, Zürich

Lübbe, Hermann, 1978: Praxis der Philosophie - Praktische Philosophie - Geschichtstheorie. Stuttgart

ders., 1982: Der Mensch als Orientierungswaise. Freiburg, München

ders., 1986: Umweltschutz nicht ohne Marktwirtschaft. In: FAZ, 31.5.

ders., 1987: Die Wissenschaften und ihre kulturellen Folgen. Graz, Wien, Köln

Marcuse, Herbert, 1976: Kultur und Gesellschaft, Bd.II. Frankfurt/M.

ders., 1977: Der eindimensionale Mensch. Neuwied, West-Berlin

Marquard, Odo, 1973: Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie. Frankfurt/M.

ders., 1981: Abschied vom Prinzipiellen. Stuttgart

ders., 1988; Verspätete Moralistik. In: Kursbuch 91. West-Berlin

MEW = Marx-Engels Werke. Berlin/DDR

Narr, Wolf-Dieter, 1986 in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): Technik, Mensch und Menschenrechte. Sensbachtal

Papcke, Sven, 1986 in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1

Raphael, Lutz, und H.-D. Zahn, 1988: Der Affekt des vermeintlichen Siegers. In: Prokla 70

Regelmann, Johann-Peter, und E. Schramm (Hrsg.), 1986: Wissenschaft in der Wendezeit — Systemtheorie als Alternative? Frankfurt/M.

Reusswig, Fritz, und M. Scharping, 1988: Wo steht die Natur, wenn der Geist rechts steht? In: Th. Noetzel/H.-D. Zahn (Hrsg.): Die Kunst des Möglichen. Marburg (im Erscheinen)

Reusswig, Fritz, und J. Stahl, 1987: Existenz als Utopie — eine Kritik an Hans Jonas. In: links 216 Ritter, Joachim, 1974: Subjektivität. Frankfurt/M.

ders., 1977: Metaphysik und Politik. Frankfurt/M.

Rolf, H.-G., 1984: Informationsgesellschaft und Bildungswesen. In: O. Ulrich (Hrsg.): Die Informationsgesellschaft als Herausforderung an den Menschen. Frankfurt/M.

Roszak, Theodore, 1986: Der Verlust des Denkens. München

Schnädelbach, Herbert, 1986: Was ist Neoaristotelismus? In: W. Kuhlmann (Hrsg.): Moralität und Sittlichkeit. Frankfurt/M.

ders., 1988: Kritik der Kompensation. In: Kursbuch 91

Spaemann, Robert, 1976: Bürgerliche Ethik und nichtteleologische Ontologie. In: H. Ebeling (Hrsg.): Subjektivität und Selbsterhaltung. Frankfurt/M.

ders., 1983: Philosophische Essays. Stuttgart

ders., 1986: Technische Eingriffe in die Natur. In: D. Birnbacher (Hrsg.); Ökologie und Ethik. Stuttgart

ders., 1987: Denken und Verantworten. In: Frankfurter Rundschau vom 12.10.

ders., und R. Löw, 1985: Die Frage Wozu? München, Zürich

Trepl, Ludwig, 1987: Geschichte der Ökologie. Frankfurt/M.

Ulrich, Otto, 1985: Informationstechnik und gesellschaftliche Zukünfte. Optionen zwischen Telematik und Wertewandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. B 9/85. 2. März, 41-54

Wehling, Peter, 1987: Ökologische Orientierung in der Soziologie. Sozial-Ökologisches Arbeitspapier Nr. 26. Frankfurt/M.

Woesler de Panafieu, Christiane, 1985: Zum Übergang von der instrumentellen zur digitalen Vernunft. In: Chr. Kulke (Hrsg.): Rationalität und sinnliche Vernunft. West-Berlin

Wolschke-Bulmahn, Joachim, 1987: »Ökologische Ethik« — Lösungsansatz für Umweltprobleme? In: Das Gartenamt 36

ders., 1988: Öko-Ethik, der Ideologische Zeigefinger. In: Wechselwirkung 37

Hinweis auf frühere Beiträge zum Themenschwerpunkt

Benton, Sarah, 1988: Sozialpolitik als Privatsache unter Thatcher. Argument 168

Gransow, Volker, und Heidrun Suhr, 1988: Der gescheiterte Einmarsch: *Amerika*, Super-Amerika, Anti-Amerika. Argument 164

Haug, Wolfgang Fritz, 1987: Vergangenheit, die Zukunft werden soll. Über den Historiker-Streit. Argument 161

Fülberth, Georg, 1987: »Mitte« und »Westen«. Über die Grenzen einer Kritik, die auf Imperialismustheorie verzichtet. Argument 161

Klönne, Arno, 1987: »Die deutsche Geschichte geht weiter« — Warum die Rechte aus dem »Schatten Hitlers« heraustreten will. Argument 161

Hinkelammert, Franz J., 1986: Vom totalen Markt zum totalitären Imperium. Argument 158

Haug, Wolfgang Fritz, 1986: Die neuen Deutungskämpfe um Anti/Faschismus. Eine Untersuchung zur neokonservativen Offensive im Spiegel der *Frankfurter Allgemeinen*. Argument 158

Bosshart, David, Martin Campiche und Heinz Kleger, 1985: Neokonservatismus in verschiedenen politischen Kulturen. USA, Frankreich und die Verbindungsfäden zur BRD. Argument 152

Kleger, Heinz, 1985: Was ist Neokonservatismus? Thesen für die Diskussion. Argument 152

Jessop, Bob, Kevin Bonnett, Simon Bromley und Tom Ling, 1985: Autoritärer Populismus, Zwei Nationen und Thatcherismus. Argument 152

Hall, Stuart, 1985: Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus. Argument 152 Ruoff, Karen, 1985: Texas-Denk — Überlegungen zur Popularität von Ronald Reagan. Argument 149

Liedman, Sven-Eric, 1982: Neoliberalismus und Neokonservatismus. Argument 134

Plotke, David, 1982: Wohin führt der Reaganismus? Argument 134

Ganßmann, Heiner, 1982: Demontage des Wohlfahrtsstaats in den USA? Argument 134

Peter Jehle

Die bedingungslose Rehabilitation der Deutschen*

1.

Elisabeth Noelle-Neumann (geb. 1916) wurde die »Gnade der späten Geburt« nicht zuteil. 1940 promovierte sie über das Thema Meinungs- und Massenforschung in den USA. Umfragen in Politik und Presse. Otto Köhler berichtete jüngst in der Zeit, Goebbels habe in seiner Begeisterung Elisabeth Noelle angetragen, »sie sollte seine Adjutantin werden«, was »zwar nur von ihr selbst überliefert«, indes nicht völlig unglaubhaft sei (Köhler 1988). Sicher ist, daß sie von Erich Peter Neumann, ihrem späteren Ehemann, in der Wochenzeitschrift Das Reich die Leitung des Ressorts Innenpolitik übernahm. Fast alle, die im Reich »Seite an Seite mit Josef Goebbels' wöchentlichen Leitartikeln ... als Redakteure und Korrespondenten tätig waren, (konnten) nach 1945 ohne Anstandspause weiterschreiben«. Das Institut für Demoskopie in Allensbach, das Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann 1946 gründeten, »hat unsere Republik und unsere Kanzler, von Adenauer bis Kohl, nicht nur begleitet, sondern auch beeinflußt« (ebd.).

2.

Dem neuesten Werk aus Allensbach liegt eine internationale Umfrage zum »Wertwandel« zugrunde, die 1981 in den meisten westeuropäischen Ländern, später auch in den USA durchgeführt wurde; in der BRD waren es 1305 Interviews (in Westeuropa 12 463). Im Fragebogen lag das Hauptgewicht bei sogenannten »moralischen Werten«. »Es wurde gefragt nach Zufriedenheit, Stolz, Vertrauen, Hoffnungen und Befürchtungen ... Konsumwerte blieben völlig außer Betracht« (11). Erste Behauptung: Die Deutschen sind, verglichen mit ihren europäischen Nachbarn und den USA, »isoliert«.

Symptom dieser Isolierung sei der fehlende »Stolz«. So wurde die Frage, »Sind Sie stolz auf Ihre Arbeit?«, von 83 % der US-Amerikaner, aber nur von 15 % der Deutschen uneingeschränkt bejaht.¹ Dasselbe Bild in bezug auf den Nationalstolz: 79 % stolze US-Amerikaner stehen 21 % stolzen Deutschen gegenüber.² Schließlich sind von den 47 % der Deutschen, die »sehr stolz« auf ihre Familie sind, wiederum 67 % »unbedingt« stolz darauf, Deutscher zu sein (54). Nationalstolz und Stolz auf die Arbeit korreliere ebenso: Von den 15 %, die »sehr stolz« auf ihre Arbeit sind, sind 34 % stolz darauf, Deutscher zu sein. Kurz, der Nationalstolz »bezeichnet eine Verfassung, einen Zustand mit weitverzweigten Wirkungen« (26). Er gibt der Verteidigungsbereitschaft und generell dem »Vertrauen in die Institutionen« Nahrung. Die Frage, »Wären sie bereit, für ihr Land zu kämpfen?«, bejahten 69 % der US-Amerikaner, 35 % der Bundesdeutschen, 28 % der Italiener. Von den 35 % verteidigungsbereiten Bundesdeutschen sind

^{*} Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher: Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern. Stuttgart 1987 (447 S., Ln., 39,80 DM)

52 % »sehr stolz« auf die Nation. Von den 60 % der unter 30 jährigen Bundesdeutschen, die Vertrauen in die Gesetze haben, sind 77 % »sehr stolz« auf die Nation (das Vertrauen in die Polizei korreliert mit dem Nationalstolz im Verhältnis 59/86; das zur Bundeswehr mit 37/72). Nationalstolz und Vertrauen in die Organe der Staatsmacht im engeren Sinn sind gute Nachbarn.

Fragebögen und Prozentzahlen enthalten für Noelle-Neumann eine eindeutige Botschaft: »Die Schwächung der nationalen Idee schwächt ein Land nach innen wie nach außen. « (32) Nach innen: »Das Verhältnis zu Parlament und Rechtsprechung ist bei Unter-30jährigen ohne ausgeprägten nationalen Stolz ... tiefgreifend gestört; nur 34 Prozent von ihnen bringen dem Bundestag, nur 50 Prozent den Gesetzen Vertrauen entgegen« (33). Fehlt der Nationalstolz, entsteht ein »Vakuum«, das »die Anfälligkeit für politischen Extremismus« erhöht (ebd.). Eine generelle »Abneigung gegen ... Bindungen und Normen« entsteht: »Höflichkeit, gute Manieren, Treue und Loyalität, Sparsamkeit, Leistungsbereitschaft« gelten weniger (33). Nach außen: Fehlender Nationalstolz unterminiert die Verteidigungsbereitschaft und gefährdet den »Behauptungswillen«, wie Arnold Gehlen vornehm sagen darf (30). Und wer meint, daß »privates Glück« ohne Nationalstolz zu haben sei, täuscht sich: »individuelle Lebenszufriedenheit ist ein Korrelat der Identifikation mit dem eigenen Land« (34). Das folgende Fazit enthält zugleich eine Aufgabenbestimmung für »Politiker ... Pädagogen ... Theologen und Philosophen« (34):

»Der enge Zusammenhang zwischen nationalem Stolz und Verteidigungsbereitschaft, Vertrauen in die Institutionen, der generellen Bereitschaft zur Einordnung in die Person übergreifende Zusammenhänge legt für einen Staat geradezu zwingend die Förderung der nationalen Idee nahe. « (33)

Daß die Entwicklung einer »generellen Bereitschaft zur Einordnung in die Person übergreifende Zusammenhänge« gebraucht wird, ist nicht neu. Die unbestimmte Allgemeinheit dieser Bereitschaft ist symptomatisch. Sie enthält zwei Voraussetzungen: a) daß »Person« und »übergreifender Zusammenhang« einen Gegensatz bilden, b) daß die Überwindung dieses Gegensatzes nur als »Einordnung« der Person, nicht aber als Veränderung des Zusammmenhangs selbst (und damit auch der ihn verändernden Personen) denkbar ist. Spezifisch bei Noelle-Neumann ist die Entschiedenheit, mit der die *Nation* als Repräsentantin des »übergreifenden Zusammenhangs« dominant gesetzt wird. »Nationalstolz« steht für die individuelle Disposition zur »Einordnung« in diesen Zusammenhang.³

Dem Stolz darauf, Deutscher zu sein, dem Noelle-Neumann im Schutz der empirischen Meinungsforschung Kredit verschaffen will, steht die nazistische Vergangenheit im Weg. »Daß nach 1945, nach so vielen Jahren des Mißbrauchs, das Nationalgefühl für schädlich gehalten wurde, ist einleuchtend.« (23) Der Satz gibt zu verstehen, daß heute diese Auffassung nicht mehr einleuchtend ist.

»Man kann sich an die Auseinandersetzungen vor der Wahl von Kurt Waldheim zum österreichischen Bundespräsidenten erinnern. Endlich, hieß es, komme einmal an die Oberfläche, daß eine wirkliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Periode in Österreich nicht stattgefunden habe. Der österreichische Nationalstolz ist auch nicht zerbrochen worden. (...) Kann man es beklagen, wenn man den Zusammenhang zwischen Stolz und Leistungsfähigkeit sieht?« (34)

678 Peter Jehle

Das Beispiel Österreich enthält eine doppelte Botschaft an »die« Deutschen: a) Eine Auseinandersetzung »mit der nationalsozialistischen Periode« in Deutschland hat stattgefunden, und zwar b) mit einer solchen »Gnadenlosigkeit«, daß darüber der Nationalstolz »zerbrochen« ist. Zu oft hätten »die« Deutschen hören müssen, daß sie »Trauerarbeit zu leisten hätten« (26). War vor 1945 mit dem Stolz »Mißbrauch« getrieben worden, so wurden die Jahre nach 1945 zu denen der »Ideologisierung«: vor 1945 die Henker, danach deren Opfer als Totengräber des Nationalbewußtseins? Als »ideologisierter« kann der Nationalstolz »gerade nicht jenen Beitrag zum notwendigen Konsensus, den jedes Gemeinwesen braucht«, leisten (30). »Ideologisiert« heißt »stark abhängig davon, ob man politisch links oder rechts steht« (ebd.). Was das Gemeinwesen Bundesrepublik nicht brauchen kann, sind jene »Ideologisierer«, die dem Nationalstolz nach 1945 den Spiegel von Völkermord und Ausrottungspolitiken vorgehalten haben. Zu Noelle-Neumanns Visionen gehört immer noch oder schon wieder ein Land ohne Linke: dann endlich könnte ihr Nationalstolz in den Zustand einer imaginären Normalität eintreten.

Renate Köcher behandelt die Bereiche Familie und Kirche. Trotz der niedrigsten Geburtenrate der Welt und 31 Prozent Einpersonenhaushalten: »Die Wertschätzung der Familie ist ungebrochen.« (80) Glaubten 1953 77 % der Frauen (80 % der Männer), »daß man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein«, so sind es 1979 immer noch 73 % (72 % Männer). 85 % der Bundesdeutschen (94 % der US-Amerikaner, 85 % durchschnittlich in Europa) halten es für richtig, »mehr Wert auf das Familienleben zu legen« (A 24, 107). Und doch scheint die Familie von einem »umfassenden Funktionsverlust« bedroht (78). Der »Versorgungsstaat« und andere »organisierte Solidargemeinschaften« saugen die Lebenskraft der Familie aus, indem sie »viele Aufgaben« übernehmen, »die ursprünglich in der Familie angesiedelt waren« (78). Andere Sozialisationsinstanzen liefern ihr einen »erbitterten Kampf« (78). Die Familie wird auf die »bereichsspezifische Kompetenz« (Wolfgang Schluchter, 182) der Befriedigung emotionaler Bedürfnisse festgelegt (89). Köcher signalisiert Verständnis für die Frauen, die diese »Spezialisierung« (79) nicht mitmachen und in die Berufstätigkeit drängen. Diese Familie ist kein Ort. Gebraucht wird eine andere, eine mit »materieller, sozialer und politischer Bedeutung« (88).4 Der Gegensatz zwischen familial-privater und gesellschaftlicher Lösung der Reproduktionsaufgaben wird in den - scheinbaren - Gegensatz zweier Familien umgeleitet. Je schärfer der Mangel an gesellschaftlichen Lösungen, desto leichter sind die Probleme nach innen zu werfen (vgl. zu diesem herrschaftsfunktionalen Zusammenhang Barrett 1982). Der Politik der Blockierung gesellschaftlicher Lösungen entspricht es, die besondere Werthaftigkeit privater Lösungen in den Familien zu behaupten. Um die Gesellschaft beruhigt den Privatinteressen preisgeben zu können, wird die Familie, der Ort der Privatheit par excellence, als gesellschaftlich bedeutsam angerufen. Was hier als Kompetenzerweiterung der Familie eingekleidet ist, befestigt die Grenzziehung zwischen Öffentlichem und Privatem.

Mit der hohen Wertschätzung der Familie kontrastiert scharf die Bewertung der Ehe: 1963 hielten 92 % der Frauen die Ehe für »notwendig« (86 % der Männer), 1978 waren es noch 61 % (Männer 60 %). Noch krasser zeigt sich die Ver-

schiebung bei den Frauen unter 25 Jahren: 38 % gegenüber 86 % 1963 (Männer: 30 % gegenüber 81 %). Daß eine Frau »verheiratet sein muß, um wirklich glücklich zu leben«, hielten indes schon 1963 46 % der Frauen »für nicht so wichtig«, 1978 60 Prozent (bei den Männern 35 % gegen 63 %). — Der auseinanderklaffenden Werthaftigkeit von Familie und Ehe widerspreche das tatsächliche Verhalten: 90 % gehen im Laufe ihres Lebens eine Ehe ein. Und: »Die überwältigende Mehrheit verheirateter Männer wie Frauen äußert sich über die eigene Ehe zufrieden«. Mehr noch, »Verheiratete beurteilen ihr häusliches Leben deutlich günstiger als Alleinlebende« (84). Aus steigenden Scheidungsraten »die Befreiung von unglücklichen ... Beziehungen« abzulesen, sei »angesichts der offensichtlichen Niedergeschlagenheit derjenigen, die diese 'Befreiung' vollzogen haben, kaum zu rechtfertigen« (ebd.). Köcher zieht daraus den Schluß, daß die Institution Ehe in ein »doppeltes Meinungsklima« eingebettet sei: »in ein negativ bestimmtes gesellschaftliches Klima und in die davon deutlich abweichenden persönlichen Erfahrungen und Meinungen« (83f.). Gehören zur Wirkungsbedingung eines »gesellschaftlichen Klimas« nicht die wirklichen Erfahrungen ihrer Mitglieder? Sie erklärt diese Diskrepanz als Folge der »Ereignisse«, die »fälschlicherweise« als »Studentenrevolte« verharmlost würden:

»Während die spektakulären politischen Kontroversen die Aufmerksamkeit fesselten, vollzog sich gleichzeitig im Bereich der privaten bürgerlichen Moral eine wahrhaft dramatische Revolution, die Auflösung vieler, bis dato unangetastet gültiger religiöser und moralischer Überzeugungen.« (91)

Die von den Achtundsechzigern ins Werk gesetzte praktische Kritik des Alltagslebens machte erstmals die Probe auf Lebensformen jenseits der schlechten Alternative von Kleinfamilie und Alleinleben. Freilich blieb diese Kritik in vielen Fällen auf halbem Weg stecken. Die neuen Probleme trieben manchen in die alten Formen der Privatheit zurück. Die enttäuschten Hoffnungen werden jetzt zu dem Stoff, mit dem die alten Formen befestigt werden. Renate Köcher geht es darum, die aufgebrochene Kluft zwischen Ehe und Familie zu schließen und die Organisation der familialen Funktionen auf die Ehe festzunageln.

Wie der Familie so drohe auch der Kirche die Eingrenzung auf eine »bereichsspezifische Kompetenz«. »Die Kompetenz der Kirche wird zunehmend enger definiert, auf den Beistand bei der Vorbereitung auf den Tod und auf die Beantwortung der Sinnfrage eingegrenzt.« (181) Jeder zweite Katholik, aber nur jeder dritte Protestant billige der Kirche auch »richtungsweisende Kompetenz in moralischen Fragen« zu (64 % der Katholiken, 40 % der Protestanten bringen der Kirche »großes Vertrauen« entgegen). Zwar sei von einer »Verachtung oder Geringschätzung der Glaubensinhalte« wenig zu spüren (in der BRD glauben 84 % der Katholiken an Gott, 71 % der Protestanten), aber die hohe Zahl derjenigen, die nie einen Gottesdienst besuchen (32 % der Katholiken besuchen »regelmäßig« den Gottesdienst, 6 % der Protestanten), verweise auf eine große »Ferne von der Institution« (164). Diese Ferne ist das Hauptproblem: »wo die Bindung an die Kirche geschwächt ist, wird auch die Religiosität brüchig, wie eines tragenden Pfeilers beraubt« (165). Dieses Problem lasse sich nicht durch Versuche bewältigen, »eine Trennlinie zwischen Kirchlichkeit und Religiosität zu ziehen, so als könne durch Isolierung der Institution von der Religion die Schwächung auf die

680 Peter Jehle

erstere begrenzt werden« (178). Johann Baptist Metz propagiere die »Preisgabe der herkömmlichen Institution zugunsten einer Basis-Religion« (180). Und Fulbert Steffensky prognostiziere die Zukunft der Religion als »mit der Tradition des Christentums sich immer mehr verbindend, getrennt aber von dessen kirchlicher Organisation« (184, Fn.). Damit werde der »Individualisierung der Religion« das Wort geredet. — Köcher verschiebt die Kritik an der *herkömmlichen* Institution vom Standpunkt der Gemeinde, d.h. einer erneuerten Kirche-von-unten (Metz), in den innerbürgerlichen Gegensatz Institution/Individuum.

Es gehört zur Köcherschen Diskurstaktik, daß das befreiungstheologische Projekt einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gemeinde in sein Gegenteil umgedichtet wird, in das »Konzept einer individuellen Religiosität«. Aber nicht das Individuum, sondern die »Kirche-von-unten«, die im Gegensatz zur Amtskirche Ernst macht mit der Durchbrechung der von Köcher beklagten »bereichsspezifischen Kompetenz«, ist der eigentliche Gegner. Indem er als hilflos, zerstritten und in die Diaspora zerstreut präsentiert wird, wachsen dem eigenen Standpunkt wertvolle Kräfte zu: Konsens, Zusammenhalt, »Moral« — die unverzichtbaren Baumaterialien jedes Gemeinwesens finden sich auf der eigenen Seite, »Wo Religion und Kirche schwach sind, greifen Egozentrismus und Hedonismus Raum« (197). Die Figur des hedonistischen Einzelnen überblendet nur das normale Funktionieren des »Egozentrismus« — die alltägliche Geschäftsgrundlage des Kapitalismus, zu deren Sicherung die »konsensuale Größe« der Religion (185) mobilisiert wird. Zwei Typen treten einander gegenüber: die dominant ideologische Persönlichkeit, die ihre Subjekthaftigkeit von übergeordneten und nicht hinterfragbaren Werten herleitet (vgl. zu diesem Begriff Haug 1980, 52f.), und das vereinzelte Individuum, das zynisch auf alle Werte pfeift. Auf der Seite des guten Subjekts finden sich Elemente einer solidarischen Gesellschaft (Mitmenschlichkeit, Sich-in-den-Dienst-einer-Sache-stellen, »Altruismus«), die Normalität der kapitalistischen Verhältnisse ist auf das schlechte Subjekt, den hemmungslosen Einzelnen, projiziert. Renate Köcher bekämpft den Typ, den Volker Braun literarisch als »Mensch ohne Zugehörigkeit« beschreibt (Braun 1986), den Jasager, dessen Credo sich in einem »Ich bin ich« resümiert. Sie will die »Gesellschaft der individuellen Initiative« (Braun) ohne die Moral, die sie hervorbringt.

3.

Das Buch endet mit einer »Rückblende«. Noelle-Neumann druckt hier zwei Texte ab, die sie 1940 und 1941 in der von Goebbels herausgegebenen Wochenzeitschrift Das Reich veröffentlicht hat; einen Text, der 1943 in der Frankfurter Zeitung erschien, sowie einen Artikel von Erich Peter Neumann vom Februar 1945 (ebenfalls im Reich erschienen). Diese »Berichte« sind sorgfältig ausgewählt⁵ — Szenen aus dem Alltagsleben im Faschismus, die den aktuellen Diagnosen vom »Zustand der Deutschen« Echo geben. So kehren im Bericht über »Frau B.« (1940) die Schwierigkeiten der alleinerziehenden Frau wieder. Seit der Mann im Krieg ist, fehlt es an »Autorität« zu Hause, »es fehlte natürlich die Energie und Bestimmtheit und Überlegenheit, die von ihm ausging« (366). Die Schulzeugnisse der Tochter waren »erheblich schlechter« geworden (367). 85 Prozent der Bundesdeutschen sind auch 1981 davon überzeugt, daß ein Kind Vater und Mutter

braucht, »um glücklich aufzuwachsen« (302). Was 1940 »ein Unabwendbares« (369) und also nicht zu Änderndes war, ist heute zu einer freien »Entscheidung der ledigen Frau für die Mutterschaft« (303) geworden. Im Blick zurück zeigt sich die Gegenwart als besonders unverantwortlich. Frau B. beklagte sich nicht. »Sich über die doppelte Belastung als Arbeiterin und Mutter zu beklagen, liegt nicht in ihrer stillen Art.« (368) — Der Text von 1943 handelt von der Evakuierung der Bevölkerung aus »Luftnotstandsgebieten«. »Die Furcht, sich aus der Wärme des Familiengefühls zu lösen, das alle Bewohner der Stadt gegenüber der Unmenschlichkeit des Gegners umschließt, die Furcht, allein erst allen Verlust zu begreifen, ist größer als vor den Gefahren der Nacht.« (377) Die »Wärme des Familiengefühls« damals läßt die heutige »Bindungsschwäche in deutschen Familien« (94) um so schärfer hervortreten.

Dem Blick auf den Alltag im Faschismus zeigt sich ein innerer Reichtum, der heute verloren scheint. Frau B. steht, über die politischen Zäsuren hinweg, für den guten Deutschen, um dessen unbedingte Rehabilitierung es in diesem Buch geht. Noelle-Neumann, die sich zu den 21 Prozent stolzen Deutschen bekennt (17), gehört zu jener Generation, die ein besonderes Interesse an der Vergangenheitsbereinigung hat: »Historische Torschlußpanik der abtretenden Generation der 'Eliten'?« (Haug 1988, 324) Für Noelle-Neumann bilden nicht die Verbrechen des deutschen Faschismus den singulären Tatbestand, sondern das Verhalten »der Deutschen« nach 1945. Kein Land sei vergleichbar »verletzt«, und kein Volk sei »so gnadenlos mit sich selber« umgegangen wie das der Deutschen, wie der Schweizer Journalist Roger de Weck zustimmend zitiert wird (35). Denkwürdige Verschiebung: Die Singularität der Gnadenlosigkeit der Deutschen vor 1945 verschwindet in der Singularität einer imaginären Gnadenlosigkeit »mit sich selber« nach 1945.

Anmerkungen

- Die These von den »isolierten« Deutschen stimmt nicht in bezug auf die Arbeit. 19 % der Holländer und nur 13 % der Franzosen sind »sehr stolz« auf ihre Arbeit. Überhaupt schwankt das Bild: Von den 83 % der stolzen US-Amerikaner bejahten wiederum nur 44 % die Frage, ob sie sich auf ihre Arbeit »freuen«. Gar 53 % stimmten zu, daß es angesichts der unsicheren Zukunft besser sei, »von einem Tag auf den nächsten zu leben« (gegenüber 26 % bundesdeutscher Zustimmung). 1986 sagten 38 % der unter 30-jährigen Bundesdeutschen, daß ihre jetzige Arbeit sie »voll und ganz befriedigt« (67). Schließlich rangiert bei 52 % die »Arbeitsfreude« unter den »Werten«, auf die man als Deutscher stolz sein kann.
- Wieder ist die Isolations-These überzogen: Nur 19 % der Holländer, 28 % der Schweden und sogar nur 33 % der als besonders »national« geltenden Franzosen halten sich für »sehr stolz«. Bei einer Umfrage von 1982, bei der Österreich und Deutschland in puncto Nationalstolz verglichen wurden, sind es schon 32 % der Bundesdeutschen, die »unbedingt« stolz sind auf ihre Nationalität (»überwiegend« stolz 43 %, zusammen immerhin 75 %).
- Überhaupt ist Stolz ein vielseitig wirksamer Stoff, der Identitäten stiftet (Nation und Familie) sowie Leistungsbereitschaft und Selbstlosigkeit mobilisiert. »Stolz auf die eigene Nationalität steht nicht allein, diese Empfindung von Freude, von Zustimmung, von Stärke und Belebung ist verbunden, findet sich eng verknüpft mit dem Stolz auf die eigene Familie, auf die eigenen Kinder, auf die eigene Arbeit, eng verknüpft mit der Fähigkeit, von sich selbst abzusehen, selbstlos zu sein. (...) Stolz hat zu tun mit der Fähigkeit, sich zu binden, die Liebe zu sich selbst auf die Liebe zu anderen zu übertragen, sich zu 'identifizieren', sagt man spröde.« (22f.) »Freude«, »Zustimmung«, »Stärke«, »Belebung«, die »Fähigkeit, sich zu binden« auf der Seite des »stolzen«

682 Peter Jehle

Subjekts finden sich wertvolle Kräfte. In dieser Anordnung gegen »Stolz« zu sein, würde darauf hinauslaufen, den Anspruch auf die gemeinsame Gestaltung der Lebensverhältnisse preiszugeben. Denn was könnte das nicht-stolze Subjekt, das als ein »freudloses«, »leistungsschwaches«, »lebloses« und »bindungsunfähiges« Individuum zu verstehen gegeben wird, schon bewirken? Kurz, in Noelle-Neumanns »Stolz« sind Kräfte gebunden, auf die kein Projekt der Befreiung verzichten kann. Das qualifiziert sie zugleich zum wirksamen Baumaterial der herrschenden Verhältnisse.

- 4 »Geld regiert Familienwelt« auf diese Formel brachte die Frankfurter Rundschau die Ergebnisse einer vom Meinungsforschungsinstitut Marplan durchgeführten Befragung (8.9.88, 1). »Wenn es in bundesdeutschen Familien kracht, geht es meist ums Geld (...). Nur ein Viertel der 1598 Befragten hatte sich in jüngster Zeit nicht gestritten.« Emotionale Bedürfnisse auf der einen, materielle Bedeutung auf der anderen Seite?
- Die Texte sind im wesentlichen unverändert abgedruckt worden. Interessant ist allerdings, welche Texte nicht abgedruckt wurden. Der Aufsatz »Das Jahr 1916. Eine Betrachtung über Unvergleichbares« vom 4. Januar 1942 ermuntert zu einem hoffnungsvollen Beginn des dritten Kriegsjahres. Das Jahr 1916, dieses »bittere Jahr«, habe eine »größere Reife in das Herz der Nation« gesenkt, »die sie allmählich in ihrem Urteil zwischen echtem und falschem Gefühl sicherer machte. Aus diesem Keim erwuchs die Kraft, die uns heute mit allen Schwierigkeiten fertig werden läßt.« Die »Schwierigkeiten«, mit denen man schon fertig wird, nehmen das Leitmotiv aus Goebbels' Leitartikel auf: »Keiner unter uns, der sich leichtsinnigen Täuschungen hingäbe. Je härter das Klima, desto verbissener die Entschlossenheit, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.« (Goebbels, »Das neue Jahr«, ebd.)

Literaturverzeichnis

Barrett, Michèle, 1982: »Die unsoziale Familie«. In: Das Argument 136, 820-827
Braun, Volker, 1986: Der Mensch ohne Zugehörigkeit. In: Das Argument 157, 327-29
Haug, Wolfgang F., 1980: »Annäherung an die faschistische Modalität des Ideologischen«. In: Projekt Ideologie-Theorie, Faschismus und Ideologie, Bd.1 (AS 60). West-Berlin. ders., ²1988: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt. Hamburg, West-Berlin Köhler, Otto, 1988: »Schreibmaschinentäter«. In: Die Zeit, 15.1.



Wolfgang Fritz Haug Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt

Die Frage des Verhältnisses zur NS-Vergangenheit und der Lehren aus ihr ist eine Schlüsselfrage für die politische Identität der Westdeutschen.

W.F. Haug analysiert die Diskurse der »Vergangenheitsbewältigung« der sechziger und achtziger Jahre im Vergleich und gibt so einen Einblick in die westdeutsche Nachkriegsgeschichte der Faschismusverarbeitung.

260 Seiten, br., 22,- DM

Küchentisch-Antikommunismus

Die konservative Frauenbewegung in den USA

Mit dem überwältigenden Aufstieg der männlich dominierten Neuen Rechten in der US-Politik der späten siebziger Jahre entstand auch eine weibliche Komponente: die rechte Frauenbewegung. Obwohl es Untersuchungen über ihre Führung und Analysen zur Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft gibt, hat man sich bisher kaum mit dem Verhältnis von Führung und Basis auseinandergesetzt. Ich glaube, daß es seitens der Führung durch Manipulation und seitens der Mitglieder durch ein Gefühl von Ermächtigung (empowerment) gekennzeichnet ist. Die wirkliche Bedeutung dieser Bewegung dürfte allerdings weder in dem einen noch dem anderen liegen, sondern in der erfolgreichen Eingliederung konservativer Frauen in ein umfassendes Rechtsprogramm, basierend auf Antikommunismus und kapitalistischer Marktfreiheit.

Die rechte Frauenbewegung der USA besteht aus zwei großen Organisationen: Eagle Forum und Concerned Women for America (Betroffene/Besorgte Frauen für Amerika; im folgenden: CWA). Hinzu kommen Tausende von Frauen, die über ihre Zugehörigkeit zur fundamentalistischen Kirche, zu Anti-Abtreibungsgruppen oder zur Republikanischen Partei in weniger autonomer Form organisiert sind. Die Frauenhilfsgruppen des Ku Klux Klan oder der neonazistischen Gruppen sollen hier nicht behandelt werden. Ich konzentriere mich auf Eagle Forum und CWA als markanteste Beispiele für die Organisierung rechter Frauen.

Die Organisationen

Jeder in den USA kennt Phyllis Schlafly und ihre Arbeit gegen das Gleichstellungsgesetz (*Equal Rights Amendment* — ERA). Weniger bekannt sind die Aktivitäten von Beverly LaHaye, der eindrucksvoll erfolgreichen Organisatorin eines ähnlichen Frauen-Sektors. Die Unterschiede und Ähnlichkeiten im Organisationsstil von Schlafly und LaHaye sind lehrreich.

Phyllis Schlafly kommt aus der ultrakonservativen Politik. Ihr Ehemann Fred Schlafly ist altgedienter Antikommunist aus den Kreisen der extremen Rechten. Sie erhielt hier ihre Schulung, indem sie als Forschungsdirektorin für die ultrarechte Cardinal Mindszenty Foundation arbeitete. 1964 verfaßte sie mit A Choice Not An Echo ihr antikommunistisches Glaubensbekenntnis. Später folgten Bücher über die Verteidigungskapazitäten der USA, die ihren Ruf als Militärexpertin begründeten. Während dieser Zeit unterhielt sie enge Kontakte zur John Birch Society. 1972 bildete sie das »National Committee to Stop ERA«, und 1975 gründete sie ihre gegenwärtige Basis, das Eagle Forum, das als erstes Großprojekt eine Anti-ERA-Kampagne startete. Schlafly hat sich keineswegs nur Frauenthemen verschrieben, sondern ist eine gewiefte Mitspielerin auf dem umfassenderen Feld rechter Politik. Es ist in der Tat erstaunlich, daß sie dem Ghetto der Frauenfragen, in das sie sich 1972 begab, nicht wieder entkommen konnte (vgl. Felsenthal 1981, Fishman/Fuller 1981).

684 Jean V. Hardisty

Auch Beverly LaHaye ist Teil eines ehelichen Gespanns. Der Gatte Dr. Tim LaHaye ist Schriftsteller, Erzieher, Priester, Gründer von Familienleben-Seminaren und Gründungspräsident der American Coalition for Traditional Values. Mit anderen Worten: ein berufsmäßiger rechter Fundamentalistenprediger. Beverly diente ihm als Partnerin, bis sie mit Concerned Women for America ihre eigene Organisation schuf. 1977 in Houston auf der Konferenz zum Internationalen Jahr der Frau ins Leben gerufen, beruft sich CWA heute auf mehr als eine halbe Million Mitglieder. Wenngleich die Zahl übertrieben sein dürfte, liegt sie angesichts der 160 000 Mitglieder der größten liberalen Frauenorganisation NOW (National Organisation of Women) doch erschreckend hoch (vgl. Jacobs 1985).

CWA wurde von Beverly LaHaye ausdrücklich als christliche Organisation gegründet. In ihren ersten Publikationen bezeichnet sie sich als »nationale Frauenbewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Rechte der Familie durch Gebete und Aktionen zu schützen«. So richtete sich CWA an einen engeren Kreis *christlicher* Frauen, die sich um die Aufweichung der Familienwerte durch liberale Politik sorgten. Ausdrücklich werden religiöse Formen wie z.B. Gebetsgruppen als Organisationsinstrumente eingesetzt und mit »Aktionen« wie *lobbying* oder Briefeschreiben verknüpft (vgl. CWA News 7/1985, 2).

CWA und Eagle Forum erscheinen wie einander ergänzende Waffen derselben Bewegung — die eine zielt mehr auf legislatives Anfechten liberaler Reformen, die andere auf den allgemeineren, die Bewegung aufbauenden Erziehungsprozeß. Die eine religiös, die andere nicht. Aber wie in den meisten Bewegungen sind beide Organisationen, die sich im politischen Feld so nahe stehen, eher Rivalen als Verbündete. Selten nehmen sie in ihren Veröffentlichungen aufeinander Bezug, und skrupellos stehlen sie voneinander Inhalte wie Taktiken. Dennoch gibt es klare Übereinstimmungen. Die auffälligste liegt wohl in der Konzentration auf die jeweilige charismatische Führerin. Beide, Schlafly und LaHaye, sind in ihren Publikationen allgegenwärtig. Schlafly nannte die wichtigste Veröffentlichung des Eagle Forum den Phyllis Schlafly Report. LaHaye leitet jede Ausgabe von CWA News mit einem Brief an ihre »Freunde« ein; Bilder von ihr sind großzügig über die ganze Nummer verteilt. Massensendungen werden persönlich unterschrieben und neue Kampagnen als neueste Idee der Führerin präsentiert. Obwohl sich beide Gruppen als Basisorganisationen geben und sich um ihre randständigsten Mitglieder besonders besorgt zeigen, herrscht eine - auch selbst eingeräumte — Oben-unten-Struktur. Persönliches Angesprochensein, persönliche Anziehung durch und Respekt vor der charismatischen Führerin sind wichtige Zutaten des Organisationsrezepts.

Ähnlich in beiden Organisationen sind auch die Pflichten der Mitglieder. Verlangt wird die Erfüllung konkreter Aufgaben, die nicht unbedingt das Verlassen des Hauses erfordern. Beten, Telefonieren, Briefeschreiben sind angesehene Aktivitäten. Sie können erweitert werden durch höherrangige Aktivitäten wie Interessenvertretung bei Gesetzgebungsverfahren, lobbying in Washington oder Teilnahme an den jährlichen Organisationskonferenzen. Immer wieder wird den Mitgliedern vermittelt, daß auch sie etwas ändern können, indem sie ein bißchen Geld zur Unterstützung der Führung schicken und einige leicht machbare Aufgaben übernehmen. Das Ergebnis ist ein Gefühl von Ermächtigung, das Erleichterung

schafft gegen das Gefühl der Marginalisierung und ein Ventil für Protest öffnet. Bedeutsam für den Erfolg der Organisationen ist weiter, daß diese erfüllbaren Aufgaben einen Weg aus der Isolation darstellen. Schlafly und LaHaye wollen uns glauben machen, daß sie sich um die Vereinzelung der weniger begüterten Hausfrauen sorgen — daß Eagle Forum und CWA ein Hausfrauen-Genesungswerk anbieten, indem sie die Ohnmacht der isolierten und marginalisierten, ans Haus gefesselten Frauen aus der unteren Mittelschicht und der Arbeiterklasse beseitigen, ohne die für ihre Situation verantwortlichen Bedingungen zu kritisieren. Dies, so wird erklärt, sei zugleich derjenige Teil der Frauen, der vom mainstream der Frauenbefreiungsbewegung verleumdet und übergangen wurde.

Tatsächlich scheinen viele Mitglieder beider Organisationen aus der Mittelschicht zu kommen. Die Isolation, unter der sie leiden, resultiert offenbar weniger aus der ökonomischen Abhängigkeit oder dem häuslichen »Problem ohne Namen«, wie Betty Friedan es nannte. Es ist vielmehr die Isolation von Frauen, die sich im Recht fühlen, aber unterbewertet, bedroht und zornig sind über gesellschaftliche Veränderungen, die sie zutiefst ablehnen (vgl. Friedan 1970). Diesen Frauen bieten *Eagle Forum* und CWA eine klassisch reaktionäre Antwort auf ihre Unzufriedenheit. Die Anziehungskraft des Programms beruht auf dem Gefühlspaar Rache und Wiedergutmachung. Es ist ein Kreuzzug, um zurückzuholen, was die Liberalen wegnahmen.

Grundlegend für den Organisationsstil ist die Anerkennung der Autorität der charismatischen Führerin. Hierarchien werden als natürliches Nebenprodukt der Organisierung toleriert; Selbst-Ermächtigung erfordert nicht Gleichheit; ein Gefühl von Gemeinschaft und Aufgenommensein kann durch das individuelle Verbundensein mit der Führerin hergestellt werden. Darüberhinaus liegt in diesem Autoritätsmodell eine Tröstung, die, wie Andrea Dworkin (1983, 21ff.) gezeigt hat, eine der Zukunftsgewißheit ist. Feste Strukturen, Sicherheit, Schutz, Regeln und Liebe sind die emotionalen Ausgleichszahlungen in einer von Gewalt, Bedrohung, Veränderung und Preisgabe bestimmten Welt.

Der heimliche Lehrplan

Um welche »Frauenthemen« werden nun die Mitglieder organisiert? Bereits erwähnt habe ich den Kampf gegen das *Equal Rights Amendment* und gegen die Abtreibung. Andere Themen weisen in dieselbe Richtung: Opposition gegen Schwulenrechte, außereheliche Sexualität, den Laizismus (secular humanism) der Lehrpläne, gegen Pornographie. Diese und weitere Fragen wie die Wiedereinführung des Schulgebets, der Schutz der Kleinfamilie und der Kampf gegen die »Permissivität gegenüber der Drogenkultur« sind eng mit Heim und Herd verknüpft und damit nahe an der Alltagserfahrung vieler Frauen.

Die Aufgeregtheit über diese Themen ist offenbar unter konservativen Frauen am heftigsten. Das Geschlecht ist für sie zentrales Organisationsprinzip ihrer Identität. Ihr Eigeninteresse liegt darin, das traditionelle Reich der Frau zu schützen. Insofern spalten sie sich ab von denjenigen Frauen, die das Geschlecht nicht ins Zentrum ihres Selbstbildes stellen. Sie unterscheiden zwischen wirklichen Frauen und Feministinnen. Domäne der konservativen Frau ist die Familie,

686 Jean V. Hardisty

das Heim und die Kirche; ihr Ziel ist die Aufrechterhaltung des Status quo in diesen Bereichen (vgl. Klatch 1987, 5). Veränderung und Reform wie auch das Auftreten von Frauen in der Öffentlichkeit bedrohen diesen Status quo. Mit ihrem Kampf für Gleichberechtigung leugnet die Frauenbefreiungsbewegung die Richtigkeit dieser ungleichen Machtverteilung auf getrennte Reiche, und sie verweigert die automatische Anerkennung der Autoritäten — des Pfarrers, des Ehemanns/Vaters und der politischen Führer. Konservative Frauen sehen darin eine Bedrohung ihrer Macht, denn in einem Reich fühlten sie sich traditionell als Herrscherinnen: im Privaten. Paulus bestimmte zwar den Christen, daß »der Mann das Haupt der Frau (sei), wie auch Christus das Haupt der Kirche ist« (Epheser 5, 23), aber in der privaten Welt von Heim und Herd weiß die Frau am besten Bescheid. Im Reich der Fürsorge und Hilfe erhält Adams »Gehilfin«, wie sie in der Schöpfungsgeschichte genannt wird (Gen.2, 18), die ihr geschuldete Ehrerbietung.

Indem die Neue Rechte und ihre antifeministische Frauenbewegung die Betroffenheit der konservativen Frauen über Veränderungen in ihrem Reich aufgreifen und ihre Aktivitäten auf diese Besorgnisse ausrichten, beuten sie Angst und Opposition gegenüber Veränderungen der »natürlichen Ordnung« aus. Verwirrungen und Ängste der konservativen Frauen werden erträglich gemacht durch Umwerbung und Schmeichelei; Frauen werden dahin geführt, sich Männern anzuschließen, die sie beschützen und »anerkennen«. Sexismus wird in dieser Anordnung toleriert als eine »natürliche« Last, unter der Frauen immer zu leiden haben.

Kritikern, die nur auf die Organisierung von Frauen um Religion und Familie blicken, entgeht jedoch leicht ein wichtiger Aspekt in der Arbeit der rechten Frauenbewegung. Ebenso bedeutsam wie die ausdrücklichen Ziele von Eagle Forum und CWA ist der »heimliche Lehrplan«, der das globalere Programm der Rechten propagiert: Förderung des freien Unternehmertums, entschiedener Antikommunismus, Privatisierung, Protektion für den Vorrang des Christlichen, Kampf gegen die Erweiterung von Bürgerrechten auf Minderheiten wie Schwarze, Schwule und Einwanderer. Das heißt nicht, daß Frauenfragen für die Neue Rechte unwichtig sind. Die ideologische Bindung der neokonservativen Führung an die Themen der Pro-Familien-Bewegung ist unübersehbar; Heimund-Herd-Ideologie, klassische Geschlechterrollenaufteilung, christlicher Glaube und Werte gehören zum Fundament der rechten Ideologie. Ihre Bedeutung erweist sich aus der Tatsache, daß die Führung der Neuen Rechten auch an der Spitze vieler Pro-Familien-Organisationen steht. Dennoch ist klar, daß die Neue Rechte die Frauenthemen auch zynisch instrumentalisiert, um durch sie ihre Basis zu erweitern und die Politik ihrer neuen Anhängerschaft dann zu »vertiefen«. Dieses politische »Vertiefen« ist ein Manipulationsprozeß, der konservative Frauen in ihren unmittelbaren Lebensbereichen einfängt und sie dann zum allgemeineren Lernziel des virulenten Antikommunismus führt.

Unverblümt bestätigt wird diese Analyse von Richard Viguerie, dem Pionier der »direct mail«-Methode¹, der zu den vier Gründern der Neuen Rechten gehört. 1981 plauderte er bei einer Anti-Abtreibungskonferenz offen über deren Ziele. Das Abtreibungsthema war, so Viguerie, »die Tür, durch die« viele

Menschen in die konservative Politik kamen. »Aber sie blieben dort nicht stehen«. Ihre gegen die Abtreibung gerichtete Überzeugung war wie ein erster Domino-Stein des Anstoßes: sie führte zur Besorgnis über das Sexualverhalten und die Wertmaßstäbe junger Menschen; dies führte zur Opposition gegen den »weltlichen Humanismus« (secular humanism) besonders in den Schulen mit ihrer Fassade (sic) dekadenter Moralität; der »weltliche Humanismus« wurde sodann als die Seele des Sozialismus-Kommunismus und als der Königsweg dorthin identifiziert, was wiederum wegweisend war für das Bekenntnis zum freien, dem Staatseingriff weitgehend entzogenen Unternehmertum im Inland und zu aggressiver Außen- und Militärpolitik zwecks Abwehr der kommunistischen Bedrohung durch Rußland und dessen zahlreiche Stellvertreter (Bericht der Zeitung »1981«, 21/1981).

Ein Beispiel, wie dieser Prozeß funktioniert, ist der *Phyllis Schlafly Report* des *Eagle Forum*, Hauptmedium für Schlaflys Kommunikation mit ihren Anhängerinnen. Von den zwölf monatlichen Ausgaben, die 1987 erschienen, widmen sich fünf Nummern antilinken, antisowjetischen oder antikommunistischen Themen. Es sei daran erinnert, daß sich diese Organisation angeblich mit Frauenfragen befaßt:

1987: »Wir müssen SDI jetzt vorantreiben!«

1987: »Für die Erneuerung der Monroe-Doktrin«

1987: »Iran-Contra im Zusammenhang betrachten!«

1987: »Wollen wir zusehen, wie die Sowjets unsere Schulkinder unterrichten?«

1987: »Verteidigt Amerika! Schluß mit dem ABM-Vertrag!«

Concerned Women for America neigt weniger zum Abschweifen von Frauenthemen, aber auch Beverly LaHaye bindet ihre Mitglieder in ein umfassenderes Rechtsprogramm ein. Zum Aufbau einer breit angelegten und mit viel Publicity inszenierten CWA-Kampagne für humanitäre Hilfssendungen zugunsten nicaraguanischer »Flüchtlinge vor kommunistischen Angriffen« reiste LaHaye selbst nach Nicaragua. Zurückgekehrt ernannte sie Violeta Chamarro, bekannte Anti-Sandinistin und Besitzerin der Zeitung La Prensa, zur CWA-»Frau des Jahres«, was in CWA News 11/1987 verkündet wurde. Die gleiche Nummer hat Ronald Reagan auf dem Titelbild und enthält seine Grußansprache auf der nationalen CWA-Tagung. Ein Viertel dieser Rede befaßt sich mit der »Rettung der Freiheit in Nicaragua«. Nachdem er den »Kernpunkt« angesprochen hat, daß wir zur Unterstützung der »Freiheitskämpfer« »unsere Anstrengungen verdoppeln« müssen, schließt Reagan mit einem Witz über den Kommunismus:

»Interessant finde ich es, wie einmal in einer Schule gefragt wurde: 'Was ist ein Kommunist?' Die Antwort lautete: 'Einer, der Marx und Lenin liest.' Dann: 'Was ist ein Antikommunist?' 'Einer, der Marx und Lenin verstanden hat.' (CWA News 11/1987, 11)

In derselben Nummer findet sich ein Artikel mit dem Titel »Frauen in sowjetischen Gefangenenlagern brauchen Eure Gebete und Briefe«. Darin wird den Mitgliedern vermittelt, daß »ihre Briefe und Gebete etwas bewirken können im Leben von Menschen, die wegen ihres Glaubens eingesperrt sind«.

Hier erkennen wir einen heimlichen Lehrplan hinter den ausdrücklichen Zielen der »pro-familialen« Frauenbewegung. Die expliziten Ziele sind klar: Eintreten für einen Traditionalismus in sozialen Fragen und Kampf gegen Veränderungen,

688 Jean V. Hardisty

die das Reich der konservativen Frau, die Familie, schwächen. Die versteckten Ziele sind weniger leicht auszumachen. Ich denke, es geht um ein Wiedererstarken der politischen Macht der traditionellen Rechten in ihrer neuen Verpackung als Neue Rechte. Der heimliche Lehrplan ist der Antikommunismus sowie das Propagieren und Protegieren kapitalistischer Marktfreiheit. Allerdings muß die Neue Rechte einen Samthandschuh von sozialen Themen über die eiserne Faust ihrer Ideologie ziehen. Wie jeder gute Geschäftsmann brauchen die rechten Politiker einen Köder, ein »Lockvogelangebot«. Frauenthemen liefern diesen Köder und werden geschickt ausgebeutet.

Frauen als Symbole

Die Gründe für die Rekrutierung von Frauen für rechte Politik liegen auf der Hand: sie übernehmen Arbeiten und erhöhen die Mitgliederzahlen. Bisher habe ich untersucht, wie sie auf dem Umweg von Frauenfragen für umfassendere rechte Ziele gewonnen werden. Darüberhinaus sind Frauen aber noch auf andere Weise von Bedeutung: sie sind nützlich als *Symbole*. Ihre Mobilisierung, insbesondere als Protest gegen liberale soziale und politische Entwicklungen, kann als mächtiges Symbol dafür dienen, daß grundsätzlich etwas nicht stimmt. Denn nach der konservativen Mythologie bleiben Frauen zu Hause, in ihrem privaten Reich von Kindern und Familie. Hier treten sie nur heraus, wenn Kinder, Küche und Kirche in Gefahr sind. Frauen sind die Kräfte der Ordnung und die Dienerinnen der Autorität. Wenn sie auf den Plan treten, so ist dies der eindeutige Beweis für den sozialen Verfall. Gerade als Symbol ist die aufbegehrende Frau für diejenigen von besonderer Bedeutung, die es keineswegs als natürlich ansehen, daß Frauen in der Öffentlichkeit auftauchen.

Ein überzeugendes Beispiel für die Einbindung von Frauen in reaktionäre politische Ziele beschreibt Michèle Mattelart in ihrem Bericht über die Mobilisierung von Frauen in Chile durch rechte Kräfte, die gegen Allende opponierten. Sie zeigt, daß die Rechten Publikationen wie Frauenzeitschriften oder Romane und politische Aktionen wie 1971 den Marsch der leeren Töpfe und Pfannen benutzten, um Marxismus gleichzusetzen mit Bedrohungen für Heim, Familienbande und Kindererziehung (Mattelart 1986). Fortschrittliche soziale Veränderungen werden mit dem Verlust von Ordnung und Kontrolle identifiziert. Unter der Führung von bürgerlichen Frauen wurde ein Teil der Chileninnen zu Agentinnen der Rechten, mobilisiert zur Verteidigung des Kapitalismus. Sie spielten im reaktionären Drehbuch eine wichtige Rolle als protestierende Massen in den Straßen und lieferten ein entscheidendes Symbol für die propagandistische Offensive gegen soziale Reformen. Die Parallele zu den rechten US-Frauenorganisationen in den achtziger Jahren ist lehrreich.

Zum besseren Verständnis, weshalb mobilisierte Frauen eine so zwingende Symbolkraft haben können, verhilft ein Blick auf die ideologischen Vorstellungen der Rechten über die Rolle der Frauen. Eine gute Quelle für die rechte Familienideologie ist das Buch *Wealth and Poverty* von George Gilder (1981, 68-72), das Ronald Reagan während seiner Amtseinführung 1980 als Anleitungsfibel benutzte. Im Zentrum steht der Angriff gegen öffentliche Sozialhilfe und landes-

weite Programme gegen die Armut. Gilder befaßt sich aber auch ausführlich mit der Familie. Sie ist für ihn zunächst eine der zwei oder drei sozialen Einrichtungen, die wie »Kitt« die Gesellschaft zusammenhalten. Dann beschreibt er die »Natürlichkeit« der traditionellen Familieneinheit. Diese Analyse ist das Kernstück in der Programmatik und Rhetorik der rechten Frauenbewegung.

Männer und Frauen sind nach Gilder grundsätzlich unterschieden. Der Unterschied ist nicht einfach der offensichtlich physische zwischen den Geschlechtern, sondern einer in der Natur von Mann und Frau. Danach sind Männer gewalttätig und aggressiv, haben Eigenschaften, die aus dem männlichen Sexualtrieb resultieren. Frauen hingegen sind fürsorglich und beständig. Diese Eigenschaften erwachsen aus ihrer Fähigkeit, Kinder zu gebären, und aus ihrem natürlichen Interesse, sie zu umsorgen, zu ernähren und zu beschützen. In einer stabilen Gesellschaft werden Gewalttätigkeit und Aggressivität der jungen Männer »gezähmt«, wenn sie junge Frauen heiraten und eine Familie gründen. Denn nun übernehmen sie die Last der Verantwortung für die Familie und sind gezwungen, arbeiten zu gehen, um ein ausreichendes Einkommen zu haben. Der Zugang zu sexuellen Beziehungen, den die Ehe dem Gatten vermittelt, und die neue Verantwortung für den Unterhalt von Frau und Kindern bringen einen Mann hervor, dessen Gewaltsamkeit und Aggressivität auf ein konstruktives Ergebnis gewendet ist, nämlich auf produktive Arbeit. Aus diesen Gründen, so Gilders Argumentation, ist der verheiratete Mann die leistungsfähigste gesellschaftliche Kraft, und aus der Zähmung des Männlichen durch die Familie erklärt sich die hohe Leistungsfähigkeit und Kultur gesunder Gesellschaften. Der Niedergang der familiären Einheit führt folglich zu einem Niedergang der Gesellschaft - sowohl was ihre Leistungskraft wie ihre Stabilität betrifft.

Frauen sind nach Gilder beständig und fürsorglich, also von Natur aus geschaffen für die Mutterschaft. Sie fungieren als Gewissen und kultivierende Kraft einer Gesellschaft. Solange sie in dieser Rolle verbleiben, sind sie zu respektieren und mit Ehrfurcht zu behandeln. Diese Sicht, die Frauen auf einen Sockel stellt, ist schmeichelhaft; sie sind demnach extrem wichtig und verfügen außerdem über *Macht*. Nach diesem Verständnis der Geschlechterrollen haben diejenigen, die sich gegen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vergehen, selbst schuld, wenn ihr Leben konfus und zerrüttet ist.

Ergänzend zu Gilders biologischer, psychologischer und ökonomischer Analyse des Unterschieds zwischen den für Männer und Frauen angemessenen Rolen bietet Nicholas Davidson in *The Failure of Feminism* (1988, 257-276), seiner Kritik der Frauenbefreiungsbewegung, Einblicke in die bedeutsame kulturelle Rolle, die Frauen spielen. Wie zu erwarten, ist diese auch hier im Unterschied begründet. Betont werden Weiblichkeit und Passivität der Frauen. Ihre kulturelle Differenz liegt in geschlechtsspezifischen Vorlieben, Fähigkeiten, Haltungen und Temperamenten. Laut Davidson sind konservative oder »wirkliche« Frauen weicher, leidenschaftlicher, feiner und nachsichtiger als Männer, während sie gleichzeitig stark, energisch und ausdauernd sind (in der diffamierenden Version werden diese Qualitäten zu Sprunghaftigkeit, Kopflosigkeit, Unfähigkeit, sich in der Welt zurechtzufinden, zum Schrillen, Nörglerischen, Keifenden). Aber immer werden Frauen über Unterschiede, nicht über Gleichheit bestimmt.

690 Jean V. Hardisty

Für unseren Zusammenhang ist das allgemeine Festhalten der Rechten am Unterschied zentral. In dieser Ideologie ist die Mobilisierung von Frauen in der Öffentlichkeit eine *Ausnahme*, und dies verleiht ihr die Kraft eines machtvollen Symbols. Wenn »wirkliche« Frauen die Privatsphäre verlassen, um zu protestieren, dann ist dies ein Zeichen, daß ernsthaft etwas nicht stimmt.

Veränderungen in der Rolle der Frauen, die mit der Frauenbefreiungsbewegung der sechziger, siebziger und achtziger Jahre verknüpft sind, werden von der Neuen Rechten als eine Art Vergewaltigung des Natürlichen angesehen. Sozialer Wandel bringt Gewinner und Verlierer hervor, die daraus resultierende Entwurzelung und Verunsicherung läßt Menschen nach Erklärungen greifen. Es entsteht eine Atmosphäre, die leicht für reaktionäre Aktivitäten genutzt werden kann. Wir haben dies an der männlich geführten Neuen Rechten gesehen. Um jedoch erfolgreich zu sein, müssen rechte politische Bewegungen die Frauen einbeziehen. Wenn sie überzeugt werden können und sich von der Bewegung anwerben lassen, sind sie in der oben diskutierten Weise wirklich nützlich. Ihre Aufgabe ist die Reaktion gegen das, was Anstoß erregt, weil es nicht *natürlich* ist.

Phyllis Schlafly und Beverly LaHaye leisten einen entscheidenden Beitrag für die Bewegung der Neuen Rechten in ihrer Gesamtheit. Indem sie konservative Frauen organisieren, führen sie ihr eine politisch wichtige Wählergruppe zu, deren Bedeutung sowohl eine wirkliche wie eine symbolische ist. Klug greifen sie den Ärger und die Ängste konservativer Frauen auf und organisieren diese Frauen als politische Kraft, was der einzelnen ein Gefühl von Ermächtigung verschafft. Sie manipulieren ihr ideologisches Bewußtsein und mobilisieren eine Gruppe, die sonst politisch passiv wäre. Wirkliche Frauen werden rechte Frauen.

Aus dem Amerikanischen von Sünne Andresen

Anmerkung

»Direct mail«: Über persönlich aufgemachte Massensendungen an einzelne Haushalte wird für politische Ziele geworben, um Geldspenden gebeten u.a.. Ein in den USA weit verbreitetes Mittel der Politik, das von rechten Gruppen, aber auch von Parteien angewandt wird (d. Übers.).

Literaturverzeichnis

Davidson, Nicholas, 1988: The Failure of Feminism. Buffalo/New York

Dworkin, Andrea, 1983: Right-Wing Women. New York

Felsenthal, Carol, 1981: The Sweetheart of the Silent Majority. New York

Friedan, Betty, 1970: Der Weiblichkeitswahn. Reinbek Gilder, George, 1981: Wealth and Poverty. New York Jacobs, Kris, 1985: Interchange Report, Vol.6, Nr. 1-2

Katz Fishman, Walda und Georgia E. Fuller, 1981: Unraveling the Right Wing Opposition to Wo-

men's Equality. Hrsg. vom Interchange Resource Center. Washington D.C.

Klatch, Rebecca, 1987: Women of the New Right. Philadelphia

Marshner, Connaught C., 1982: The New Traditional Woman. Washington D.C.

Mattelart, Michèle, 1986: Women, Media and Crisis. Feminity and Disorder. London

Föten-Bilder*

Die Politik der Reproduktion und die Macht der Sehkultur

Die USA waren in der Abtreibungsfrage an einem toten Punkt angelangt, zweimal hatte der oberste Gerichtshof das »Selbstbestimmungsrecht« der Frauen bestätigt, als Mitte der achtziger Jahre der Angriff auf das Recht zur Abtreibung in den Bereich der Massenkultur und die Welt der Bilder vordrang. Die »prolife-Bewegung« verließ zwar nicht die Arena der konventionellen Politik, aber ihre Niederlagen auf diesem Gebiet veranlaßten sie, sich auf einen längerfristigen ideologischen Kampf um die symbolische Bedeutung von Föten — tot oder lebendig - einzulassen. Die Abtreibungsgegner in den USA und in Britannien haben das Prinzip längst verstanden: Das Bild eines toten Fötus ist mehr wert als tausend Worte. Die Silhouette fötaler Formen oder voyeuristische nekrophile Fotografien ihrer Überreste bilden den Hintergrund jeder Rede über Abtreibung. Wie Geister schweben diese Stilleben durch die Gerichtssäle, wo Anwälte erklären, der Fötus habe das Recht, Strafverfolgung zu beantragen; sie schweben durch die Krankenhäuser und Kliniken, wo Ärzte sie als »Patienten« willkommen heißen, sie finden sich vor den Abtreibungszentren, an Bushaltestellen und an anderen Orten, die von den pro-life-Leuten heimgesucht werden. Die Strategie der Abtreibungsgegner, die Personwerdung des Fötus zu einer self-fulfillingprophecy zu machen, indem sie ihm eine Präsenz in der Öffentlichkeit verschaffen, ist an eine visuell orientierte Gesellschaft adressiert. Währenddessen haben - schließlich kann man sich kaum »positive« Bilder und Symbole einer Abtreibung vorstellen - Feministinnen und andere BefürworterInnen des Selbstbestimmungsrechts der Frau das Feld des Visuellen zu schnell geräumt.

Seit der Präsidentschaftskampagne 1984 haben die neokonservative Reagan-Administration und die christliche Rechte zunehmend Gebrauch von Fernsehen und Video gemacht, um den politischen Diskurs zu dominieren und ihre Macht zu erweitern (Erickson 1985). Gleichzeitig mit einer neuen Serie der »Ron und Nancy«-Werbespots, Reverend Pat Robertsons »700 Club« (eine rechte Talkshow) und dem Wiederaufleben von Cartoons für Kinder über den Kampf des Guten gegen das Böse wurden die amerikanischen Fernseh- und Videozuschauer mit dem neuesten pro-life-Propagandamachwerk bombardiert: dem Film *Der stumme Schrei*. Er markiert eine dramatische Verschiebung im Kampf um die Vorstellungen und Bilder, die mit Abtreibung verbunden werden. Die bewegungslosen und inzwischen abgestandenen Bilder des Fötus als »Baby« wurden mit ungeheurer Geschicklichkeit in bewegte Echt-Zeit-Videos transponiert. So wurden die Bilder unmittelbar den elektronischen Medien angepaßt, die vornehmlich christlichmystische Rhetorik der Abtreibungsgegner wurde in eine medizinisch-technolo-

^{*} Fetal Images: The Power of Visual Culture in The Politics of Reproduction. Zuerst erschienen in Feminist Studies 1987, 13/2, 263-290. Von der Frauenredaktion gekürzt.

gische Sprache verwandelt, und das Fötus-Bild wurde »zum Leben« gebracht. Der Fötus wurde sofort zum Star der wichtigsten Fernsehkanäle, denn *Der Stumme Schrei* erschien, mitsamt seinem Produzenten, in einem Monat mindestens fünfmal auf dem Bildschirm, und ein bekannter Reporter verkündete vor zehn Millionen Zuschauern, in der hoch erhobenen Hand eine Flasche mit einem Fötus: »Dieses Ding, das gerade abgetrieben wurde, diese potentielle Person, sieht wirklich wie ein Baby aus.«

Diese Aussage ist mehr als bloße Propaganda. In ihr wird eine für die Kultur des Spätkapitalismus typische »Politik des Stils« sichtbar, die die »Oberflächeneindrücke« in die »ganze Botschaft« transformiert (vgl. Ewen o.J.). Der Kult der Impression bestimmt nicht nur den Charakter der US-amerikanischen Politik, er wird auch durch die Techniken und die Sprache der Fotografien und Videobilder genährt.

Decodierung des »Stummen Schreis«

Der Film gibt vor, ein medizinisches Ereignis zu zeigen, ein Echt-Zeit-Ultraschallbild eines zwölf Wochen alten Fötus, der abgetrieben wird. Im Verlauf des Films merken wir aber, daß hier zwei Texte gleichzeitig vorgeführt werden — ein medizinischer Text, im wesentlichen visuell, und ein moralischer Text, im wesentlichen verbal, auditiv. Auf dem Bildschirm erscheint unser ärztlicher Erzähler, der verkündet, wir könnten das nun Folgende dank einer hervorragenden neuen »Wissenschaft der Fötologie« sehen, die es uns ermögliche, eine Abtreibung »vom Standpunkt des Opfers« zu sehen. Gleichzeitig hören wir im Hintergrund Orgelmusik, mit der wir ein drohend bevorstehendes Schicksal assoziieren. Während Nathonson mit seinem Lichtpfeil auf dem Schirm entlangfährt, um die ansonsten unverständlichen Bewegungen zu »erklären«, wird die Zusammenhanglosigkeit zwischen den beiden Texten immer irritierender. Wir sehen einen Apparat der fortgeschrittenen medizinischen Technologie, der filmische Bilder vorführt, auf denen dunkle Schatten und helle Flächen eines vibrierenden Lichtes zu sehen sind. Das ganze wird gelegentlich von einer Szenerie unterbrochen, die uns den Operationstisch einer Abtreibungsklinik zeigt. (Der einzige Blick auf die schwangere Frau, der uns ermöglicht wird). Die Aktion wird von jemandem moderiert, der »aussieht wie« die paternalistische Arztfigur aus der Aspirinwerbung. Von Zeit zu Zeit unterbricht er das gefilmte Ereignis, um uns klinische Modelle von Föten und Embryos in allen Entwicklungsstadien zu zeigen. Was wir aber währenddessen hören, ist ein mittelalterliches Moralstück in der Standard-Rhetorik der Abtreibungsgegner. Man sagt uns, die Form auf dem Bildschirm sei ein »lebendes, ungeborenes« Kind, ein »menschliches Lebewesen wie wir alle«. Die Absaugkanüle »bewegt sich gewaltsam« auf das »Kind« zu; sie ist die »todbringende Waffe«, die »zerstückeln«, »zerdrücken«, »zerstören«, »das Kind auseinanderreißen« wird, bis nur noch »Stücke« übrig sind. Der Fötus, »in seinem Zufluchtsort«, »verspürt Aggressionen«, »versucht, zu entkommen« (erkennbar an den schneller werdenden Bewegungen auf dem Bildschirm), »wirft schließlich den Kopf zurück« und stößt einen »stummen Schrei« aus — dies alles wird von einer fieberhaft-hektischen Musik begleitet. Sollten wir uns etwa über

Föten-Bilder 693

die fast vollständige Abwesenheit der Schwangeren oder des Klinikpersonals wundern, so »informiert« uns Nathanson auch, daß die Frau eine »Feministin« war, die ebenso wie der junge Arzt, der die Abtreibung vorgenommen hat, geschworen habe, »sowas nie wieder« zu tun.

Angesichts dieses Films lassen sich eine Reihe wichtiger Fragen stellen: Was ist zum Beispiel ein »Beweis« oder eine »medizinische Information«? Das Ultraschallbild wird als Dokument vorgeführt, das bezeugen soll, es handele sich bei dem Fötus um einen »Menschen wie du und ich«, der »Schmerz empfindet«. Auf dieser Ebene ist der Film von einer ganzen Liste ärztlicher Experten, von Kolumnisten der New York Times und in einem Film über Familienplanung scharf angegriffen worden. Es wurde zum Beispiel darauf hingewiesen, daß ein zwölf Wochen alter Fötus noch nicht jenen Teil der Großhirnrinde hat, mit dem Schmerzimpulse empfangen werden können; daß ein »Schrei« ohne Luft in den Lungen unmöglich ist, daß fötale Bewegungen in diesem Stadium reflexartig und nicht absichtsvoll sind, daß die schneller werdenden Bewegungen mit Sicherheit durch einen Kameratrick zustande kamen, daß der gefilmte Fötus und die im Hintergrund sichtbare Modelle mindestens doppelt so groß sind wie ein normaler zwölf Wochen alter Fötus usw. Doch helfen uns diese sachlichen Widerlegungen nicht viel weiter, wenn wir die ideologische Macht begreifen wollen, die der Film trotz seiner visuellen Entstellungen und verbalen Schwindeleien hat.

Das vielleicht Beunruhigendste an der Rezeptionsweise ist, daß die Zuschauer offensichtlich dieses und alle anderen Bilder von Föten als korrekte Darstellung des wirklichen Fötus akzeptieren. Das wellige Profil mit dem übergroßen Kopf und den flossenartigen Armen in seinem Fruchtwasserballon ist schon ganz vertraut geworden. Selbst Feministinnen stellen seine Authentizität (im Gegensatz zu seiner Relevanz) nicht in Frage. Ich verfolgte die Spuren des Bildes in der populären Literatur zurück und fand es erstmals 1962 in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift Look (neben Life die damals auflagenstärkste Zeitschrift). Es ging um die Rezension eines neu erschienenen Buches Die ersten neun Monate des Lebens. und es wurde die inzwischen zum Standard gewordene Bildsequenz gezeigt: Der Fötus nach einem Tag, einer Woche usw. Auf jedem Bild erscheint der Fötus allein, in der Luft schwebend (oder in seinem Sack), lediglich durch die »deutlich erkennbare Nabelschnur« mit dem lebensspendenden System verbunden. Von Anfang an haben diese Bilder den Fötus als primär und autonom, die Frau als abwesend oder nebensächlich dargestellt. Jeder Fötus, einschließlich der aus dem Stummen Schrei, wird, entgegen anderslautenden Behauptungen, vom Standpunkt der Kamera gezeigt und nicht vom Standpunkt des Fötus oder gar von dem der Schwangeren. Der Fötus, wie wir ihn kennen, ist ein Fetisch. Barbara Katz Rothman hat herausgearbeitet, wie der »Fötus im Uterus zu einer Metapher für den 'Mann' im Weltall geworden ist, frei schwebend, lediglich durch eine Nabelschnur mit dem Raumfahrzeug verbunden. Wo bleibt die Mutter in dieser Metapher? Sie ist zum leeren Raum geworden« (Rothman 1986, 114). Aber im futuristischen Raumanzug steckt ein sehr viel älteres Gebilde. Der autonome, frei schwebende Fötus ist nichts weiter als die in die Schwangerschaft zurückverlegte Hobbessche Idee vom (geborenen) Menschen als beziehungslosem, vereinzeltem Individuum. Dieser abstrakte Individualismus löscht die Schwangere und

die Abhängigkeit des Fötus von ihr aus und gibt dem Bild des Fötus eine symbolische Transparenz, die es uns ermöglicht, unser eigenes Selbst, unsere verlorenen Babies, unsere mythisch beschützte Vergangenheit hineinzulesen.

Diese Rezeptionsweisen sind nützlich, um sowohl unter Männern wie unter Frauen einige AbtreibungsgegnerInnen zu rekrutieren, aber die Verdrängung der Gebärmutter hat noch viel weitreichendere Konsequenzen. Zoe Sofia stellt eine Beziehung her zwischen dem Film 2001: Odyssee im Weltraum und dem »Kult der Fötuspersönlichkeit der Neuen Rechten«. »Jede Technologie ist eine reproduzierende Technologie«, schreibt sie. »Besonders in der Science-Fiction-Kultur werden die Technologien als sich selbst reproduzierende Systeme betrachtet, ähnlich wie in den perversen Fruchtbarkeitsmythen, in denen der Mann sich selbst, ohne die Hilfe der Frau, fortpflanzt« (Sofia 1984). Die Hauptfigur in 2001 ist kein lebendes organisches Wesen, sondern »ein Biomechanismus, ... ein kybernetisches System, das ohne Hilfe im All leben kann« (ebd.). Dieses »Kind« tritt als Symbol der Fruchtbarkeit und des Lebens auf, in Wirklichkeit ist es die Kreatur derselben Technologien, die den Kosmos vernichten, aber es ist das einzige, das diese Vernichtung überlebt. Die gleiche Ironie sieht Sofia bei der Rechten am Werk, die Kampagnen zum »Schutz des ungeborenen Lebens« anstrengt und zugleich den Atomkrieg plant. Insofern das Fötus-Bild uns von der realen Gefahr eines nuklearen Holocausts ablenkt und zugleich den einsamen Überlebenden repräsentiert, bedeutet es also nicht Leben, sondern Tod (ebd.).

Ist der Fötus-als-Raumfahrer erst einmal in die Science-Fiction-Bilder und in die Fantasie der Massen eingeschrieben, ist es ziemlich wahrscheinlich, daß er auch die im klinischen Kontext erscheinenden Fötenbilder beeinflußt. Die Überlegenheit des männlichen Betrachters verändert vielleicht die Sichtweise der Frauen auf ihren eigenen, im Ultraschallbild sichtbaren Fötus. Der Stumme Schrei verknüpft beide Bereiche kultureller Konstruktionen: die Videofantasien und die klinische Biotechnik, indem er die medizinische Bildersprache in den Dienst einer mythisch-patriarchalen Botschaft stellt. Aber weder diese verschiedenen kulturellen Bereiche noch der Film selbst treffen auf ein nur passiv rezipierendes Publikum. Schwangere Frauen reagieren je nach ihrer jeweiligen konkreten Situation in vielfältiger Weise auf diese Bilder.

Die Bilderwelt der Entbindung und die männliche Sehkultur

Sowohl äußere kulturelle und politische Zwänge als auch traditionelle, der männerdominierten Entbindungspraxis inhärente Denkmuster führen zur gegenwärtigen klinischen Betrachtungsweise, die im Fötus einen von der Schwangeren unabhängigen, autonomen »Patienten« sieht. Gemäß dieser Muster orientiert man bei der Anwendung der neuen Reproduktionstechnologien mehr darauf, die Kontrolle der Ärzte auf den Reproduktionsprozeß auszudehnen als die Gesundheit (der Mutter oder des Kindes) zu verbessern. Man hat nicht feststellen können, daß diese neuen Methoden (Ultraschall, Fruchtwasseruntersuchung, invitro-Befruchtung usw.) die Kindersterblichkeit oder vorgeburtliche Sterberaten herabgesetzt hätten. Obwohl sie für einzelne Frauen nützlich sein können, haben sie auch den Effekt, mehr und mehr Zeit und Raum für das »Entbindungs-

Föten-Bilder 695

management« rauszuschinden. Sie lenken die sozialen Ressourcen von der Erforschung der Krankheitsursachen auf die Erforschung der Ursachen für fötale Schäden. Aber die Behauptung einer »Autonomie« des Fötus ist keine unvermeidbare Folge dieser Technologien. Vielmehr bringen das kulturelle Klima, in dem die Föten-Bilder entstehen, und eine den schwangeren Frauen und dem Abtreibungsrecht feindlich gesonnene Politik die Anwender der Technologien dazu, bestimmte Bedeutungen und Sichtweisen zu übernehmen. Das Ergebnis ist: Die Schwangere wird zunehmend zu einer Gegnerin ihrer Schwangerschaft und ihres Fötus — entweder weil sie eine seiner Entwicklung »feindliche Umgebung« produziert hat, oder weil sie sich aktiv weigert, eine der vorgeschlagenen medizinischen Interventionen zuzulassen.

Visualisierungstechnologien und elektronische und chirurgische Interventionen zerstören die traditionellen Auffasungen darüber, was »innerhalb« und was »außerhalb« des weiblichen Körpers ist, und die Vorstellung, Schwangerschaft sei eine im »inneren des Körpers« gemachte Erfahrung. Wie Haraway feststellt, wird die Schwangerschaft in die »high-tech-Sichtweise« integriert, für die der »Körper eine biotische Komponente im kybernetischen Kommunikationssystem ist« (Haraway 1985). Die Frage, wer die medizinische Hermeneutik kontrolliert, die Körpergrenzen definiert und interpretiert, wird also zu einer zentralen Frage des Feminismus. Die Grenzen zu interpretieren, ist eine Form, sie in Frage zu stellen, statt sie als natürlich festgelegt zu nehmen.

Dieser Hintergrund ist wichtig, um die Ultraschallbilder von Föten in ihrem historischen und kulturellen Kontext zu analysieren. Ultraschall, ursprünglich für Unterwasserkriege entwickelt, wurde erst 1960 in die Entbindungspraxis eingeführt. Der Zeitpunkt ist kein Zufall: Er markiert das Ende des Babybooms und das rapide Fallen der Geburtenrate. Die Gynäkologen mußten sich auf ein neues Forschungsfeld wagen und ihr Heil in einer neuen »Patienten-Population« suchen. Mir geht es hier nicht um die medizinische Anwendung (die umstritten ist, obwohl sie wohl mehr genutzt als geschadet hat), sondern um die mit der Ultraschalltechnik verknüpften kulturellen Vorstellungen. Warum dominiert der Impuls »hineinzusehen« die anderen Wissensformen über Schwangerschaft und Föten, und was sind die Konsequenzen für das Bewußtsein von Frauen und für die Machtverhältnisse im Reproduktionsbereich?

Die »Vorherrschaft des Blicks« oder die Bedeutung des Individuellen als eines der vorrangigen Erkenntnismittel in der westlichen naturwissenschaftlichen und philosophischen Tradition war Gegenstand einer von Evelyn Fox Keller und Christine R. Grontkowski durchgeführten Untersuchung. In ihrer von Platon bis Bacon und Descartes reichenden Analyse haben sie die paradoxe Funktion des Visuellen herausgearbeitet: Im Gegensatz zu den anderen Sinnen, gibt das Sehen die Möglichkeit, sich zu distanzieren, das betrachtete Ding zu objektivieren, indem man einen Abstand zwischen Wissendem und Gewußten herstellt. (In der modernen Optik wird das Auge zum passiven Aufnahmegerät, zur camera obscura.) Dem Visuellen wird in der Sinneshierarchie ein hoher Rang eingeräumt. Dadurch werden die unmittelbare Erfahrung und die unmittelbare Beziehung als Erkenntnismittel abgewertet: »Das Sehen verbindet uns in dem Maße mit der Wahrheit, als es uns vom Körperlichen entfernt.« (Keller/Grontkowski 1983)

Einige feministische Kulturtheoretikerinnen in Frankreich, Großbitannien und in den Vereinigten Staaten haben behauptet, Visualisierung und Objektivierung seien spezifisch männliche Erkenntnisweisen (der beobachtende Mann, die Frau als Spektakel). Ohne in einen solchen Essentialismus zu verfallen, können wir doch annehmen, die Sprache, die Wahrnehnmung und der Gebrauch visueller Informationen seien bei Frauen als den schwangeren Subjekten anders als bei Männern (oder Frauen), die Ärzte, ForscherInnen oder JournalistIinnen sind. Die historisch entstandene Kontrolle der Männer über Wissenschaft, Medizin und Entbindung in der westlichen Gesellschaft und die ebenfalls historisch entstandene Definition von Männlichkeit in der westlichen Kultur wird sich in diesen unterschiedlichen Wahrnehmungen widerspiegeln. Der geschlechtsspezifische Charakter der Wissenschaft (einschließlich der Medizin), ihre »Männlichkeit« zeigt sich, laut Keller, in der »üblichen Rhetorik«: Die Einstellung gegenüber dem Studienobjekt ist meist »feindselig« und »aggressiv«, so daß die Wissenschaft den Eindruck eines Kampffeldes machen kann. Für einige Gynäkologen hat Visualisierung offenkundig einen voyeuristischen Aspekt. Sie gewinnen ein erotisches Vergnügen am verbotenen »Blick«, der nur in eine Richtung funktioniert. Nach dem Erscheinen des Stummen Schreis brüstete sich Nathanson in einem Interview in Newsweek: »Mit Hilfe der Technologie konnten wir die Wände des Unterleibs und des Uterus einreißen und unmittelbar in die Gebärmutter blicken.«

Feministinnen haben vor allem kritisiert, daß die Techniken zur Herstellung von Föten-Bildern die Schwangere degradieren. Sie wird zur »mütterlichen Umwelt«, zum Ort des Fötus, eine passive Beobachterin ihrer eigenen Schwangerschaft. Die Sonographie ersetzt die traditionellen Anzeichen der Schwangerschaft. Der von der Mutter »gefühlte« Beweis der Schwangerschaft zählt jetzt nicht mehr im Vergleich zu den »objektiven« Daten auf dem Monitor. Wir finden die Frau auf dem Tisch, auf ihrem Leib ein Ultraschallgerät, an ihrer Seite ein Techniker oder Arzt, auf dem Bildschirm der Fötus. Der Arzt wendet sich von der Mutter weg, um das Baby zu untersuchen. Selbst der Herzschlag kommt über einen Lautsprecher. Die Technologie, die den Fötus/das Baby sichtbar macht, macht die Mutter unsichtbar.

Die mit dem Ultraschallbild des Fötus verbundenen Vorstellungen werden auf drei Bedeutungsebenen konstituiert: der Beweisebene (Diagnose), der Kontrollebene (Eingriff), aber auch der Ebene der Phantasie oder des Mythos. Der »Beweis« schlägt in einen Mythos um, wenn der Fötus so aussieht (wenn auch nur durch die elektronischen Medien), als sei er aus dem Körper der Mutter herausgenommen, als schwebe er frei im Raum. Das passiert in Kliniken immer dann, wenn die Ultraschallbilder den Fötus durch bestimmte »Indikationen« konstruieren und seine Funktionen oder seine organischen Verbindungen zur schwangeren Frau dadurch abgetrennt werden. Andererseits wird Fetischisierung zur Kontrolle, wenn Ärzte, pro-life-Propagandisten, Anwälte oder Gerichte schwangere Frauen dazu zwingen, Ultraschallaufnahmen des Fötus zu machen, um die »Bindung« zwischen ihr und dem »Kind« zu festigen. In einigen Staaten hat man schon damit begonnen, den Zwang zur Ultraschalluntersuchung als Waffe zur Einschüchterung abtreibungswilliger Frauen einzusetzen. Die bloße Vorstellung

Föten-Bilder 697

einer »Bindung«, die auf Grund eines Fotos entsteht, ist schon eine Fetischisierung: Man soll Liebesgefühle in ein Phantasiegebilde investieren. Wenn ein Gynäkologe seiner Patientin ein Sonographie-Foto »für das Babyalbum« schenkt, kann das einem männlichen Wunsch entsprechen, nicht nur Babies, sondern auch Mütterlichkeit zu reproduzieren.

Ein großer Teil der feministischen Kritik am »Krieg gegen den Bauch« leidet an reduktionistischen Tendenzen. Zunächst wird männliche Rhetorik und Phantasie mit den tatsächlichen Machtverhältnissen in eins gesetzt. Die Reaktionen der Frauen auf den vorherrschenden männlichen Reproduktionsdiskurs, der sie zu Opfern macht, werden dabei meist unterschlagen. Werden diese Reaktionen berücksichtigt, preßt man sie in das Schema eines allgemeinen »weiblichen Denkens über Fortpflanzung«, das weder nach historischen noch nach sozialen Bedingungen differenziert wird. So wird Ideologie zu einer universellen Bedingung, statt daß sie als ein jeweils spezifisches, individuelles Muster begriffen wird. Im Folgenden werde ich daher die Bilder des Fötus aus der Perspektive der schwangeren Frauen, die diese Bilder betrachten, untersuchen.

Abbildungen des Babies - Die Reaktionen der Frauen

Die Szene mit dem voyeuristischen Ultraschall-Techniker und der an den Rand gedrängten schwangeren Frau, die passiv auf ihren objektivierten Fötus starrt, kann eine gewisse phänomenologische Wahrheit beanspruchen. Wenn wir uns aber dem subjektiven Verständnis der Schwangeren zuwenden, ergibt sich eine ganz andere Szene. Sie fühlen sich keineswegs als befriedetes Opfer, sondern sie sind begeistert und tragen selbst zur Entwicklung der mit dem Bild verbundenen Vorstellungen bei: »Das Baby wird dadurch wirklicher«, »es wird mehr zu unserem eigenen Baby«. Durch die Visualisierung bekämen sie ein intimeres Verhältnis zu dem Baby, ein größeres Zugehörigkeitsgefühl. Außerdem wären sie ruhiger, weil alles kontrollierbarer und planbarer sei. (Ich spreche hier natürlich von Frauen, die das Kind wollen.) Einige Frauen sagen sogar, sie hätten eine viel stärkere »Bindung« zu dem Kind bekommen, als sie das Bild auf dem Bildschirm gesehen hätten. Wie andere »männlich-dominierte« Reproduktionstechnologien, scheint die Ultraschalltechnik bei den Frauen ein Gefühl höherer Kontrolle und größeren Selbstbewußtseins zu entwickeln. Wie läßt sich dieser Widerspruch zwischen den feministischen Decodierungen »kultureller männlicher Traumarbeit« und den wirklichen Erfahrungen (einiger) Frauen mit den Technologien der Reproduktion und der Bilderproduktion erklären?

Die gegenwärtigen feministischen Arbeiten über Gentechnologien sind nicht sehr hilfreich bei der Beantwortung dieser Art von Fragen. In Arbeiten wie »The Mother Machine« (Corea 1985) und in den meisten Aufsätzen der Anthologie »Test-Tube Women« erscheinen Frauen als die ewigen Opfer einer allumfassenden männlichen Verschwörung. Die spezifischen Formen männlicher Strategien zur Kontrolle der Reproduktion werden ignoriert und auf ein einziges überhistorisches »Bedürfnis« reduziert. Dagegen wird der oft erfolgreiche Widerstand der Frauen gegen diese Kontrolle ebenso wie ihre Komplizenschaft übersehen. Bei dieser Herangehensweise spielen Frauen als aktive Gestalterinnen ihres Schick-

sals überhaupt keine Rolle. — Historische und soziologische Forschungen zeigen aber, daß Frauen nicht einfach passive Opfer »männlicher« Reproduktionstechnologien und der sie benutzenden Ärzte sind. Auf Grund ihrer gemeinsamen Situation und gemeinsamer Bedürfnisse haben Frauen während des 19. Jahrhunderts oft Forderungen nach Technologien entwickelt. So beispielsweise nach Geburtenkontrolle, Narkose bei der Geburt oder Behandlung der Unfruchtbarkeit. Die Tatsache, daß es einen Markt für Kontrazeptiva, Sterlisation, In-vitro-Befruchtung usw. gibt, ist ein komplexes Phänomen, und mit der Opferthese oder der These vom Uterusneid nicht zu begreifen.

Theorien, die von einem »feministischen Standpunkt« versuchen, Schwangere, wieder zu historischen Akteurinnen zu machen und ihre Reaktionen auf Reproduktionstechnologien und -bilder zu vereinheitlichen, sind mit verschiedenen Schwierigkeiten konfrontiert. Zum einen machen wir keine unvermittelten Schwangerschaftserfahrungen. Die herrschenden Bilder und Codes vermitteln die materiellen Bedingungen der Schwangerschaft, der Abtreibung usw., und sie bestimmen, was Frauen über diese Ereignisse in ihrem Leben »wissen« und was sie als »gelebte« Erfahrung für sie bedeuten. Daher werden Frauen in den Föten-Bildern möglicherweise genau das sehen, was sie sehen sollen. Zum zweiten unterscheidet sich das Verhältnis der Frauen zu Reproduktionstechnologien und -bildern auf Grund sozialer Differenzen wie Klasse, »Rasse« und sexuelle Neigung, und auf Grund biologischer Differenzen wie Alter, physische Behinderung und Fruchtbarkeitsgeschichte.

Nicht nur Abtreibungsgegner reagieren auf Föten-Bilder. Die öffentliche »Präsentation« des Fötus ist allgegenwärtig geworden. In irgendeiner Weise sind wir alle für seine Bedeutungen empfänglich geworden. Victor Burgin meint, es bringen nicht weiter, gegen die »Falschheit« solcher Bilder die »Wirklichkeit« ins Spiel zu bringen. Denn die »Wirklichkeit«, das heißt, die Art und Weise, wie wir die Welt erfahren, sowohl die »öffentliche« als auch die »private«, »ist selbst durch die Repräsentationsagenturen konstituiert«. Wie Frauen Ultraschallbilder des Fötus wahrnehmen, auch die ihres eigenen, wird also durch die ansteigende Zahl »öffentlicher« Repräsentationen, vom *Life Magazin* bis zum *Stummen Schrei*, beeinflußt. Möglicherweise werden einige von einer Abtreibung auch abgehalten — obwohl es darüber bislang kaum empirische Untersuchungen gibt. Wenn junge Frauen, die eine Abtreibung wollen, gezwungen werden, Föten-Bilder zu betrachten, seien es die anderer oder die ihres eigenen, so zwingt man sie, eine moralische Abstraktion zu betrachten, »den öffentlichen Fötus«.

Aber die Rezeption und die Bedeutung der Bilder hängt auch ab von den spezifischen Bedingungen, unter denen die Frau sie betrachtet. Und diese Bedingungen passen nicht so ohne weiteres in das Bild der Frau als Opfer der Reproduktionstechnologie. Das Bild des Fötus wird zunächst einmal eine ganz andere Bedeutung für Frauen haben, die ein Kind wollen, als für solche, die es nicht wollen. Unter denen, die eine Schwangerschaft wollen, wird es wiederum, je nach politischer Auffassung, unterschiedliche Wahrnehmungen geben. Am einen Ende des Spektrums steht die pro-lilfe-Frau, die »den Fötus« mit ihren eigenen Schwangerschaftserfahrungen identifiziert. Er wird zu »meinem Kleinen«. In Interviews fand Kristin Luker heraus, daß es sich um Frauen handelt, für die

Föten-Bilder 699

Mutterschaft einen hohen Wert darstellt und für die ihre Kinder die vorrangige Quelle des Selbstwertgefühls sind. Wenn wir uns fragen, welche Frauen vor allem den Markt der high-tech Entbindungen frequentieren, stellen wir fest, daß es fast ausschließlich Frauen der Mittelklassen sind, die sich diese teuren Technologien leisten können. Vor allem aber sind sie Produkte einer Mittelklassenkultur, in der Planung, Kontrolle und Berechenbarkeit hoch bewertet werden, mit dem Ziel, ein »Qualitätsbaby« zu produzieren. Dieses »Qualitätsbaby-Syndrom«, auf Grund dessen Ultraschallbilder willkommen geheißen werden, kann für Frauen auch repressiv sein. Denn sie sind letzlich verantwortlich dafür — und Schuld daran — wie das Baby wird.

Die Ambivalenz der Reproduktionstechnologien

Keller (1985) meint, Feministinnen sollten den Begriff der Objektivierung neu bewerten. Dann würden sie feststellen, daß der von ihnen als männlich qualifizierte Prozeß der Objektivierung verschiedene Formen annehmen kann: Er kann die Betrachterin vom Betrachteten trennen, er kann sie aber auch gefühlsmäßig und intellektuell daran binden. Es steht im Widerspruch zur historisch sich verändernden Erfahrung von Frauen, wenn man behauptet, der Zeitpunkt, zu dem eine Mutter-Fötus- oder Mutter-Kind-Bindung entsteht, sei biologisch gegeben, oder wenn man behauptet, »fühlen« sei irgendwie »natürlicher« als »sehen«. Wenn man andererseits zugesteht, daß das Eingehen von Bindungen historisch und kulturell determiniert ist, negiert man doch nicht die Realität dieses Prozesses. Die Politik der Föten-Bilder wird dadurch erschwert, daß Frauen starke Zugehörigkeitsgefühle zu »ihrem« Fötus entwickeln können, besonders wenn sie ein Kind wollen.

Die Auffassung, »Reproduktionstechnologien« würden »Frauen als Klasse« aufgezwungen und nicht von ihnen gewollt, vergißt die besondere Realität von Frauen, die Probleme mit der Fruchtbarkeit oder mit Frühgeburten haben, aber auch die besonderer Gruppen. Für Lesbierinnen, die Samenbanken und künstliche Befruchtung nutzen, um ohne heterosexuellen Sex biologisch schwanger werden zu können, sind solche Technologien ein entscheidendes Instrument ihrer Selbstbestimmung in bezug auf die Fortpflanzung. Soll man Lesbierinnen sagen, »biologisch eigene Kinder« zu wollen, sei irgendwie für sie nicht richtig, für fruchtbare heterosexuelle Paare aber wohl? Unter armen Frauen in den USA und Großbritannien (besonders unter farbigen Frauen) gibt es die höchste Unfruchtbarkeitsrate und die größte Anzahl von Mißbildungen des Fötus. Aber sie haben keinen Zugang zu Reproduktionstechnologien. Es wäre falsch, dies mit der Begründung zu ignorieren, daß die Sorge darum, wie das Baby wird, oder der Wunsch, »ein eigenes« zu haben, lediglich Mittelklassenvorurteile seien.

In Europa, Australien und Nordamerika sind Feministinnen derzeit in heiße Debatten darüber verwickelt, ob Reproduktionstechnologien eine Bedrohung oder eine Chance für Frauen darstellen. Verstärken sie nur den uralten Druck auf Frauen, Kinder zu gebären und dies auf spezifische Weise zu tun, oder geben sie Frauen mehr Kontrollmöglichkeiten? Was für eine Kontrolle wollen wir, um frei über Fortpflanzung entscheiden zu können. Gibt es Grenzen der Kontrolle? Welche

sollte es geben? Was bedeuten Reproduktionstechnologien, die maßgeschneiderte Kinder liefern, in einer Umwelt, in der Kinderversorgung nach wie vor die Privatsache der Frauen ist und viele Frauen zunehmend arm werden? Es kann sein, daß die neueren Methoden pränataler Diagnose zu einem Ansteigen selektiver Abtreibungen führen (sei es auf Grund des Geschlechts oder auf Grund von Mißbildungen). Es mag sein, daß Frauen sich zunehmend entscheiden, den bestimmten Fötus abzutreiben, den sie gerade austragen, in der Hoffnung, das nächste Mal einen »besseren« zu kriegen. Ist diese Entscheidungsmöglichkeit moralisch? Haben wir das Recht, sie zu bewerten? Können wir überhaupt sagen, sie sind »frei«?

Andererseits können Techniken, mit denen Bilder von Föten und Vorstellungen über Schwangerschaft produziert werden, je nach kulturellem Kontext und nach der Art, wie sie benutzt werden, Frauen stärken — sei es als Individuen oder als Kollektiv. Wir müssen diese Möglichkeiten erforschen und wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es keine gemeinsame feministische Auffassung darüber gibt, wie Frauen diese Macht nutzen sollten.

Schlußfolgerung

Bilder haben keine »objektive« Bedeutung. Bedeutungen entstehen im Ineinandergreifen von Kontext, Kommunikation, Anwendung und Rezeption. Wenn wir uns das Ultraschallbild aus *Der Stummen Schrei* ohne Titel, Text und die ganze Geschichte, ohne Herrn Nathanson, ohne die Medien und die Vertriebsnetze und ohne das ganze abtreibungsfeindliche Klima denken, was würde übrig bleiben? Aber natürlich ist diese Frage absurd, weil kein Bild in einem kulturellen Vakuum hängt, ebensowenig wie ein Fötus in einer Raumfahrtkapsel schwebt. Das Problem stellt sich also folgendermaßen: Wie verändern wir die Kontexte, die Medien und das Bewußtsein, in denen und durch das die Bilder des Fötus definiert werden? Hier sind einige Vorschläge, bescheidene und utopische.

Erstens. Wir müssen Frauen wieder zum Mittelpunkt der Szenerie machen. Um das zu tun, müssen wir neue Bilder entwerfen, die den Fötus wieder in seinen Kontext stellen: zurück in den Uterus, den Uterus wieder in den Körper der Frau und ihren Körper wieder an seinen gesellschaftlichen Ort. Ein Kontext verdichtet sich nicht einfach zum Symbol. Es müssen Geschichten erzählt werden, damit er Umfang und Masse erhält. Zum Beispiel: Ein Schriftsatz mit tausenden von Briefen aus einer Kampagne für das Recht auf Abtreibung, eingereicht bei einem der letzten Abtreibungsfälle beim obersten Gerichtshof, verwandelt die Abtreibungserfahrungen von Frauen in einen juristischen Text. Eine kühn vor den Augen des Gerichts vorbei defilierende Prozession konkreter Frauen macht nicht nur ihre Körper sichtbar, sondern vergegenständlicht auch ihre Berufe, ihre Familien, die Schularbeit, Gesundheitsprobleme, Armut, ethnische Identitäten und Träume von einem besseren Leben.

Zweitens. Wir müssen die Machtverhältnisse, in denen Reprouktionstechnologien (einschließlich Ultraschall) angewandt werden, von den Technologien selbst trennen. Wenn Frauen im Krankenhaus wirklich Macht hätten, sei es als Ärztinnen oder als Patientinnen, würden wir die Technologien abschaffen? Oder würden

Föten-Bilder 701

wir sie anders nutzen, würden wir sie in einen ganzheitlicheren Dialog zwischen dem gefühlten Wissen der Frauen und den auf dem Bildschirm oder beim Test »entdeckten« Informationen integrieren? Statt die Reproduktionstechnologien zu attackieren, müssen wir fordern, daß Frauen Zugang zum Wissen und zu den Ressourcen haben, damit sie lernen, deren Gebrauchswert zu beurteilen und sie entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen zu nutzen.

Drittens. Wir sollten den jetzt begonnenen Diskurs in eine Richtung vorantreiben, die es uns ermöglicht, eine feministische Ethik in bezug auf die Freiheit der Fortpflanzung zu entwickeln, die im Einklang mit feministischer Politk steht. Wofür sollten wir uns entscheiden, wenn wir wirklich die Entscheidungsfreiheit hätten? Gibt es moralisch inakzeptable Entscheidungen, und sind sie in jedem Fall inakzeptabel oder nur unter bestimmten Bedingungen? Kann der Feminismus Geburt und Mutterschaft als lustvoll rekonstruieren, ohne vor Ideologien zu kapitulieren, die Frauen auf Mutterschaft reduzieren? Können wir über moralische Entscheidungen in bezug auf Fortpflanzung reden, ohne das ganze Spektrum von Mutterpflichten heraufzubeschwören? In gewisser Weise ist der Kampf um die Demystifizierung des Fötus gefährlich, denn er läuft darauf hinaus, ihn wieder in einen Körper zu bringen und damit die Frau wieder als (gewollt oder ungewollt) schwangere Person darzustellen. Eine Möglichkeit, dieser Gefahr zu entgehen, besteht darin, die Schwangere nicht als Abstraktion abzubilden, sondern innerhalb ihrer Lebensverhältnisse, mit ihren ökonomischen und Gesundheitsbedürfnissen und mit ihren Wünschen. Aber selbst wenn wir die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Freiheit ausgemalt haben, bleibt die widersprüchliche Frage, wie sie zu nutzen ist, noch ungelöst.

Aus dem Amerikanischen von Nora Räthzel

Literaturverzeichnis

Corea, Gena, 1985: The Mother Machine: Reproductive Technologies from Artificial Insemination to Artificial Wombs. New York

Erickson, Paul D., 1985: Reagan Speaks: The Making of an American Myth. New York

Ewen, Stuart, o.J.: The Political Elements of Style, in: Beyond Style. Precis 5, hrsg. v. Jeffery Buchholz und Daniel B.Monk. New York, 125-33

Haraway, Donna, 1984: Lieber Kyborg als Göttin! Für eine sozialistisch-feministische Unterwanderung der Gentechnologie. 1n: »1984«, Argument-Sonderband 105, West-Berlin

dies., 1985: A Manifesto for Cyborgs: Science, Technology and Socialist Feminism in the 1980s. In: Socialist Review 80, 65-107

Keller, Evelyn Fox, 1985: Reflections on Gender and Science. New Haven

dies., und Christine R. Grontkowski, 1983: The Mind's Eye. In: Discovering Reality: Feminist Perspectives on Epistemology, Metaphysics, Methodology, and Philosophy of Sciene, hrsg. v. Sandra Harding und Merill B. Hintikka

Luker, Kristin, 1984: Abortion and the Politics of Motherhood. Berkely

Margolick, David, 1985: Damages Rejected in Death of Fetus. In: New York Times, 16. Juni, 26 Rothman, Barbara Katz, 1986: The Tentative Pregnancy. Prenatal Diagnosis and the Future of Motherhood. New York

Sofia, Zoe, 1984: Exterminating Fetuses: Abortion Disarmement, and the Sexo-Semiotics of Extraterrestrialism. In: Diacritics 15, 47-59

Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Großmacht-Politik?



Noam Chomsky **Die Fünfte Freiheit**

Über Macht und Ideologie Vorlesungen in Managua

Dieser Band enthält fünf Vorlesungen zur US-amerikanischen Au-Ben- und Sicherheitspolitik, die der angesehene Sprachwissenschaftler Noam Chomsky 1986 an der Universität von Managua (Nicaragua) gehalten hat. Der Titel deutet an, worum es Chomsky bei seinen Analysen geht: Den vier Freiheiten, die Präsident Roosevelt während des Zweiten Weltkriegs für die westlichen Alliierten formulierte -Redefreiheit. Glaubensfreiheit. Freiheit von Mangel und Freiheit von Furcht - stellt Chomsky die Fünfte Freiheit, die zu Raub und Ausbeutung vor allem der Dritten

Welt, entgegen. Mit welchen Mitteln die Vereinigten Staaten diese Freiheit verteidigten (und noch verteidigen) belegt Chomsky mit einer beeindruckenden Fülle von geschichtlichen Beispielen allem aus Indochina und Lateinamerika. In großen Linien zieht er die Strukturen der US-Außenpolitik von den Anfängen über die umfas-Weltmachtpläne senden Nachkriegszeit bis in die Gegenwart nach. Er fördert dabei brisantes geschichtliches Material zu Tage: Regierungsdokumente, Planungsstudien, Geheimpapiere, die sich allesamt dem Problem widmen, wie die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft der USA weitweit gesichert und ausgebaut werden könne - ohne große Rücksichtnahme auf Demokratie, Menschenrechte und Menschenleben. Weitere Themen sind der Rüstungswettlauf und die innenpolitische Situation der USA.

Das Buch ist, bei allem Engagement, sachlich und informativ und über das historische Material hinaus eine glänzende Einführung in die Kunst der ideologischen Verschleierung unbequemer politischer Tatsachen.

ca. 150 S., br., DM 24,-

Argument
Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Über Bucharins »Imperialismus und Weltwirtschaft«

Aus Anlaß des 100. Geburtstags Nikolai Bucharins am 9. Oktober 1988

Nikolai Bucharin schrieb sein Buch *Imperialismus und Weltwirtschaft* (Berlin 1929; hieraus die folgenden Zitate) bereits 1915; es erschien aber erst zwei Jahre später. Lenin verfaßte eine Einleitung, die zunächst verlorenging und erstmals 1927 veröffentlicht wurde (LW 22, 101-106). Er hob die Internationalisierung des Wirtschaftslebens und des Kapitals hervor, der Bucharins Hauptinteresse galt. Das Buch enthält eine Fülle von Beobachtungen, die noch immer wichtig sind und die marxistische Imperialismustheorie bereichern. Einige der Grundideen seien im folgenden skizziert.

Bucharins Analyse geht von der Arbeitsteilung aus. »Die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens ist die Produktion von materiellen Gütern. In der modernen Gesellschaft, die nicht einfach Produkte, sondern Waren erzeugt, d.h. Produkte, die für den Austausch bestimmt sind, ist der Prozeß des Austausches der verschiedenartigen Produkte ein Ausdruck der Arbeitsteilung unter den wirtschaftlichen Einheiten, die diese Waren produzieren. Eine solche Teilung der Arbeit nennt Marx, im Gegensatz zu der Arbeitsteilung innerhalb des Einzelbetriebs, die gesellschaftliche Arbeitsteilung.« (16)

Sie nimmt verschiedene Formen an — Arbeitsteilung zwischen Unternehmen, Industriezweigen oder Wirtschaftsbranchen eines Landes. Daneben besteht »eine Teilung der Arbeit unter den 'nationalen' Wirtschaften, unter den verschiedenen Ländern ..., eine Arbeitsteilung, die über den Rahmen der Volkswirtschaft' hinausgeht, eine internationale Arbeitsteilung« (16; Hervorh.im Orig.). Sie »findet ihren Ausdruck im internationalen Austausch« (21).

»Die internationale gesellschaftliche Gesamtarbeit ist unter die Länder verteilt; die Arbeit jedes einzelnen Landes wird auf dem Wege des Austausches, der in internationalem Ausmaß erfolgt, zum Teil dieser gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Diese Verbundenheit der Länder im Prozeß des Austausches hat keineswegs den Charakter einfacher Zufälligkeit; sie ist bereits zu einer notwendigen Bedingung der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung geworden, und der internationale Austausch hat sich in einen gesetzmäßigen Prozeß des sozialökonomischen Lebens verwandelt.« (Ebd.)

In der gleichen Weise, in der ein »Warenweltmarkt« entsteht, formiert sich ein »Weltmarkt für Geldkapital« (24). Hinter beiden verbergen sich Produktionsverhältnisse. »Wenn die Verbindung im Austauschverkehr keinen zufälligen Charakter trägt, dann haben wir es mit einem festen System von Produktionsverhältnissen zu tun, das die wirtschaftliche Struktur einer Gesellschaft von bestimmter Ausdehnung darstellt.« (24f.) Dasselbe gilt für den Kapitalmarkt. »Wir können deshalb die Weltwirtschaft als ein System von Produktionsverhältnissen und entsprechenden Austauschverhältnissen im internationalen Ausmaß definieren.« (25)

Die Produktionsverhältnisse enthalten Ausbeutungsverhältnisse zwischen den Kapitalisten und Arbeitern unterschiedlicher Länder. Die ökonomischen

Phänomene basieren nach der marxistischen Theorie letztlich auf den Verhältnissen der Menschen im Produktionsprozeß.

»Im großen und ganzen läuft der gesamte Prozeß der modernen Weltwirtschaft auf die Produktion von Mehrwert und seine Verteilung unter die verschiedenen Gruppen und Untergruppen der Bourgeoisie hinaus; dies spielt sich auf der Grundlage der sich beständig erweiternden Reproduktion der Verhältnisse zwischen zwei Klassen, dem Weltproletariat einerseits und der Weltbourgeoisie andererseits, ab.« (26)

Die Internationalisierung der wirtschaftlichen Prozesse spitzt den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, den Marx als Grundwiderspruch des Kapitalismus betrachtete, noch mehr zu. Die internationale Arbeitsteilung hat die »nationalen« Ökonomien zu Teilen eines weltweiten Arbeitsprozesses gemacht, während die Aneignung des Mehrwerts privat geschieht und bei den verschiedenen finanzkapitalistischen Gruppen liegt. Der Produktionsprozeß nimmt nicht nur eine allgemein gesellschaftliche, sondern eine »weltgesellschaftliche« Form an, während die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bei den transnationalen Gesellschaften und anderen Finanzgruppen bleibt.

Um den Widerspruch zwischen dem Anwachsen der Produktivkräfte und den »nationalen« Grenzen für die Organisation der Produktion zu überwinden, greift das Finanzkapital zu verschiedenen Formen der Expansionspolitik. Es sucht sein wirtschaftliches Territorium zu vergrößern, um sich größere Absatzmärkte, größere Rohstoffquellen und Märkte für den Kapitalexport zu sichern. »Diese Politik des Finanzkapitals — das ist der Imperialismus.« (117)

Oft führen die Widersprüche und die Aggressionspolitik zu Kriegen; aber auch andere Austragungsformen sind möglich. Während einer bestimmten Periode und in vielen Fällen fand die Aggressionspolitik ihren Ausdruck in der Aneignung von Kolonien. Es wäre jedoch, wie Bucharin schreibt, ganz falsch, den Imperialismus auf die koloniale Eroberung zu reduzieren. Wie wir besonders in den letzten Jahrzehnten gesehen haben, hört der Imperialismus nicht auf zu existieren, bloß weil es ehemaligen Kolonien gelungen ist, nationale Unabhängigkeit zu erlangen. Eine fortgesetzte ökonomische Abhängigkeit läßt sich in Form des Neokolonialismus praktizieren. Auch die Ausbeutung der Arbeiterklassen anderer Länder durch Auslandsinvestitionen des Industriekapitals beschränkt sich nicht auf vormals kolonisierte Länder der Dritten Welt. Investitionen dieser Art werden auch in den »alten« kapitalistischen Ländern getätigt. Der Imperialismus hat in den den letzten Jahrzehnten viele neue Formen angenommen. Für die Analyse all dieser neuen Erscheinungsformen des Imperialismus ist das Werk von Nikolai Bucharin ein sehr guter Ausgangspunkt.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

Peter Weiss' Ȁsthetik des Widerstands« in der schwedischen, der westdeutschen und der DDR-Fassung

Schwedisch war die Sprache des Alltags bei Peter Weiss. Die deutsche Sprache war sein künstlerisches Werkzeug. Als man vor der Herausgabe des dritten Teils der »Ästhetik des Widerstands« beim Suhrkamp-Verlag in Frankfurt am Main die vielleicht wohlgemeinte Idee hatte, den Text vom Einfluß der Alltagssprache Peter Weiss' zu befreien, kam es zu Säuberungsaktionen, die den ursprünglichen Inhalt veränderten oder manchmal gar verschwinden ließen. Die Lektorin hat mit ihrem Besen zu gründlich geschrubbt. Es half nichts, daß Weiss im September 1981 in einem Brief an Siegfried Unseld dem Verlag das Angebot machte, die Mehrkosten für eine Wiederherstellung der Originalversion des Textes zu tragen. Weiss, der zu dieser Zeit körperlich schwächer geworden war, schrieb seinem langjährigen Freund Manfred Haiduk nach Rostock, daß er aus gesundheitlichen Gründen den Kampf nicht führen könne, einen Kampf, den sein Gewissen ihn auffordere, zu führen. Weiss bat aber gleichzeitig Haiduk, darauf hinzuwirken, daß bei der Publikation in der DDR die Originalversion gedruckt würde. Dies geschah auch, aber erst 1983.

Die folgende Synopse soll an einigen Beispielen Art und Umfang der Veränderungen zeigen. (»DDR« bezeichnet die Ausgabe des Henschel-Verlages, »S« die schwedische Ausgabe, die 1981 im Verlag Arbetarkultur erschien und nach dem Originalmanuskript von Ulrika Wallenström übersetzt wurde, und »BRD« die Edition des Suhrkamp-Verlags.)

Wortwechsel und Satzentfernung

DDR: Um ein Bild von unsrer Geschichte zu erreichen, mußten wir erst Linien ziehn zwischen dürftigen Anhaltspunkten, Verbindungen schaffen über tiefe Löcher hinweg. Nur diese zumeist erratnen Punkte gab es, sonst waren da nur die Löcher, das war unsre Landschaft. Dabei erlebten wir ... (248)

S: För att nå en bild av vår historia, måste vi först dra linjer mellan knappa håll-punkter, upprätta förbindelser över djupa hål. Dessa små punkter, som vi för det mesta fick gissa oss till, var allt vi hade, för övrigt fanns där bara hålen, detta var vårt landskap. Och samtidigt framlevde vi... (302)

BRD: Um ein Bild von unsrer Geschichte zu *gewinnen*, mußten wir erst Linien ziehn zwischen dürftigen Anhaltspunkten, Verbindungen schaffen über tiefe Löcher hinweg. Dabei erlebten wir... (239)

Wortentfernung

DDR: [...], sich ehren und vor dem Schlamm des Vergessens retten ließen. (253)

S: [...], skulle kunna göras rättvisa och räddas undan glömskans slam. (307)

BRD: [...], sich ehren und vor dem Vergessen retten ließen. (244)

Wortwechsel

DDR: [...] zu einem Deutschland, das seine Würde zurückgewinnen sollte, gehörte die Wiederbelebung des in den Schmutz getretnen deutschen Geists. (253)

S: [...] till ett Tyskland som skulle återvinna sin värdighet hörde återuppväckandet av den tyska anden som trampats i smutsen. (308)

BRD: [...] zu einem Deutschland, das seine Würde zurückgewinnen sollte, gehörte die Wiederbelebung des *ohnmächtig gewordenen* deutschen Geists. (244)

Wortwechsel

DDR: [...] beriefen sich auch die abgerissnen Deutschen in Stockholm... (253)

S: [...] åberopade sig också de förskingrade tyskarna i Stockholm... (308)

BRD: [...] beriefen sich auch die abgeschnittnen Deutschen in Stockholm... (244)

Wortentfernung

DDR: [...] daß es in dieser Zeit eine Beheimatung nicht mehr gab, (261)

S: [...] de måste finna sig i att det *i denna tid* inte längre fanns någon hemmahörighet, (317)

BRD: [...] daß es eine Beheimatung nicht mehr gab, (252)

Satzkonstruktionsveränderung

DDR: [...] und sie wußten, daß sie hier bleiben würden. Was hinter ihnen lag, war für immer verloren. (261)

S: [...] och de visste *att de* skulla stanna här, ty det som låg bakom dem var för alltid förlorat. (317)

BRD: [...] und sie wußten, sie würden hier bleiben. Was hinter ihnen lag, war für immer verloren. (252)

Wortwechsel

DDR: [...] mußte Hodann, mit seiner Neigung zu einer Lösung nach britisch amerikanischen Interessen, (266)

S: [...] måste Hodann, med sin sympati för en lösning i enlighet med brittiska och amerikanska intressen, (323)

BRD: [...] mußte Hodann, mit seiner *Idee* einer Lösung nach britisch amerikanischen Interessen, (257)

Wortwechsel

DDR: [...] in dem die faschistische Vergangenheit sich *übertünchen* ließe und die Eigentumsverhältnisse unberührt blieben. (266)

S: [...] där det fascistiska flörflutna kunde strykas över och egendomsförhållandena förbli oantastade. (323)

BRD: [...] in dem die faschistische Vergangenheit sich *verdrängen* ließe und die Eigentumsverhältnisse unberührt blieben. (257)

Wortentfernung

DDR: [...] Er war der einzige, der es noch wagte, vor den Tendenzen in der eignen Partei und vor den Kreisen der Alliierten zu warnen, die beabsichtigten [...] (266)

S: [...] Han var den ende som fortfarande vågade varna för tendenserna i det egna partiet och *för de kretsar bland de allierade* som hade för avsikt [...] (324)

BRD: [...] Er war der einzige, der es noch wagte, vor den Tendenzen in der eignen Partei und vor den Alliierten zu warnen, die beabsichtigten [...] (257)

Satzentfernung

DDR: [...] von den Bürgerlichen verlassen, übergehend zu einem noch rohen, aufgewühlten Gefüge, erlebte der Bund seine fruchtbarste Zeit. Es sammelten sich jetzt dort alle, die an eine kulturelle Umwälzung glaubt. Für mich, der ich [...] (267)

S: [...] övergivet av sina borgerliga medlemmar, övergående till en ännu oslipad, rörig formation, upplevde förbundet sin fruktbaraste tid. Där samlades nu alla som trodde på en kulturell förändring. För mig, som [...] (325)

BRD: [...] von den Bürgerlichen im Stich gelassen, verlor der Bund sein Gefüge und erlebte doch seine fruchtbarste Zeit. Für mich, der ich [...] (258)

Wortwechsel

DDR: [...] in eine ähnliche Ermattung geraten, [...] (270)

S: [...] råka i en utmattning, [...] (328)

BRD: [...] in eine ähnliche Ermüdung geraten, [...] (261)

Satzumgestaltung, Wortentfernung und Wortwechsel

DDR: Die Gegenwart, die mich stets begleitete, würde mir plötzlich das Unwiderrufliche des Vergangnen vorhalten, mich vor die Frage stellen, ob das Durchlebte vom Nachvollzognen abgedeckt werden könne, ob der von spätern Erkenntnissen geprägte Rückblick den ursprünglichen Situationen überhaupt noch entspreche. Ich würde das, was ich eben noch erdacht hatte, fadenscheinig, vom kommenden Mißgeschick überschattet sehn, und statt der Offenheit, die uns im Mai Fünfundvierzig noch eigen war, würde sich uns Engstirnigkeit und Versperrtheit zeigen. (270)

S: Den nutid som alltid ledsagade mig skulle plötsligt hålla upp för mig det förgångnas oåterkallelighet, ställa mig inför frågan om det med inlevelsens hjälp rekapitulerade hade kunnat täcka det genomlevda, om den av senare insikter präglade återblicken överhuvudtaget fortfarande svarade mot de ursprungliga situationerna. Jag skulle se det som jag alldeles nyss hade funderat ut förtunnas, överskuggas av den öppenhet som vi ännu ägde i maj fyrtiofem skulle trångsyntheten, glidningen in i blockeringar visa sig för oss. (328f.)

BRD: Immer aufs neue würde mir plötzlich die Gegenwart das Unwiderrufliche des Vergangnen vorhalten, mich vor die Frage stellen, ob das Durchlebte vom Nachvollzognen abgedeckt werden könne, ob der von spätern Erkenntnissen ge-

prägte Rückblick den ursprünglichen Situationen überhaupt noch entspreche. Ich würde das, was ich eben noch erdacht hatte, fadenscheinig, vom kommenden Mißgeschick überschattet sehn, und statt der Offenheit, die uns im Mai Fünfundvierzig noch eigen war, würde es Engstirnigkeit und Versperrtheit geben. (261)

Wortentfernung

DDR: [...] von den künftigen Einsichten her das früher Aufgenommene zu klären, [...] (270)

S: [...] utifrån de framtida insikterna klargöra det jag tidigare tagit upp i mig, [...] (329)

BRD: [...] von den künftigen Einsichten her das Frühre zu klären, [...] (261)

Nebensatzentfernung

DDR: [...] und mit der ich mich von den Praktikern unterschiede, die jedem Augenblick gleich entnahmen, was anwendbar für sie war. (270)

S: [...] och med vilken jag skilde mig från praktikerna, som ur varja ögonblick genast hämtade det som var användbart för dem. (329)

BRD: [...] und mit der ich mich von den Praktikern unterschiede. (261)

Wortwechsel und Neukonstruktion

DDR: [...] die äußern Ansprüche sich immer stärker zur Geltung bringen und [...] (270)

S: [...] de yttre anspråken gör sig allt starkare gällande och [...] (329)

BRD: [...] die äußern Ansprüche immer deutlicher werden und [...] (261)

Satzentfernungen

DDR: [...] als es darauf ankam, irgendwo Fuß zu fassen. Später, wenn ich mir diese Zeit vorgenommen und auf ihren Ausgang zurückgeführt hätte, würde eine Unsicherheit über mich kommen, und diese Unsicherheit würde den damaligen Tagen entsprechen. Noch wollten [...] (271)

S: [...] först när det gällde att få fotfäste någonstans. Senare, när jag hade tagit itu med denna tid och fört den till dess utgång, skulle en osäkerhet komma över mig, och denna osäkerhet skulle stå i samklang med dagarna då. Ännu ville [...] (329)

BRD: [...] als es darauf ankam, irgendwo Fuß zu fassen. Noch wollten [...] (261)

Ausdrucksumgestaltung und Wortentfernungen

DDR: Im Mai, als der Damm geborsten war und alles ein Zerrinnen, Versickern war, verstand ich, wie politisch unzulänglich ich gedacht hatte. (272)

S: I maj, när en damm hade bristit, när allt var ett bortrinnande, utsipprande, förstod jag hur utopiskt, politiskt onöjaktigt mitt tänkande hade varit. (331)

BRD: Im Mai, als der Damm geborsten war und alles zerrann, verstand ich, wie utopisch, politisch unrealistisch ich gedacht hatte. (262)

Satzentfernung

DDR: Und der Bereich der Hoffnung würde größer werden, als er es zu unsrer Zeit war, er würde sich über alle Kontinente erstrecken. Das ineinander verbissne Getümmel würde anwachsen und der Drang zum Widerspruch [...] (275)

S: Och förhoppningarnas sfär skulle bli större än den var på vår tid, den skulle sträcka sig över alla kontinenter. *Tumultet av kämpande som bet sig fast vid varandra skulle växa*, och viljan att protestera [...] (334)

BRD: Und der Bereich der Hoffnungen würde größer werden, als er es zu unserer Zeit war, er würde sich über alle Kontinente erstrecken. Der Drang zum Widerspruch [...] (265)

Wortwechsel und Ausdrucksumgestaltung

DDR: Sie, die auch Fritz noch verloren hatte, wenige Tage vor Kriegsende, als das Schiff mit ihm und den andern aus Neuengamme evakuierten Häftlingen in der Lübecker Bucht von englischen Flugzeugen versenkt worden war, würde auf den neu erbauten, lärmenden Straßen zu einer unbemerkten Wanderin werden, die eine unendliche Zeit noch den Schmerz über den Verlust von so vielen in sich tragen müßte. (276)

S: Hon, som hade förlorat även Fritz, bara några dagar före krigsslutet, när fartyget med honom och de andra från Neuengamme evakuerade fångarna hade sänkts av engelska flygplan i Lübeck-bukten, skulle på de återuppbyggda, larmande gatorna bli till en omärklig vandrerska, som ännu en *oändlig* tid *måste bära på* smärtan över förlusten av så många. (337)

BRD: Sie, die auch Fritz noch verloren hatte, wenige Tage vor Kriegsende, als das Schiff mit ihm und den andern aus Neuengamme evakuierten Häftlingen in der Lübecker Bucht, von englischen Flugzeugen versenkt worden war, würde auf den neu erbauten, lärmenden Straßen zu einer unbemerkten Wanderin werden, die noch lange Zeit den Schmerz über den Verlust von so vielen mit sich tragen müßte. (267)

Georges Labica
DER MARXISMUS- LENINISMUS
Elemente einer Kritik

Georges Labica Der Marxismus-Leninismus Elemente einer Kritik

144 Seiten, br., 18,- DM

Wie hängen die stalinistischen Leiden mit dem Marxismus-Leninismus zusammen? Die offiziellen Lehrbücher schweigen sich darüber aus. Labica rekonstruiert die philosophischen und politischen Kämpfe, aus denen der Marxismus-Leninismus als staatlicher Offizialdiskurs hervorging. Die Analyse der historischen Konstellation von Philosophie, Wissenschaft, Partei und Staat liefert einen Schlüssel für das Verständnis heutiger Kontroversen im Marxismus.

ARGUMENT

Helmuth Kiesel

Ästhetik des Schreckens oder Ästhetisierung des Schreckens

Eine Anmerkung zu Karl Heinz Bohrers Verwischung der Differenz zwischen Peter Weiss und Ernst Jünger

In einem Essay *Die permanente Theodizee* beschreibt Karl Heinz Bohrer das (von ihm so genannte) »Syndrom des gesellschaftlich Guten« (Bohrer 1987, 283), d.h. die von André Glucksmann vor Jahren schon einmal kritisch beleuchtete Fixierung der Deutschen auf das Gute (Glucksmann 1986), die sich als Reaktion auf die böse Vergangenheit eingestellt hat und, wie nun Bohrer befindet, für die »literarisch-intellektuelle Klasse« der Bundesrepublik in dem Maße verbindlich geworden ist, daß zwei Autoren, die von Bohrer auf Grund ihrer modernitätsfördernden ästhetischen Leistung besonders geschätzt werden, nicht bzw. nicht richtig rezipiert werden können: Ernst Jünger und Peter Weiss.

Ernst Jünger, so stellt Bohrer — sicher nicht ganz zu Unrecht — fest, erfährt eine »Ausgrenzung« aus der literarisch-intellektuellen Debatte nicht so sehr wegen der »von ihm nie geleugnete(n) spezifische(n) rechte(n) Position«, »sondern vor allem, weil seine Vorstellungsform gerade den 'Diskurs des Bösen' berührt, den die verlängerte Theodizee in der deutschen Literatur so minimalisiert hat«, daß die eigentliche Bedeutung Jüngers weder von rechten Freunden noch von linken Gegner begriffen werden konnte: seine Potenz für die Imagination des Skandalons des Bösen (Bohrer 1987, 283). — Über Peter Weiss schreibt Bohrer dann: »Derjenige Nachkriegsschriftsteller, der an die westeuropäische Tradition des Bösen künstlerisch anknüpfte, Peter Weiss, ist nicht in seiner heimlichen 'Ästhetik des Schreckens', sondern in seiner programmatischen Ästhetik des Widerstands begriffen worden, die zu einem Schlagwort der linken, vor allem akademischen Intelligenz wurde. Bei dieser emphatischen Adaption des Moralischen, die nur den Höhepunkt einer eindimensionalen Rezeption darstellt, konnte nicht mehr wahrgenommen werden, was ohnehin nie im Blickfeld seiner 'engagierten' offiziellen Bewunderer lag: daß dieser artistische Schüler des französischen Surrealismus selbst dort noch eine Ästhetik des Bösen exerzierte, wo er thematisch engagiert das politisch Böse anprangert: in seiner Theatralisierung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses«. (283f.)¹

Diese Sätze mußten ganz zitiert werden, weil sie mehrere äußerst fragwürdige Implikationen enthalten.

Erstens: Durch die Übertragung des Titels seiner Jünger-Arbeit nun auch auf Weiss suggeriert Bohrer, daß es zwischen der "Ästhetik des Schreckens", die er für Jüngers Werk als grundlegend nachgewiesen und analysiert hat, und der "Ästhetik des Schreckens", die in Weiss" Werk bis hin noch zur Ästhetik des Widerstands (ÄdW) vorfindlich ist, keinen Unterschied gibt.

Zweitens: Bohrer apostrophiert die von ihm bei Weiss konstatierte Ȁsthetik des Schreckens« als »heimliche«, wobei offen bleibt, für wen sie heimlich war oder ist: für den Autor oder für seine aufs »gesellschaftlich Gute« fixierten (linken) Leser oder für Autor und Leserschaft. Man hat also zu fragen: Wußte der Autor Weiss bis hin zur Ästhetik des Widerstands nicht so recht, was er da tatsächlich produzierte? Oder ist nur der genannten Leserschaft aus dem von Bohrer konstatierten Zwang zum Guten verborgen, daß sie mit Weiss' Ästhetik des

Widerstands eine Ȁsthetik des Schreckens« rezipiert und womöglich goutiert, die von der des ausgegrenzten Jünger gar nicht zu unterscheiden ist? Oder blieb für beide, für den Autor Weiss und seine Leserschaft, im Verborgenen, wem sie da »heimlich« oblagen?

Drittens: Indem Bohrer einerseits von einer (angeblich) »heimlichen 'Ästhetik des Schreckens'« bei Weiss spricht, andererseits aber von »seiner programmatischen Ästhetik des Widerstands«, suggeriert er, daß zwischen beiden ein Bruch, wenn nicht sogar ein Widerspruch besteht — sei es nun im Werk selbst oder nur in dem durch die Ästhetik des Widerstands präformierten Bewußtsein der Rezipienten. In beiden Fällen impliziert Bohrers Befund einen gravierenden Zweifel an der ästhetischen und ethischen Kohärenz und Wirkungskraft der Ästhetik des Widerstands.

Bei der folgenden Erörterung dieser Fragen wurde auf Mutmaßungen über die Leserschaft der Ästhetik des Widerstands verzichtet; von wem die Ästhetik des Widerstands auf welche Weise gelesen und begriffen worden ist: dies herauszufinden, ist Aufgabe der empirischen Leserforschung. Die Thesen von ihrer Rezeption als »linkem Heimatroman« (vgl. Hermand 1983, 99) oder eben als »heimliche Ästhetik des Schreckens« benennen da nur Möglichkeiten und vielleicht einige prononcierte Rezeptionsbefunde, deren Repräsentativität erst noch zu prüfen wäre.

Nicht mutmaßen muß man über die Bewußtheit, mit der Peter Weiss am Werk war, auch und gerade da, wo es um das problematische Verhältnis von »Ästhetik des Widerstands« und »Ästhetik des Schreckens« ging. Es entging Weiss nicht, daß die eine ohne die andere nicht auskam — und eben dadurch in die Gefahr geriet, innerlich korrumpiert und äußerlich kompromittiert zu werden. Und wenn diese problematische Affinität von »Ästhetik des Widerstands« und »Ästhetik des Schreckens« dem Autor der *Ermittlung* nicht bewußt gewesen sein sollte: dem Autor der *Ästhetik des Widerstands* war sie in dem Maße bewußt und problematisch, daß er ihr große Teile dieses Werks gewidmet hat. Insbesondere die Géricault-Passagen des zweiten Bandes versuchen, die Verflechtung von »Ästhetik des Schreckens« und »Ästhetik des Widerstands« aufzudecken — und zu salvieren.

Hierfür ist wichtig zu sehen, daß Géricaults Hauptwerk, das 1817/18 entstandene Floß der Medusa, von Weiss als »ein gefährlicher Angriff ... auf die etablierte Gesellschaft« der Restauration gewertet wird², obwohl es als solches nicht geplant war, sondern sich allein der Suche des Malers nach einem aufsehenerregenden Sujet verdankt. Anders gesagt: Die Subversivität oder »Widerständigkeit« von Géricaults Floß der Medusa verdankt sich nicht etwa einem entsprechenden politischen Bewußtsein und Ausdruckswillen, sondern allein der Kraft der künstlerischen Schreckensdarstellung. Das heißt: Durch die nahezu identifikatorische Vergegenwärtigung Géricaults, der sich — in Weiss' zugegebenermaßen idealisierender Beschreibung — seinerseits mit den verzweifelt um ihr Leben kämpfenden Menschen auf dem Floß der »Medusa« identifiziert³, um deren Schreckenserfahrungen adäquat darstellen zu können, wird die dadurch verwirklichte »Ästhetik des Schreckens« zweifach legitimiert: nicht nur als günstige oder gar notwendige Voraussetzung für eine »Ästhetik des Widerstands«, sondern

712 Helmuth Kiesel

als eine Ästhetik, die per se schon auf Subversivität oder »Widerständigkeit« hinausläuft. Damit entfällt aber für den Autor Weiss die ideologische Notwendigkeit, sein Fasziniertsein durch das Schreckliche und seine intensive Bemühung um die möglichst perfekte künstlerische Reproduktion des Schrecklichen vor sich und vor anderen zu verbergen. Im Gegenteil: Er kann beides aufdecken als notwendige oder jedenfalls günstige Voraussetzung für eine »Ästhetik des Widerstands«, und er tut dies — durch die exemplarische Beschreibung Géricaults — ja auch in dem Umfang, daß von einer »heimlichen 'Ästhetik des Schreckens'« in der Ästhetik des Widerstands keine Rede sein kann, wenigstens was den Autor und den ideologisch nicht voreingenommenen oder verblendeten Teil seiner Leserschaft angeht. Weiss über den Géricault, der in Pariser Leichenhallen die abgeschlagenen Köpfe Enthaupteter mit Akribie studiert und gemalt hatte:

»Die Faszination, die der Tod auf ihn ausgeübt hatte, entsprach seinem Trieb, sich mit dem Augenblick zu konfrontieren, an dem alles zu Ende ist. Ich begann zu verstehen, warum er nach diesem Gegenpol zu seiner Aktivität verlangte. Er stellte dabei sein Verlangen nach Wahrheit auf die Probe. Vor dem Schlußpunkt, dem Unabänderlichen, hatte sein Werk standzuhalten. Beim Anblick der Toten verwitterte in ihm jeder Rest von Eitelkeit und Selbsttäuschung.« (Weiss, ÄdW, Bd.2, 120)

Diese aufgedeckte und legitimierte Ȁsthetik des Schreckens« ist es, die in der Ästhetik des Widerstands Realisierung findet, von dieser nicht zu trennen ist und ihr auch nicht entgegensteht, sondern, genau so programmatisch und engagiert wie sie, unauflöslich mit ihr verbunden ist. Ohne jene »Ästhetik des Schrekkens«, die sich Weiss in der sehr bewußten Auseinandersetzung mit der entsprechenden künstlerischen Tradition angeeignet hat, wäre die erschütternde Schilderung der Exekution der führenden Mitglieder der sogenannten Roten Kapelle in Plötzensee, in der die Ästhetik des Widerstands ihren schwer verwindbaren Höhepunkt findet (Bd.3, 210ff.), wohl kaum möglich gewesen.

Diese Hinrichtungsschilderung ist nun auch dazu geeignet, die von Bohrer mißachtete und verwischte Differenz zwischen Peter Weiss und Ernst Jünger zu verdeutlichen. Es gibt ja in Jüngers Werk etwas Vergleichbares: die zweimalige Schilderung der »Schinderhütte« von »Köppels-Bleek« in den *Marmor-Klippen* von 1939 (vgl. 73ff. u. 134ff.). Auch dort geht es ja um die Vernichtung von Regimegegnern, werden zwei Widerständler, die in die Fänge des tyrannischen »Oberförsters« geraten sind, nach ihrer Hinrichtung vor Augen gebracht.

Im folgenden geht es nicht darum, Jünger und seine *Marmor-Klippen* abzuwerten. Für die mit den Verhältnissen vertrauten Beobachter bestand nie ein Zweifel daran, daß es Jünger mit den *Marmor-Klippen* gelungen war, ein Buch zu publizieren, das als Buch des Widerstands gegen das NS-Regime geschrieben war und als solches verstanden werden konnte.⁴ Die Wirkung der *Marmor-Klippen* und insbesondere der Köppels-Bleek-Schilderung zumindest auf einen Teil der Leserschaft hat zuletzt — in Erinnerung an seine Erstlektüre im Winter 1939-40 — Dolf Sternberger (1980, 25) beschrieben: »Einzelne Wendungen, Momente und Motive sind mir seither unverwischt im Gedächtnis, im Bildervorrat und im Sprachschatz geblieben, über die vierzig Jahre hin. Vor allem aber ist uns jener Entsetzensblick für Lebenszeit gegenwärtig, den der Erzähler dort auf die 'Schinderstätte' tat, eine versteckte Blöße im Wald, wo Menschenleiber aus-

gebeint werden und wo ein unscheinbares Männchen, vor sich hinpfeifend, auf einer Werkbank Menschenhaut bearbeitet. 'Köppels-Bleek' — auch der Name des grauenhaften Ortes ist wohl jedem im Sinn geblieben, der es damals gelesen hat. Denn es war die Welt der Konzentrationslager, die Sphäre des Geheimterrors, die hier in ein unvergeßliches Momentbild gefaßt zu sein schien, fern von Fotografie und Reportage, eine szenische Abbreviatur von eigner Macht und großer Schärfe. Gerade darum hatte es eine eigentümlich befreiende Wirkung, ohne daß der tödliche Ernst unsere wirklichen Situation irgend gemildert erschienen wäre. Man war sprachlos gewesen, man hatte — wie die Redensart geht — keine Worte; so über alle Begriffe und Vorstellungen war, was man ahnte. Nun hatte der Dichter ein Wort gefunden. Es schloß Erkenntnis ein, präzise Wahrnehmung und ein Grauen, das doch auszuhalten war.«

Der letzte Satz dieser fast unvergleichlichen Eloge auf den »Dichter« des Schreckens und seine *Marmor-Klippen* bleibt merkwürdig unbestimmt: »ein Grauen, das doch auszuhalten war.« Meint dies: ausgehalten werden mußte? Oder: aushaltbar war? Oder, gezielt ambivalent formuliert, beides? Und welche Rolle spielte dabei die schockierende und zugleich »befreiende« Schilderung von Köppels-Bleek? Eine nur intensivierende? Oder auch gleich eine tröstende? Oder gar eine verschleiernde?

Bohrer hat die Köppels-Bleek-Schilderung des 19. Kapitels in seiner Ästhetik des Schreckens einer eigenen Analyse unterzogen und, kurz gesagt, als »Schreckmal« gewertet, das gerade in seinem ästhetischen Symbolismus und in seiner archaisierenden Stilisierung der Schinderhütte ein Verdikt über den bestialischen Atavismus des Nationalsozialismus zum Ausdruck bringt, noch bevor dies explizit gesagt wird (Bohrer 1978, 440f.). Jünger selbst entwickelte indessen nach dem Ende des Dritten Reichs gegenüber seiner Köppels-Bleek-Schilderung eine gewisse Skepsis. Unter dem Eindruck von KZ-Fotografien schrieb er 1972 (Kap. 47): »Vielleicht habe ich die Schinderhütte noch etwas zu rosig ausgemalt.« Dem ist wohl beizupflichten. Die Schilderung von Köppels-Bleek ist eher romantisierend als archaisierend, und an den Schrecken der Folterkeller und Hinrichtungsstätten des Dritten Reiches reicht sie gewiß weit weniger heran als Weiss' Hinrichtungsschilderung am Ende der Ästhetik des Widerstands.

Daraus ist für Jünger kein Vorwurf abzuleiten. Er war auf Grund seiner Sozialisation wie seiner schriftstellerischen Entwicklung und auf Grund auch der Publikationsmöglichkeiten zu einer Darstellung, wie Weiss sie unter ganz anderen biographischen, politischen und literaturgeschichtlichen Voraussetzungen schließlich realisieren konnte, nicht in der Lage. Aber wenn dies dem Autor der *Marmor-Klippen* nicht vorzuwerfen ist, so ist es — bei aller möglichen Wertschätzung Jüngers und seines Werks — doch als Differenz zwischen Jünger und Weiss festzuhalten: Jünger arbeitet bei der Darstellung des Schrecklichen betont ästhetisierend und heroisierend, während Weiss bemüht ist, zu *ent*ästhetisieren und zu *ent*heroisieren. Jünger zeigt im 25. Kapitel der *Marmor-Klippen* die Opfer des Bösen als *Erhöhte*, während Weiss sie am Ende der *Ästhetik des Widerstands* als *Erniedrigte* zeigt. Bei Jünger, der die Opfer der Tyrannis im Licht seiner verklärenden Philosophie des Schmerzes sah (vgl. 1934), stecken die Häupter der Hingerichteten auf Stangen und blicken fast zufrieden über die im Wald gelegene und

714 Helmuth Kiesel

von Feuern erleuchtete Hinrichtungsstätte, und über den einen, den Fürsten Sunmyra, heißt es:

»Dem jungen Fürsten war nun das Haar gebleicht, doch fand ich seine Züge noch edler und von jener höchsten, sublimen Schönheit, die nur das Leid erzeugt.« (1939, 136)

Bei Weiss, der mit Géricault einen langen Blick auf die vom Todesschrecken verzerrten Gesichter von Hingerichteten geworfen hatte (ÄdW, Bd.2, 120), hängen die Opfer der NS-Justiz in einem schlachthausähnlichen Raum, in dem — nach siebzehn Hinrichtungen — »ein dicker Gestank« herrscht, in einer Reihe »unter der Schiene, der Hals lang verzerrt, der Kopf abgeknickt, zu erkennen waren sie nicht mehr« (ÄdW, Bd.3, 220). In diesen Unterschieden der Darstellungsweise zeichnet sich jene nicht zu vernachlässigende Differenz zwischen Jünger und Weiss ab, die unterschiedliche Rezeptionsweisen ermöglicht und - vielleicht bewirkt, daß die Jüngersche »Ästhetik des Schreckens« leichter »auszuhalten« sein dürfte als die Weiss'sche, die in dem Maße, in dem sie sich der Ästhetisierung des Schreckens entschlug und damit der Genießbarkeit entzog, eine »Ästhetik des Widerstands« wurde.

Anmerkungen

- Vergleiche als Voraussetzung für Bohrers Einschätzung von Weiss: Bohrer 1970, bes. 62ff.: Die Tortur. Peter Weiss' Weg ins Engagement — die Geschichte des Individualisten (wieder in: Gerlach 1984, 182ff.)
- Vgl. Weiss, ÄdW, Bd.1, 343. Es sei angemerkt, daß auch Jünger während des Zweiten Weltkriegs das »Floß der Medusa« entdeckte und von da an als eine der Chiffren für die Situation der Menschheit zitiert: vgl. Jünger 1978-83, Bd.3, 80; Bd.4, 497; Bd.5, 110; Bd.15, 371; Bd.17, 44.
- Vgl. Weiss, ÄdW, Bd.2, 7ff., bes. 16: »Er versuchte, sich vorzustellen, wie dies war, das Hineinschlagen der Zähne in den Hals, den Schenkel eines verendeten Menschen, und während er den Biß des Ugolino in das Fleisch seiner Söhne zeichnete, lernte er, sich damit abzufinden, so wie sie es auf dem Floß, nach einem Stoßgebet, getan hatten.«
- Vgl. hierzu die Ausführungen von Peter de Mendelssohn (1953, 173ff.), die, wenn sie wahrgenommen worden wären, alle späteren Diskussionen um den Widerstandscharakter der Marmor-Klippen entbehrlich gemacht hätten (Über die Linie des geringsten Widerstands. Versuch über Ernst Jünger); zur weiteren Diskussion um die Marmor-Klippen vgl. Scholdt 1979, 543ff., über die prekäre Verflechtung der Ästhetik der Marmor-Klippen in die Untergangsästhetik ihrer Zeit erscheint demnächst eine eigenen Studie des Verfassers.

Literaturverzeichnis

Bohrer, Karl Heinz, 1970: Die gefährdete Phantasie, oder Surrealismus und Terror. München

ders., 1978: Die Ästhetik des Schreckens. Die pessimistische Romantik und Ernst Jüngers Frühwerk. München und Wien

ders., 1987: Die permanente Tbeodizee. Über das verfehlte Böse im deutschen Bewußtsein. In: Merkur, Nr. 458 Gehrlach, Rainer (Hrsg.), 1984: Peter Weiss. Frankfurt/M.

Glucksmann, André, 1986: Die Sehnsucht nach dem Guten. Oder: Das Böse oder die von ihrem Gedächtnis gefesselten Deutschen, In: FAZ, 14.9., Bilder und Zeiten, 2.

Hermand, Jost, 1983: Obwohl. Dennoch. Trotzalledem. In: Alexander Stephan (Hrsg.), Die Ästhetik des Widerstands. Frankfurt/M.

Jünger, Ernst, 1934: Über den Schmerz. In: Blätter und Steine. Hamburg

ders., 1939: Auf den Marmor-Klippen. Hamburg

ders., 1972: Philemon und Baucis. Der Tod in der mythischen und in der technischen Welt. (Privatdruck) ders., 1978-83: Sämtliche Werke. Stuttgart

Mendelssohn, Peter de, 1953: Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft. Berlin-Grunewald

Scholdt, Günter, 1979: »Gescheitert an den Marmorklippen«. Zur Kritik an Ernst Jüngers Widerstandsroman. In: Zeitschrift für deutsche Philologie 98, 543ff.

Sternberger, Dolf, 1980: Eine Muse konnte nicht schweigen. In: FAZ, Nr. 128, 4.4.

Weiss, Peter: Die Ästhetik des Widerstands, Roman, 3 Bände: 1975, 1978, 1981. Frankfurt/M.

Vom totalen Krieg zum »Wirtschaftswunder« Zur Vorbereitung der Währungsreform im NS

Für die Zeitgenossen war der 20. Juni 1948 wohl eine der einschneidendsten Erfahrungen ihres Lebens. Die leeren Auslagen der Geschäfte waren schlagartig wieder gefüllt. Dieser »Schaufenstereffekt« prägte das kollektive Bewußtsein der Wiederaufbaugeneration. Auch in der wissenschaftlichen Diskussion wurde der Währungsreform-Mythos mehr als zwei Jahrzehnte eifrig gehegt und gepflegt; die Reform galt als »Initialzündung für das deutsche Wirtschaftswunder« und stand damit außerhalb jeder Kritik. Erst die 1975 veröffentlichte makro-ökonomische Studie von Werner Abelshauser kratzte an der sauberen Fassade. Gegen seine These, der Wirtschaftsaufschwung habe schon im Herbst 1947 eingesetzt, die Währungs- und Bewirtschaftungsreform mithin gar keine wesentliche Beschleunigung der Wachstumsraten ausgelöst (vgl. Abelshauser 1975, 62f.), liefen konservative Historiker und Ökonomen Sturm — mit Erfolg, denn Abelshausers Berechnungen halten einer genaueren statistischen Überprüfung nicht stand (vgl. Ritschl 1985, 136ff.).

Wichtiger als das Feilschen um Wachstumsprozente erscheint es jedoch, den sozialen und gesellschaftlichen Interessengehalt des Reformbündels einmal genauer zu bestimmen. Diese Problematik wird auch in der bürgerlichen Literatur kurz angerissen — schließlich rief die Währungsreform den bislang einzigen »Generalstreik« in der Geschichte Westdeutschlands hervor. Die bürgerliche Argumentation geht dahin, die Wurzel der sozialen Auseinandersetzungen gleichsam auszupflanzen:

»Die Währungsreform war die letzte Aktion der westlichen Alliierten im Nachkriegsdeutschland, die sie vollständig in eigener Verantwortung und ohne entscheidende Mitwirkung der Deutschen durchführten.« (Weisz 1983, 20)

Nun zeigen neuere zeitgeschichtliche Untersuchungen, daß beispielsweise die Spitzenorganisationen von Industrie und Handel keineswegs unvorbereitet der militärischen Niederlage des Faschismus entgegengingen. Deshalb soll im folgenden der Frage nachgegangen werden, ob traditionelle deutsche Eliten im Zusammenhang mit den aus der »zurückgestauten Inflation« resultierenden Problemen bereits seit 1943 eine konservativ-reaktionäre Krisenbewältigungsstrategie erarbeiteten, die schließlich in der separaten Währungsreform kulminierte.

Totaler Krieg und finanzieller Bankrott

Mit dem geheimen Führer-Erlaß vom 13. Januar 1943 leitete das NS-Regime verschiedene Maßnahmen ein, die ausschließlich dem Ziel dienten, alle volkswirtschaftlichen Kräfte auf die Erhöhung der Rüstungsproduktion zu konzentrieren. Diese Totalisierung des Krieges evozierte allerdings sowohl in finanz- wie güterwirtschaftlicher Hinsicht krisenhafte Erscheinungen. Die Geldschöpfung nahm sprunghaft zu; das Reich absorbierte zur Finanzierung der Rüstung »geräusch-

716 Michael Brackmann

los« immer größere Teile der bei Sparkassen und anderen Geldinstituten einliegenden Sparguthaben, so daß die Verschuldung des Staates bei Kriegsende rund 400 Mrd. Reichsmark betrug (vgl. Federau 1962, 44ff.). Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk akzentuierte in einem Schreiben vom Februar 1945 an den Leiter der Parteikanzlei, Bormann, das Resultat dieser Finanzpolitik:

»Das Schlimme ist, daß eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes Lawinencharakter hat und irreparable Folgen mit sich bringt. Je stärker die Notenpresse in Bewegung gesetzt wird und dementsprechend das Vertrauen in den Wert des Geldes schwindet, um so weniger Geld wird auf die Sparkasse gebracht und um so größer wird der Zwang, den Notendruck noch weiter zu steigern. Ist aber das Vertrauen in das Geld einmal völlig geschwunden, dann kommen alle Maßnahmen zu spät. Wie dringend notwendig es daher ist, schleunigst zu handeln, ergibt sich schließlich aus folgender Tatsache. Wir können bei der durch den Bombenterror eingetretenen Beschränkung der Druckmöglichkeit die Steigerung des Notendrucks rein technisch nur noch kurze Zeit fortsetzen.« (BA R2/24245)

Seit Anfang 1943 hatte sich die Schere zwischen verminderten Konsummöglichkeiten und überschüssiger Kaufkraft immer weiter geöffnet. Obwohl die einsetzenden Bombardements deutscher Großstädte den zivilen Bedarf erhöhten, wurde die Produktion ziviler Güter auf das absolut notwendige Minimum beschränkt. Anders als im Ersten Weltkrieg verzichtete das Regime darauf, populär propagierte Anleihen aufzulegen, weil die Finanzlage des Reiches offenkundig nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden sollte. Da man an dem 1936 erlassenen Lohn- und Preisstopp grundsätzlich festhielt, konnte die überschüssige Kaufkraft auch nicht durch Preiserhöhungen abgeschöpft werden. Schließlich scheiterten die seit Frühjahr 1943 unternommenen Versuche, das Problem durch drastische Steuererhöhungen zu entschärfen. Alle einschlägigen Interventionen des Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministeriums (RWM) blockten Hitler und Göring mit der stereotypen Begründung ab, daß eine Steuererhöhung im Hinblick auf die gegenwärtige militärische Lage besser unterbleibe (vgl. BA R2/24245).

Angesichts des streng rationierten güterwirtschaftlichen Sektors ließ die Scheu vor unpopulären Maßnahmen — anders ausgedrückt: die Politik der zurückgestauten Inflation — einen umfassenden Tauschhandel und blühende Schwarzmärkte entstehen. In einem SD-Bericht von Mai 1943 heißt es:

»Trotz der verschärften Strafandrohungen ... nimmt nach den Meldungen der Tauschhandel in der letzten Zeit ständig zu. Die Bereitschaft zahlreicher Volksgenossen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Tauschgeschäfte einzugehen, sei ganz allgemein festzustellen.« (BA R58/183)

Im Januar 1944 meldet der Sicherheitsdienst, die Parole »Alles tauscht mit allem« werde

»heute in einem Ausmaß befolgt, daß häufig diejenigen als dumm angesehen werden, die es sich grundsätzlich versagen, von der Möglichkeit einer Aufbesserung des durch die Rationierung bestimmten Lebensstandards Gebrauch zu machen ... Die Volksgenossen sprechen heute ganz offen vom 'Schwarzen Markt', wo Dinge zu haben seien, wovon der Außenstehende ... nur selten etwas sehe. « (BA R58/192)

Es würden »Preise von mehreren Reichsmark für eine Zigarette und mehreren hundert Reichsmark für eine Flasche Schnaps, eine Gans oder ähnliche Genußmittel ohne weiteres bezahlt, von den Phantasiepreisen für Kaffee, Tee usw. gar nicht zu reden.« (BA R2/24241) Trotz der offiziellen Propaganda, die Reichs-

mark sei sicher, wer von Inflation schwätze, »der ist ein Verbrecher, der hinter Schloß und Riegel gehört« (BA R2/240), zog die Repudiation des Geldes immer weitere Kreise. Die SD-Berichte konstatierten »Gerüchtebildung«, »sinnlose Kaufsucht« und »Flucht in die Sachwerte«. Parallel zu den militärischen Rückschlägen erschien der Zukunftswert des Geldes immer zweifelhafter.

Die Vorbereitung auf den Frieden: Nachkriegsplanungen

Obwohl die Spitzen des NS-Machtapparates anscheinend schon relativ früh in finanzwirtschaftlicher Hinsicht eine »Politik der verbrannten Erde« verfolgten, waren andere Entscheidungszentren, namentlich das RWM, an etwaigen Lösungsmöglichkeiten der aus der zurückgestauten Inflation resultierenden Probleme stark interessiert. Wohl aus diesem Grund blieb der wissenschaftlichen Diskussion ein erstaunlicher Freiraum erhalten. In Fachzeitschriften wie »Bank-Archiv«, »Die Bank«, »Finanzarchiv« und »Die Wirtschaftskurve« erörterten Professoren der Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaftler und Wirtschaftspolitiker, wann und mit welchen Methoden die Kaufkraftbeseitigung in der Nachkriegszeit erfolgen solle, in welchem Maß Wettbewerbsformen wiederbelebt bzw. Lenkungsmechanismen aufrechterhalten werden sollten u.a.m. Ohne Zweifel ließen sich die Experten dabei auch vor den NS-Propagandakarren spannen. Das von Goebbels herausgegebene Nazi-Intelligenzblatt »Das Reich« wertete die Diskussion ausgesprochen positiv: Die »junge deutsche Volkswirtschaftslehre der Gegenwart« habe auf den »Ruf, der an sie ergangen ist, nicht geschwiegen«. Die bestehenden Tatbestände seien so klar herausgearbeitet worden, »daß sich die Reste finanziellen Aberglaubens nicht mehr aus ihren Schlupfwinkeln hervorwagen«. So sei beispielsweise die Arbeit von Bernhard Benning über die Ursachen des heutigen Geldüberflusses eine »sehr materialreiche und alle Möglichkeiten ruhig und systematisch abwägende Studie«. Otto Donners Überlegungen zur Staatsverschuldung gar lehnten »mit mustergültiger Klarheit« und »überzeugenden Gründen« jedes Denken in Unternehmungsbilanzen für volkswirtschaftliche Probleme ab (BA R2/24257).

Die enge Verbindung zu Teilen der NS-Führung läßt sich auch daran ablesen, daß die Protagonisten der Diskussion in der Anfang 1940 eingerichteten Klasse IV »Zur Erforschung der völkischen Wirtschaft« der Akademie für Deutsches Recht mitarbeiteten. Ziel der Klasse IV war es, die »Wirtschaftswissenschaft zu fruchtbarer Arbeit zusammenzufassen und in den Dienst der deutschen Wirtschafts- und Reichspolitik zu stellen«. In »einer freien und direkten Aussprache«, wie Reichswirtschaftsminister Funk betonte, diskutierten Wirtschaftstheoretiker und -praktiker die einschlägigen Probleme »zweckmäßig getrennt für die unmittelbare Gegenwart und die Nachkriegsverhältnisse« (BA R61/100).

Auf der Akademie-Tagung vom 2./3. April 1943 zeichneten sich erste Konturen des erstrebten Wiederaufbaumodells bereits deutlich ab. In der Diskussion wurden — »soweit das die politischen 'Imponderabilien' zulassen« — folgende Kernpunkte aufgelistet: 1. Europa müsse zu einem »möglichst stabil gefügten Block« ausgebaut werden. 2. Nach dem Kriege müsse zunächst der Konsumsektor angekurbelt werden. 3. Unverzichtbare Voraussetzung für die Friedenswirt-

718 Michael Brackmann

schaft sei ein »ausgeglichener Etat«. 4. Die Reichsschuld durch eine Vermögensabgabe wirksam zu reduzieren sei »eine unmögliche Angelegenheit«. 5. Die Güterseite könne durch starke Preissteigerungen, die freilich »propagandistisch geschickte Vorarbeit« erforderten, aufgebläht werden. Daß dabei die Sachwertbesitzer begünstigt würden, sei kein Problem, weil »sich die Sachwerte zu einem entscheidenden Teil in den Händen der Produzierenden befinden. Eine Begünstigung der Produzierenden aber ist, wenn sie richtig vorgenommen wird, in weiterer Folge ein Vorteil auch für die Gemeinschaft«. 6. Die Rationierung solle zunächst bestehen bleiben; man müsse allerdings versuchen, »möglichst rasch aus ihr herauszukommen« (BA R61/496).

Um die Jahreswende 1943/44 verlagerte sich auch in industriellen Kreisen die Perspektive auf die Friedenszeit. Das ursprünglich favorisierte Konzept, den Schuldenberg von den besiegten Feindstaaten abtragen zu lassen, war obsolet geworden. Zunehmend gewann die Sorge vor den sozialen und gesellschaftspolitischen Risiken der Demobilisierungsphase und des Übergangs zur Friedenswirtschaft an Bedeutung. Die Nachkriegsumstellung müsse unbedingt »unter der Führung und Initiative des Unternehmertums« erfolgen, forderte Ludwig Erhard in seiner umfangreichen Denkschrift »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung«, die als Basis der industriellen Nachkriegsplanung angesehen werden kann (Erhard 1943/44, 53). Der Leiter des von der Reichsgruppe Industrie finanzierten »Instituts für Industrieforschung« prognostizierte, »daß in der entscheidenden Stunde, in der das Problem der Schuldenkonsolidierung aktuell wird, die Front derer, die in einer Vermögensabgabe eine reale Lösung sehen, sehr breit sein wird«. Man müsse darauf vorbereitet sein, so Erhard weiter, daß die »ideologisch ausgerichtete Anhängerschaft« auf diesem Umweg »eine Revolutionierung der deutschen Sozialordnung« (Erhard 1943/44, 71) erkämpfen wolle.

Diese Revolutionierung mußte, dabei vermutlich von der Ausgangssituation eines Straffriedens à la Versailles ausgehend, aus industriellem Blickwinkel natürlich unter allen Umständen verhindert werden. Bei den allgemeinen wirtschaftspolitischen Zukunftsfragen »steht das Problem der Wirtschaftsordnung obenan« (BA R7/2131), schrieb Erhard in einem Exposé für den stellv. Staatssekretär im RWM, Otto Ohlendorf, in dem er die Problemstellung für den Wiederaufbau sowohl in geld- als auch güterwirtschaftlicher Hinsicht zusammenfaßte. Auf »eine Konstituierung der wirtschaftspolitischen Grundsätze für die Nachkriegszeit (kann) nicht verzichtet werden« (ebd.).

Ohlendorf, wegen seiner Tätigkeit als Leiter einer der berüchtigten Einsatzgruppen in der Sowjetunion im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zum Tode verurteilt und später hingerichtet, schuf den zentralen bürokratischen Anknüpfpunkt für die industriellen Nachkriegsplanungen. Da das Speer-Ministerium mit der Totalisierung des Krieges faktisch die Lenkung der gesamten Wirtschaft übernommen hatte, wollte Ohlendorf offenkundig seit seinem Eintritt ins Ministerium Ende 1943 das RWM zum künftigen »Führungsministerium« (BA R7/2131) ausbauen. Nukleus dieses Führungsministeriums sollte die neugeschaffene volkswirtschaftliche Abteilung sein, deren Aufgabe es war, ein spezifisch nationalsozialistisches Wirtschaftsordnungskonzept und, eng damit verbunden,

möglichst detaillierte Nachkriegsplanungen zu entwickeln (vgl. Herbst 1982, 272f., 445ff.). Zur Realisierung dieser Aufgabenstellung knüpfte das RWM ein Informationsnetz aus Universitäten, Forschungsinstituten und kleinen Zirkeln, in denen Vertreter der Industrie, des Finanzkapitals und des Handels saßen. Zwar wurde wiederholt hervorgehoben, die Arbeiten müßten notwendigerweise in diskreter Form erledigt werden (schließlich waren Friedensplanungen offiziell durch Führerbefehl verboten). Gleichwohl erscheint die Einlassung, Erhard beispielsweise habe mit seinen Kontakten zu Ohlendorf und seiner Denkschrift »Kopf und Kragen riskiert« (FAZ v. 27.2.1988), äußerst fadenscheinig. Ohlendorf, der starke Mann im RWM, war nämlich von 1939 bis 1945 gleichzeitig auch Chef des SD-Inland, so daß die Nachkriegsplanungen letztlich durch die allmächtige Terrororganisation Himmlers gedeckt waren.

Die dezidierten Äußerungen Ohlendorfs relativierten Befürchtungen des Kapitals, die praktizierte Güterbewirtschaftung, Investitionskontrolle und Preisüberwachung könnten nach dem Kriege in eine Zentralverwaltungswirtschaft transformiert werden. »Die kriegsbedingt gelenkte Wirtschaft entspricht nicht nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik«, stellte Ohlendorf im Juli 1944 in einer Rede vor Betriebsführern und Betriebsobmännern unmißverständlich klar. Sie sei »daher auch nicht geeignet, endgültige Grundsätze für die kommende nationalsozialistische Friedensordnung der deutschen Wirtschaft auszuweisen«. Ausgangspunkt künftiger Politik »bleiben die Bejahung des Privateigentums und der Unternehmerinitiative« (BA R7/2017).

Vor diesem Hintergrund entwickelte der sogenannte »Stahl-Kreis« (benannt nach dem Generaldirektor des Salzdetfurth-Konzerns und stellv. Leiter der Reichsgruppe Industrie) Nachkriegsplanungen auf binnenwirtschaftlichem Gebiet (vgl. Herbst 1982, 385ff.). Ausgangspunkt der Überlegungen war die bereits erwähnte Erhardsche Denkschrift. Einerseits stimmte der Stahl-Kreis mit diesem Konzept zur Abwicklung der aus der zurückgestauten Inflation resultierenden Problemen zwar »in großer Linie« überein, andererseits aber begegneten die »konsequenten aber sehr einschneidenden Vorschläge für die spätere Schuldenkonsolidierung erheblichen Bedenken« (BA R11/2171). Das schließlich sanktionierte Modell war deshalb eine Modifikation des Erhardschen Plans. Unproblematisch erschienen die grundsätzlichen Zielsetzungen: a) Effektivierung der volkswirtschaftlichen Leistung als Kriterium jeder künftigen Maßnahme; b) Befreiung der künftigen Friedenswirtschaft »aus den Fesseln der staatlichen Bevormundung« in möglichst kurzer Zeit, d.h. frühzeitige Lockerung der Bewirtschaftung und Aufhebung der Preisüberwachung; c) Installierung einer »auf echtem Leistungswettbewerb beruhenden Marktwirtschaft mit den jener Wirtschaft immanenten Regulativen«, wobei die flankierende Rolle des Staates noch genauer definiert werden müsse (Erhard 1943/44 passim). Abgelehnt wurde hingegen Erhards Forderung, »mit dem Spuk der Vermögensabgabe ein für allemal aufzuhören« (Erhard 1943/44, 91) und die gesamte Staatsschuld in Form von Zertifikaten anzuerkennen, wobei freilich völlig ungewiß blieb, ob diese Zertifikate jemals tatsächlich eingelöst werden könnten. Statt dessen favorisierte der Stahl-Kreis eine »psychologisch geschicktere« Kombination verschiedener Methoden: a) Annullierung eines Teils der Staatsverschuldung; b) rund 50 %ige Preissteige720 Michael Brackmann

rung zur weiteren Reduzierung der realen Reichsschuld; c) eine Vermögensabgabe zwecks Abschöpfung eines Teils der fiktiven Kaufkraft; d) erhebliche Erhöhung der Verbrauchssteuern, um einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können; e) damit verbunden weitere Preissteigerungen und Nominallohnerhöhungen bei Reallohnsenkungen (BA R11/2171).

Ergänzt wurde dieses binnenwirtschaftliche Zukunftsmodell durch strategische Exportplanungen, denen sich der »Arbeitskreis für Außenwirtschaftsfragen« (AfA) widmete (vgl. Herbst 1982, 352ff.). Aufgabe dieses Gremiums — in seinem Währungsausschuß saßen u.a. Hermann Josef Abs (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank), Günter Keiser (Hauptschriftleiter des »Bank-Archivs« sowie Chef der statistischen Abteilung der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe) und Max Ilgner von der IG-Farbenindustrie — war es, Möglichkeiten einer künftigen, mit dem Weltmarkt verflochtenen deutschen Außenwirtschaft systematisch zu untersuchen. Autarkie-Konzepte waren längst ad acta gelegt worden. Die Analyse führte zu folgenden zentralen Zielsetzungen: a) rasche Umstellung auf Ausfuhrproduktion größten Maßes nach dem Krieg; b) Abbau der kriegsbedingten Lenkung und Reglementierung zugunsten einer freien Gestaltung des internationalen Warenverkehrs (BA R12I/142); c) Währungsabwertung zur Steigerung deutscher Exportchancen (BA R7/2135); e) enge Anlehnung an die USA, die wegen ihrer ökonomischen Präponderanz über die Belieferung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen entscheiden würden und deshalb als »einziger Rettungsanker« (Herbst 1982, 381) erschienen.

Festzuhalten bleibt, daß die kapitalistischen Eliten nicht unvorbereitet in die Nachkriegszeit gingen. Kooperierend mit Wissenschaftlern und Teilen des NS-Machtapparates bereitete man vielmehr eine Exportoffensive großen Stils vor und entwickelte gerade im Hinblick auf die zerrütteten Finanz- und Währungsverhältnisse recht detaillierte Zukunftskonzepte. Daß dabei nirgendwo Ansätze in den Blick kommen, die etwa auf die Wiederherstellung von freien Gewerkschaften und Tarifautonomie orientierten, wirft ein Schlaglicht auf die gesamten Nachkriegsplanungen.

Die Währungs- und Bewirtschaftungsreform

Nach der totalen militärischen Niederlage des deutschen Faschismus kam den einschlägigen kapitalistischen Planungsarbeiten zugute, daß Briten und Amerikaner sich anscheinend ungenügend auf die zerrütteten Finanzverhältnisse im besetzten Westdeutschland vorbereitet hatten. Die britischen Stellen konnten sich bis Kriegsende lediglich darauf verständigen, eine Anti-Inflationspolitik zu verfolgen (vgl. Turner 1987, 690), was nach der Morgenthau-Episode auch dem strategischen Konzept der Amerikaner entsprach. So ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Mehrzahl der an der deutschen Diskussion 1943-1945 Beteiligten wieder aktiv wurde — sei es als Berater der Militärregierung, als Verfasser von Währungsreformplänen oder auf einflußreichem Posten in der Wirtschaftsbürokratie. Der Kompetenzvorsprung — das zeigt noch der Verlauf des Konklaves von Rothwesten — war schier überwältigend. »Das Wichtigste ist, daß die Währungsreform an die deutschen Verhältnisse angepaßt ist«, teilte der US-Finanz-

offizier Tennenbaum der »Sonderstelle Geld und Kredit« (amtliches deutsches Währungsreformgremium) mit. »Das kann die Militärregierung nicht machen, das muß von deutscher Seite gemacht werden.« (BA Z32/7)

Obwohl der Meinungsbildungsprozeß der Militärregierung noch nicht genau analysiert worden ist, scheint deshalb die Vermutung plausibel, daß die Einwirkungsmöglichkeiten deutscher Experten auf die Währungsreformpolitik der westlichen Allijerten relativ groß war. Hierfür spricht auch, daß zumindest zeitweise in der US-Militäradministration diskutierte tiefgreifende Vermögensumschichtungen, wie sie in Teilen des »Colm-Dodge-Goldsmith-Plans« zum Ausdruck kamen, schließlich nicht mehr in Erwägung gezogen wurden. Mit Genugtuung dürften die Mitglieder der von Erhard geleiteten Sonderstelle Tennenbaums Statement aufgenommen haben, dieser Plan »sei nicht das Evangelium« (BA Z32/7). Wahrscheinlich fanden die an einer Konservierung der tradierten Besitzstruktur und der Reetablierung eines marktwirtschaftlichen Systems interessierten deutschen Kräfte in der britischen Militäradministration besonders geeignete Anknüpfungspunkte. Die ökonomisch stark angeschlagenen Briten favorisierten im Umkreis des Währungsreformkomplexes die Politik eines ausgeprägten funktionalen Pragmatismus und signalisierten der Sonderstelle, »daß seitens der englischen zuständigen Stellen alles Interesse besteht, eine Zusammenarbeit herbeizuführen und Einsicht in die deutschen Arbeiten zu nehmen« (BA Z32/2).

Die Etablierung eines marktwirtschaftlichen Systems erschien freilich vorerst unmöglich, da der Alliierte Kontrollrat, in dessen Kompetenzbereich eine Währungsreform gemäß Potsdamer Abkommen fiel, keine Einigung in zentralen Fragen erzielen konnte (vgl. Gottlieb 1956). Das praktizierte Bewirtschaftungssystem, basierend auf der aus der NS-Zeit übernommenen engen Verzahnung von Bürokratie und fachlichen Organisationen der Wirtschaft, orientierte indes de facto auf eine marktwirtschaftliche Lösung. Kompensationshandel, Schwarzmarkt und massive Hortung erschwerten jede vernünftige Planung, Vorgaben der Verwaltung wurden von den Betrieben systematisch unterlaufen, die Autonomie der Einzelkapitale hingegen grundsätzlich nicht tangiert. Deshalb existierte auch in der konkreten Wirtschaftspraxis letztlich »ein industrielles Definitionsmonopol für eine erfolgreiche Wiederaufbaustrategie« (Plumpe 1987, 281).

Über den Zeitpunkt der westdeutschen Währungsreform, die die Teilung Deutschlands zementierte und den kalten Krieg eskalierte, bestimmten die westlichen Alliierten ganz allein. Mit Ausnahme der Reichsschuldenabwicklung, bei der die deutschen Experten erneut eine Zertifizierung anstrebten, wurden die Eckpfeiler des sanktionierten Wiederaufbaumodells hingegen in der Sonderstelle Geld und Kredit (vgl. den gesamten Bestand BA Z32) sowie in der Verwaltung für Wirtschaft (VfW), dem Vorläufer des Bundeswirtschaftsministeriums, konstruiert. Der Klassencharakter dieser Konstruktion wurde seit dem 20. Juni 1948 in aller Schärfe deutlich: Das Währungsgesetz-Paket — als antikeynesianische Maßnahme wurde hier auch das Prinzip des ausgeglichenen Haushalts kodifiziert — beinhaltete in seiner Beschränkung auf die bloße Beseitigung des Geldüberhangs eine extrem ungleiche Bewertung von Produktionsmittelbesitzern und Geldwertinhabern. Die Reichsschuld wurde gestrichen, private Guthaben wurden

722 Michael Brackmann

im Verhältnis 100 Reichsmark = 6,5 DM reduziert, der Sachwertbesitz aber überhaupt nicht belastet. Im Gegensatz zur Kernforderung der organisierten Arbeiterschaft war der Vermögensausgleich im Handstreich abgekoppelt worden, wobei von dem 1952 kodifizierten »Lastenausgleich-Gesetz« keinerlei strukturreformerische Impulse ausgingen. Gleichsam als ordnungspolitische Interpretationsanweisung setzte Ludwig Erhard, mittlerweile als Direktor der VfW zum »wirtschaftspolitischen Diktator« avanciert, mit dem sog. Leitsatz-Gesetz vom 18. Juni 1948 fast sämtliche Bewirtschaftungsvorschriften außer Kraft; der Preisstopp wurde aufgehoben, der Lohnstopp galt weiter.

Gleichzeitig wurde die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik unter den Primat der Förderung der Kapitalbildung gestellt. Dabei ermöglichten die exorbitanten Preissteigerungen sowie flankierende Maßnahmen auf dem Steuersektor eine völlige Umkehrung der bisherigen Investitionsfinanzierung: die Selbstfinanzierung der Unternehmer trat an die erste, die staatliche Investitionsfinanzierung an die zweite Stelle. Nicht zuletzt auf Grund der stark anwachsenden Verbrauchssteuern führte diese massive Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals zur Wirtschaftskrise 1949/50 — trotz der unübersehbaren Binnennachfrage im Kern eine Unterkonsumtionskrise (vgl. Plumpe 1987, 278ff.), da der Weltmarkt wegen alliierter Restriktionen noch nicht offenstand. Mit dem Wegfall alliierter Außenhandelsauflagen, der DM-Abwertung und dem Korea-Krieg konnte die ersehnte Exportoffensive dann aber starten. In den Folgejahren drückte die zum Dogma erhobene »Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft« der im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten außerordentlich ungünstigen Lohnentwicklung in der BRD ihren Stempel auf. Die Kontinuität dieser mit der Währungsreform forcierten Gesamtstrategie zu den seit 1943 einsetzenden Nachkriegsplanungen von Wissenschaftlern, Industrie und Finanzkapital ist kaum zu übersehen.

Literaturverzeichnis

BA = Bundesarchiv, Koblenz

Abelshauser, Werner, 1975: Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone. Stuttgart

Erhard. Ludwig, 1943/44: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Faksimiledruck der Denkschrift 1943/44. Mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard. Theodor Eschenburg und Günter Schmölders. Frankfurt a.M., West-Berlin, Wien 1977

Federau, Fritz, 1962: Der Zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland. Tübingen

Gottlieb, Manuel, 1956: Failure of Quadripartite Monetary Reform 1945-1947. In: Finanzarchiv N.F., Bd. 17, 398-417

Herbst, Ludolf, 1982: Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945. Stuttgart

Plumpe, Werner, 1987: Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone. Düsseldorf

Ritschl, Albrecht, 1985: Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie. Zu den Thesen von Mathias Manz und Werner Abelshauser über die Produktionswirkungen der Währungsreform. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 33, 136-163

Turner, Ian, 1987: Great Britain and the Post-War German Currency Reform. In: Historical Journal, Bd. 30, 685-708

Weisz, Christoph, 1983: Einleitung. In: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 4, München, Wien

»... ich glaube, ich wäre sein bester Verteidiger«

Ein Gespräch mit Pierre Bourdieu über die Heidegger-Kontroverse*

Sind Sie überrascht vom Erfolg des Farias-Buchs?

Über den Inhalt, was politisch gesagt wurde, bin ich überhaupt nicht überrascht. Das war ja alles im Grunde schon bekannt, vor allem durch die Arbeiten von deutschen Historikern. Überrascht haben mich eher die heftigen Reaktionen bei den französischen Philosophen — wenn ich daran denke, daß sich auf mein Buch vor zehn Jahren so gut wie nichts getan hat ...

Wie erklären Sie sich diesen Skandal über eine Sache, die längst bekannt war?

Ich glaube, das war verdrängt worden — im Freudschen Sinne: gegenwärtig, aber unterdrückt. Das Buch von Farias ist sympathisch, wenn auch zuweilen stark vereinfachend, aber es hatte die Kraft, jene zum Reden zu zwingen, die das alles schon wußten, es aber nicht wissen wollten. In Deutschland kennt man das als das Phänomen der Verweigerung zu wissen, was bekannt ist. In Frankreich gab es diese Verweigerung im Falle Heidegger seitens der Philosophen. Ich erkläre mir das damit, daß Heidegger die Inkarnation der idealen, der reinen Philosophie war. Er verkörperte die Philosophie der Philosophie — die Philosophie der Philosophieprofessoren. Also eine bestimmte Arroganz gegenüber den Sozialwissenschaften, den Wissenschaften vom Menschen, der Geschichtlichkeit. Eine Arroganz, die es dem Philosophieprofessor erlaubt, sich als etwas Höheres zu fühlen. Deshalb war ein Attentat gegen Heidegger wie ein Attentat gegen diese Art von Philosophie, die von den Philosophieprofessoren verteidigt wurde. Dahinter steckte aber auch noch der ganze politische und historische Kontext des Holocaust. In Frankreich war das wirkliche Problem ganz offensichtlich der Holocaust der Philosophie.

Steckt dahinter nicht auch die Vorstellung vom Philosophen als Vorbild, als dem Weisen, die mit dem Fall Heidegger gefährdet wurde? Die alte Ideologie vom Philosophen als Priester oder gar als Führer — wenn man nur an Platon denkt?

Nun, Gadamer hat im »Nouvel Observateur« gesagt, daß Heideggers Irrtümer immerhin glorreiche Vorgänger gehabt hätten — wie Platon, der als Berater des Tyrannen nach Syrakus ging. Ich bin da ganz mit ihm einverstanden. Aber das stellt doch die Frage: wie kommt es, daß die Philosophie — so wie Heidegger sie definiert, das heißt, die Tradition des Philosophen als Prophet, als »Kathederprofessor« (i.O.dt.) — einen Philosophen zu solchen Irrtümern bringt? Für mich ist das eigentliche Problem, daß und warum die Philosophie so blind machen kann. Und daß Heidegger, der einen solch ungeheuren Irrtum begangen hat, sich nie befragt hat darüber, was es in seiner Philosophie gibt, das ihn solche Irrtümer begehen ließ. Sicher, im privaten Kreis hat er einmal gesagt: »Ich habe eine große Dummheit begangen«, doch warum konnte er nicht sagen: »Ich habe mich ge-

^{*} Das Gespräch führte Harold Woetzel. Die Titel der zu Beginn angesprochenen Bücher: Victor Farias, Heidegger et le nazisme, Paris 1987; Pierre Bourdieu, Die politische Ontologie Martin Heideggers, Frankfurt/M. 1976

täuscht«? Ich glaube deshalb: weil dieser absolute Denker, der alles denken konnte, besser als andere, völlig unfähig war, sich selbst zu denken. Selbstkritik zu üben hätte bedeutet, daß dieser absolute Denker absolut geirrt hätte und daß es eine Verbindung zwischen seinem Irrtum und der Philosophie gegeben hätte. Wenn man wie Heidegger sagt, es komme nicht darauf an, das Seiende zu verstehen, sondern das Sein, nicht die Wohnungsfrage, sondern das Wohnen, nicht die Technik im vulgären Sinne des Wortes, sondern das Wesen der Technik usf., dann hört sich das zwar schön an, endet aber in einer völligen Blindheit gegenüber der historischen Welt. Und da sind wir wieder bei Platon und bei Syrakus. Ich glaube nicht, daß das die Philosophie ist, sondern nur eine bestimmte Art, Philosophie zu begreifen, die Heidegger da verkörpert: eine arrogante, prophetische Art, Philosophie als »Begriffsdichtung« (i.O.dt.). Eine solche Tradition bereitet solche historischen Irrtümer geradezu vor.

Deshalb beunruhigt mich ja auch die gegenwärtige Debatte: weil die Verteidiger von Heidegger die Irrtümer verteidigen, die ihren Grund in der Verachtung und Verweigerung der Geschichte haben. Jemand wie Gadamer, der mein Buch über Heidegger rezensiert hatte, sagt z.B.: historisch ist das ja alles sehr gut, was der Bourdieu macht, aber den ontologischen Unterschied hat er nicht begriffen. Er ist eben kein Philosoph. Es tut mir sehr leid — ich habe mich lange Zeit in Heidegger geradezu verbissen und auch »die ontologische Differenz« sehr wohl begriffen, aber ich sehe eben auch die soziale Bedeutung dieser Differenz: es ist der Unterschied zwischen dem Propheten und dem Profanen, zwischen dem Denker, der sich denkt und dem Idioten, dem gewöhnlichen Menschen. Und diesen Unterschied will Heidegger um jeden Preis verteidigen. Und solange er das tut, würde er dieselben Irrtümer wieder begehen. Derzeit diskutieren die Heideggerianer über Heidegger, wo sie doch die Irrtümer diskutieren sollten, die Heidegger heute wieder begehen würde, wenn er noch lebte. Und ganz sicher würde er sich wieder irren: über Afghanistan, Palästina, über die Ökologie.

Adorno hat ja schon zum »Fall Heidegger« geschrieben, daß die Politik, die er unterstützte, aus seiner Philosophie hervorgegangen sei — Politik nicht als Opportunismus, sondern Konsequenz seiner Philosophie.

Mein Buch sucht herauszuarbeiten, daß die Politik den Kern von Heideggers Philosophie bildet (»Die politische Ontologie ...«): Heidegger hat politische Standpunkte in Philosophie transformiert, wie es die Alchimisten taten. Das philosophische Äquivalent zu dem, was die Nazis in der Politik getan haben.

Kann man sagen, daß Heidegger der heimatlosen (politischen) Rechten den philosophisch angemessenen Diskurs geliefert hat?

Wenn man ein bißchen vereinfachen will, ja. Die Stärke von Heidegger war, daß er ein großartiger Profi war — ich halte das ja immer den französischen Heideggerianern vor, die von ihm nur die großartige philosophische Geste übernommen haben. Um Heidegger wirklich zu verstehen, muß man nicht nur Kant und Husserl wiederlesen, sondern einen Riesenberg an philosophischer Tradition aufarbeiten, angefangen bei den Vorsokratikern. Auf philosophisch distinguierte Art hat er gesagt, was politisch nur vulgär gewesen wäre. Man darf sein Projekt also nicht vereinfachen. Man muß sagen, daß es ein politisches Feld, ein Universum

gab, das von Gegensätzen beherrscht wurde, in dem auch Leute wie Niekisch und Ernst Jünger standen — und ein philosophisches Feld mit Leuten wie Cassirer, Windelband, Cohen usf. Diese zwei Universen sind homolog, korrespondieren miteinander. Zu dem, was die konservative Revolution im Bereich der Politik getan hat, lieferte Heidegger das Äquivalent in der Philosophie. Z.B. haßte er Cohen (es war eine ziemlich antisemitische Debatte), der nicht nur Jude, sondern auch Linkskantianer war. Und indem er sagte: Kant, das ist der Sozialismus (ich vereinfache jetzt natürlich), bekämpfte er Cohen und konnte über den Kantianismus in der Philosophie triumphieren. Zugleich schuf er damit eine Position, die äquivalent war mit der nazistischen.

Ihr Buch »Heideggers politische Ontologie« wird nun — mit einer neuen Einleitung und etwas überarbeitet — neu aufgelegt werden. Ist das eine Reaktion auf die jüngsten Vorfälle mit ihrer aufgeregten »Vergangenheitsbewältigung« (z.B. die Fälle Waldheim, Höfer, jetzt Heidegger, und natürlich der Historikerstreit)?

Ich habe sehr gezaudert, mein Buch wieder herauszubringen — zu diesem Zeitpunkt —, weil der Kontext m.E. ungesund ist. Mit »ungesund« meine ich, daß sich die Diskussion in einem Klima der Denunziation vollzieht, des Pharisäertums (ein altes biblisches Wort, aber es paßt). Sie ist geprägt von Leuten, die die Stelle eines höchsten Richters einnehmen, die sich als Erben der Opfer jener großen Verbrechen gegen die Menschheit aufspielen. Für mich ist das eine unangenehme Position. Die Leute, die solche Verfahren und Kämpfe führen, die von vornherein gewonnen sind, sind mir suspekt. Die bloße Denunziation der faschistischen Verbrechen ist mir in diesem Moment ein bißchen zu einfach. Da gibt es viel Gewinn, viel Gratifikation, aber es kommt nichts dabei raus — und es nervt mich. Für mich ist es eine Frage der Methode, nicht der Denunziation. Meine Arbeit über Heidegger steht ja auch in einem Kontext anderer Arbeiten, z.B. zu Manet oder zu Flaubert, wo ich genau dieselbe Methode anwende.

Das Problem ist, warum Heidegger sich so getäuscht hat, aus welchen sozialen und philosophischen Gründen er ein Nazi geworden ist und das philosophische Äquivalent zum NS liefern konnte. Eine Frage, die sowohl für Philosophen wie auch für Soziologen interessant ist. Ob Heidegger nun selbst ein »richtiger« Nazi war oder nicht, ist im Grunde bedeutungslos. Wichtig ist: wie konnte so einer ein Denken produzieren, das dem Nazismus äquivalent/homolog war?

Wie kam es zu einem philosophischen Projekt wie dem Heideggers, das eine philosophisch unsagbare Position öffentlich sagbar werden ließ, eine Position, die vom Standpunkt der Kantianer, vom Standpunkt eines Cassirer usf. vulgär war?

Der Philosoph denkt immer in bezug auf eine Geschichte, selbst dann, wenn er das von seinem eigenen Denken nicht glaubt. Ich habe diesen geschichtlichen Kontext rekonstruiert. Und nur mit solch einer Rehistorisierung von Heideggers Denken kann man sein eigentliches Projekt verstehen. In wenigen Worten: Es gab eine ganze Serie von philosophischen Positionen, abgesteckt vor allem von Kant und mit einem großen abwesenden Zentrum, nämlich Marx. Und Heidegger hat eine andere Position hier schaffen wollen, die vom Standpunkt der dominanten Philosophie bis dahin unsagbar/unbenennbar war, d.h. man konnte und man durfte das nicht sagen, weil es vulgär/gewöhnlich war. Das Genie von Hei-

degger, seine Meisterschaft in der Philosophie bestand darin, eine unbenennbare Position nennbar zu machen. Deshalb ist die in der Debatte oft geforderte Trennung von interner und externer Lektüre seines Werks auch idiotisch.

Eine Frage, die in der Diskussion um das Farias-Buch eine Rolle spielte: muß oder kann die Philosophie wahrhaftig sein — im Sinne von moralisch?

Es gibt verschiedene Definitionen von Philosophie. Wenn Heidegger eine eigene hat, muß man sie von seiner Position aus akzeptieren. Ich glaube aber, daß er sein eigenes Projekt verraten hat. Die soziologische Analyse kann aufdecken, warum er das nicht getan hat, was er zu machen glaubte, und warum er sich täuschte. Man wirft den Soziologen ja immer vor, sie würden reduktionistisch vorgehen, aber wenn ich in einem solchen Heidegger-Prozeß eine Rolle hätte, ich glaube, ich wäre sein bester Verteidiger. Denn ich könnte wenigstens die mildernden Umstände nennen, im Unterschied zu den Philosophen: das Gesamt der sozialen, historischen Umstände, die bewirken, daß jemand etwas tut, was er nicht tun dürfte. Und dazu gehört das Umfeld: die soziale Herkunft, daß er ein Aufsteiger war, daß er von den Großbürgern in die Ecke gedrängt wurde und von den Linken als Bourgeois abgetan - er, der aus dem Volke kam. Aber der wichtigste mildernde Umstand (damit schockiere ich viele Philosophen) ist das, was die Philosophie selbst war zu jener Zeit: daß sie mit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland und in Frankreich dazu gemacht war, gegen das Gewöhnliche zu kämpfen, gegen die Wissenschaft vom Menschen, gegen die Wissenschaft überhaupt, gegen die Instrumente der Erkenntnis. Auch wenn es da Ausnahmen gab: die Tradition blieb dominant - gegen die Wissenschaft, auch gegen die Wissenschaft vom wissenschaftlichen Erkennen. Der Irrtum Heideggers gründete in einer Philosophie von der Philosophie: als aristokratische Vision, abgeschnitten von der täglichen Vulgarität, vom Weltlichen und vom Städtischen. vom Banalen und Trivialen und all dem, was man zum Erkennen braucht.

Jetzt, wo ich für die Neuausgabe meines Buches wieder verstärkt Texte von ihm lese, merke ich, wie oft z.B. das Wort Soziologie auftaucht — was ich vorher so nie bemerkt hatte. Die Soziologie ist in der Tat für Heidegger abscheulich, eine Kumulation aller Irrtümer: die Statistik, der Durchschnitt, das Banale und Triviale. Als Soziologe verteidige ich zwar jetzt mein Fach, aber Tatsache ist doch: die Soziologie als Fach versucht, die Welt mit ähnlichen/analogen Mitteln zu sehen wie die Philosophie. Und für mich ist die Frage die: woher diese Verblendung bei den Philosophen? Warum hat sich die Philosophie aufgebaut auf dieser Ablehnung, dieser entschiedenen Blindheit gegenüber den Erkenntnisinstrumenten für die natürliche und die soziale Welt? Wenn es Wiederholungen dieses Irrtums bis heute gibt — wie derzeit in Frankreich —, dann vielleicht deshalb, weil die Philosophen lieber blind sterben wollen als bescheiden und hellsichtig zu leben. Wenn die Philosophen sich mehr damit abgeben würden, in irgendeiner Weise, in Form einer historisch angelegten Forschung (wie bei den Griechen) die Welt zu erforschen — bescheiden und demütig, dann würde eine ganz bestimmte Art von Irrtümern vielleicht nicht mehr so häufig auftreten. Ich sage das ja gar nicht gegen die Philosophie, im Gegenteil: Ich hoffe, daß die Philosophie aus dieser Krise bescheidener hervorgehen wird, und damit stärker.

Akkumulationsdebatte und Bauernfrage in Nicaragua

Die Revolution in Nicaragua hat fast genau 20 Jahre nach der kubanischen Revolution stattgefunden. Diese 20 Jahre markieren auch einen Abstand von damaligen Theorien, Fragen und Diskussionen.

Die Diskussion über die Guerrilla. Zwischen beiden Ereignissen liegt die Verabschiedung von derjenigen Guerrilla- bzw. Focustheorie, wie sie im Anschluß an den Sieg der kubanischen Revolution v.a. von Regis Debray (1969) entwickelt wurde, und die sowohl Che Guevara selbst als auch weitgehend die Vorstellungen der lateinamerikanischen und europäischen Linken über den bewaffneten Weg zur Revolution beeinflußt hat. Auch die 1961 gegründete FSLN (Sandinistische Nationale Befreiungsfront) war zunächst ein direktes Produkt dieser kubanischen Guerrillaerfahrung. Nach der Spaltung der FSLN in den siebziger Jahren hatte aber nur noch die GPP (Guerra Popular Prolongada/langwieriger Volkskrieg) an der »klassischen foquistischen« Konzeption festgehalten, während die »Proletarische Linie« auf eine Arbeit mit den städtischen Massen setzte, und die sogenannten »Terceristas« (3. Fraktion) eine Aufstandsstrategie verfolgten, die breite Teile des Volkes in den bewaffneten Volksaufstand einbeziehen sollte.

Im Aufstand 1979 hatte sich dann die Strategie der Terceristas durchgesetzt. Nach dem Sieg fand keine Diskussion mehr über die nicaraguanische Guerrillaund Aufstandserfahrung statt. Mit der Vereinigung der drei Tendenzen der FSLN im Frühjahr 1979 wurden auch die Differenzen zwischen den drei verschiedenen Konzeptionen des »langwierigen Volkskrieges», der »proletarischen Linie« und der »Aufstandsstrategie« begraben und durch einen nach außen demonstrierten, strikten Konsens ersetzt. Dadurch wurde eine Aufarbeitung der Guerrillaerfahrung ebenso verhindert wie die theoretische Kritik der sich durchsetzenden pragmatischen Position der »Terceristas«. die mit ihrer Konzeption der »Politik der nationalen Einheit« breite Teile der nationalen Bourgeoisie in den Wiederaufbau des Landes einzubeziehen gedachte.

Die Guerrillaverbände wurden unmittelbar nach dem Sieg aufgelöst und teilweise in eine reguläre Armee einbezogen, die zwar durch Volksmilizen ergänzt, deren Funktion aber mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1983 zwar nicht formell, aber faktisch aufgehoben wurde.

Die Akkumulationsdebatte. Eine analoge Verabschiedung fand im Blick auf die Dependenztheorie (Frank u.a. 1969) statt, die in den sechziger Jahren das theoretische Denken der lateinamerikanischen Linken bestimmt hatte und die im Gegensatz zu den Ansätzen einer »nachholenden Industrialisierung« nicht nur jede Entwicklungsmöglichkeit in Abhängigkeit vom Weltmarkt bestritten, sondern v.a. den nationalen Bourgeoisien Lateinamerikas jede Fähigkeit zu Reformen und Entwicklungen abgesprochen und dagegen die Notwendigkeit von Revolution, Klassenkampf und Sozialismus gesetzt hatte. Mit der »Politik der nationalen Einheit«, der Errichtung eines breiten Klassenbündnisses und der Konzeption der »gemischten Wirtschaft« setzte sich die nicaraguanische Revolution schon am Tage des Sieges über Somoza von dieser Konzeption ab.

Folgerichtig fand im nachrevolutionären Nicaragua auch nie eine der Kubanischen Planungsdebatte von 1964 (Bettelheim u.a. 1969) vergleichbare Kontroverse statt, die noch einmal den Zusammenhang von Kritik der Politischen Ökonomie und Revolutionstheorie thematisiert hatte und in der Position von Guevara auf eine Umwälzung sämtlicher gesellschaftlicher Verhältnisse ebenso zielte wie auf die Schaffung des »neuen Menschen« als Subjekt des revolutionären Umgestaltungsprozesses. Der Prozeß der sozialistischen Akkumulation konnte sich Guevara zufolge nicht der Waren- und Wertform bedienen, sondern hatte diese durch neue Formen der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu ersetzen. Die in der Planungsdebatte in den Gegensätzen »Ausnutzen oder Abschaffen des Wertgesetzes« und »materielle vs. moralische Anreize« ausgetragenen Kontroversen zwischen Guevara einerseits, Bettelheim, Mandel und Mora andererseits, hatten nicht unterschiedliche Industrialisierungsmodelle zum Inhalt, sondern unterschiedliche Sozialismusvorstellungen, deren Hauptunterscheidungspunkt der »subjektive Faktor« bzw. die Rolle des »neuen Menschen« im Transformationsprozeß war.

Angesichts der »gemischten Wirtschaft«, d.h. dem Nebeneinander von staatlicher, privatkapitalistischer und einfacher Warenproduktion und dem Übergewicht des privatkapitalistischen Sektors in der nicaraguanischen Wirtschaft nach dem Sieg, konnte die Frage der Abschaffung oder Ausnutzung von Waren- und Wertform gar nicht erst auftauchen. Die theoretische Diskussion — geführt v.a. von den Ökonomen und Soziologen der Forschungsinstitute CIERA (Zentrum für Agrarreformstudien) und INIES/CRIES (Institut für soziale Studien/Zentrum für soziale Studien der mittelamerikanischen und karibischen Region) — wurde deshalb auch nicht unter dem Stichwort »Aufbau des Sozialismus« verhandelt, sondern unter dem des »schwierigen Übergangs« (Corragio u. Deere 1987).

Im Vergleich zur kubanischen Entwicklung fand eine Verlagerung von den »inneren Problemen« der sozialen Transformation hin zu »äußeren«, die Abhängigkeit vom Weltmarkt betreffenden Fragestellungen statt. Damit rückte ein Gesichtspunkt ins Zentrum der Analysen, der in den »klassischen sozialistischen Transformationsversuchen« der SU oder auch Chinas so gut wie keine Rolle gespielt hatte: die »subordinierte Integration in die internationale Arbeitsteilung« (Fitzgerald 1987, 164), die für die »kleinen Länder der Peripherie« — so der Terminus der nicaraguanischen Debatte — zum zentralen Problem wurde.

Die »Hinwendung zum Weltmarkt« war wohl die markanteste Absage an die Dependenztheorie, die mit der »Abkoppelung« eine direkte Antwort auf die Abhängigkeit zu geben gedachte. Ganz im Unterschied hierzu hat die nicaraguanische Revolution von Anfang an auf die Beibehaltung und Ausdehnung des Exportbereichs des Agrarsektors gesetzt, der zusammen mit dem kleinen verstaatlichten Bereich der Ökonomie (Area del Propiedad del Pueblo) die strategische Achse des Akkumulationsprozesses darstellen sollte.

Das von dem als Berater der Regierung arbeitenden englischen Ökonomen E.V.K. Fitzgerald entwickelte Akkumulationsmodell geht in Anlehnung an die Überlegungen von M. Kalecki davon aus, daß in Ermangelung eines schwerindustriellen Sektors in den kleinen Ländern der Peripherie diese Rolle von der Agroexportproduktion einzunehmen sei. Diese wird als Devisenbeschafferin im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung zur Hauptquelle des Akkumulations-

prozesses und zur Achse der Transformation. Eine strategische Rolle spielt das Bündnis mit den sozialistischen Staaten als den verläßlicheren und langfristigen Garanten der Kapital- und Technologieimporte.

Dieser Ansatz, der von einer »nachholenden Industrialisierung« ebenso ausgeht wie von der damit gekoppelten Modernisierung auf der Basis großer Technologie, hat in Nicaragua zu einer Konzentration der wenigen Ressourcen auf den »modernen«, verstaatlichten Sektor der Exportproduktion geführt und damit notwendigerweise den Bereich der bäuerlichen und handwerklichen Produktion als kaum devisenbringende Zweige der Ökonomie vernachlässigt. Dies führt parallel mit der Verschlechterung der »terms of trade« nicht nur zu einem ständig steigenden Außenhandelsdefizit, sondern auch zum Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und damit der verfügbaren Nahrungsmittel im Lande.

Die zentrale Idee dieses stark neokeynesianisch geprägten Ansatzes bestand darin, den Staat zum Zentrum der Akkumulation zu machen, ohne eine generelle Politik der Verstaatlichung zu betreiben, die angesichts der wenig entwickelten Industrie und dem Überwiegen der kleinen und mittleren, bäuerlichen und handwerklichen Produktion in Nicaragua auch kaum zu realisieren gewesen wäre. Ausgehend von der Verstaatlichung des Somozabesitzes, der den kleinen, aber als strategisch verstandenen staatlichen Sektor bildete, sowie über die Verstaatlichung von Außenhandel und Banken sollten mit der Festsetzung von Preisen, der Zuteilung von inputs usw. die ansonsten weiter überwiegend privatwirtschaftlich funktionierende Ökonomie kontrolliert werden. — In der weitgehenden Beschränkung auf die Zirkulationssphäre lag die Schranke dieses Akkumulationsmodells, das die weiter nach kapitalistischen Kriterien operierende Privatwirtschaft weder zum »Produzieren« anregen, geschweige denn zu einer Option der Produktion nach »sozialen Kriterien und Notwendigkeiten« bewegen konnte.

Die Bauernfrage. Anders als in den »klassischen« Revolutionsentwürfen, konnte sich die nicaraguanische Revolution nicht auf ein entwickeltes städtisches Industrieproletariat stützen, sondern mußte die verschiedenen Sektoren der bäuerlichen Produzenten ins Zentrum von Revolution und Transformation stellen. Die Debatten über die Agrar- und Bauernfrage nehmen deshalb den größten Raum in den theoretischen Diskussionen ein.

Nun hatte aber das skizzierte Akkumulationsmodell gerade die selbständigen Bauern explizit als Träger des Akkumulationsprozesses ausgeschlossen und ihnen lediglich einen Platz innerhalb der einfachen Reproduktion, d.h. der Nahrungsmittelproduktion zugewiesen. Dies entsprach der in den ersten Revolutionsjahren vorherrschenden Behandlung der »Bauernfrage«, die in dem Gegensatz von oligarchischem Großgrundbesitz einerseits und der Masse des Landproletariats und dem zur Subsistenz nicht fähigen Minifundium andererseits die wesentlichen Elemente der nicaraguanischen Agrarstruktur bestimmt und eine »Arbeiter-Bauernallianz« befürwortet hatte.

In Anlehnung an die Klassiker wurde dabei von einem allmählichen Verschwinden der Bauern als Klasse via Industrialisierungs- und Proletarisierungs- prozessen ausgegangen. Die »materielle Grundlage« dieser Einschätzung bestand darin, daß es in Nicaragua ausreichend Land gab, so daß eine beschleunigte Agrarreform, die etwa in größerem Umfange enteignet hätte, nicht nötig und

ein allmählicher Transformationsprozeß der kleinbäuerlichen Produzenten in agrarische Lohnarbeiter möglich schien. — Jenseits des Somozabesitzes wurde zunächst weder Land enteignet noch verteilt. Die Bauern wurden statt dessen unmittelbar nach der Revolution mit Krediten ausgestattet, die sich zwar als ökonomisch wenig sinnvoll erwiesen, da nicht investiert, sondern konsumiert wurde, aber ein Versuch waren, sich seitens der Revolution den Bauern zu »nähern«.

Auch die Agrarreform von 1981 blieb gemäßigt und sah Enteignungen nur für den Fall der Nichtbewirtschaftung des Landes vor. Dennoch führte die Piorität, die dem verstaatlichten Teil der Landwirtschaft zukam, dazu, daß der mehrheitliche klein- und mittelbäuerliche Sektor zunächst kaum eine Rolle in der Agrarpolitik spielte. Die Überzeugung, daß die Kleinbauern als Klasse und die kleinbäuerliche Produktion als »rückschrittliche« zu überwinden seien, war v.a. im Agrarministerium weit verbreitet. Widerspruch hat dieser Ansatz von Anfang an herausgefordert, und zwar überwiegend von Mitarbeitern des Agrarforschungsinstitutes selbst, die in Gestalt der nordamerikanischen Wissenschaftler C.D. Deere (1987), J. Collins (1986) oder P. Marchetti (1987) den Gedanken der Kooperativen und der kleinbäuerlichen Produktion zu verteidigen suchten.

Die Mitte der achtziger Jahre einsetzende »Wende« in der Agrarpolitik folgte aber nicht unbedingt den theoretischen Einwänden, sondern politischen Notwendigkeiten. Ein Teil der kleineren und mittleren Bauern war zur Contra übergegangen, der Revolution drohte der Verlust eines Teils ihrer sozialen Basis. Der daraufhin einsetzende Wandel der Agrarpolitik zeichnete sich wie in anderen Ländern der Dritten Welt oder auch im Lager des realen Sozialismus selbst durch eine Tendenz hin zum Privateigentum bzw. der zunehmenden Reprivatisierung des Bodens aus. Es wurde verstärkt Land verteilt, und zwar auch auf Kosten des staatlichen Sektors und unabhängig davon, ob die neuen Landeigentümer in Kooperativen organisiert waren oder nicht.

In der Sicht des Agrarwissenschaftlers E. Baumeister wurde damit die längst fällige Konsequenz aus der »ideologisierten Agrarpolitik« Nicaraguas gezogen und die Sektoren der nicaraguanischen Landwirtschaft zur Kenntnis genommen, die dem Land das spezifische Gepräge gaben: die mittleren Bauern. Deren Organisation, der nationale Bauernverband, hat mit der neuen Agrarpolitik an Gewicht und Einfluß gewonnen und bestimmt mit einer das Privateigentum fördernden Politik die neue Entwicklung nicht unerheblich.

Literaturverzeichnis

Baumeister E., O. Neira, 1987: La Conformacion de una Economia Mixta: Estrucuras de Clases y Politica Estatal en la Transicion Nicaraguense. In: Corragio u. Deere (Hg.), 257-285.

Bettelheim Ch., u.a., 1969: Wertgesetz, Planung und Bewußtsein. Die Planungsdebatte in Cuba. Frankfurt/M. Collins J., u.a., 1986: Was hat sich durch die Revolution verändert? Wuppertal.

Corragio, J.L. u. C.D. Deere, 1987: La Transicion Dificil. La Autodeterminacion de los Pequenos Paises Perifericos. Managua.

Debray R., 1967: Revolution in der Revolution. München.

Deere C.D., 1987: Reforma Agraria, Organizacion de la Produccion y Partizipacion Obrero-Campesina en la Transicion. In: Corragio u. Deere (Hg.)., 215-256.

Fitzgerald E.V.K., 1987: Apuntes para el Analisis de la Pequena Economia Subdesarrollada en Transicion. In: Corragio u. Deere (Hg.), 47 ff.

Frank A.G., u.a., 1969: Lateinamerika: Entwicklung der Unterentwicklung. Berlin.

Marchetti P.E., 1987: Guerra, Participacion Popular y Transicion al Socialismo. In: Corragio u. Deere (Hg.), 100-128.

Ariadne spinnt den Faden noch oder: Gibt es überhaupt eine feministische Kriminalliteratur?

Es gibt eine Menge guter Gründe, einen Kriminalroman zu lesen: da ist der flüchtige Genuß in den Ferien, die Spannung, die vergessen läßt, daß man nicht einschlafen kann, die Lust, das Alltägliche zu verlassen, die Freude, den ausgelegten Irrpfaden zu folgen, und schließlich die Entdeckung. Wir identifizieren uns mit den Helden, die der Gerechtigkeit zum Sieg verhelfen, und in schauderndem Mitleiden hoffen wir, daß die Opfer gerettet werden. Aber eine feministische Kriminalroman-Reihe?

Zunächst war es nur eine Idee, herübergesprungen aus England, wo *Pandora Press* eine Frauenkrimi-Reihe begonnen hatte. Das Projekt begeisterte uns als langjährige Leserinnen von Kriminalromanen. Wir hegten die Hoffnung, Frauen könnten andere Krimis schreiben als Männer, wenn auch ganz unbestimmt war, was wir erwarteten. Lange schon tragen wir Bausteine zusammen für eine andere Kultur, in der Frauen selbstbewußt und aufrecht, selbständig und entschlossen zu leben bereit wären. Die Anordnung im Kriminalroman schien uns als besonders eindeutiges Feld, in dem die alten Frauenrollen und Geschlechterverhältnisse wiederhergestellt werden. Wie angeboren passen die Muster der Täter und Opfer auf die Geschlechter. Was muß sich alles ändern, wenn Frauen die strategischen Plätze einnehmen?

Aber eigentlich sind Kriminalautorinnen ja längst bekannt und verbreitet; die ausgezeichneten Romane der Dorothy Sayers gehören zur Weltliteratur, die unzähligen Bücher, die unter dem Namen Agatha Christie erscheinen, sind an jedem Bahnhofskiosk zu haben. Daß Krimis von Frauen geschrieben sein sollten, konnte also nicht unser einziges Auswahlkriterium sein. Für einen feministischen Umbau brauchten wir eine klarere Perspektive.

Die Lektüre der ersten Romane aus England, den USA und Kanada gab uns den Stoff, aus dem wir die Maßstäbe für unsere feministische Kriminalkultur gewannen. Da gab es Texte, in denen Krankenschwestern die Militär-Ärzte anhimmelten und hinter ihnen her waren, um endlich den Traum vom Familienglück zu verwirklichen, und solche, in denen die Auflösung einer Mordserie davon gekrönt wird, daß mehrere Bräute an den Händen von Kriminalpolizisten zum Altar schreiten. Kurz, sie führen uns genau solche Zusammenhänge vor, aus denen zu entkommen wir für eine feministische Tat halten, gerade im Kriminalroman. Dagegen gaben wir uns die Orientierung: unsere Kriminalromane sollen zur Entwicklung einer feministischen Kultur beitragen; konkret bedeutet das, daß in ihnen andere Frauen auftreten als gewöhnlich und daß andere Beziehungen zwischen den Frauen wie auch zwischen den Geschlechtern sich herausbilden. Ganz ausgeschlossen waren für uns damit alle Texte, in denen diese zarten Geschöpfe und geborenen Opfer den Spannungsrahmen schmücken, schließlich den Helden selbst noch durch eine Ohnmacht zur falschen Zeit, hochhackige Schuhe und zuviel Empfindsamkeit in Lebensgefahr bringen, um endlich doch gerettet und geheiratet zu werden. In Zweifel gerieten damit auch Romane, in denen die her732 Frigga Haug

kömmlichen Institutionen, Staat, Kirche, Polizei, Familie als unhinterfragte Instanzen das Gute und Rechte verkörpern.

Wir schrieben Verlage in aller Welt an und machten uns auf die Suche nach feministischen Kriminalromanen. Das erste Resultat war überwältigend: jede Woche trafen Dutzende von Romanen im Verlag ein, geschrieben schon zu Beginn dieses Jahrhunderts oder erst in den achtziger Jahren. Historisch läßt sich die allmähliche Herausbildung einer anderen Schreibweise nachvollziehen, die wir durch unsere Krimireihe dokumentieren.

Eine erste Anderung sind die Frauengestalten und die sozialen Umstände, die jetzt zur Sprache kommen. Zu Heldinnen werden z.B. Rentnerinnen, deren Befähigung zu Detektivinnen eben jene besondere einsame Lebensweise ist, die ihnen zuletzt als bloße Zuschauerinnen im Leben zugestanden wird. Frauen greifen auf jeden Fall aktiv ins Geschehen ein, sind nicht bloßer Hintergrund für die Darstellung eines männlichen Helden. Wenn sie, was insbesondere bei älteren Kriminalromanen der Fall ist, noch den bekannten Klischees von Weiblichkeit gehorchen, stellen sich diese im Verlauf als bloße Masken, als Verkleidungen einer anderen sozialen Existenz dar. Frauen haben dabei auch die Fähigkeit zum Bösen. Später, etwa seit Beginn der achtziger Jahre, sind die Kriminalromane schon in einer sich herausbildenden feministischen Kultur geschrieben. Stets überlastet, energisch und voll gesundem Menschenverstand gibt es die alleinstehende Mutter mit einer halbwüchsigen Tochter, die sie respektlos, aber selbstverständlich große mütterliche Fähigkeiten voraussetzend, zu detektivischem Tun antreibt. Zum Teil wird bekannte Krimi-Tradition explizit umgearbeitet. An die Stelle des einsamen gerechten Detektivs tritt die Detektivin. Sie ist ebenso unerschrocken, gut trainiert, sarkastisch und klug wie Philip Marlowe. Die bekannten Züge der Weiblichkeit werden umgearbeitet und dabei wird das Kunststück vollbracht, daß die Leserinnen diesen Gestalten ihre Zuneigung geben (etwa Harriet bei Marion Foster, Stoner McTavish bei Sarah Dreher, Caitlin Reece bei L.W. Douglas). Von daher sind die neuen Detektivinnen auch Frauen, die Frauen lieben. Je weiter die Autorinnen in der Entwicklung einer Frauengegenkultur gehen, desto einseitiger werden die dunklen Männergestalten, die im Zentrum des Verbrechens stehen. Wir halten dies für eine transitorische Schwäche.

Unsere Hauptpersonen sind so ungewöhnlich wie alltäglich: alte Damen und kleine Mädchen, Lehrerinnen, Studentinnen, zwei Leiterinnen eines Reisebüros, Polizistinnen, Journalistinnen, alleinstehende Mütter, die sich mit halbwüchsigen Töchtern durchs Leben schlagen, und eine sehr kompetente Rechtsanwältin, eine Schauspielerin, eine Antiquarin. Die Frauen sind selbständig — wo herkömmliche Lösungen sich anbieten, etwa in Form einer am Schluß des Geschehens alles besiegelnden Ehe, brechen die Krimis unversöhnlich ab. Sie erlauben keine Identifikation in dieser Richtung.

Auch die vorkommenden Männer sind keine Helden im herkömmlichen Sinn. Der schlaue Mr. Crook (bei Anthony Gilbert) ist kein zweiter Lord Peter Wimsey. Er ist zwar ein Detektiv für die Armen und Entrechteten, jedoch ist er so häßlich, daß er als männlicher Held zur Anbetung für die Frauenwelt nicht in Frage kommt. Er selbst haßt Frauen, die dem weiblichen Klischee entsprechen. In einem anderen Krimi ist die Polizei in ihren männlichen Vertretern korrupt

und gewalttätig oder borniert und rechtspopulistisch, auf jeden Fall moralisch voreingenommen gegen Frauenbeziehungen.

Während Raub, Erpressung, Mord aus Geldgier, aus Angst und aus Eifersucht, als zentrale Taten in Krimis wesentlich gleichbleiben, ändert sich der soziale Bereich, in denen sie spielen und vor allem die soziale Wahrnehmung des Gesamtgeschehens. Typische Orte sind Alters- und Säuglingsheime, ein Waisenhaus, Frauenzentren, kleine Provinzstädte mit ihren Moralnormen, Colleges. Häusliche Bereiche und Aufgaben kommen häufig vor und zugleich beiläufig, als etwas, das selbstverständlich erledigt werden muß, so daß etwa unsere Heldin mitten in der Verbrecher-Jagd heim muß, um für die Kinder das Abendbrot zu richten oder ähnliches. Auffällig ist die Liebe zum Detail ebenso wie eine scharfe Sozialkritik.

Gewaltfreiheit ist kein Kennzeichen unserer Frauenkrimis. Im Gegenteil, sie sind so gewalttätig, wie die Gesellschaft, aus der sie berichten, ja, da von Frauen in Gewaltverhältnissen gehandelt wird, ist vielleicht diese Dimension der Kriminalliteratur noch schärfer ausgeführt als gewöhnlich. Dabei haben wir allerdings auf die Aufnahme solcher Krimis aus der feministischen Literatur verzichtet, in denen eine Ästhetisierung von Gewalt und Mord geschieht.

Eine Eigenart der von uns bisher ausgewählten Kriminalromane ist das Verhältnis zur Spannung. Diese rührt nicht so sehr daher, daß man nicht weiß, wer der Täter ist, sondern liegt eher in der Entwicklung der handelnden Personen selbst und ihrer wachsenden Einsicht in die Verhältnisse, in denen sie leben, und in die Personen, die sie umgeben. So gibt es schließlich auch kein gewöhnliches Happy-End, denn das würde ja bedeuten, daß in den vorhandenen Anordnungen eine glückliche Lösung möglich wäre. Unsere Krimis zeigen auch, daß dies nicht der Fall ist.

Schließlich wollen wir die Krimi-Reihe als vergnügliche Weise der notwendigen Kulturveränderung in unsere Arbeit in der Argument-Frauenredaktion aufnehmen. Eines der vielen Probleme, auf das wir dabei stießen, ist das der Übersetzung. Hier geht es nicht allein um die Fähigkeit, einen Satz von der einen in eine andere Sprache zu transportieren, sondern um die Überführung eines ganzen sozialen Ambientes. Wir haben also versucht, Übersetzerinnen aus den Kulturen zu finden, in denen die Romane spielen. Das ist u.a. auch eine Frage des angemessenen Alters. Wir nahmen »alte« Krimis (aus den dreißiger bis in die fünziger Jahre) in unser Programm auf und übertrugen die Übersetzungsarbeit Frauen, die damals schon sprachen und lasen. Die Krimis aus den 68ern übersetzen Frauen, die damals dabei waren, und die der achtziger Jahre solche, die jetzt in der Bewegung sind.

Umstritten blieb der Name, den wir unserer Reihe gaben: Ariadne. Schließlich hat eine Operngeschichte diese Gestalt mit den Zügen der unglücklich Verlassenen, auf Naxos tragisch den Geliebten Erwartenden ausgestattet. Aber es gibt auch eine andere Lesweise: Das Labyrinth, ein ungeheures technisches Kunstwerk, erbaut von einem Mann, war schließlich allen zum Verderben und mit gleicher Wissensart nicht zu erkunden. Ariadne aber spann den Faden, mit dessen Hilfe eine Orientierung möglich wurde. Ihn in Zukunft auch selbst zu verwenden, dazu ermutigt unsere feministische Kriminalkultur.

734 Frigga Haug

Wo wir von unseren Plänen erzählten, wurden wir oft gefragt, ob wir denn hofften, Männer für solche feministischen Kriminalromane als Leser zu gewinnen. Nach einer ersten Verwunderung über die selbstverständliche Unterstellung, daß Frauen von Männern geschriebene und eine weitgehend männliche Kultur reproduzierende Literatur lesen, das Umgekehrte aber einer Rechtfertigung bedarf, meinen wir, daß die Selbsterziehung des Männergeschlechts auch ein gutes Stück weiterkommt, wenn Männer sich daran gewöhnen, Frauen anders, als eingreifende, aktive, kluge und strategische, sich auch auf Frauen beziehende Gestalten wahrzunehmen. In dieser Weise rechnen wir auch mit den männlichen Lesern.

Wir haben vor, auch auf dem Sektor des Kriminalromans so international wie möglich zu verfahren. Wir bitten daher um Mitarbeit. Wir suchen begründete Vorschläge für Romane, die wir ins Programm aufnehmen sollen, und Übersetzerinnen, die mit uns zusammenarbeiten wollen.

Ariadne-Krimis im Abonnement

Jeder Band 11,50 DM (statt 13,- DM). Jedes Jahr erscheinen drei bis vier Titel. Im Herbst sind erschienen:

Anthony Gilbert: Das Geheimnis der alten Jungfer (229 Seiten, broschiert)

Marion Foster: Wenn die grauen Falter fliegen (257 Seiten, broschiert)

Joy Magazis: Untergetaucht (213 Seiten, broschiert)



Frauenbewegungen in der Welt Band 1: Westeuropa

Hrsg. Autonome Frauenredaktion

Der Band soll Auskunft geben über Geschichte und Gegenwart der westeuropäischen Frauenbewegungen, über ihre Ziele und Bündnisse, über das Verhältnis zu anderen politischen Gruppen und zum Staat. Die Autorinnen analysieren die verschiedenen Strömungen innerhalb der jeweiligen Frauenbewegung und berichten von der Entstehung von Frauenkultur und Frauensolidarität. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der weltweiten Frauenkämpfe werden erkennbar.

Argument Sonderband 150 176 S., br., DM 18.50 / 15,50 für Studenten Bei Subskription aller vier Bände DM 13,50

Intervention

Zur Bilanz der Modernisierungstheorie*

Haucks ablehnendes Urteil über die Modernisierungstheorie überrascht nach seinen früheren Veröffentlichungen nicht. Viele Einwände sind überzeugend. Dennoch glaube ich, daß seine Argumentation der Modernisierungstheorie nicht gerecht wird: Erstens präsentiert Hauck ein verzerrtes Bild der Modernisierungstheorie, das von Arbeiten aus den fünfziger und sechziger Jahren geprägt ist. Zweitens vermengt er Modernisierungstheorie mit Theorien über die Moderne. Und drittens fehlt ein triftiges, empirisch-normatives Alternativmodell.

1. Ausgangspunkt der Modernisierungstheorie ist das Erstaunen über die Beschleunigung von Wandlungsprozessen in einer Vielzahl sozialer Teilbereiche seit den letzten zweihundert Jahren. Diese Wandlungsprozesse hatten in Europa ihren Ausgangspunkt genommen, sind aber mittlerweile global. Erklärungsversuche hierzu fielen recht unterschiedlich aus, und ihr gemeinsamer Kern ist nach wie vor nicht immer sichtbar. Keineswegs spreizen sie aber automatisch die europäische Moderne zum Universalmodell vernünftiger Gesellschaftsgestaltung auf, wie Hauck meint (242). Gerade in den letzten Jahren wurden innerhalb der Modernisierungstheorie Ansätze kritisiert, die die überlegene Rationalität der »modernen« gegenüber der vermeintlich »traditionellen« Gesellschaft behaupten.

Hauck rennt somit offene Türen ein, wenn er ältere Ansätze als eurozentristisch schilt (236). Modernisierung wird längst nicht mehr als eine Einbahnstraße gedacht, in der sich »rückständige« Gesellschaften nach europäischem Bilde formen, sondern eher als Bündel von Prozessen, die ähnliche Probleme aufwerfen, aber zu ganz unterschiedlichen »Lösungen« führen. Es ist allerdings richtig, daß die empirische Bilanz der modernisierungstheoretischen Entwicklungssoziologie alles andere als befriedigend ist. (Sie teilt damit freilich das Schicksal von stärker marxistisch inspirierten Konkurrenten.) Immerhin scheint der ökonomische Restrukturierungsprozeß seit den siebziger Jahren, vor allem die höchst unterschiedliche Rolle, die die einzelnen Länder der »Dritten Welt« darin spielen, für die modernisierungstheoretische Grundprämisse zu sprechen, daß sozialer, ökonomischer und politischer Wandel zwar verschränkt, nicht aber aufeinander reduzierbar ist. Es ist wohl aussichtslos, Entwicklungsprobleme einzelner Länder auf eine Ursache zurückzuführen, sei es auf »ökonomische Bewegungsgesetze«, »die Struktur des internationalen kapitalistischen Systems« oder die Wirkung »evolutionärer Universalien«.

In seiner Diskussion der Interaktion endogener und exogener Ursachen von Entwicklung und Unterentwicklung (237-341) macht Hauck selbst auf das Kausalitätsproblem aufmerksam. Ich verstehe aber nicht, wieso er glaubt, die Arbeiten der französischen Regulationsschule gegen die Modernisierungstheorie ausspielen zu können. Deren Verdienst war es doch gerade, mit der grundlegenden Annahme einer Entwicklungskontinuität gebrochen zu haben, der die europäische Nachkriegsprosperität als »Normalfall industriegesellschaftlicher Entwicklung« (B. Lutz) galt. In dieser Erkenntnis treffen sie sich genau mit der modernisierungstheoretischen Kritik am orthodoxen Marxismus, wonach es keine unilineare, von objektiven Effizienzgesichtspunkten determinierte gesellschaftliche Entwicklung der Arbeitsteilung gibt.

^{2.} Wie sieht es mit den Maßstäben aus, an denen »gemessen das 'westliche Modell'

^{*} Zu Gerhard Hauck: Zurück zur Modernisierungstheorie? Eine entwicklungstheoretische Bilanz. In: *Argument* 168, 235-248.

736 Intervention

als 'zu leicht befunden' angesehen« (246) werden muß? Ich glaube, es ist hier nützlich, zwischen »Modernisierungstheorie« und »Theorie der Moderne« zu unterscheiden. Zum einen handelt es sich um empirisch angelegte, langfristige Entwicklungsmodelle, zum anderen um Wertemodelle, die mit ethischen Begründungskriterien operieren. Ich möchte sofort hinzufügen, daß diese Unterscheidung nur analytisch ist und plädiere sogar dafür, daß sich Modernisierungstheoretiker ihrer normativen Grundlage stärker bewußt werden. Dennoch bleibt festzuhalten, daß die von Hauck als Zeugen herangezogenen J. Habermas und W. Schluchter eher Sozialphilosophen denn Modernisierungstheoretiker sind. Habermas hat sich sogar ganz entschieden gegen Modernisierungstheorien gewandt! (Theorie des kommunikativen Handelns, Bd.2, Frankfurt/M. 1981, 550f.)

Auf die sozialgeschichtlich orientierte modernisierungstheoretische Forschung geht Hauck hingegen nicht ein. Diese hat mit manchem weitverbreiteten Mythos aufgeräumt. Ich erwähne nur die lange Zeit als Dogma geltende Annahme, daß die Kleinfamilie ein Produkt der Industrialisierung gewesen sei. Mittlerweile ist mancher Einblick in langfristige Veränderungen von gesellschaftlicher Rollenzuweisung (Geschlecht, Rasse), sozialer Ungleichheit, politischer Partizipation, staatlicher Tätigkeit usw. möglich. Viele dieser Arbeiten lassen eine Reihe nützlicher Konzepte erkennen, die es erlauben, sozialen Wandel zu untersuchen, ohne ihn sofort als Ausbund an Rationalität zu feiern oder im Lichte einer mystifizierten Vergangenheit zu verdammen. Genau darin liegt für mich die Berechtigung und Stärke der Modernisierungstheorie: als historisch-vergleichende, theoretisch eher zurückhaltende Bestandsaufnahme der Veränderung in den europäischen Gesellschaften. Die Verluste und Gewinne von Modernisierung können nicht einfach miteinander verrechnet werden, aber zumindest aufgezeigt und damit der öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht werden. Auf diese Weise wird Modernisierungstheorie zur selbstreflexiven Entwicklungstheorie der Gegenwartsgesellschaft.

3. Wenn von »Gewinnen« und »Verlusten« die Rede ist, stellt sich sogleich die Frage nach zustimmungsfähigen normativen »Maßkriterien«. Ich erhoffe mir mit Hauck, daß »die Diskussion über 'Modernisierung als Rationalisierung' ... die Maßstäbe deutlicher gemacht (hat), an denen man 'Rationalisierung' vernünftigerweise bemessen kann« (246). Weil Hauck aber empirische Rekonstruktion mit moralischen Begründungsansprüchen verwechselt, übersieht er den spezifisch metatheoretischen Status eines solchen Rationalisierungskonzeptes. Habermas behauptet keineswegs, »Vernunft« sei empirisch verwirklicht, sondern vielmehr, die empirische Wirklichkeit lasse sich auf Grund von anerkennungswürdigen Maßstäben normativer Gesellschaftskritik begutachten, die er in der Struktur verständigungsorientierten Handelns verorten will. Wo behauptet Habermas, »daß die moderne — sprich: kapitalistische — Arbeitsorganisation universalistischen Prinzipien« genüge? (245)

Haucks andernorts vorgeschlagenes alternatives evolutionäres Kriterium, nämlich die Differenz zwischen der »guten Seite« der Produktivkraftsteigerung, die dem Bedürfnis der unmittelbaren Produzenten nach Erleichterung und Effektivierung dient, und ihrer »schlechten Seite«, die dem Bedürfnis der herrschenden Klasse nach Mehrproduktaneignung dient, scheint mir zumindestens ebenso schwerwiegende Einwände zu mobilisieren wie der Vorschlag von Habermas. Wo klassenübergreifende Risiken zunehmen, wo die Masse der Bevölkerung in den hochindustrialisierten Ländern von weltweiten Ausbeutungszusammenhängen profitiert, ist die Unterscheidung in »Bourgeoisie« und »Proletariat« nicht mehr sehr aussagekräftig.

Analyse, nicht Apologie der europäischen Moderne ist Aufgabe der Modernisierungstheorie. Ich glaube schon, daß sie dabei auf die Tradition der europäischen

Aufklärung zurückgreifen kann. Dafür spricht die Tatsache, daß die Aufklärung von vornherein Selbstkritik und Selbstreflexion beinhaltet hat. Es versteht sich, daß Aufklärungsdiskurse auch in Prozesse der Herrschaftssicherung eingebaut waren, doch scheint mir ihr Kern in der Delegitimation jeder Wirklichkeit zu liegen, die der Vernunft »nicht standhalten kann« (Hegel), eine Wirkung, die sich auch gegen die Absichten der Beteiligten durchzusetzen vermag.

»Vernunft«, nicht länger als Besitz von Wahrheit, sondern als Ablehnung jedes nicht-kontrollierten Wahrheits- und Machtanspruchs begriffen, schließt auch nachkommende Generationen und »die Dritte Welt« in den Verantwortungszusammenhang ein. *Diesen* Grundlagen der politischen Kultur des Westens kommt zu recht universelle Bedeutung zu.

Stefan Immerfall (Passau)

Aufruf

Amnestie für Otelo und seine Genossen!

Der April 1974 hat in Portugal eine Epoche eingeleitet, in der sich das gesellschaftliche Bewußtsein tiefgreifend verändert hat. Die Auflehnung gegen die Unterdrückung eröffnete derart weitreichende Perspektiven wie eine menschenwürdige Stellung jedes einzelnen und die Suche nach neuen Formen der kollektiven Organisation unter der Beteiligung aller Individuen. Nichts blieb, wie es war.

Aber dennoch machte zugleich der wirtschaftliche und gesellschaftliche Alptraum der Zerstörung und Willkür seinen Weg. Im Juni 1984 wurden Otelo und seine Genossen gefangengesetzt. Das Gewicht, das das Rachemotiv bei diesem Unterfangen besessen hat, wird spätestens in dem Moment auf skandalöse Weise deutlich, wo wir vor derart schweren Strafen stehen, wie sie jüngst vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden sind. Das gilt auch für die 16 Jahre, die über Otelo Saraiva de Carvalho verhängt worden sind, während gleichzeitig im gesamten Zeitraum der letzten 14 Jahre das Agieren der Rechten strafrechtlich unbeachtet blieb, trotz aller Verbrechen, die sie über lange Jahre begangen hat — Raub, Sachbeschädigung, Überfälle. Ihre Anführer gelten als hochangesehen und werden zu hohen staatlichen Würden befördert.

Was sollen wir da von der Justiz noch weiter erwarten. Gewiß werden wir für Gerechtigkeit kämpfen. Aber wir werden uns nicht der Blindheit der Justiz unterwerfen. Allein eine politische Maßnahme kann dieser traurigen Episode unserer jüngsten Geschichte ein Ende machen — ein politisches Amnestiegesetz. Aus diesem Grunde möchten wir Persönlichkeiten aus einem breiten Spektrum politischer Überzeugungen aus Europa und aus der ganzen Welt zusammenbringen: Sie sollen am 5., 6. und 7. November 1988 in Lissabon zusammenkommen, um die Forderung einer totalen Amnestie für diese politischen Gefangenen zu diskutieren und schließlich zu formulieren.

Dieser Aufruf geht an Euch alle: Portugiesen, Europäer, Weltbürger — kommt nach Lissabon am 5., 6. und 7. November, um der Amnestie für Otelo und seine Genossen und der Diskussion über die Freiheit in Europa Nachdruck und Kraft zu geben.

Das Komitee für die Annestie für Otelo und seiner Genossen Rua S. Pedro de Alcantara, No. 63-10-D, 1200 Lisboa, Portugal

Das Treffen in Lissabon findet unter der Schirmherrschaft der Regenbogenfraktion (GRAEL) im Europaparlament der EG statt. Nähere Informationen bei: Frieder Otto Wolf oder Wilfried Telkämper, c/o Die Grünen im EP z.H. Uta Schulze-Lessel, Bundeshaus HT, 5300 Bonn

Wandel in der DDR

Vierzehntes New Hampshire DDR-Symposium im World Fellowship Center, Conway (USA), 22. bis 29. Juni 1988

Unverkennbar klingt in der Thematik die Absicht an, neuere DDR-Realität unter dem Gesichtspunkt sowjetischer Glasnost- und Perestrojka-Politik zu befragen. Brisanz erhält dies insofern, als DDR- offiziell entgegen bislang üblicher Praxis die Sowietunion diesmal als Vorbild zurückgewiesen wird — bezeichnend hierfür Kurt Hagers Absage an den nachbarlichen Tapetenwechsel (ND, 10.4.87). Andererseits treibt die DDR seit längerem eine Umgestaltung im Rahmen »sozialistischer Intensivierung« voran, auch läßt sich die Diskussion über mehr »Offenheit« und Abschaffung der Zensur, wie der letzte Schriftstellerkongreß zeigt, nicht weiter unterdrücken. Wenn Manfred Lötsch (Berlin/DDR) fragte, wie die notwendige »Modernisierung« der DDR im »Feld weiterer sozialistischer Entwicklung«, will heißen im Bereich »sozialistischer Grundwerte«, erfolgen kann, entspricht dies genau der gegenwärtigen Situation eines vor allem technologischen Wandels unter weitgehendem Ausschluß politischer Umbauten, wie sie in allen DDR-Beiträgen präsent war. Demgegenüber richteten sich die Erwartungen der westlichen Referenten auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen, ohne daß diese Differenz problematisiert wurde. Sie trat jedoch in unterschiedlichen Antworten auf annähernd identische Fragestellungen zutage. Beispielsweise beim Versuch von Lötsch und von Gert-Joachim Glaeßner und Fred Klinger (beide West-Berlin), Haltungen und Kräftegruppen hinsichtlich eines Wandels zu bestimmen. Lötsch unterschied zwischen den Verhaltensmodellen dreier Minderheiten (der technokratischen Haltung, dem maßvollen Optimismus und der pessimistischen Haltung besonders der Künstler, aber auch der Akademiker) einerseits und dem Desinteresse bzw. der Gleichgültigkeit der Bevölkerungsmehrheit, deren Alltag vom Wandel bisher kaum berührt wird, andererseits. In der westlichen Einschätzung fungierte die bei Lötsch als pessimistisch charakterisierte Gruppe dann allein als Befürworterin von Veränderungen; sie vor allem sei an deren politischer Dimension als Vorbedingung für eine Umorientierung des zur Bedrohung gewordenen Wandels im technologischen Bereich interessiert. Übereinstimmung herrschte hingegen hinsichtlich der Konsequenzen, z.B. der Zunahme sozialer Ungleichheit. Von Glaeßner/Klinger als notwendiges, weil motivierendes Element bewertet, sah Lötsch darin eine Herausforderung für die bisher praktizierte »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Eckart Förtsch (Erlangen) machte deutlich, daß auf Grund des Zusammenspiels von Zielvorgaben wie »intensives Wirtschaftswachstum«, »internationale Konkurrenzfähigkeit« — eingebracht von den Akteuren dieser Strategie, einem »Bündnis von politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten« (»Oligopol«) — und Normen wissenschaftlichen Handelns wie »Isolierung und Beherrschung von Phänomenen«, »ethische und emotionale Neutralität« die Definition gesellschaftlicher Probleme in bestimmter Weise, z.B. unter Ausschluß ökologischer und sozialer Belange, vorreguliert wird.

Neben dem Problem der Übertragung von in der Sowjetunion stattfindenden Prozessen auf die DDR wurde die Tagung von Beiträgen bestimmt, die über »Veränderungen« in einem eher evolutionären Sinne informierten. So stellte Anneliese Holzschuh (West-Berlin) in einem Vergleich mit RIAS II die jüngste Entwicklung bei Jugendradio DT 64 vor, zeichnete Mathias Hartmann (West-Berlin) ein Bild von der immer stärker werdenden Rolle der Kirche als Freiraum zur Artikulation von Jugendprotest, verfolgte Manfred Hellmann (Mannheim) die Veränderungen der DDR-

Position hinsichtlich der deutschen Sprache. Auf weitgehende Kontinuität hingegen stießen die Germanistinnen Barbara Kienbaum (Hammond/USA) und Margy Gerber (Bowling Green/USA), die die Rolle ausgewählter Medien bei der Erziehung »sozialistischer Persönlichkeiten« untersuchten. Kienbaum hatte die im Rahmen des Staatsbürgerkunde-Unterrichts empfohlene Jugendliteratur ausgewertet, Gerber analysierte die im nächsten Jahr 30jährige Abendsendung des DDR-Kinderfernsehens (»Unser Sandmännchen«). Steht in der Literatur bei der Vermittlung »sozialistischer Werte« besonders die Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik, bis hin zur Vermittlung von konkreten »Feindbildern«, im Vordergrund, fehlt der Fernsehsendung eine Ausrichtung auf Normen mit dem Prädikat sozialistisch nahezu völlig. Zentral ist statt dessen die Vorgabe vielfältiger Sozialisationsmuster, wie z.B. traditionelle Geschlechterverhältnisse, das Unterstellen unter Autoritäten, der Vorrang kollektiver Interessen vor den persönlichen. In beiden Bereichen kündigen sich Veränderungen an. Bis 1990 sollen Lehrpläne und Unterrichtsbeihilfen überarbeitet werden, beim Sandmännchen sorgt der altersbedingte Wechsel der Darsteller für neue Puppen. Bisherige Tendenz: mehr Unterhaltungswert.

Irene Dölling (Berlin/DDR) verwies darauf, daß die Umsetzung eines der historischen Ziele des Sozialismus, die Gleichstellung der Geschlechter, nicht nur auf materielle Absicherung beschränkbar bleibt, sondern gegenüber der »Selbstverständlichkeit gängiger patriarchaler Stereotype und Normen« ideell nach wie vor entschieden einzufordern ist. Sie hatte Frauen- und Männerbilder in zwei bekannten DDR-Illustrierten untersucht und war zu dem Fazit gelangt, daß sich hinsichtlich der traditionellen Muster keine »Brüche«, sondern nur »Veränderungen in der Kontinuität« abzeichnen.

Ein dritter Tagungskomplex befaßte sich mit der literarischen Produktion. Das für sie gegenwärtig wichtigste Medium scheint die Vergangenheit zu sein, wobei insbesondere eine Aktualisierung literarischen Erbes stattfindet. So befaßte sich Klaus Berghahn (Madison/USA) mit Volker Brauns Versuch, in seinem Faust-Drama (dem Vorläufer zum »Hinze-Kunze-Roman«) den »Faust-Mythos zu Ende zu bringen«. Doch nicht nur Klassik wird »kulturpolitischem Denkmalschutz« entrissen, zur Disposition steht in den 80er Jahren auch DDR-Eigenes. Christiane Zehl Romero (Medford/USA) konnte die Arbeit mit Motiven von Anna Seghers bei Heiner Müller und Volker Braun nachweisen, Ute Brandes (Amherst/USA) an Hand von Christa Wolfs Störfall den inzwischen möglichen Bezug auf das eigene Werk. Silvia Schlenstedt (Berlin/DDR) führte diese Arbeit mit dem literarischen Erbe am Beispiel von Brechts Gedicht »An die Nachgeborenen« als vielstimmigen »innerpoetischen Dialog« vor. Die heutige Generation — bei Brecht: »die ihr auftauchen werdet aus der Flut/In der wir untergegangen sind« — befragt mit ihren Erfahrungen die Brechtsche Botschaft neu. »Wann bin ich dieser Klage enthoben?/Wann tauche ich endlich auf aus der Flut/In der wir untergehen?« (H.-E. Wenzel). Anders operiert Hans Brinkmann mit der Metapher: Im »Narrenschiff« entwirft er ein Bild der »Stagnation«. Der Text endet paradox, denn eine Handbreit Strand trennt vom Wasser, »und die Flut, aus der wir aufstiegen,/fällt nicht mehr und steigt auch nicht«. Gegen die Erstarrung werden dann Bilder der Bewegung beschworen: »Wie kann ich produktiv ausbrechen aus dem stoischen Kreislauf meines Lebens« (Wenzel), »Raus aus dem Beifall/Raus aus den gängigen Vorstellungen/und an erster Stelle aus mir« (Brink-

Schlenstedt hatte eingangs Jürgen Kuczynski mit der Feststellung zitiert, die Literatur sei hinsichtlich der Erkenntnis sozialer Realität aussagekräftiger als die Wissenschaften. Steht der literarische Umgang mit der Vergangenheit damit für ein all-

gemeines Anliegen, kann gar der »innerpoetische Dialog« Modell für Zukünftiges werden? Es bleibt zu hoffen. Der Großteil der in Conway gehaltenen Referate wird im neunten Band der »Studies in GDR Culture and Society« (University Press of America) veröffentlicht.

Rainer Alisch (z.Zt. Bowling Green/Ohio)

9. Westberliner Volksuni

Pfingsten, 20. bis 23. Mai 1988

Unter dem Motto Schöner neuer Kapitalismus? stand die Spezifik des »High-Tech-Kapitalismus« im Zentrum der rund 100 Einzelveranstaltungen. Vier Stunden lang diskutierten Peter Glotz für die SPD und Eckhard Stratmann für die »Grünen« mit Rudolf Scheid, dem Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Elektrotechnik und Elektronikindustrie. Scheid forderte vom Staat eine Förderung des Humankapitals statt Subventionen nach dem Gießkannenprinzip. Untermauert durch konkrete Zahlen stellte er die These auf, das Wissenswachstum und die Vergegenständlichung von Wissen in Software ermögliche neue Perspektiven für das wirtschaftliche Wachstum allgemein und eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Dimensionen im Produktionsprozeß. Scheid schweige dabei vom Kapitalismus, konterte Stratmann. Szenarien einer selektiven Schrumpfungspolitik und des Auf/Ausbaus einer Produktion mit ökologisch-demokratischer Zielsetzung müßten die Forderung nach Vergesellschaftung enthalten, Wahl des Managements durch die Belegschaft (»Warum ist das in der UdSSR möglich und nicht bei uns?«) und eine radikale Arbeitszeitverkürzung zum Abbau von Arbeitslosigkeit, auch ohne vollen Lohnausgleich. Glotz wiederum warnte vor den erheblichen Gefahren einer nicht-beherrschten ökonomischen Entwicklung durch Überschuldung in Ost und West, betonte einerseits die Notwendigkeit einer Europäisierung als Voraussetzung für die Lösung von strukturellen Wirtschafts- und Technologieproblemen, beklagte andererseits die mangelnde organisatorische und intellektuelle Vorbereitung von SPD, aber auch Gewerkschaften, Handwerk und der Linken generell auf die einschneidende Öffnung der EG 1992.

Überraschend war nicht, daß viele Überlegungen nebeneinander stehen blieben, eher, daß es überhaupt zu diesem Gespräch zwischen Vertretern der Linken und einem führenden Repräsentanten der modernen Industrie gekommen war. Gemeinsamkeit bestand in der Betonung ökologischer Dimensionen beim Produzieren und in der großen Bedeutung, die dem Typ des Innovators für jede Politik (auch der Produktion) zukomme. Allerdings waren diese »Elemente« bei Glotz/Stratmann/Scheid in Politiken mit antagonistischen Zielsetzungen eingebunden.

W.F. Haug führte an verschiedenen Materialien vor, wie die Welten der Simulationen (etwa von Börsenverläufen) zu neuartigen Gedankenformen führen. In einem Workshop trugen Otto Kreye (Starnberger Institut), Thomas Hurtienne (FU Berlin) und Wolf Haug »Bausteine zu einer Theorie des transnationalen Kapitalismus« zusammen. Über Gen- und Reproduktionstechnologien diskutierten — kontrovers, aber nicht spaltend — unter der Leitung von Randolf Lochmann u.a. Vertreter der »Grünen« (Regine Kollek, Benni Härlin), der Akademie der Wissenschaften der DDR (Erhard Geißler) und des West-Berliner Instituts für Genbiologische Forschung (Lothar Willmitzer).

Das Ressort Gewerkschaften und Betriebe hatte seine Veranstaltungen so konzipiert, daß die »neuen« high-tech- spezifischen Fragen mit »alten« Problemen der Arbeiterbewegung verknüpft wurden. Neben einführenden Vorstellungen von Praxisprojekten (»Wie funktioniert Künstliche Intelligenz? — Am Beispiel maschinellen Übersetzens« von *Christa Hauenschild* und *Stephan Busemann*, TU Berlin) gab es

unter der Leitung von Gerd Schrick (IG Metall) Streitgespräche über technologische Entwicklungsperspektiven von KI und ihre Nutzungsmöglichkeiten im Interesse der Arbeitenden. Christof Ohm (Projektgruppe Automation und Qualifikation) untersuchte Expertensysteme als Vergesellschaftungsmedium unter antagonistischen Bedingungen und arbeitete die Möglichkeit einer Demokratisierung des Wissens heraus. Wolfgang Coy (Informatiker, Uni Bremen) widersprach — ein Transfer von Wissen finde gerade nicht statt, zu befürchten sei eine Dequalifizierung, sobald die Systeme routinemäßig funktionieren.

Um Kämpfe um die Zukunft der Arbeit — zwischen High-Tech und Maloche — ging es bei den Veranstaltungen über Rheinhausen. Bei *Theo Steegmann* (stv. Betriebsratsvorsitzender von Krupp- Rheinhausen) beeindruckten kühl-analytische Strategieüberlegungen bei gleichzeitiger Leidenschaft für die Sache. *Pfarrer Kelb* stellte die aktive Rolle der Kirchengemeinden in den Kämpfen dar. Was Umgestaltung der Arbeit in den Betrieben konkret heißt — Zerreißproben für die Arbeitenden wie für ihre gewählten Vertreter — verdeutlichten die IG-Metaller *Dieter Scholz* und *Andreas Drinkuth* (Leiter der Abt. Automation und Technologie beim Hauptvorstand). Aus meiner Sicht ist die Politik einer konstruktiven Arbeitsgestaltung bei der IGM am entwickeltsten. Mancher Politiker wäre gut beraten, wenn er auf den Sachverstand in dieser Gewerkschaft zurückgreifen würde, statt sein Wissen über die schnell sich entwickelnden Umbrüche in der Produktion ausschließlich aus Popularisierungsartikeln von Kern/Schumann zu beziehen.

Zwar fällt in der Eröffnungsveranstaltung sogar meiner Tochter die Abwesenheit der Frauen am Rednerpult auf, — doch in den verschiedenen Beiträgen sind sie ja keineswegs vergessen. Besonders wichtig sind mir *Ulf Kadritzkes* einfühlsame Worte in Erinnerung an Christel Neusüss, deren Tod uns auch in Hannover erschrocken und getroffen hat. Der Wunsch, sie persönlich zu erleben, hatte 1987 zu den wesentlichen Motiven meines ersten Volksuni-Besuchs gehört. — Unter dem Titel »Ermächtigte Ohnmacht« berichtet *Dagmar Schlapeit-Beck*, Frauenbeauftragte in Leverkusen, aus ihrer Praxis. Der Handlungsspielraum der kommunalen Gleichstellungsstellen hängt hauptsächlich von ihrer Position in der hierarchischen Verwaltungsgliederung ab. Zur Zeit stehen 170 hauptberuflichen Frauenbeauftragten noch eine Vielzahl von nebenamtlichen oder sogar ehrenamtlichen »Lösungen« gegenüber, was deren Wirksamkeit erheblich einschränkt. Es gibt auch erst 10 wirklich beschlossene Frauenförderpläne (in weiteren 30 Gemeinden wird darüber diskutiert).

In Frigga Haugs Referat über Rosa Luxemburg war für mich zentral, daß bei dieser für die Menschen/Frauen/ProletarierInnen »die Welt« das Zuhause ist und nicht »das Heim« (der bürgerlichen Familie) — und daß diese Auffassung immer mitzudenken ist, wenn in ihren Schriften nach »frauenspezifischen« Aussagen gesucht wird. — Die Absicht der Veranstaltung »Transnationale Politik von unten — internationale Konferenzen sozialistischer Feministinnen Westeuropas« (Argument-Frauenredaktion) wird mir nicht ganz klar. Aber die Diskussion ist solidarisch um Verständnis bemüht, außerdem sehe ich überraschend viele Frauen, die wie ich seinerzeit in der Studentenbewegung aktiv waren und anscheinend trotz aller »Trendwenden« den sozialistischen Ansatz von damals nicht fallengelassen haben. Vielleicht genügt das als Grundlage einer — kritischen — Zusammenarbeit, oder habe ich mich zu stark von der aufgekommenen Abschiedsstimmung beeinflussen lassen?

Wie wichtig mir die Volksuni als intellektueller Workshop geworden ist, zeigt sich hinterher, wenn der Alltag mit den Kinderproblemen, Arbeitslosigkeit usw. mich wieder fest im Griff hat.

Hadwig Reinerth (Hannover)

Gleichzeitig mit der Volksuni fand in Berlin ein internationaler »New Age«-Kongreß statt, das »Forum Futurum«. Bei näherem Hinschauen wird die Ahnlichkeit der Thematik offenbar: beiden geht es darum, das Charakteristische unseres Zeitalters zu erfassen. Während es die Volksuni im »High-Tech-Kapitalismus« und den damit verbunden Lebensweisen sieht, siedelt das Forum Futurum es auf spiritueller Ebene an, auf der des »neuen Bewußtseins«. Dieses wird als ganzheitlich, ökologisch und antipatriarchalisch bestimmt. Soweit die VertreterInnen der New-Age-Bewegung überhaupt eine Gesellschaftsanalyse leisten, gibt es durchaus Ähnlichkeiten zu Erkenntnissen der Volksuni-ReferentInnen. Konstatiert wird von der New-Age-Bewegung zum einen die Zerrissenheit des heutigen Menschen, welche in der cartesianischen Trennung von Geist und Sinnlichkeit ihren Ursprung hat, zum anderen die Universalität der Krisen, welche die Menschheit bedrohen. Während das Forum Futurum alle gesellschaftlichen Widersprüche im »neuen Bewußtsein« aufgehoben wissen wollte — eine Gehirnwellenmaschine wurde als Hilfsmittel empfohlen —, bot die Volksuni ein Experimentierfeld für Versuche, utopische Momente schon heute in die Praxis umzusetzen.

Das Programm war dicht gedrängt, Veranstaltungen aus sieben Bereichen liefen parallel. Bezeichnend war der Versuch, sowohl TheoretikerInnen wie PraktikerInnen zusammenzubringen. Von der Analyse eines konkreten Phänomens her suchte man Handlungsperspektiven zur Veränderung der Machtverhältnisse zu entwickeln. So bemühte sich *Frigga Haug*, Rosa Luxemburg für den Feminismus fruchtbar zu machen, indem sie nachwies, daß sich Feministinnen in ihrem Politikverständnis durchaus auf Rosa Luxemburg berufen können, obwohl diese kaum explizit etwas mit Feminismus im Sinne hatte. Die Machtfrage wurde nicht nur in ökonomischen Kategorien gestellt, sondern auch in kulturellen und ideologischen. In bezug auf die Frauenbewegung explizit von *Sybille Raasch*, die der Frage nachging, inwiefern es sinnvoll ist, über den Staat Gleichberechtigung erreichen zu wollen.

Die Machtfrage bzw. deren Ausblendung führt uns zurück zum Forum Futurum: Die Verabsolutierung des Spirituellen führt zu einer Abwertung der materiellen Welt. Das neue Bewußtsein verträgt sich mit jeder Gesellschaftsordnung und enthebt das Individuum der Verantwortung für gesellschaftliche Veränderung. Wie in *Gerhard Breitensteins* Volksuni-Veranstaltung zum New Age festzustellen war, stehen auch Linke dieser Bewegung positiv gegenüber. Frustriert durch die Erfolglosigkeit ihrer politischen Aktivitäten, die Begrenztheit ihrer subjektiven Handlungsmöglichkeiten durch politische Aktionen erkennend, bildet sie für manche eine Alternative. Das Erstarken einer solchen Bewegung zeigt, daß Veranstaltungen wie die Volksuni wichtiger sind denn je, um Vereinzelung zu überwinden und Handlungsperspektiven zur Veränderung dieser Welt zu entwickeln.

Silvia Lange und René Reinshagen (Bochum)

Gramsci-Tagung

am Philosophischen Institut der FU Berlin, 24. bis 26. Juni 1988

Die Tagung war vom »Philologismus« oder »Akademismus« dominiert, von wiederholten Versuchen, dieses oder jenes in Gramscis Theorie aufgespürt Elemente dem bürgerlichen oder dem marxistischen Denken zuzuordnen. So blieb man häufig bei Kleinigkeiten stecken. Mit Ausnahme des Beitrags von Klaus Bochmann (Leipzig) konnte keiner eine Diskussion der Aktualität von Gramscis Marxismus oder des Marxismus überhaupt anregen.

Otto Kallscheuer versuchte, nachdem er dartat, daß heutzutage in Italien kaum mehr von Gramsci gesprochen werde — als ob es in der KPI niemanden mehr gäbe,

der sich auf Gramsci bezieht — die Einflüsse, die Croce und Gentile auf Gramsci ausgeübt hätten, zu rekonstruieren. Die Konzeption des kollektiven proletarischen Willens und Handelns als Selbstverwirklichung der Freiheit beim jungen Gramsci habe vieles mit Gentiles Philosophie der reinen Tat gemeinsam. Dieser starke Voluntarismus des frühen Gramsci finde sich im übrigen auch in Lukács' *Geschichte und Klassenbewußtsein*. Eine erstaunliche und m.E. unzulässige Parallelisierung, denn bei Lukács ist das Klassenbewußtsein eine spontane *Gegebenheit*, bei Gramsci aber ein *Ziel*.

Erhard Stölting verfolgte die Linien, die von Gramsci zu Sorel, Pareto und Mosca führen. Der Hegemoniebegriff gehe auf die bei Pareto und Mosca formulierte Konzeption der Elitenzirkulation zurück. Danach führt die Krise einer »formula politica« (ein bestimmter Komplex von anerkannten Glaubenssätzen und Lehren) zur Ersetzung der alten, mit jener »formula« verbundenen Elite durch eine neue, die durch ein neues Prinzip versucht, auf die Gefühlsstruktur der Massen zu wirken und das politische Gefüge in ihrem Sinne zu organisieren. Stölting gestand zu, daß Gramsci diese Konzeption nicht wörtlich übernommen hat, er sei aber von der allgemeinen »Denkstruktur« beeinflußt, insofern Hegemoniegewinnung gedacht werde als allmähliche Ersetzung einer alten durch eine neue, mit der Arbeiterklasse verbundene Intelligenz.

Christian Riechers betonte, daß der Hegemoniebegriff der Quaderni nicht Gramscis »Erfindung« gewesen sei. Man finde ihn auch z.B. bei verschiedenen Theoretikern der III. Internationale, etwa bei Sinowjew und Tretjakow, zu einer Zeit, in der sich Gramsci gerade in Moskau aufgehalten hatte. Es sei nicht auszuschließen, daß das Milieu der Komintern auf Gramsci einen Einfluß ausgeübt habe. Im übrigen habe Gramsci die Vorherrschaft der KPdSU (die damals vergleichsweise gering war) und ihr organisatorisches Muster (mit der unantastbaren Stellung des ZK) akzeptiert.

Klaus Bochmann rekonstruierte Gramscis Ansätze zu einer Sprachtheorie. Er verwies auf die Einflüsse von Matteo Bartoli, Gramscis Lehrer in den Turiner Studienjahren, der als einer der ersten Sprachwissenschaftler in Italien mit dem Positivismus gebrochen hatte. Sprache wird nicht als vom menschlichen Willen unabhängiges physiologisches Gesetz, sondern im Rahmen der Produktion des gesellschaftlichen Seins der Menschen verstanden. Er spricht z.B. von »Ausstrahlungszentren mit gesellschaftlich-kulturellem Prestige«, die bestimmte geographische Sprachzonen hegemonisieren und ihre sprachliche Entwicklung bestimmen. Gramsci arbeitet Bartolis Theorie aus bzw. in seinen Ansatz ein, in bezug auf: 1. das Verhältnis von Nationalsprache und Dialekten; 2. die Frage der Hegemoniegewinnung der Kommunistischen Partei über die Zivilgesellschaft (»societá civile«). Die Hegemonieapparate haben Bochmann zufolge eine begriffliche Ähnlichkeit mit Bartolis sprachlichen Ausstrahlungszenten. — Über die philologische Rekonstruktion machte Bochmann zu Recht darauf aufmerksam, daß eine Reihe von Problemen, die die kommunistischen Parteien mit nationalen bzw. sprachlichen Minderheiten hätten, auf das Fehlen einer gründlichen marxistischen Sprachtheorie zurückzuführen sei. Gramsci biete für dieses Problem weiterführende Ausgangspunkte.

Joachim Meiner, Übersetzer von in der DDR erschienenen Schriften Gramscis, beklagte die planlose Übersetzung im deutschsprachigen Raum. Auf der anderen Seite stellte er einmal mehr die Übersetzungsproblematik bei Begriffen wie etwa »societá civile« oder »buon senso« heraus.

Elmar Locher verhandelte die Mitte der sechziger Jahre in Italien im Anschluß an Alberto Asor-Rosas Buch Scrittori e Popolo entfachte Debatte. Dieses (jüngst wieder-

veröffentlichte) Buch bezichtigt die in Italien vorherrschende Gramsci-Literatur des »Populismus«. Locher seinerseits machte sich den Standpunkt Asor-Rosas zu eigen und kritisierte die »normative Verherrlichung der Volkstümlichkeit« in Gramscis Literaturtheorie, die Unterordnung der Kunst unter den Imperativ der Verstehbarkeit für das Volk. Dadurch würden neue, moderne, expressive Formen ausgeschlossen. Locher konstruierte dabei einen Gegensatz Brecht-Gramsci, den Sabine Kebir in einem Diskussionsbeitrag zu Recht als abstrakt und zwanghaft kritisierte.

Auch wenn hier keine unmittelbaren Einflüsse zu entdecken gewesen wären, so hätte die philologische Arbeit an einer *Linie Gramsci-Brecht* wirkliche theoretische Perspektiven eröffnen können.

Sebastiano Ghisu (West-Berlin)

Israelisch-Palästinensischer Dialog. Perspektiven für die Zukunft

Tagung des Bildungswerks für Demokratie und Umwelt, West-Berlin, 4.-5. Juni 1988 Beeindruckend bei diesem Treffen israelischer und palästinensischer Intellektueller war der Grad politischer Gemeinsamkeiten und die geschilderte Breite des palästinensischen Widerstands. Deprimierend war das Ausmaß der israelischen Unterdrückung, von der berichtet wurde.

In einer ersten Runde sprachen der israelische Publizist und Politiker *Uri Avnery*, stellvertretender Vorsitzender der Progressiven Friedensliste, und der palästinensische Historiker *Musa Budeiri* (Bir Zeit University) über die Perspektiven eines Dialogs. Während Avnery erklärte, trotz aller Schwierigkeiten Optimist bleiben und am Dialog als der einzigen Friedensperspektive festhalten zu wollen, problematisierte Budeiri die Bedingungen, unter denen der Dialog stattfindet. Ein Dialog sei eigentlich nur zwischen gleichberechtigten Partnern möglich. Finde er zwischen Mächtigen und Beherrschten statt, bestehe die Gefahr, daß die Beherrschten ihre Identität verlören und sich auf Fragen und Problemstellungen einließen, die nicht ihre eigenen seien. Die israelische Schriftstellerin *Yael Lotan*, Mitglied des Israelisch-Palästinensischen Schriftsteller- und Künstler-Komitees, hielt es für notwendig, daß der Dialog zwischen den Völkern stattfinde. Den Politikern überlassen, werde er nur zur Errichtung von Drahtzäunen zwischen den Völkern führen.

Der palästinensische Journalist *Daud Kuttab* (Jerusalem) sprach über die alltägliche Zensur. Jede Zeitungsausgabe müsse dem Zensor vorgelegt werden. Werde ein Artikel verboten, dürfe an dieser Stelle kein Platz freibleiben, so daß die Redakteure immer genügend Artikel in Reserve haben müßten, damit die Zeitung überhaupt erscheinen könne. Es sei nicht einmal erlaubt, auf hebräisch erschienene Artikel zu übersetzen. Da der Informationswert der Zeitschriften gegen Null tendiere, seien Journalisten jetzt dazu übergegangen, regelmäßig Flugblätter zu schreiben und zu verteilen. Weitere alternative Kommunikationsmöglichkeiten seien die Radiostationen der PLO, Graffiti, kirchliche Organisationen und »populary based communities«. Wichtig sei die ausländische Presse: Nur wo sie anwesend sei, könne Gewalt vermindert werden.

Die palästinensische Anglistin und Literaturkritikerin *Hanan Ashrawi* (Bir Zeit University) sprach von einer »Neustrukturierung der Gesellschaft«, die mit dem Aufstand sich herausgebildet habe: alternativ zu den von Israel eingesetzten Verwaltungsinstitutionen seien gewählte Volkskomitees entstanden, würden alternative Erziehungsprogramme durchgeführt. Sicherheitskomitees gegen Soldaten und Siedler aufgestellt. Schon jetzt hätte der Aufstand für die Palästinenser Erfolge gebracht. Der Mythos des Siegers sei ebenso zerstört worden wie der Mythos der israelischen Demokratie. Die Folgen für Israel seien gestiegene Kosten der Besetzung und eine Polarisierung der Gesellschaft (Gegner der Besetzungspolitik formierten sich, aber

auch Befürworter einer noch härteren Gangart, die z.B. die Deportation sämtlicher Palästinenser aus den besetzten Gebieten forderten). Die Folge für die Palästinenser sei ein gestiegenes Selbstbewußtsein, sie sind von Opfern zu Handelnden geworden und machten Zukunftspläne.

Die Soziologin Suna Mani, Mitarbeiterin im arabischen Kinderhilfswerk »Dar-al Tifl« und Mitglied der »Union of Women's Work Committees«, zeigte die Rolle der palästinensischen Frauen in den besetzten Gebieten: Durch die Abhängigkeit von der israelischen Ökonomie habe sich die Situation der Frauen verschlechtert. Sie wurden billige Arbeitskräfte auf dem israelischen Arbeitsmarkt. Erst langsam seien sie aus der passiven Rolle in die der aktiv Handelnden hineingewachsen: Teilnahme an Alphabetisierungs- und Ausbildungskursen, Gesundheitsberatungen und Folkloreaktivitäten, aber auch an Kooperativen. Seit 1986 hätten Frauen führende Positionen in der nationalen Bewegung gefordert und erhalten. Sie spielten jetzt im Aufstand eine zentrale politische Rolle. Auch die traditioneller orientierten Frauen beteiligten sich am Kampf: Lebensmittelversorgung, Kindergärten blieben länger geöffnet, damit die Mütter sich politisch engagieren könnten, Frauen beteiligten sich an der lokalen Ökonomie, z.B. Gründung von Textilkooperativen, die die Abhängigkeit von Israel vermindern und die Arbeitslosigkeit bekämpfen sollen.

Die Journalistin Rana Moss (Tel Aviv), Mitglied des Komitees »Nieder mit der Besatzung« und Aktivistin in der israelischen Frauenbewegung, sagte, israelische Frauen hätten, obgleich sie schon eine radikale feministische Bewegung besessen hätten, als in Europa noch kaum die Rede davon war, noch längst nicht das erreicht, was die palästinensischen Frauen geschafft hätten. Seit Beginn der achtziger Jahre hätten sie Kontakt zu palästinensischen Frauen aufgenommen. Obwohl nicht problemlos, habe es doch auf Grund ähnlicher Erfahrungen als Frauen Verständigungsmöglichkeiten gegeben. Die regelmäßig stattfindenden Treffen und die Unterstützung der Palästinenserinnen durch Frauen der israelischen Frauenbewegung sei eine Grundlage für einen zukünftigen Frieden.

Die israelische Rechtsanwältin Lea Tsemel begann ihren Beitrag mit einem Witz aus Südafrika: Botha wurde gefragt, ob es in Südafrika noch Kannibalismus gäbe. Nein, antworte er, das wisse er genau, weil sie gerade die letzten gegessen hätten. Analog könne man der israelischen Regierung antworten, die ständig behaupte, sie finde keine palästinensischen Gesprächspartner: Weil jeder Palästinenser, dem es gelingt, das Vertrauen von Israelis zu gewinnen, sofort deportiert wird. Im Zuge sogenannter »Administrativhaft« würden täglich Palästinenser verhaftet und ohne Anklage, ohne Kontakt zu Anwälten oder Verwandten in ein Lager in der Negev-Wüste gebracht und sechs Monate (und länger) gefangengehalten. In Israel gebe es staatlich organisierten Rassismus mit zweierlei Gesetz für Juden und Palästinenser. Sie bezweifle, ob der israelische Widerstand etwas ausrichten werde, zu sehr sei der Rassismus Bestandteil des israelischen Alltagsdenkens. Sie frage ihre besten Freunde und die Antworten seien nicht ermutigend: Würde ein Israeli ein palästinensisches Kind verstecken? Würde ein israelischer Soldat verhindern, daß ein palästinensisches Kind geschlagen wird? Ihre einzige Hoffnung sei die Intifada, der Aufstand. Im Gegensatz dazu mahnte der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Natan Zach, die Bedeutung der jüdischen Friedensbewegung z.B. beim Widerstand gegen eine mögliche Massendeportation (»Transfer«) der Palästinenser nicht zu unterschätzen. Er stellte eine neue Initiative vor: Israelische und palästinensische SchriftstellerInnen und WissenschaftlerInnen hätten sechs Monate verhandelt und sich auf einen gemeinsamen »Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina« geeinigt, der u.a. die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates in der Westbank und im

Gazastreifen, die wechselseitige Anerkennung Israels und Palästinas als souveräne Staaten, internationale Garantien sowie ein entmilitarisiertes Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten vorsehe.

Vorträge und Diskussion zeigten, daß nicht die politischen Ziele die Palästinenser-Innen und die israelische Opposition trennen. Konfliktstoff liefert die ungleiche rechtliche Lage der »Dialogpartner«. Wie Lea Tsemel es formulierte: »Die Palästinenser sind die Opfer des Dialogs.« Aus dieser ungleichen Situation lassen sich die Vorwürfe aus dem Plenum erklären: Immer wieder wurden den israelischen Teilnehmern Handlungen ihrer Regierung vorgeworfen, die sie ja, auch unter Einsatz ihrer Freiheit (Yael Lotan war gerade zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil sie an einem Treffen mit PLO-Vertretern teilgenommen hatte) bekämpfen. Auf der anderen Seite versuchten israelische Diskussions- und PodiumsteilnehmerInnen die Zustimmung der israelischen Bevölkerungsmehrheit zur Regierungspolitik mit dem Trauma von Auschwitz zu erklären.

Es blieb die Hoffnung, daß der Dialog, der Aufstand und die wachsende israelische Opposition (Demonstrationen haben bis zu 100000 TeilnehmerInnen) eine Lösung ermöglichen, die das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und die Realität des israelischen Staates respektiert. Auf der anderen Seite wurde die Gefahr benannt: daß die israelische Gesellschaft einen Rechtsruck erlebt, der zur Deportation hunderttausender Palästinenser führen könnte.

Nora Räthzel (Hamburg)

Zweites Treffen linker europäischer Zeitschriften

veranstaltet vom Renner-Institut, 17. und 18. Juni 1988 in Wien

Der Titel verbirgt die »halbe Wahrheit«. Die 44 Teilnehmer/innen der vom österreichischen Pendant der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Tagung repräsentierten ca. 30 Zeitschriften. Osteuropäische waren nicht eingeladen worden. Links hieß vor allem, was sich dem Umfeld westeuropäischer sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien zuordnet. Kommunistische (Cahiers Marxistes, Gaceta sindical, Rinascita) und unabhängige marxistische Zeitschriften (Argument, New Left Review, Wiener Tagebuch) bildeten die Ausnahme.

Thematischer Mittelpunkt: Europa 1992, die Vollendung eines (west-)europäischen Binnenmarktes als weiterer Schritt in Richtung Vereinigte Staaten von Europa. Wie ist die Linke darauf vorbereitet? Es gab eine bunte Vielfalt meist aus dem Stegreif vorgetragener Stellungnahmen, zwischen Hoffen (auf gemeinsame Politik und Kultur einer nun endlich west-europäischen Linken) und Bangen (vor einer Kapitulation). Aber es gab nur eine Antwort: die westeuropäische Linke hat ein analytisch-theoretisches Defizit in dieser Frage und hinkt auch politisch und kulturell den Problemen hinterher. Während das Kapital weiter nationale Schranken abbaut, ist die Linke zum Großteil noch national borniert.

Durch erste praktische Maßnahmen zur Kommunikation und Zusammenarbeit wollen die vertretenen Zeitschriften einen bescheidenen Beitrag leisten, dieses Defizit zu beheben. Erstens soll ein European Left Translation Service linguistische Barrieren abbauen und verhindern, daß die Dominanz des Englischen den Fluß der Ideen beschränkt. Mit Hilfe von Einrichtungen des Europäischen Parlaments in Brüssel soll ein Büro dafür sorgen, daß die am Netzwerk beteiligten Zeitschriften wechselseitig Kenntnis von erschienenen Artikeln erhalten (durch Summaries in Englisch, die an alle Teilnehmer verschickt werden), und Übersetzungen (vor allem aus/in weniger verbreitete Sprachen) fördern. Zweitens ist ein Jahrbuch der europäischen Linken projektiert, Konzept, Redaktion und Finanzierung ist noch unklar. Der erste Band könnte die theoretischen Beiträge zum nächsten Treffen dokumentieren,

das im September oder Herbst 1989 in Rom stattfinden wird, als wissenschaftlicher Kongreß zum Thema »Die Linke und die ökonomischen, kulturellen und politischen Veränderungen in Europa«.

Dazu sollen nun auch osteuropäische Zeitschriften eingeladen werden. Der Beschluß fiel schwer. Viele haben Mühe, dem Tempo der historischen Veränderungen zu folgen. Das zeigte etwa eine umständliche und anachronistische Debatte, ob die Einladung auch an »offizielle« oder nur an »dissidente« Zeitschriften gehen solle. Die Perestrojka macht diese polare Anordnung obsolet. Aber sie schafft auch neue Formen der Dissidenz. Oder wie ist zu bewerten, daß manche (hier sozialdemokratische) Intellektuelle glauben. ihr Linkssein dadurch wieder unter Beweis stellen zu müssen, daß sie der Kritik am Stalinismus nun die Kritik an der (befürchteten Übernahme der) »kapitalistischen Rationalität« in der Sowjetunion folgen lassen? Die Gefahren der Perestrojka sind andere, und verkennt dieser Ansatz nicht die Frage nach ihren Chancen: auch für die Linke im westeuropäischen Kapitalismus?

Thomas Weber (West-Berlin)

Perspektiven alternativer Ökonomie bis zum Ende des Jahrtausends

Tagung des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie in der Ev. Akademie Arnoldshain, 15. bis 22. Juli 1988

Nach zehnjähriger theoretischer und praktischer Einmischung in Sachen Alternativökonomie trafen sich in Arnoldshain etwa 130 Personen (davon 50 Referent/innen). Die Kreativität der Projekte, die Vielfalt der Entwicklungen, das Spektrum der Meinungen und die Differenziertheit der Erfahrungen — das alles erzeugte entgegen manchen Befürchtungen kein Gefühl von Chaos. Im Gegenteil, gigantomanische Entwürfe wurden auf das realistische Maß von Handgepäck fürs eigene Projekt gebracht und blieben ansonsten »der Gesellschaft« vorbehalten. Und in den Essentials dieses Handgepäcks besteht auch nach zehn Jahren gemeinsamer Praxis überwiegender Konsens: Arbeitskraft soll exemplarisch aus ihrer Entfremdung befreit werden, Arbeit einen gesellschaftlichen Sinn haben und sowohl in den Bereichen gesellschaftlicher Produktion wie Reproduktion ökonomische Unabhängigkeit bieten. Obwohl die Wege dorthin gelegentlich labyrinthartige Formen annehmen, war dieser Konsens durchgehend zu spüren.

Der Kongreß hat per Wandzeitungen seine eigenen Ergebnisse laufend festgehalten. Die Fülle der Aussagen wurden nach ihren Funktionen in fünf Kategorien unterteilt: Ziele, Prognosen, Forderungen, Wunschbilder, Brüche. Gleichzeitig wurde jeder Aussage ihre Bezugsebene zugeordnet: 1. Betrieb (oder Projekt), 2. Vernetzung, 3. Gesellschaft. Damit konnten die Aussagen in ein »Zukunfts-Diagramm« übertragen werden, dem die Schwerpunkte der Auseinandersetzungen zu entnehmen sind. Danach scheint es einen Zusammenhang zu geben zwischen der individuellen Handlungskompetenz der Projekte und deren Projektion auf »die Gesellschaft«. Je höher der eigene Handlungsspielraum sich darstellt, desto »realistischer« die Anforderungen an die Gesamtgesellschaft, je geringer dagegen, desto größer die Übertragung der Verantwortung auf »anonyme Mächte«. Dies ließe sich ohne Übertreibung aus dem jeweils extremen Verlauf der Linien für emanzipatorische Ziele und eher pragmatisch orientierte Forderungen ablesen. Je niedriger die projektbezogenen Ziele, desto höher die gesellschaftlichen, und je höher die Anforderungen ans Projekt, desto ausgeglichener sind die Anforderungen an die Vernetzungszusammenhänge und die Gesellschaft. Sollte dies der häufig geleugnete Gegensatz zwischen Idealismus und Pragmatismus sein?

Bei den wenigen Prognosen, die gemacht wurden, sind deutliche Tendenzen er-

748 Ankündigungen

kennbar: Betrieblich ein deutlicher Trend in Richtung Organisationsentwicklung mit im wesentlichen zwei Strängen: 1. »Humanisierung« des Kollektivs durch Aufbrechen informeller Hierarchien und Formalisierung von Strukturen, 2. Individuierung von Bedürfnissen und Schaffung von Ersatz(leistungs-)anreizen für Alte und neu Hinzukommende. — Gesellschaftliche Prognosen dagegen stehen sich konträr gegenüber, was durch die Auswahl der Referenten in etwa vorprogrammiert war: 1. Untergangsprognosen, die übewiegend damit argumentieren, daß die Projekte langsam ins Tai-Ginseng-Alter kommen und unversehens an Vergreisung oder Überanpassung verenden werden. 2. »Widerspruchsprognosen«, die vom konkreten Handlungsbedarf ausgehen und Transformations- bzw. Weiterentwicklungsprozesse als nicht zu lösende Einheit begreifen.

Brüche werden mit signifikanter Häufigkeit in der Praxis der Betriebe geortet und so gut wie gar nicht im Vernetzungs- und Gesellschaftszusammenhang. Dies ist um so erstaunlicher, als sich doch gerade die kapitalistischen »Außenbeziehungen« der Betriebe fatal auf die Binnenstrukturen auswirken. Man könnte auch boshaft schließen: In den Betrieben produzieren wir die Widersprüche, in der Gesellschaft sollen sie gelöst werden. Das hält uns handlungsfähig. Ursula Brockner (Bonn)

Ankündigungen

Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen

Vorlesungsreihe der Marxistischen Arbeitsgemeinschaft/Rote Studis Bochum in der Ruhr-Universität, donnerstags, 19 Uhr in HGB 20

Eröffnungsveranstaltung mit Franz Josef Degenhardt (12.10.); Cynthia Cockburn »Die Herrschaftsmaschine. Geschlechterverhältnisse und technisches know-how« (20.10.); Kuno Füssel: »Zu den theologischen Implikationen der Marxschen Religionskritik« (24.11); Reinhard Kühnl: »Die Historikerdebatte. Eine Bilanz« (8.12); Elmar Altvater: »Bankrott und Zerstörung. Zur Krise des Geldes und der natürlichen Umwelt« (12.1.); Klaus Ottomeyer: »Lebensdrama und Gesellschaft« (26.1.)

Informationen: Christian Illian, Brukterer Straße 1, 4630 Bochum, Telefon: (0234) 68 30 52

Ästhetik, Revolte und Widerstand im Werk von Peter Weiss

Internationaler Kongreß in Hamburg-Winterhude, Jarrestraße 20-24 (Kampnagel), 10. bis 13. November 1988

Informationen: Gemeinsam lernen e.V., Rentzelstraße 1, 200 Hamburg 23.

Europäisches Forum sozialistischer Feministinnen

Einladung zur vierten Jahreskonferenz in Manchester (England), 18. bis 20. November 1988

Thema: »Entering the Political Structures — Changing the Structures — Was erreichen wir durch Quotierung?

Information, Anmeldung und Kongreßmaterialien: Jutta Meyer-Siebert, Kollenrodtstraße 56, 3000 Hannover, Telefon (0511) 62 17 40

Sprach- und Literaturwissenschaft

Krenzlin, Norbert (Hrsg.): Ȁsthetik des Widerstandes«. Erfahrungen mit dem Roman von Peter Weiss. Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1987 (211 S., br., 15,- DM) Die Ästhetik des Widerstandes (ÄdW) war in der DDR 1983 in kleiner Auflage erschienen. Sie wurde zunächst nur wenig diskutiert; eine breitere Rezeption fand nicht statt. Der jetzt vorgelegte Sammelband mit »Erfahrungen« ist der erste seiner Art in der DDR. Er ist das Ergebnis eines interdisziplinären Seminars, das unter dem Titel »Ästhetik im Epochenumbruch« 1984/85 an der Humboldt-Universität in Berlin abgehalten wurde. Fast alle der neun Autoren waren dort in verschiedenen gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen tätig. Daß das Buch erst 1987 gedruckt vorliegt, läßt vermuten, daß sein Erscheinen mit Auseinandersetzungen verbunden war, deren Spuren auch in ihm aufzufinden sein müßten.

Das Vorwort weckt große Erwartungen. Krenzlin konstatiert, die ÄdW habe eine sich gerne links gebende Kunstkritik in der BRD gezwungen, ihren latenten Antikommunismus offenzulegen, weshalb es notwendig sei, "eigene Positionen zu entwickeln und vorzustellen, um deren Deutung nicht länger westlichem Orakel oder dubioser Ostforschung zu überlassen« (9). Die ÄdW habe die "Chancen progressiver Politik von den Positionen des Sozialismus und für diesen in ungeahnter Weise belebt«, so daß Krenzlin die Auseinandersetzung mit dem Werk gar zur "Sozialistenpflicht« erhebt (8). Dabei hält er einen komplexen Zugang für den einzig angemessenen, werde doch in der ÄdW "eine Methode der Weltaneignung praktiziert, die viele Momente synthetisiert: ästhetische und moralische, historische und psychologische, wissenschaftliche und politische« (9). Entsprechend vielseitig sind die Themen: Der Archäologe Wolfgang Schindler beschäftigt sich mit dem Pergamonaltar, die Germanistin Ursula Heukenkamp untersucht die Funktion des Ich-Erzählers, Harald Olbrich geht Peter Weiss' Beitrag zur Kunstwissenschaft nach, und Gudrun Klatt nimmt das Brecht-Bild unter die Lupe.

Der Historiker Kurt Pätzold wirft westlichen Rezensenten vor, sich hauptsächlich für den Abweichungsgrad des Romans von »Werken marxistischer Geschichtsschreiber« zu interessieren. Das habe auch in der DDR dazu geführt, am »Hauptgehalt« vorbeizulesen (13), der für Pätzold eindeutig ist: Der »Kampf zwischen den Kräften des Friedens und des Krieges, des Antifaschismus und des Faschismus, der Revolution und der Konterrevolution. Sie [die ÄdW, J.M.] benennt und charakterisiert diese Kräfte in aller Schärfe und Unverwechselbarkeit.« (13) Pätzolds Kritik westlicher Rezensionen mag berechtigt sein, doch die Vorstellung einer einheitlichen und eindeutigen marxistischen Geschichtsschreibung, die ihr zugrunde liegt, ist selbst zu kritisieren. In seinem starren Schwarz-Weiß-Denken fällt er hinter Peter Weiss' Darstellung der Widersprüchlichkeit historischer Prozesse weit zurück. Sich »auch den schwärzesten Erfahrungen eigener Vergangenheit zu stellen, d.h. aus ihnen zu lernen wissen« (15), bleibt bloßes Lippenbekenntnis. Die Zeit des Stalinismus wird mit Glacéhandschuhen mehr angetippt als angepackt.

Wie die von Peter Weiss in der Arbeiterbewegung sichtbar gemachten Widersprüche nicht glattgebügelt, sondern produktiv aufgenommen werden können, führt z.B. Karl-Heinz Mauß vor. Beeinflußt unter anderem von der »Kritischen Psychologie«, macht er das »individuelle Bemühen um Handlungsfähigkeit« als »durchgängiges Thema der ÄdW« aus (65). Damit werden zugleich die Formen der Ein- und Unter-

ordnung in die Parteiorganisation problematisch. Die AdW richte sich nicht nur gegen »klassenbedingte Aussperrung aus den Bereichen der Kultur, Kunst und Wissenschaft«, sondern auch »gegen die Negation der individuellen Urteilsfähigkeit und Handlungsmöglichkeit, wie sie zur Zeit des Personenkults auch innerhalb der politischen Organisationen der Arbeiterklasse noch nicht überwunden war« (66). Mauß geht es um die Herausbildung eines adäquaten marxistischen »Subjektverständnisses«. Nicht Individualismus möchte er »gepriesen« wissen, doch das Individuum »soll seine (kommunistische) Position durch eigene Erkenntnis ... sich erobern und nicht durch Entscheidung anderer an bestimmte Punkte der gesellschaftllichen Auseinandersetzung gestellt werden« (67). Parteidisziplin nach dem Gehorsamsprinzip erscheint fragwürdig, sofern damit »Initiativkraft und Erfindungsgabe« des einzelnen nicht zugelassen werden (68). Bei Pätzold wird dieser Widerspruch auf die Seite des Subjekts verschoben: als dessen persönliche Schwierigkeit, sich der Parteiräson zu unterstellen. So erklärt er sich den Beitritt des Vaters des Ich-Erzählers zur SPD dadurch, daß ihm die »innere Disziplin« der KP »unverstanden« geblieben sei, und läßt gar einen »Persönlichkeitsverlust« vorausgehen (19).

Für Irene Dölling gehört »die Funktions- und Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu den wichtigsten Bewegungsformen gesellschaftlicher Widersprüche im Sozialismus« (47). Ihre vorsichtige Strategie zum Abbau sozialer Unterschied zwischen Männern und Frauen versucht an Positionen der AdW anzuknüpfen, was jedoch nur auf Kosten einer Vereinseitigung gelingt. Vorbildcharakter erhält die »fast unglaubliche Bescheidenheit« (57) der Romanfigur Lotte Bischoff. Den Frauen traditionell abverlangte Verhaltensweisen wie Hilfsbereitschaft, Zurücktreten hinter die gemeinsame Sache, Verzicht auf Machtstreben, Anspruchslosigkeit etc. beinhalten ein »perspektivisches, auch utopisches Moment künftiger menschlicher Beziehungen« (60). Lotte Bischoffs »weitgehendes Akzeptieren der 'Frauenrolle'« habe subjektive Kräfte freigesetzt, »die tendenziell-perspektivisch den Rahmen dieser 'Frauenrolle' zu sprengen vermögen« (61). Den Handlungsbedarf, den Dölling sieht, löst sie letztlich in Anpassung und freiwilliger Selbstbescheidung auf. Die Unterordnung der Frau wird als transitorische Notwendigkeit akzeptiert. Zwar ist diese Strategie historisch nur auf den antifaschistischen Kampf bezogen, scheint aber auch symptomatisch für die Harmlosigkeit der Frauenbewegung in der DDR.

Die radikale Kritik hierarchischer, machtorientierter, »männlicher« Strukturen der kommunistischen Parteien zur Zeit Stalins, die in der ÄdW die Marcauer vorbringt, weist Dölling folgerichtig zurück. Marcauers Kritik steht im Rahmen einer Diskussion um die Moskauer Prozesse, die für sie Ausdruck männlicher Machtversessenheit sind. Marcauer steht mit ihren Protesten gegen diese »Deformierungen« (ÄdW I, 293) ziemlich allein und wird schließlich selbst verhaftet. Daß Dölling in ihrem Widerstand nur »Verzweiflung und Mutlosigkeit« erkennen kann (62), ist kaum verständlich. Fragwürdig wird da auch die Einschätzung der Haltung Bischoffs: »Ihre Unauffälligkeit und ihre Kontrolliertheit begünstigen, daß sie der Verhaftung und der physischen Vernichtung entgeht.« (62) Die Verhaftung durch die eigene Partei dürfte damit kaum gemeint sein. Unreflektiert bleibt das Dilemma, daß Widerstand gegen den Faschismus mit widerstandsloser Einordnung in stalinistische Parteistrukturen bezahlt werden mußte.

Wie vorsichtig mit der ÄdW umgegangen wird, zeigt sich auch in der umstandslosen Zuordnung des Romans zur literarischen Landschaft der BRD. Krenzlin wie auch Jürgen Kuttner, der in einem sorgfältig differenzierenden Aufsatz Rezeptionsformen in der BRD-Presse untersucht, lesen den Roman als »Dokument der Neuformierung der Demokratische Kräfte der BRD, des 'Brückenschlags' von der Studenten-

zur Friedensbewegung« (Kuttner, 155). Krenzlin spricht von einem »Werk des Übergangs«, das »gegen eine politische Lethargie der Linken ebenso wie gegen die Verinnerlichung von Kunst und Literatur« geschrieben sei (96). Das von Weiss verfochtene Konzept der Volksfront versteht Krenzlin ganz direkt als »Modell und Angebot für die gegenwärtige Friedensbewegung (97). Eine solche Distanzierung von der ÄdW, die aktuelle Bezüge nur im westlichen Ausland erkennen will, ist mit der Hoffnung auf »progressive Politik von den Positionen des Sozialismus« (s.o.), im Anschluß an die ÄdW, kaum zu vereinbaren. Müßte sie in der DDR heute nicht als »Roman der Perestrojka« gelesen werden? Der Sammelband ist dazu vielleicht ein Beginn. Nur langsam setzt sich die Einsicht durch, daß Stärkung sozialistischer Positionen nicht Widerspruchsfreiheit bedeuten kann, sondern Widersprüche als Chance und Motor von Veränderungen begriffen werden müssen und, wie in der ÄdW vorgeführt, eine eigene Streitkultur entwickelt werden muß.

Reid, James Hamish: Heinrich Böll. A German for his Time. Oswald Wolff Books/Berg Publishers, Oxford, New York, Hamburg 1988 (245 S., Ln., 15,-£)

Die ausdrücklich auch auf das Interesse englischsprachiger Nicht-Spezialisten zielende Monographie verbindet Zeitgeschichte, Autorenbiographie und Werkinterpretationen in einem chronologischen Aufbau. Jedes der acht die Jahre 1917 bis 1985 abdeckenden Kapitel beginnt mit einer (meist ausgezeichneten) Zusammenfassung historischer Ereignisse und leitet über Bölls publizistische Stellungnahmen zu den entsprechenden Stoffen und Themen seiner Werke, ohne in den relativ ausführlichen Werkbeschreibungen die literarischen Techniken zu vernachlässigen. Reids Rechtfertigung seiner Darstellungsweise beruft sich auf den Gegenstand: Bölls Weise, historisch zu lesen (»was passierte damals, als das geschrieben worden ist«; 1), und seine Auffassung, der Literatur seien »bessere Auskünfte« über die Wirklichkeit zu entnehmen als der »Politik« oder »Wirtschaft« (lf.). Der Nähe der Methode zum Untersuchungsobiekt entspricht nicht nur der Umstand, daß die Kapitelüberschriften durchweg Zitate sind, die Bölls eigene Sicht auf eine Phase seines Lebens und der deutschen Geschichte komprimieren, sondern auch generell die Sympathie des Verfassers für Bölls sich nach links entwickelnde »Zeitgenossenschaft« (3). Daß es für diesen als spezifisch deutsch beschriebenen Typ des europäischen Intellektuellen mit Ausnahme Graham Greenes - kein britisches Gegenstück gibt, begründet wohl das Engagement des schottischen Literaturhistorikers: »many of the controversies described in this book would be unlikely in a British context, simply because British writers do not usually intervene in the day to day business of politics« (4). Kaum Zufall, daß die Besprechung im »Times Higher Education Supplement« das Konzept des »Gewissens der Nation«, Böll wie Reid verfälschend (vgl. 6, 198), heftigst ironisierte: »one of the many portentous, but essentially meanigless abstractions he [Böll, H.P.) spent most of his life fithting. (5.2.1988; 22) Zur Kehrseite hat die Erhebung Bölls zu einem — dem Thatcherismus entgegengesetzten, gewissermaßen alternativen »Modell Deutschland« — eine gewisse Zurückhaltung im Umgang mit kritischen Fragen. Eine — verglichen mit der sich in Hagiographie und Denunziation teilenden westdeutschen Böll-Beschäftigung - immense Leistung von Reids ausgezeichnet lesbarem und vorzüglich informierendem Buch liegt überhaupt im Aufwerfen von Fragen, die sich nur stellen lassen, wenn konsequent historisiert wird.

In zweierlei Weise äußert sich die der Bewunderung entspringende und der Historisierung entgegenarbeitende Zurückhaltung: einmal eher ästhetisch, insofern die in Bölls Erzählmodell gesetzten »archetypal themes« (221) ausdrücklich in »a quite

different book« (21) verwiesen werden, ohne daß allerdings die Untersuchung selbst das problematische Verhältnis von »Zeiterscheinungen« und in ihnen »transparent« zu machendem »Gültigem« (55) verschweigen kann, das in Bölls Ästhetik und Poetik von Anfang an eine Rolle spielt. Sichtbar wird diese ausgeblendete Dimension in den als »romantic« (57, 61), »inwardness« (90, 97, 138, 191) oder »colportage« (218) durchaus kritisch gewerteten, aber nicht eingehenden analysierten Elemente der Texte und in — stets nur beiläufig erwähnten — Motiven wie Abfall, Schmutz oder Geruch (95, 98, 115, 148, 174). Zum zweiten hält sich Reid politisch eher zurück, wenn er die Entwicklung der Zeitgenossenschaft Bölls von ihrem grünen, quasi-feministischen und bundesrepublikanisch-patriotischen Endpunkt her konstituiert. Späte Zitate dienen häufig dazu, die Geschichte des Deutschen Böll konsistent zu machen, vor allem solche, die sich Bölls Aneignung von Mitscherlichs »Die Unfähigkeit, zu trauern« verdanken. Aber mit der Modellierung Bölls zum - dem »Wirtschaftswunder« entgegenzuhaltenden — Repräsentanten von Trauerarbeit (68, 78, 101, 113, 211f., 214) stimmt eine Fülle von Reid sehr sorgfältig recherchierter und dokumentierter Details nicht überein: Bölls Schwierigkeiten mit dem Autobiographischen (11f.), soweit es auch ein Durcharbeiten des eigenen Anteils an der faschistischen Vergangenheit bedeuten mußte, weisen auf die daraus folgenden Widersprüche zwischen seinen Selbstaussagen, die zwischen »I functioned without conforming« (24), »we were all Nazis in a way« (The Listener, 4.7.1985, von Reid allerdings nicht zitiert) und »innerem Widerstand (24) beträchtlich schwanken. Nur mit dem Widerstand kann Reid erklären, weshalb Böll nach 1945 kein persönliches Schuldgefühl hatte (39); dessen Fehlen aber paßt nicht zur These von der Trauerarbeit, der überdies die von Böll explizit abgelehnte (39) Kollektivschuld-These zugrundeliegt. Vielleicht wäre es besser gewesen, als sich mit dem postmodernen Trost der Ununterscheidbarkeit von Autobiographie und Fiktion zu begnügen, die Deutungsmuster der faschistischen Vergangenheit jeweils für die entsprechende Phase der Nachkriegszeit umfassend zu rekonstruieren. Es wäre wichtig zu wissen, wann Böll zum ersten Mal von »Befreiung« (35) spricht, um z.B. zu erklären, weshalb er bis 1947 politisch desinteressiert war oder 1949 CDU wählte. Auch die von Reid so aufmerksam wie kritisch vermerkten, für viele Gruppe 47-Autoren typischen Züge der »Exkulpierung« (48) durch Existentialismus und der Rehabilitation der Nazi-Wehrmacht (65, 88), vor allem durch Gleichsetzung von Faschismus und Antifaschismus, von Tätern und Opfern, verlangen wohl weitere Aufklärung: Wie und wann werden diese Motive im Laufe der Nachkriegszeit neu bearbeitet? Weshalb kann z.B. für Bölls Annäherung an die SPD Willy Brandt gerade als Emigrant (160f.) die entscheidende Rolle spielen, wo Bölls Haltung zu den Emigranten und zur Exilliteratur nach 1945 durch recht übliche »Ressentiments« gekennzeichnet war? Gerade weil Reid auf der Bedeutung der Nachkriegsjahre vor der Währungsreform besteht, muß gefragt werden, mit welcher Vergangenheit Böll sich und seine Leser konfrontiert. Statt seine Erinnerungsarbeit zur Norm zu erheben, wären die historisch-sozialen Regeln seines Gedächtnisses interessant. Denn der Untertitel von Reids Buch »A German for his Time« stimmt.

Helmut Peitsch (Swansea/Großbritannien)

Reinhold, Ursula: Alfred Andersch. Politisches Engagement und literarische Wirksamkeit. Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1988 (285 S., br., 10,50 DM)

Es wäre oberflächlich, das Buch primär als Wiedergutmachung an Alfred Andersch zu lesen, der sich in der DDR wegen seiner kurzen Mitgliedschaft in der KPD lange Zeit den obligatorischen Vorwurf des Renegatentums (263) zuzog. Obwohl sie die Heftigkeit der Attacken in heute nur deprimiert zu lesenden Zitaten in Erinnerung

ruft, ist ihre Monographie als gründliche Auseinandersetzung mit dem Autor wie Werk übergreifenden Problemen von politischem Engagement und literarischer Wirksamkeit ein Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses zwischen BRD- und DDR-Literatur. Die Verfasserin verschweigt ihre auf die DDR bezogene Absicht nicht: dem Leser, der seit 1985 »fast alle Erzählungen« kennenlernen konnte, »eine Einführung in Leben und Werk dieses Autors (zu) geben und die Herausgabe seiner weiteren Werke hierzulande an(zu)regen« (254). Diese politische, sogar pädagogische Orientierung bedeutet kein Zurückbleiben hinter avancierter (westlicher) Forschung; im Gegenteil, Reinholds Auswertung der Quellen — auch der eher biographischen — geht über alle westdeutschen Gesamtdarstellungen hinaus, was angesichts des beklagenswerten Zustandes der Andersch-Bibliographik kein geringes Verdienst ist, auch wenn vor allem hinsichtlich der Jahre des Faschismus noch Lücken zu schließen sind und Reinhold dazu tendiert, Anderschs autobiographischen Selbstdarstellungen relativ eng zu folgen (21).

Die kulturpolitische Abkehr von der Pauschalität des früheren Antikommunismus-Vorwurfs, der sich als Ideologiekritik mitverstand, führt methodisch zur Rekonstruktion des »Erfahrungsgehalts« (83) von Anderschs Werken, deren spezifisch literarische Widerspruchsstruktur — u.a. in Polemik mit Interpretationen, die auf existentialistische Philosopheme reduzieren (83, 133, 183) — herausgearbeitet wird, zur historischen und sozialen Erklärung der zentralen Motive sowie zur aktuellen Bewertung. Indem kulturpolitisch Anderschs Antifaschismus als spezifisch westdeutscher ernstgenommen wird, kann seine kommunistische Vergangenheit als Episode erscheinen, die allerdings »tiefe Spuren« (134) hinterlassen habe; die Ursula Reinhold im Engagement für den Frieden zu sehen neigt (vgl. aber den nicht unproblematischen Umgang mit den einschlägigen Zitaten von 1962 und 1975: 75, 166, 202, 239). In Anderschs Verhältnis zur herrschenden bundesrepublikanischen Kultur werden die Momente der Abgrenzung akzentuiert, weil bestimmte Knotenpunkte der westdeutschen Literaturentwicklung in den Mittelpunkt gerückt werden, in denen die politischen Fronten direkt in literarischen sichtbar werden (Kongreß für kulturelle Freiheit, 38f.; Kontroverse der Gruppe 47 mit Friedrich Sieburg, 56; Studentenbewegung, 165f.; Berufsverbote, 242).

Im Falle Anderschs naheliegend, aber vielleicht unzureichend im Zusammenhang von Anderschs Ästhetik und Poetik reflektiert ist die Bevorzugung der Romane und in diesen wiederum die der »autobiografischen Erlebnisfiguren« (71). Methodisch verweist dies auf die Spitzenstellung der »Kirschen der Freiheit« (71-86), aus denen die zentralen Motive der Untersuchung gewonnen werden (ausführlich interpretiert werden »Sansibar«, 122-136, »Die Rote«, 136-155, »Efraim«, 156-182, »Winterspelt«, 214-234): »Die aus biografischer Erfahrung erwachsene existentielle Grundgestimmtheit bildet die Basis für die Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Fragen unserer Epoche. « (12) Nicht nur einige literaturtheoretische Probleme — wie der Begriff des »Offenen« und das Konzept des »In-Geschichten-verstrickt-Seins« (112, 114, 194, 214, ohne Erwähnung von Popper und Schapp) - treten in den Hintergrund, sondern auch manche literaturgeschichtlichen Fragen. So wird im Vergleich zur Rundfunk- und Zeitschriftenarbeit Anderschs die literarische Organisation der Gruppe 47 als Instanz der bundesrepublikanischen Literaturverhältnise (160) wesentlich weniger wichtig genommen; auch die Frage, inwieweit die Einbeziehung in demokratische und sozialistische literarische Aktivitäten für die Radikalisierung des späten Andersch eine Rolle spielte, wird kaum gestellt. Generell scheint mir — vom Westen her — die Tendenz der Aufwertung des Nonkonformismus, nachdem er so lange in der DDR pauschal denunziert worden war, nicht völlig unproblematisch;

denn Gegenstand scharfer politischer Kritik werden jetzt nicht nur die DDR-Autoren des Kalten Krieges, sondern auch die bundesrepublikanischen Linken, die damals gegenüber den Liberalen nicht genug Geduld bei der »Suche nach Bündnispartnerschaften und Kooperationsmöglichkeiten« zeigten, wie z.B. Peter Hamm. Dessen Besprechung von »Die Rote« in »Geist und Zeit«, die den westdeutschen Intellektuellen von 1960, die »die politischen Tabus« anerkanten, ihr »Einfunktioniert-Sein« vorrechnete, wird getadelt: »Diese Haltungsfragen rücken hier ins Zentrum und werden in einer appelativen Form verhandelt, die nicht das Übereinstimmende, sondern das Trennende in den Vordergrund treten läßt.« (150)

Solange nicht die Beziehungen zwischen Literatur und Politik in und zwischen beiden deutschen Staaten insgesamt zum Thema gemacht werden, kann solche Kritik selbst moralisch bleiben, ihrem Gegenstand und machmal auch Helden relativ nahe.

Helmut Peitsch (Swansea/Großbritannien)

Müller, Hans-Harald: Der Krieg und die Schriftsteller. Der Kriegsroman der Weimarer Republik. J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1986 (398 S., br., 68,- DM)

Entgegen einer verbreiteten Annahme hat die literarische Auseinandersetzung der Weimarer Republik mit dem Ersten Weltkrieg, dessen politisches Resultat sie war, nicht erst mit Erich Maria Remarques kontroversem Völkerschlachtdenkmal »Im Westen nichts Neues« (1929) begonnen, sondern bereits lange vorher im Gefolge zeitgenössischer Berichte der Kriegsteilnehmer. Müllers Verdienst liegt nicht zuletzt darin, daß er die romanhafte Darstellung und Deutung des Krieges nicht isoliert betrachtet, sondern in eine literarische Reihe stellt. Mit einer Methodenverflechtung von Rezeptionsanalyse, »autorintentionaler Interpretation ... des einzelnen literarischen Werks«, »Rekonstruktion der Oeuvre-Geschichte eines Autors« und »literarischer Evolution« unter dem Aspekt individueller, intersubjektiver und gesellschaftlicher »Problemsituationen« (300) gelangt er zu Resultaten, die neues Licht auf den oft automatisch angenommenen pazifistischen Gehalt solcher Romane werfen, welche anders als Ernst Jünger keine »ideologische Überhöhung des modernen Soldatentums« (104) betreiben.

Im Anschluß an Gottfried Gabriels sprachanalytisches Schema von »behauptender Rede« und »referenzialisierenden Texten« einerseits, »nicht-behauptender Rede« und »fiktionalen Texten« andererseits differenziert Müller überzeugend zwischen 1. den zumeist euphorischen, zumindest aber kriegsbejahenden Feldpostbriefen, Tagebüchern und Berichten der Jahre 1914-18, 2. den apologetischen Rechtfertigungsschriften von Generalstabs- und Subalternoffizieren der Jahre 1918-23 (deren Geltungsanspruch sich im Kontext der Kriegsschuldfrage auf die nachprüfbare Authentizität des Kriegserlebnisses beschränkte und dieses mit praktischen Rehabilitations- und Integrationsforderungen verknüpfte) sowie 3. einer neuen »poetischen Matrix der Kriegsdarstellung«, die »aktuellen Problemlösungsgehalt« (39) aufwies: der »Reinterpretation des Weltkriegs unter dem Blickwinkel der Nachkriegsereignisse« (35) im Medium der literarischen Fiktion. Wenn der »gestaltende« Kriegsroman die Sinnfrage nach der Bedeutung des Krieges im Leben des einzelnen wie der Nation stellte, so mußte er sich zwar noch immer die Wahrheitsfrage nach der Verbürgtheit des als erlebt Geschilderten gefallen lassen; der Kardinalfehler zeitgenössischer Rezipienten bestand indessen darin, daß sowohl die publizistische wie die wissenschaftliche Kritik nur allzu oft den »Wahrheitsanspruch von Literatur« (10) mit der Elle der Behauptung, der dokumentarischen Beschreibung des »Was war?« maßen statt mit der der Aussage, der kritischen Reflexion des »Was ist und was soll werden?«.

Soziologie . 755

Bei einem über weite Strecken autobiographischen Genre wie dem Kriegsroman versteht es sich von selbst, daß der äußeren und intellektuellen Biographie des Autors größeres Gewicht zukommt, als es die gängige Theorie literarischen Diskurses heute noch zugestehen würde. Freilich sind die jeweiligen Viten, kombiniert mit korrespondierenden Wunschbiographien, eingebettet in eine profunde Analyse der »Veränderung der literarischen Wirkungsbedingungen« (20), die zunächst mit dem militärischen Zusammenbruch und der politischen Revolution 1918/19, sodann mit der Stabilisierung der Weimarer Republik 1923 eintrat. Es ist erfreulich, zu sehen, wie eine Arbeit, die sich unverdrossen auf Intentionen, Aussagen und Thesen des literarischen Subjekts beruft, Erkenntnisse zutage fördert, die bislang übersehen worden zu sein scheinen. Im Falle Remarques, dessen »Aufrüstungsliteratur« von kommunistischer Seite zur Philosophie des »Remarquismus« stilisiert wurde, schließt Müller: »Die Tatsache, daß der Roman Im Westen nichts Neues ein 'Exempel' darstellt, das den Adäquatheitsanspruch für zwei verschiedene 'Thesen' einzulösen vermag, von denen Remarque nur eine explizit formuliert, war ... für die Rezeption des Romans von fundamentaler Bedeutung.« (57) Die beiden Thesen lauten: »Der Krieg als Erlebnisgegenwart der Protagonisten hat seine 'guten Seiten' gehabt, der Krieg als Zäsur in den Biographien der Generation Paul Bäumers hat diese Generation 'zerstört'.« (57) Insofern konnte der Krieg für Remarque sowohl »'Ursache' seiner Depressionen als auch ein Zustand der Depressionsfreiheit« (44) sein. Der ernüchternde Befund Müllers lautet demnach, daß die literarische Verarbeitung des Fronterlebnisses weder ein eindeutig pazifistisches noch ein eindeutig bellizistisches Anliegen verfolgte.

In seinem unter dem Titel »Der Ernst des Lebens« veröffentlichten Kommentar zu den »Kriegsbriefen gefallener Studenten« (1929) setzte sich Bernard von Brentano der 1936 mit seinem Familienporträt »Theodor Chindler« den ersten Kriegsroman vorlegen sollte, welcher den Krieg als politisches Phänomen vorführte — mit der reibungslosen, nahezu unwidersprochenen »Umwandlung der Bürgerschaft in stehende Heere« auseinander. Die von allen Frontsoldaten beschworene »Kameradschaft im Felde« begriff er als den Gegensatz zur »Einsamkeit des einzelnen, vorzüglich in den Städten«; Krieg erschien den Freiwilligen nicht als Negation des Lebens, sondern als Aufbruch in eine Lebenswelt der Gemeinschaft und der Teilhabe, das Staat und Gesellschaft ihnen nicht vergönnten. Gerade dieser »Gegensatz zwischen Heer und Heimat« erhellt, daß jeglicher Pazifismus, der lediglich auf die Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens orientierte, ohne diesen Friedenszustand sozial auszufüllen, notgedrungen zu kurz griff und der instinktiven Lust am Kriege bei aller Detailschilderung von dessen Schrecken nichts entgegenzusetzen vermochte. Wird heute das Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform« beschworen, so drückt sich in dessen Umkehrung, dem demobilisierten »Soldaten in Zivil«, das Dilemma der aus dem Völkergemetzel in den Scheinfrieden der Heimatgesellschaft entlassenen Kriegsfreiwilligen aus, die sowohl den Bruch zwischen »heldischem« Krieg und bürgerlichem Alltag erfuhren als auch die niederschmetternde Kontinuität von Vor- und Nachkriegszeit. Hans-Christian Oeser (Dublin)

Soziologie

Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel: Neue Urbanität. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1987 (264 S., br., 16,- DM)

Das Buch liefert eine pointierte Beschreibung von Tendenzen einer Rehierarchisierung des Städtesystems in der Bundesrepublik Deutschland, und es hat den Anspruch,

sowohl einen theoretischen Erklärungsansatz als auch Ansätze für eine Neuorientierung der Stadtpolitik zu liefern. Die Autoren gehen von der Problemstellung aus, daß Stadtentwicklung seit über 150 Jahren mit »Wachstum« identifiziert worden sei, und sich dies nun grundsätzlich gewandelt habe: seit mehr als 10 Jahren wachsen die Städte nicht mehr, ihre Einwohnerzahlen gehen zurück, die Arbeitslosigkeit nimmt zu usw. Die Autoren betonen (7), daß über »Stadt« nur sinnvoll bezogen auf eine bestimmte historische Epoche und eine bestimmte Gesellschaft gesprochen werden könne. Daran gemessen halte ich es für oberflächlich, eine Problembeschreibung zum Wachstum oder Schrumpfen von Städten vor allem an Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen festzumachen. Selbst bei sinkenden Einwohnerzahlen und Arbeitsplätzen können sich Städte nach Kriterien der Kapitalanlage weiter im »Wachstum« befinden, in dem Maße, wie sich Kapitalverwertungsprozesse von »realen« Produktionsprozessen abkoppeln/verselbständigen. Die kapitalistische Stadt ist nicht einfach eine räumliche Agglomeration von Einwohnern und Arbeitsplätzen, sondern vor allem ein räumlicher Knotenpunkt von wirtschaftlichen »Kommandofunktionen« und Kapitalverwertungsprozessen (welche heute zunehmend transnational organisiert sind).

Hauptgegenstand des Buchs von Häußermann/Siebel ist eine »doppelte Spaltung« der Städte: (1.) Das bislang einheitliche Muster städtischer Entwicklung zerbreche in zwei einander entgegengesetzte Entwicklungstypen: weiterhin prosperierende versus schrumpfende Städte; (2.) Eine Spaltung vollziehe sich zudem innerhalb jeder Stadt: die »innere Spaltung« in eine »national und international konkurrenzfähige Stadt der Integrierten und Wohlhabenden, und in eine Stadt der Marginalisierten und Armen« (8, 9, 138ff.). Das Buch liefert zu den sozial-ökonomischen Spaltungen viele überzeugende und pointierte Darstellungen. Häußermann/Siebel behaupten nun, daß die Polarisierungen zwischen und innerhalb der Städte »neue räumliche Erscheinungsformen gesellschaftlicher Ungleichheit« seien. Fragwürdig bleibt, was denn das qualitativ Neue solcher Polarisierungen ausmacht. Es darf nicht vergessen werden, daß die Geschichte der kapitalistischen Stadtentwicklung von Anfang an durch soziale/räumliche Polarisierungen zwischen und innerhalb von Städten geprägt war. Die Autoren selbst belegen dies in ihrem Kapitel zur Geschichte der Stadtentwicklung.

Der gesamtgesellschaftliche Restrukturierungsprozeß sei von einem wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß begleitet, der räumlich selektiv verläuft. Die »Gewinner« des Konzentrationsprozesses zentralisieren neue hochqualifizierte Arbeitsplätze (vor allem Entwicklung, Forschung und Management) in jenen Städten, die bereits bevorzugter Standort von Konzernzentralen und »neuen« Wachstumsindustrien sind, mit der Folge einer verstärkten Hierarchisierung/Polarisierung der Großstadtentwicklung. Als eigentliche Erklärung für die selektive Zentralisierung hochqualifizierter Arbeitsplätze und die räumliche Dezentralisierung von Ausführungsfunktionen stellen Häußermann/Siebel die »Produkt-Lebenszyklus-Theorie« heraus, wonach sich die Kriterien für den betriebswirtschaftlich günstigsten Standort einer Produktion im Verlauf des Lebens eines Produktes (vom Entwicklungsstadium bis zur massenhaften Fertigung) wandeln, die Herstellung eines Produkts mit zunehmender »Reife« räumlich dezentralisiert würde, während die großstädtischen Zentren die Orte der Innovation und Entwicklung von Produkten und Verfahren blieben (46-51). Meines Erachtens ist der »Produkt-Lebenszyklus« ein theoretisch schwacher Erklärungsansatz: (1.) Die Beschreibung einer räumlichen Dezentralisierung von Fertigungsfunktionen ist keine Bestätigung dieser »Theorie«; (2.) Der »Theorie«-Ansatz ist nicht sozialökonomisch, sondern »technizistisch« begründet; er folgt Soziologie 757

im Grunde einer naturwissenschaftlichen Denkweise; (3.) Es bleibt die Frage offen, wie der einzelwirtschaftliche Lebenszyklus von Produkten die städtische Standortentwicklung bestimmen kann, wenn in jeder größeren Stadt zu gegebener Zeit eine Vielfalt von Produkten hergestellt wird, die sich zugleich in je unterschiedlichen Stadien eines »Lebenszyklus« befinden, wenn also das »Gesamtprodukt« einer Stadt stets alle »Lebenszyklen« zugleich umfaßt; (4.) Es ist nicht einzusehen, wieso die Zentren der kapitalistischen Stadt als Orte der Innovation und Entwicklung von Produkten und Verfahren historisch-spezifisch treffend charakterisiert werden könnten: Produkt- und Verfahrensentwicklung sind nur ein Aspekt städtischer »Funktionen«. Die Tendenz zur kleinräumigen Dezentralisierung von Fertigungsprozessen in die Randgebiete städtischer Verdichtungsräume kann besser erklärt werden als Konsequenz der zunehmenden räumlichen Zentralisierung von Kommandofunktionen (und deren Hilfs-Funktionen) über Kapitalverwertungsprozesse im Zuge des gesamtwirtschaftlichen Konzentrationsprozesses: je stärker die Kapitalkonzentration, um so mehr kann der einzelne Konzern eine Entkopplung von Kapitalverwertungs- und Produktionsprozeß vornehmen, und eben dadurch räumlich differenzierte Standortbedingungen für unterschiedliche Teilfunktionen flexibel nutzen. So kommt es zu gegenläufigen stadträumlichen Zentralisierungs- und Dezentralisierungstendenzen.

Im 6. Kapitel wenden sich die Autoren gegen die immer noch dominante Orientierung der Stadtpolitik, Schrumpfen in Wachstum umkehren zu wollen. Dies verstärke die negativen Folgen des gesellschaftlichen Restrukturierungsprozesses und verbaue die Möglichkeit zur »Entwicklung neuer urbaner Lebensformen«, Im 7. Kapitel wollen Häußermann/Siebel Alternativen zur bisherigen Stadtpolitik darlegen, wobei sie sich auf die Problematik der schrumpfenden Städte konzentrieren. Die Hauptthesen lauten: Aus dem Schrumpfen erwachsen auch Chancen — sinkende Einwohnerzahlen können den Wohnungsmarkt entlasten und weniger erzwungene Mobilität mit sich bringen, d.h. bei nachlassendem Umnutzungsdruck können Wohnungen in Innenstadtrandgebieten eher erhalten werden. Sollen aber die Chancen genutzt werden, müsse der Schrumpfungsprozeß stadtpolitisch gesteuert werden — eine »passive Sanjerung« bzw. ungesteuertes Schrumpfen würde in »unaufhaltsame Erosion« übergehen. Ziel müsse es sein, eine Großstadtstruktur zu sichern, die sich auf verringertem Niveau von Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen stabilisieren kann. Hierbei gehe es darum, Desinvestition zu verhindern und Nutzungen für vorhandene Gebäude und längst erschlossene Flächen zu finden. So soll der unheilvolle Mechanismus der Gentrifizierung »aufgehoben« werden. Doch das Schrumpfen »schafft von selbst den Platz« (160) für eine Aufwertung des Wohnens, ohne anderen zugleich schlechtere Wohnverhältnisse aufzuzwingen. Das mag stimmen, aber wo bleibt hier die »Steuerung« -- es fehlt die konkrete Aussage zur Stadt-Politik. Häußermann/Siebel heben immer wieder hervor, daß alternative Stadtpolitik besonders die Lösung des Problems der Verteilung von Arbeit voraussetze. Von entscheidender Bedeutung — und auf kommunaler Ebene beeinflußbar — sei hierbei längerfristig die Qualifikation. Insbesondere müßten kommunale Strategien zur Förderung der Qualifikation der heute jungen Arbeitslosen entwickelt werden. Als beispielhafte Ansätze dafür nennen die Autoren: »zweite Arbeitsmärkte, Aus- und Weiterbildung, Alternativbetriebe und informelle Arbeit«. Bei diesen »konkreten« Vorstellungen setzt nun meine Kritik ein: es handelt sich zwar um lauter »praktische« Maßnahmen, aber bei näherem Hinsehen doch nur um die längst geläufigen örtlichen Notprogramme. Die sind sicher unverzichtbar, haben aber nichts mit politisch-gestaltendem Eingreifen zu tun; sie enthalten keinen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reform-Anspruch. Häußermann/Siebel hatten bereits am Anfang ihres Buches »defensiv« for-

muliert, daß Stadtpolitik »als Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik faktisch keine Handlungsräume mehr« habe (10). Hier stellt sich die Frage, wie denn die von den Autoren gewünschte Konzentration der Kommunalpolitik auf die »stadtpolitische Gestaltung des Alltagslebens von Menschen« (10) ohne wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformanspruch machbar sein soll. Würde eine so »anspruchslose« alternative Stadtpolitik nicht zu schnell in eine reine Armutsverwaltungs-Politik abgleiten? Bei den von den Autoren aufgelisteten konkreten Maßnahmen, z.B. »Beschäftigungs-GmbHs«, handelt es sich eher um »neue« Techniken zur Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse. Die Autoren selbst betonen an anderer Stelle, daß solche Organisationsformen stadtpolitisch als »Finanzierungstricks der Kommunen zur Umgehung 'richtiger' Beschäftigungsverhältnisse« gewertet werden könne. »Alternative« Stadtpolitik? Gerade wegen der vielfach möglichen Einwände stellt Häußermann/Siebels Buch eine anregende und herausfordernde Arbeit dar (denn »das Geschäft der Kritik ist nicht, herabzusetzen, sondern Möglichkeiten offen zu Stefan Krätke (West-Berlin) halten« (206).

Bullock, Nicholas, und James Read: The movement for housing in Germany and France 1840-1914. Cambridge University Press, Cambridge 1985 (657 S., br., 45,-£)

Miller-Lane, Barbara: Architektur und Politik in Deutschland 1918-1945. Vieweg-Verlag, Braunschweig, Wiesbaden 1986 (250 S., br., 98,- DM)

Harlander, Tilmann, und Gerhard Fehl (Hrsg.): Hitlers Sozialer Wohnungsbau 1940-1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung. Christians Verlag, Hamburg 1986 (446 S., br., 48,- DM)

Die Studie von Bullock und Read untersucht die Entstehung der Wohnungsreformbewegung in Deutschland und Frankreich und bezieht vergleichend die englische Entwicklung, die ohnehin schon gut dokumentiert ist (vgl. etwa E. Gauldie, Cruel habitations. A history of working class housing 1780-1918, London 1974) mit ein. Dabei ist es spannend nachzulesen, wie im Gefolge des Industriealisierungs- und Urbanisierungsprozesses die »Wohnungsfrage« entsteht, rezipiert und diskutiert wird, und wie sich im Kontext von Industrialisierungs- und Modernisierungsschüben mit erheblichen Unterschieden und Besonderheiten schließlich Wohnungsreformbewegungen herausbilden. »As the homes so the people« (1), so kurz gefaßt die Position der frühen »Reformer«. Eigentum in Form eines kleinen Häuschens schien ihnen die sicherste Gewähr gegen die »Verlockungen der Sozialdemokratie und des Kommunismus« zu bieten. Die Siedlungen, von philanthropischen Unternehmern mit klarem Kalkül gebaut, wie etwa die Kruppschen Werkssiedlungen, bevorzugten ländliche Architekturformen mit pittoresken vorindustriellen Motiven, die der kapitalistischen Realität eine »heile Welt« gegenüberstellten. »In Germany the relationship of sanitary to housing reform is broadly similar to England, but the 'timetable' is different. In Germany, too, sanitary reformers establish the principle of government intervention and the need to regulate and cleanse the slum areas of the cities. « (86) Schlechte unzureichende Wohnverhältnisse setzten zur Beseitigung Kontrollen wie die Wohnungsinspektion voraus. Wohnungsämter, Wohnungsinspektoren und Sanitätspolizei wurden im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in fast allen deutschen Städten und Provinzen eingeführt. Damit war aber das »laissez-faire« Prinzip, die Zuständigkeit der privaten Haus- und Grundeigentümer für Fragen der Wohnungsproduktion und versor gung in Frage gestellt. Dieser langwierige Prozeß wurde vor allem von bürgerlichen Reformern, Kathedersozialisten, dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege, Ärzten und Kommunalbeamten getragen. Er führte schließlich zur Ausweitung der

Soziologie 759

genossenschaftlichen Bautätigkeit als Alternative zum privaten-spekulativen Wohnungsbau und zu verschiedenen Initiativen eines preußischen bzw. reichseinheitlichen Wohnungsbaugesetzes, das allerdings bis zum Ersten Weltkrieg nicht verabschiedet wurde. Die Studien in dem Band erschienen stark, vielleicht zu stark, den Entwicklungen und Diskussionen in den jeweiligen Hauptstädten Berlin und Paris verhaftet. Eine synoptische Gegenüberstellung der Wohnungsreformbewegung in den drei Ländern erleichtert den Vergleich.

Die Studie von Miller-Lane schließt historisch an die Arbeit von Bullock und Read an, thematisiert aber nicht nur den Wohnungsbau, sondern ebenso andere Bauaufgaben im Kontext von Architektur und Politik. Gegenüber der amerikanischen Ausgabe von 1968 wurden in der deutschen Übersetzung keine wesentlichen Änderungen vorgenommen, nur dem Vorwort zur deutschen Ausgabe wurde eine kommentierte Bibliographie beigegeben. Miller-Lane begreift Architekturen nicht nur als Stile, sondern als »Ideologie« und als »Symbole politischer Zielsetzung«. Das »neue Bauen« in den zwanziger Jahren, die damit verbundene Vision einer neuen Gesellschaft und die Bauaufgabe Massenwohnungsbau werden mit starker Konzentration auf das Bauhaus und die Persönlichkeit von Walter Gropius untersucht. Damit geraten andere wichtige Architekten und Planer wie etwa Martin Wagner, Bruno Taut und Ernst May in den Hintergrund. Obwohl das »Neue Bauen« schon in den zwanziger Jahren Gegenstand heftiger Kontroversen war, bezogen die Nationalsozialisten zunächst keine einheitliche Gegenposition. Eine Gegenposition bildete sich erst um 1930 heraus. Unter dem Einfluß von Paul Schultze-Naumburg, Alexander von Senger und R.W. Darré wurde das Neue Bauen als Werkzeug einer internationalen kommunistisch-jüdischen Verschwörung gegen die europäische Kultur und die »nordische Rasse« abqualifiziert (137). Gleichwohl waren die Vorstellungen der Nationalsozialisten über Architektur und Städtebau widersprüchlich. Zwar wurde der Architektur ein »nie dagewesenes politisches Gewicht« zugewiesen, dennoch zeigten die Bauten des 3. Reiches eine außergewöhnliche Vielfalt, »einige waren älteren Architektur-Traditionen verpflichtet, obwohl sie sich stark von dem Stil abhoben, den konservative Kampfbund-Architekten befürworteten, während andere Bauten moderne Einflüsse nicht verleugnen können« (177). Somit hat es keine einheitliche nationalsozialistische Architektur- und Architekturtheorie gegeben, bei unterschiedlichen Bauaufgaben waren durchaus unterschiedliche Architektursprachen möglich. Obwohl Hitler selbst die Bedeutung der Architektur für den »neuen Staat« immer wieder unterstrich und die von »Hitler in Auftrag gegebenen Bauten in allen Einzelheiten publiziert wurden, war ihr Anteil am gesamten staatlichen Bauvolumen des neuen Regimes äußerst gering« (184). So gelang es dem Regime, gerade auch dem Wohnungsbauprogramm eine Publizität zu verleihen, wie sie die radikalen Architekten der Weimarer Zeit nicht erreicht hatten, obwohl spätestens ab 1936 die Mittel zunehmend in die Rüstung flossen und der Wohnungsbau an Bedeutung verlor.

Der von Harlander und Fehl herausgegebene Band thematisiert den Wohnungsbau in der letzten Phase des 3. Reiches. Die Autoren belegen, daß der Soziale Wohnungsbau keine Erfindung der bundesrepublikanischen Politik war, daß die Wohnungspolitik nach 1945 an Hitlers Vision des Sozialen Wohnungsbaus, die ab 1940 Gestalt gewann, anknüpfte. Wichtiges Diskussionsforum war die von 1941-1945 erschienene Fachzeitschrift »Der Soziale Wohnungsbau in Deutschland«. Die Autoren haben aus dieser Zeitschrift die wichtigsten Beiträge ausgewählt und mit einer ausführlichen Einführung versehen. Die »Materialsammlung zum deutschen Wohnungsbau im Zweiten Weltkrieg ist ein erster Versuch, Licht in eine noch recht dunkle und wohl auch lange bewußt dunkel gehaltene Phase der Entwicklung des öffentlich geförderten

Wohnungsbaus zu tragen. Eine Phase, in der nach unserem Ermessen, wichtige Weichenstellungen für den deutschen Wohnungsbau der Nachkriegszeit vollzogen wurden« (8). Die Kommandostelle für den Sozialen Wohnungsbau landete nach heftigen Kämpfen bei der DAF, bei Robert Ley, auf unterer Ebene bei den Gauleitern als Gauwohnungskommissaren. Keine der nun propagierten Gestaltungsmaximen für die Siedlungsplanung war eigentlich neu. Auf bewährte Prinzipien, auch aus der sonst heftig diffamierten »Weimarer Systemzeit« wurde zurückgegriffen. »Siedlungskörper«, »Funktionale Gliederung«, »Auflockerung«, »Zeilenbebauungen« und »malerische Straßenführung« wurden mit bevölkerungspolitischen und Luftschutz-Argumenten zusammengeführt. Auch in der Wohnungsbauorganisation und -finanzierung wurde auf »Bewährtes« zurückgegriffen. Die kurz nach 1933 heftig bekämpften gemeinnützigen Wohnungsunternehmen existierten weiter, lediglich die Führungskräfte wurden ausgetauscht. Die Nationalsozialisten verabschiedeten schließlich 1940 ein Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, nach dem die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft lange gerufen hatte, und das noch heute Prinzipien für alle als gemeinnützig anerkannten Wohnungsunternehmen regelt. Die DAF schuf auch einen neuen Trägertyp: die Neue Heimat. Die »Neuen Heimaten« sollten gauweise als leistungsfähige zentral koordinierte Träger fungieren. Der realisierte Wohnungsbau begann ab 1940 mit »Erprobungstypen«. Wohnungsbau wurde nur noch für wichtige Rüstungsbetriebe betrieben. Die alten Heimatstilprinzipien, landschaftsgebundenes Bauen etc., wurden dabei schnell über Bord geworfen. Ähnlich wie in der Rüstungsindustrie ging es um Normierung und Typisierung auch im Wohnungsbau. Der »Kriegseinheitstyp« von Neufert, oder der »Reichseinheitstyp 001« von Spiegel wurden industriell gefertigt, häufig von Insassen der Konzentrationslager. Später, als die alliierten Bomber zunehmend die deutschen Städte zerstörten, kam es zu »einer späten Rehabilitierung der Laube«, propagandistisch: »Wir werden durch den Krieg zum einfachen Leben zurückgeführt« (79). Die Reichswohnungskommissare vergaben laufend Anerkennungen für »beste Leistungen bei der Ausschmückung der Behelfsheime«. Das Buch ist eine interessante Quelle für die Geschichte deutschen Wohnungs- und Siedlungsbaus. Die damals unter der Kriegswirtschaft vorangetriebenen Entwicklungen prägten in entscheidender Weise den Wohnungsbau und die städtebaulichen Leitbilder der fünfziger Jahre. Die Linien der Kontinuität von »Hitlers Sozialem Wohnungsbau« zum »Sozialen Wohnungsbau« der Nachkriegszeit bleiben allerdings noch zu untersuchen. Dirk Schubert (Hamburg)

Kreutz, Henrik (unter Mitarb. v. Gerhard Fröhlich und Heinz Dieter Maly): Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1985 (XXIII und 291 S., br., 20,- DM)

Die Studie gehört zu den wenigen empirischen Untersuchen alternativer Projekte. 1982 wurden ca. 100 Projekte in den großstädtischen Ballungszentren Hannover und Nürnberg untersucht. Der Forschungsbericht beschreibt das subjektive Selbstverständnis der Mitglieder der Projekte und nennt objektive Definitionsmerkmale (Ilf.). Die Arbeitsdefinition von Alternativprojekten lautet: "Selbstinitierte' Zusammenschlüsse von Personen, in denen Tätigkeiten festgestellt werden können, die ganz oder teilweise an die Stelle herkömmlicher Berufstätigkeiten getreten sind, und deren Mitglieder einen alternativen Anspruch erheben.« (22) Die Untersuchung erstreckt sich damit nicht nur auf Alternativbetriebe, sondern auch auf Freizeitprojekte (vgl. 26f.), was bei der Einschätzung der ökonomischen Relevanz der Projekte nicht immer berücksichtigt wird (vgl. z.B. 58). Einen breiten Raum nimmt die Darstellung

Soziologie 761

der ökonomischen Situation der Alternativprojekte ein (41ff.). Von einem an Mannheim orientierten ideologietheoretischen Ansatz ausgehend gelangen die Autoren zu einer kritischen Beurteilung der Fremdfinanzierung, die bei gleichzeitigem alternativem Anspruch den Verdacht eines ideologischen Selbstverständnisses begründe (44), was angesichts des Tätigkeitsprofils vieler Projekte problematisch ist. Da der Anteil der Projekte im Verhältnis zur Zahl der herkömmlichen Betrieben mit 1,4 bzw. 0,5 Prozent relativ gering ist, kann es nicht überraschen, daß von den Alternativprojekten keine entscheidende Entlastung des Arbeitsmarktes zu erwarten ist (85ff.). Doch schränken die Autoren diese Feststellung dadurch ein, daß sie die Bedeutung der Projekte für bestimmte Berufsgruppen und den Qualifizierungsaspekt vor allem für Berufsanfänger/innen hervorheben (92f., 165ff.).

Zahlreiche Ergebnisse der Untersuchung korrigieren gängige Einschätzungen alternativer Projekte. So zeigt sich, daß der Anteil der Projekte an den Wirtschaftsbereichen wie Landwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe und Handel höher ist, als in der Literatur häufig angenommen wurde (67-74). Die Resultate über Einkommen und Arbeitszeiten lassen die gängige Behauptung der Selbstausbeutung fragwürdig werden (90ff., 100f.). Die Untersuchung der Arbeitsorganisation und des Bewußtseins der Arbeitenden macht deutlich, daß ein hohes Maß an Verantwortungsbereitschaft und ein hohes Reflexionsniveau anzutreffen sind (108). Bei der Darstellung der internen Differenzierung der Verantwortung bzw. der Arbeitsteilung kommen die Autoren möglicherweise deshalb zu einem so negativen Ergebnis, da sie die Rotation als Alternative zur vertikalen Differenzierung zu einseitig in den Vordergrund stellen (118ff.). Bei der Einstellung zur Technik überraschen eine relativ große Aufgeschlossenheit gegenüber der Mikroelektronik und ein ziemlich unkritisches Verhalten gegenüber dem Kraftfahrzeug und den Problemen des Individualverkehrs (121ff.). Bei der Wahl der Rechtsformen der Projekte fällt auf, daß hier die Genossenschaft völlig fehlt, während der eingetragene Verein überwiegt (133). Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, »daß die Mehrheit der alternativen Projekte das vorhandene soziale Netz nicht gezielt mißbraucht und daß die Fälle, in denen größere Umsätze bewußt verheimlicht werden, wahrscheinlich seltene Ausnahmen darstellen« (143). Deutlich wird, daß die immer wieder anzutreffende Einordnung der Alternativbetriebe in den sogenannten »informellen Sektor« oder die »Schattenwirtschaft« unzutreffend ist.

Die Autoren haben 1985 eine erneute Befragung durchgeführt, deren Resultate begründete Aussagen über die Entwicklung der Projekte in einem Dreijahreszeitraum zulassen (vgl. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1986, 553-564). Reinhold Hünlich (Marburg)

Dewe, Bernd, Wilfried Ferchhoff, Friedheim Peters und Gerd Stüwe: Professionalisierung — Kritik — Deutung. Soziale Dienste zwischen Verwissenschaftlichung und Wohlfahrtskrise. ISS-Materialien, Frankfurt/M. 1986 (340 S., br., 19,80 DM)

Der große Professionalisierungsboom psychosozialer Berufe der sechziger und siebziger Jahre war auch für die Produktion von Professionalisierungstheorien ein gutes Pflaster. Überwiegend waren sie die theoretische Begleitmusik zur Etablierung eines expandierenden Handlungsfeldes, dem aber eine gesicherte paradigmatische Grundlage fehlte. Es war eine Periode, in der jedes wohlfeil angebotene Konstrukt eine gute Chance hatte, eine fachliche »Wende« einzuleiten. Da hat nun in den achtziger Jahren eine Wende ganz anderen Kalibers zugeschlagen: Deprofessionalisierung, Deinstitutionalisierung, Selbsthilfe oder Burnout sind die neuen Themen, die der

Professionalisierungsdiskussion die Luft nehmen. Auf diesem Hintergrund irritiert das Buch der Bielefelder Gruppe zunächst einmal. Haben sie zu lange über einem Buch gebrütet, für das die Konjunktur längst vorbei ist? Nein, sie haben ein Buch vorgelegt, das die Konzepte der vergangenen Jahre kritisch durcharbeitet. Für den Leser wird die Lektüre auch zu einem Stück »Trauerarbeit«, weil er mit seinen eigenen Lovalitäten zu den konzeptionellen Hoffnungsträgern der vergangenen Jahre konfrontiert wird, die in ihrer gedanklichen Klarheit oft so defizitär waren. Es ist das Verdienst des Buches, durch das Gestrüpp der Konzepte, Haltungen und normativer Optionen einen Weg zu bahnen. Das ist eine harte Arbeit und die hat dem Buch seine Spuren aufgezwungen. Die Textform läßt etwas von der Mühseligkeit dieses Prozesses erahnen. Ich habe angesichts der geforderten Aufmerksamkeit und der oft quälend langen Sätze immer wieder Pausen bei der Lektüre einlegen müssen. Aber es lohnt sich, den Autoren zu folgen. Es entstehen Klärungen und auch einige Klarheiten, aber keine Lösungen und das ist auch die zentrale Botschaft des Buches: Professionalität im psychosozialen Bereich definiert sich nicht über die Produktion von Problemlösungen, sondern durch das Angebot von Deutungen, die einen Prozeß der Selbstaufklärung befördern können. Professionelles Handeln kann im Kontext sozialer Dienste keine »stellvertretenden Problemlösungen« erzeugen, das wäre »expertenhaftes Handeln«, sondern es kann und soll »stellvertretende Problemdeutungen« anbieten (278), die eine »kluge Selbstapplikation« (Habermas) bei den Adressaten ermöglichen.

Das Buch sucht mit dieser Option einen »vierten Weg«, denn drei haben sich als Holzwege erwiesen: (1) das ingenieurale Konzept des »social engineering«, das auf Verhaltenssteuerung zielt; (2) die subjektivistischen Handlungsmaximen, die sich auf eine geisteswissenschaftlich-hermeneutische Tradition berufen; und (3) die idealistisch überhöhten Helferkonzepte, die allein aus altruistischen Quellen schöpfen. Die »technologisch-instrumentalistische Konzeption« (299) ist der mit Abstand gefährlichste Weg, zumal er nicht nur in seinen explizit technizistischen Varianten (wie etwa in der Verhaltenstherapie) vorhanden ist, sondern durchaus auch — quasi »selbstverborgen« - die innere Logik fortschrittlich gemeinter Alternativen bestimmt. In diesem Zusammenhang kommen die Autoren immer wieder auf die emphatisch vertretene Alltagsorientierung zurück. Ihr wird nicht nur eine naive Alltagsmythologie vorgeworfen, die den Alltag in seiner vorgefundenen Faktizität (sei es als »gesunder Menschenverstand« oder als »Pseudokonkretheit«) »heilig spricht« und genau damit auf den normativen Anspruch der Erhöhung alltäglicher Reflexivität verzichtet. Noch mehr kritische Aufmerksamkeit schenken die Bielefelder den beiden explizitesten Versionen der Alltagsorientierung: der »kommunalen Sozialarbeitspolitik« und der »neuen Subsidiarität«. Ihnen wird die ungebrochene Neigung zur »konventionellen Professionalität« vorgehalten, »die in expertokratischer Manier auf eine gegenüber dem Alltagshandeln der Klienten und Zielgruppen höhere Rationalität per se insistiert« (227). Über die Berechtigung dieses Vorwurfs kann man streiten, aber nicht über die Stimmigkeit der Kritik an einer unreflektierten Alltagsmythologie. Die Autoren bemühen sich um eine präzise Verhältnisbestimmung von Alltag und Wissenschaft und entziehen damit unreflektierten Verschmelzungswünschen und -tendenzen ebenso den Boden wie der »beliebigen Legitimation eines bloßen Praktizismus« (158). Sie beziehen sich vor allem auf die Theorietraditionen des Pragmatismus und der Sozialphänomenologie, um eine Verständnis von dem zu vermitteln, was die »alltägliche Lebenspraxis« ausmacht. Allerdings wahren sie zu der Ontologisierungstendenz und dem Essentialismus dieser sozialphilosophischen Theorieströmungen kritische Distanz. Das ist die Bedingung für ihren aufklärerischen

Soziologie 763

Anspruch, den sie für eine adäquate psychosoziale Professionalität aufrechterhalten. Hier sehen sie den zentralen Beitrag der unabdingbaren Wissenschaftlichkeit im professionellen Handeln. Sozialwissenschaft hat die Aufgabe der »Dechiffrierung des Erscheinenden« (wie in Anlehnung an Wolfgang Bonß formuliert wird, 113). Und diese Aufgabe kann und muß sie deshalb gegenüber der alltäglichen Lebenspraxis wahrnehmen, weil sie im Unterschied zu dieser nicht in einem Handlungsfluß steht. der von Entscheidungs- und Handlungszwängen bestimmt ist und die distanzierte Reflexion häufig ausschließt. Wissenschaft kann und soll den »latenten objektiven Handlungssinn« einer Handlungssituation erkennbar machen (112), die »Wiedergewinnung latent bewußter lebenspraktischer Erfahrungsinhalte« ermöglichen (160), und dies in Form von »Deutungsalternativen« (133), die »stellvertretend« für ratsuchende Alltagsmenschen erarbeitet werden. Letztlich geht es um eine bessere Bewältigung von Alltagssituationen auf der Basis erweiterter Selbstaufklärung. Professionelles Handeln erhält die Mittlerfunktion zwischen alltäglicher Lebenswelt und sozialwissenschaftlicher Wissenproduktion. Es wird »als der strukturelle Ort der Vermittlung von Theorie und Praxis« bestimmt (160). Jeweils auf den Einzelfall bezogen und im Medium der sich entwickelnden »kommunikativen Mikroprozesse« (286) müssen Deutungsangebote erarbeitet werden. Hier läßt sich keine Standardisierung erreichen, deshalb kann die professionelle Sozialisation auch nicht als Technologietransfer ablaufen, sondern sie muß auf einen »Habitus« zielen (280), auf die Förderung einer professionellen Grundhaltung, die in generativer Weise den Deutungsraum aufzumachen vermag, in dem sich individuelle Selbstaufklärungsprozesse entfalten können.

Mich überzeugt an dem von Dewe und Kollegen vorgeschlagenen Konzept die Radikalität, mit der sie den »unhintergehbaren Respekt vor der Autonomie der Lebenspraxis« (114) zur Grundlage wissenschaftlich reflektierter Professionalität vertreten. Mit dem Konzept der »stellvertretenden Deutung« haben sie das Grundanliegen der Psychoanalyse zu einem paradigmatischen Zentrum von Professionalität im psychosozialen Bereich verallgemeinert. Gegenüber einem fortschrittlich gemeinten Aktionismus, der selten vor der Instrumentalisierung der zu »befreienden« Bevölkerungsgruppen gefeit ist, vertreten sie einen aufklärerischen Habitus auf der Basis einer »unengagierten-distanzierten Perspektive« (110). Skeptisch bin ich gegenüber der Hoffnung, daß die Beförderung des als Idealtypus vorgestellten professionellen Habitus die Lösung aller Probleme von Professionalität darstellen kann. Zwar bin ich kein Anhänger eines institutionellen Determinismus, nach dem der einzelne Praktiker die bloße Summe der auf ihn einwirkenden institutionellen Bedingungen wäre, aber diese stellen doch sicherlich unterschiedliche Ressourcen für die Realisierung professioneller Handlungsentwürfe dar. An dieser Stelle bloß darauf hinzuweisen, daß »auf der Interaktionsebene ein beträchtlicher Handlungsspielraum im Sinne pädagogischer Autonomie existiert« (295), erscheint mir unzureichend. Hier sehe ich ein durchgängiges »Umsetzungsdefizit« einer durchaus faszinierenden und wegweisenden Bestimmungsleistung der substantiellen Grundfigur psychosozialer Professionalität. Wie ist sie lebbar und welche kommunikativen und institutionellen Ressourcen sind zu ihrer Realisierung wichtig oder förderlich? Ohne große Kommentierung fordern die Autoren von der »selbstreflexiven professionellen Intervention« (ist der Begriff Intervention nicht der Zentralbegriff der zurecht attackierten Sozialtechnologie?), daß sie »milicuspczifische und/oder subkulturelle Lebenszusammenhänge bewußt zu machen« (299) habe. Nur wie soll das gelingen? Welche Voraussetzungen muß der Professionelle dafür mitbringen? Zur Beantwortung dieser Fragen sehe ich in den Varianten von Alltagsorientierung durchaus wichtige Ansätze, die ange-

sichts der grundlagentheoretischen Rigorosität der Bielefelder Autoren keine Gnade finden konnten. Wichtige Impulse für die Hinwendung zum Alltag (sei es als kommunale Sozialpolitik, als Gemeindespsychologie oder als gemeindenahe Versorgung) kamen doch aus dem Anspruch, an den Bedürfnissen der Adressaten und ihrer Lebenswelt anzuknüpfen.

Heiner Keupp (München)

Erziehungswissenschaft

Zimmer, Jürgen (Text), und Elisabeth Niggemeyer (Fotos): Macht die Schule auf, laßt das Leben rein. Von der Schule zur Nachbarschaftsschule. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1986 (177 S., br., 48,- DM)

Der großformatige pädagogische Reisebildband soll für die Idee der community education werben, die als die gegenwärtig interessanteste Schulreformbewegung gewertet wird. Am Beispiel von Schulprojekten in der BRD, West-Berlin, Brasilien, England und den USA propagiert Zimmer eine Öffnung der Schule zu den lokalen Lebensverhältnissen und eine Integration von Schule, Volkshochschule, Kindergarten und Kulturzentrum, von Sozial-, Schul- und Erwachsenenpädagogik, von Schul-, Sozial- und Kulturpolitik. Die Institution, die dies leisten soll, ist die »Nachbarschaftsschule«. Sie soll den Bildungskanon nicht ersetzen, aber seine Freiräume nutzen, ihn ergänzen und neu interpretieren — »und dies alles mit dem Ziel, ihr lokales Profil zu stärken, die nächste Nähe zu durchdringen, das große Universum im Kleinen zu entschlüsseln, die Reflexion mit der konkreten Aktion — hier und nicht irgendwo - zu verbinden« (12). Wer nun allerdings die Darstellung gelungener Beispiele einer Politisierung von Schule und Schulleben erwartet, wird enttäuscht. Was Zimmer an »exemplarischen« Bildungs- und Freizeitaktivitäten von Schulen aufzählt, entspricht dem konventionellen Angebotskatalog von Vereinen, Volkshochschulen und Kulturzentren. Worin der qualitative Fortschritt liegt, wenn dies nun alles in der Schule stattfindet, bleibt fragwürdig. Der Großteil der in diesem Band gesammelten Reportagen ist nicht neu. Zimmer hat hier seine Reise-Features über verschiedene Schulprojekte nun zum dritten Mal veröffentlicht (1984 in der Zeit, und 1986 in »Die vermauerte Kindheit«). Hinzugekommen ist im wesentlichen ein »offener Brief«, in dem er einen offenbar nicht fiktiven Bürgermeister einer allgäuer Kleinstadt — stellvertretend für andere — für seine Reformpläne gewinnen möchte. Hier verspricht er mit der Nachbarschaftsschule den übergangslosen kommunalpolitischen Durchstart aus der Misere in die Idylle: Arbeitslosigkeit, Lehrerüberhang, Geburtenrückgang, die Beschränktheit kommunaler Ressourcen, die in den Bereichen Sozial-, Kultur- und Schulpolitik wirksam wird, ökologische und soziale Krisenerscheinungen — unter diesen miserablen Bedingungen werden erst »Nachbarschaftsschulen wichtig und die Chancen günstig, sie jetzt zu entwickeln« (13). Mit der Einrichtung semiprofessioneller Betriebe (29) könne nämlich die Nachbarschaftsschule »beweglicher als andere auf Situationen der Subsistenz auch jenseits von regulären Arbeitsplätzen vorbereiten. (...) Die besten Schulen heißen hier nicht Eton oder Salem, sondern arbeiten in marginalisierten Regionen der Dritten Welt.« (13) Unerwähnt bleibt, welche Schulformen sich zur Nachbarschaftsschule reformieren sollen. Gymnasien kommen darin nicht vor. Argumentiert wird, mit dem Reformkonzept ließen sich drohende Schulschließungen verhindern, weil die Nachbarschaftsschule mit der Integration ihrer verschiedenen Funktionen billiger sei (13).

Implizit verspricht Zimmer Einsparungen über den Schuletat hinaus durch eine gezielte und pädagogisch flankierte Aktivierung der subsistenzproduktiven Potentiale

marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Krisenregionen. »Schüler und Lehrer können produktiver sein. Sie brauchen keine Beschäftigungstherapie (!). Sie können sich in der Nachbarschaftsschule engagieren. Gebrechliche versorgen. ... sie können Eure Luft kontrollieren und Euren Theaterspielplan erweitern.« (11) Das pädagogische Plädoyer für Erweiterung der Lernorte und Projektlernen wird geöffnet gegenüber konservativen Strategien einer praktizistischen Krisenlösung »im Nahbereich«. Schulkritik sucht den Anschluß an konservative Kulturkritik, woraus dann das Provinzielle als Programm hervorgeht. »Wir brauchen ... keine Kulturtempel. ... Laientheater ist schön. Komiker gibt es auch in der Nachbarschaft.« (95) Schließlich soll die organisatorische Integration verschiedener Funktionen die soziale Integration heterogener Gruppen bewirken. Soziale Bewegungen, Jugend-Kulturen, Alte, Ausländer und Behinderte sollen per Schulreform in das Gemeindeleben integriert werden. Dabei wird Konfliktbereitschaft und Toleranz reklamiert, reale Konflikte unter den in hohem Maße heterogenen Gruppen, die in der Nachbarschaftsschule aufeinandertreffen, bleiben aber unerwähnt oder werden verharmlost (14).

Die im Doppelsinn des Wortes »community« aufscheinende Spannung zwischen ideologischem Gemeinschaftseuphemismus einerseits und konflikthaft-politisierender Gemeinwesenorientierung andererseits wird nicht einmal problematisiert ebensowenig wie die Frage der Übertragbarkeit von Gemeinde-, Entwicklungs- und Bildungskonzepten in Staaten unterschiedlicher Entwicklungsstufen und Schulverhältnisse. Alles bleibt auf der Ebene der appellativen Aneinanderreihung »guter Beispiele«, die von einer Überfülle von teilweise unbedeutenden Fotos illustriert werden (Text/Bild-Verhältnis 1: 4). Eine Diskussion von community education in den Kategorien von Bildungs- und Schultheorie wäre statt dessen ebenso wünschenswert und weiterführend gewesen wie eine Analyse von Konflikt- und Problemlagen ihrer Realisjerung. Ansätze hierzu finden sich nicht. Aus einem ursprünglich subversiven und parteilichen Bildungsansatz wird am Ende das Idealkonzept einer populistischen Bildungspolitik, mit der sich je vor Ort die sozialen und ökonomischen Folgekosten einer rücksichtslosen Modernisierung begrenzen lassen. Aus diesem Grund wird man Zimmers Zukunftsentwürfen mehr Beachtung schenken müssen, als dieser Band Stefan Schnurr (Bielefeld) verdient hat.

Huisken, Freerk: Ausländerfeinde und Ausländerfreunde. Eine Streitschrift gegen den geächteten wie den geachteten Rassismus. VSA-Verlag, Hamburg 1987 (212 S., br., 19.80 DM)

Nach seiner Streitschrift »Anstiftung zum Unfrieden« (Hamburg 1984) greift Huisken wieder in scharfer Form unreflektierte Theoreme der gesellschafts- und sozialpolitischen sowie pädagogischen Diskussion an. Stand dort die Auseinandersetzung mit Thesen der Friedensbewegung und -pädagogik zur Debatte, so unterzieht Huisken hier die gesellschaftspolitische Diskussion um Ausländerfeindlichkeit sowie die dafür »zuständige« Pädagogik heftiger Kritik. Es geht um die Entrümpelung unbedachter Theoreme in der spätbürgerlichen Pädagogik. Der erste Teil befaßt sich mit dem »geächteten«, der zweite Teil mit dem »geachteten Rassismus«.

Eine Art Politische Ökonomie der Ausländerpolitik und Ausländerfeindlichkeit bildet den Ausgangspunkt. Die im Wertgesetz der kapitalistischen Ökonomie begründete Sortierung des »Menschenmaterials« rückt in das Zentrum von Huiskens Auseinandersetzung mit vorherrschenden Strategien zur Verarbeitung des Problems. Die Kernaussage präsentiert sich in Anlehnung an die brühmte Aussage Horkheimers zur Affinität von Kapitalismus und Faschismus: »Wer also von den hiesigen Formen der Benutzung der Menschen für fremden Reichtum nicht reden will, der

soll von der Ausländerfeindlichkeit schweigen.« (16) Huisken entlarvt den Begriff der Ausländerfeindlichkeit als ideologische Kategorie, die den wirklichen Grund ausländerfeindlicher Praxis unbenannt läßt, damit aber weder zur Kennzeichnung dieses Komplexes noch zur Konzeption politischer Gegenstrategien taugt. Nationalismus und Rassismus haben ihre Gründe in den ökonomischen Verwertungskriterien dieser Gesellschaft, die von der bürgerlichen Staatsgewalt gesetzt werden. Je nach Bedarf und Konjunktur werden Nationalismus und Rassismus gesteuert, verstärkt, abgeschwächt, forciert oder unter den Deckmantel des Begriffes »demokratisch« geschoben.

Von diesen Überlegungen aus eröffnet Huisken die Kritik auf alle Teilbereiche und -disziplinen spätbürgerlicher Pädagogik, die Antworten auf das gesellschaftliche Problem der Ausländerfeindlichkeit gefunden zu haben glauben: Ausländerpädagogik, interkulturelle Erziehung, multikulturelle Pädagogik, Friedenserziehung, Erziehung zur Völkerverständigung. Sie bleiben auf die phänomenologische Ebene fixiert, die gesellschaftlichen Gründe der Artikulation von Feindseligkeiten gegenüber ethnischen Gruppierungen vermögen sie nicht zu erkennen. Der gesamte Komplex der Ausländerfeindlichkeit ist — so Huisken — nicht auf das nationalistische Bewußtsein von Privatpersonen zu reduzieren, sondern auf die »volkstümliche Übersetzung der herrschenden Ausländerpolitik«, die an spezifische politisch-ökonomische Bedingungen und Konjunkturzyklen gekoppelt bleibt. Die Funktion einer gesellschafts- und bildungstheoretisch unreflektiert verfahrenden Ausländerpädagogik oder interkulturellen Erziehung ist offensichtlich: Bezieht sie die Lebensumstände von Ausländerinnen und Ausländern nicht auf die Organisationsprinzipien der westdeutschen Gesellschaft, kann sie deren gesellschaftlicher Situation nicht gerecht werden. Das Elend jener Spezialpädagogik besteht darin, daß sie die Linderung gesellschaftlich organisierter Feindschaft verspricht, wo eine grundsätzliche Überwindung von ideologischer Verdummung, organisierter Meinungsmache und politischer Verhetzung anstünde. Der gesellschaftliche Verblendungszusammenhang (Adorno) aber wird von der westdeutschen Pädagogik nicht angetastet.

Kritik muß Huiskens These hervorrufen, daß die Pädagogik, die auf Toleranz und Verständnis setzt, den nationalistischen Ausgangspunkt ausländerfeindlicher Positionen teile und damit genau diejenige Wirkung erziele, die sie von ihren Intentionen bekämpfe (132). Insofern betätige sich Pädagogik als »alternativer rassistischer Nationalismus« (29). Zum einen wirft diese These alle pädagogischen Ansätze, die sich mit der Ausländerproblematik befassen, ausnahmslos in einen Topf — ungeachtet ihrer erkenntnistheoretischen, politischen Grundposition und ideologischen Rückbindung. Zum anderen übersieht Huisken an dieser Stelle die im historischen Prozeß mit der Toleranz verbundene produktive Funktion für den emanzipatorischen Fortschritt der Gesellschaft. Eine Unterscheidung der Toleranzauffassungen in ihre apologetischen, repressiven und parteilich-emanzipatorischen Formen wäre hier wünschenswert gewesen: in der bestehenden Gesellschaft steht die Fundamentalkritik an repressiver Toleranz (Marcuse) zur Debatte, einer Toleranz, die alles duldet, schweigend akzeptiert, Loyalität gegenüber Herrschaft bekundet, auch wenn jene menschenverachtende und lebensfeindliche Züge annimmt.

Arnim Bernhard (Darmstadt)

Ulmann, Gisela: Über den Umgang mit Kindern. Orientierungshilfen für den Erziehungsalltag. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1987 (212 S., br., 26,- DM) Genau betrachtet, ist dieses Buch nicht nur eine Reflexion über den Umgang mit Kindern, sondern über den menschlichen Umgang überhaupt. Ulmann versucht,

sowohl theoretisch als auch praktisch die Erkenntnisse der Kritischen Psychologie handhabbar zu machen. Mit ihr zusammen können Menschen, die praktischen Rat suchen, über ihre Alltagsprobleme nachdenken. Gleichzeitig gibt sie einen Einstieg in die Denkweisen der Kritischen Psychologie. Sie geht davon aus, daß ein Kind von Anfang an selbst weiß, was ihm gut tut. Schon in der Erklärung des ersten Schreies des Säuglings zeigt sie, daß es keine ein für allemal richtigen Lösungen gibt, daß das menschliche Leben von Anfang an in Widersprüchen verläuft.

Sie geht dabei auch in die Geschichte der Menschheit zurück. Sie zeigt, daß »Kindheit« und »Erziehung« Begriffe sind, die sich historisch entwickelt haben. Am Anfang der Menschheit war nicht Erziehung. Die längste Zeit und vielerorts jetzt noch war und ist die Mehrheit der Menschen arm. »Erziehung« ergab sich hier quasi aus materieller Notwendigkeit. Die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten wurden bei der Beteiligung am Herstellen der Überlebensmittel erworben. Erst im Verlauf der Freisetzung der Menschen von Boden und Produktionsmitteln, insbesondere der Industrialisierung, richtete sich Erziehung darauf, »welche Denkweisen, Fähigkeiten, Gefühle usw. ein Mensch in 'seiner Zeit' und seiner Stellung in der Gesellschaft erwerben soll« (20). Auf Grund der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse ergibt sich die Problematik: »Wie erzieht man dazu, daß die Kinder freiwillig und selbständig (d.h. auch mitdenkend) das tun, was von ihnen verlangt wird? oder: Wie erzieht man dazu, daß eigenverantwortlich fremdgesetzte Ziele angestrebt werden?« (32) Erziehung mußte zu einem Dilemma werden. Im historischen Exkurs verschiebt sich die Frage: Wie erziehe ich mein Kind? zu der Frage: Was treibt kindliche Entwicklung voran? Wie können wir unser Kind in seiner Entwicklung unterstützen bzw. es wenigstens nicht behindern? Es gibt kein eingebautes Entwicklungsmotiv, weder Anlage noch Umwelt bewirken allein etwas. »Ein Kind muß sich (nur) dann entwickeln, wenn es sich ausgeliefert fühlt, aber es wird sich nur dann entwickeln, wenn es darin eine Chance sieht, selbstbestimmter, insofern besser zu leben, und nicht nur die Gefahr, noch stärker kontrolliert zu werden.« (87) Wie können wir nun erziehen? Solange Eltern Bedingungen setzen, wird das Kind sich entwickeln wollen, weil es noch nicht selbst darüber verfügen kann. Aber über welche Bedingungen es wie verfügen möchte und wo das Kind eine Chance sieht, können Eltern nicht bestimmen.

In den Kapiteln über die Erziehungstheorien und die dahintersteckenden Menschenbilder, z.B. der Mensch als dressierbares Objekt oder der Mensch als aus sich heraus existierendes Individuum oder der Mensch als statistischer Durchschnitt, ist Ulmann eine hervorragende allgemeinverständliche Darstellung der herrschenden Auffassungen in den Erziehungswissenschaften gelungen. Der zweite, praktische Teil liest sich herzerfrischend, locker und spannend. Die Kapitel über Essen und Schlafen sind rundum gelungen, die Kapitel über Schule und Taschengeld sind nicht ganz so glatt, mehr Faktoren wirken in die Familie hinein, und das Netz der zu bedenkenden Gründe wird dichter. Fernsehen wird nicht von vornherein verteufelt, sondern es werden die Nutzungsmöglichkeiten des neuen Mediums aufgezeigt. Ob dabei alle Bedingungen bedacht wurden, vor allem die Möglichkeit oder Unmöglichkeit/-fähigkeit vieler Eltern, mit ihren Kindern zu sprechen, sei dahingestellt.

Das Buch ist als Dauernachschlagwerk zu empfehlen. Es ist kein üblicher Ratgeber. Wir finden darin Unterstützung, unsere Entscheidungen zu bedenken.

Jutta Bratz (West-Berlin)

Rumpf, Horst: Belebungsversuche. Ausgrabungen gegen die Verödung der Lernkultur. Juventa, Weinheim, München 1987 (232 S., br., 29,- DM)

Erste Antworten, um was es in diesem Buch geht, lassen Gegenüberstellungen zu, zu denen Rumpf animiert: »Versuchslernen« als Form der Weltaneignung versus gestuftes, kognitives Lernen; Lernen durch praktisches Handeln in ernsthaften Situationen versus Lernen, das weitgehend bestimmt wird durch den Umgang mit gesprochenen, geschriebenen und gelesenen Worten - und das überwiegend auch an Hauptschulen und in der Arbeitslehre, wo das Reden über Produktion zumeist das Schülerhandeln in produktionsähnlichen Situationen ersetzt. Der Gegenstand deutet sich an: Rumpf gräbt nach der anderen, nicht von Kommerz, Verwaltung und Zivilisation abgedrängten Art menschlicher Selbst- und Weltvergewisserung. Er will das Lernen aufspüren, das sich nicht als Systemforderung, sondern als Stärkung der Subjektivität begreift. Er will die zivilisationsbedingte Aufspaltung des Menschenlebens in inhaltsgleichgültiges Informationssammeln, -speichern und -verarbeiten und die Fluchtbogenidylle der Gefühle, Begierden und Phantasien minimieren. Er will andere Formen der Vergegenwärtigung und Symbolisierung aufdecken und an Lehrtraditionen erinnern, deren Vordenker Martin Wagenschein und Viktor Sklovskij sind. Er gibt der Befürchtung Ausdruck, »daß immer mehr menschliche Tätigkeiten, deren Sinn nicht auf Bewältigung, sondern auf Vergegenwärtigung zielt, in den Sog der Normen zeitsparender Erledigung kommen« (19), daß sich Lernschnellwege durch Tricks der Lehrmittelindustrie durchsetzen, daß Stoff- und Zeitdruck im Schullernen mehr und mehr dominieren und daß der Begriff Lernen überwiegend »beherrschen lernen« statt »Vergegenwärtigungslernen« meint.

Das Buch lebt von der Vielfalt an Materialien, Szenen und Fallbeispielen. In ihnen sammeln sich die Bemühungen, die Zentralgedanken verschiedener Wahrnehmungsforscher wie Spitz, Piaget, Palagyi und Husserl im Hinblick auf frühe Formen der Wahrnehmung und von ihnen durchdrungene Arten der Symbolisierung bzw. vorbegriffliche Weltbemühungen in Erinnerung zu rufen. Ziel ist es, an die tragenden, für Kulturarbeit fruchtbar einsetzbaren Aussagen zur Verarbeitung von Erfahrungen heranzukommen. Im zweiten Komplex geht es um die Aufarbeitung symboltheoretischer Untersuchungen und um die kritische Einstellung gegenüber enzyklopädischen bzw. subjektneutral-formalen Arten der Symbolisierung. Einen dritten Schwerpunkt setzt er bei den Entroutinisierungsbemühungen im Lebenswerk von Martin Wagenschein und in den Erfahrungstheorien des Kunsttheoretikers Viktor Sklovskij.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Rumpf ist kein weltfremder Verneiner von Fähigkeiten und Routinen technischer Weltbeherrschung. Es geht ihm vielmehr darum, Gegenerfahrungen, Nachdenklichkeiten, Erstaunlichkeiten, Vergegenwärtigungen, andere Arten des Weltspürens, des Lernens und Übens als Alternativen zum übermächtigen Trend der Lernsystematisierungen ins Gespräch zu bringen. Er ist kein didaktischer Revoluzzer, sondern ein sympathischer, gewissenhafter »Augenöffner« und »Nachdenklichmacher«.

Uwe Wascher (Gießen)

Isenberg, Wolfgang: Geographie ohne Geographen. Laienwissenschaftliche Erkundungen, Interpretationen und Analysen der räumlichen Umwelt in Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und Tourismus. Selbstverlag des Fachgebietes Geografie, Osnabrück 1987 (313 S., br., 30,- DM)

Wie es der Untertitel schon erahnen läßt, ist die Arbeit (Dissertation) eher zufällig im Fach Geographie angesiedelt. Isenberg liefert hier die längst fällige Zusammenfassung laienwissenschaftlicher Alltagsforschung. Er möchte damit der zunehmenden

»Mediatisierung des Geistes« und der fortschreitenden Erfahrungslosigkeit entgegenwirken. Die Auswahl der Beispiele und das zum Abschluß entwickelte Programm einer lebensweltlichen Spurensuche ist zur Fortbildung und als Material für alle in der Erwachsenenbildung Tätigen, gleich, ob Geographen oder Historiker, geeignet. Isenbergs »kritische Alltagswissenschaft« geht von Holzkamps »Verfahren des begreifenden Alltagserkennens« aus. Selbsttätige Alltagserfahrung versetzt in die Lage, durch einen hermeneutischen Zirkel, die eigene Identität und Existenz zu reflektieren und sich der eigenen Herkunft zu versichern. Der Weg in die Vergangenheit, in die Umwelt und den Raum wird ein Weg zum Selbst. Die mangelnde Bewältigung zivilisatorischer Vorgänge führt zu (raumwirksamen) Prozessen: zur Möblierung von Stadtteilen mit historischen Relikten, zur Pädagogisierung der Umwelt z.B. durch Lehrpfade, zur Umsetzung und Rekonstruktion von Baudenkmälern und zur Inszenierung von Vergangenheit. Auf der einen Seite steht die »fingierte«, rekonstruierte Geschichte als Kulisse und auf der anderen Seite Zerstörung der Originale. Vorläufer der Spurensucher sieht Isenberg im Wandern der Jugendbewegung, in der proletarischen Jugendbewegung und vor allem in der Tradition der von Baden Powell begründeten »pfadfinderischen Kundschaft«. Die Alltagsorientierung historisch Interessierter und von Bürgerinitiativen eröffnete Möglichkeiten der Entwicklung eigener lokaler Planungskonzepte, gegen von »außen« vorgelegte. Die Erkenntnisse der regionalistisch-antizentralistischen Bewegungen beinhalten die Notwendigkeit einer populären räumlich-regionalen Strukturforschung, die die Sehweise der Betroffenen formulieren können muß. Die »Spurensicherung« stellt in diesem Sinn eine »nicht kolonialistische« Bildungsarbeit dar. Unter Spurensuche versteht Isenberg ein Verfahren, das die Gesamtheit der Lebensverhältnisse zum Ausgangspunkt der Erkundungstätigkeit nimmt, visuelle Zeichen im gegenwärtigen Kontext aufnimmt und in die Vergangenheit verfolgt sowie die Erkundung als Projekt organisiert. Da noch keine »Theorie der Lesbarkeit« der Alltagswelt vorliegt, ergeben sich spezifische Probleme, welche einerseits von den Beteiligten selbst ausgehen, andererseits im Objekt begründet liegen. Spurensuche heißt, die eigenen Vorurteile zu hinterfragen, heißt aber auch, für eine bessere Lesbarkeit der Umwelt zu sorgen.

Hubert Mücke (Bonn)

Hillig, Götz: A.S. Makarenko. Ein Wegbereiter der modernen Erlebnispädagogik? Mit einem Vorwort von Jörg Ziegenspeck. Verlag Klaus Neubauer, Lüneburg 1987 (26 S., br., 5,- DM)

Die Broschüre gibt eine Vortrag wieder, den der Autor im Rahmen einer Vortragsreihe über »Wegbereiter der modernen Erlebnispädagogik« an der Hochschule Lüneburg hielt. Hillig ist Mitherausgeber der »Marburger Ausgabe« der Gesammelten Werke Makarenkos. Sein Vortrag bietet einen informativen Abriß der familiären Herkunft, der Lebensgeschichte, des pädagogischen und literarischen Werkes von Makarenko. Er stellt das keineswegs immer einvernehmliche Verhältnis Makarenkos zu den staatlichen Instanzen und politischen Organisationen dar und umreißt die Rezeptionsgeschichte des literarischen Werkes von Makarenko in den sozialistischen Ländern. Der Bezug zur Erlebnispädagogik kommt etwas zu kurz. Zwar wird die Bedeutung des Kollektivs als Erzieher des einzelnen hervorgehoben und die Bedeutung der Gemeinschaftserlebnisse in der Pädagogik Makarenkos benannt, doch wäre eine gründlichere Behandlung erlebnispädagogischer Ansätze und eine Diskussion mit anderen Konzepten wünschenswert. Abschließend gibt Hillig eine knappen Überblick über die Entstehungsgeschichte und Aufgabenstellung des Makarenko-Referats an der Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft der Uni-

versität Marburg und zur Editionsgeschichte der Werke Makarenkos. Die Broschüre bietet vor allem dem Leser neue Gesichtspunkte, dessen Vorstellungen durch die UdSSR- bzw. DDR-Ausgaben der Werke geprägt sind.

Hans-Jürgen Lichtenberger (Bielefeld)

Braun, Karl-Heinz, und Dieter Wunder (Hrsg.): Neue Bildung — Neue Schule. Wolfgang Klafki zum sechzigsten Geburtstag. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1987 (262 S., br., 32,- DM)

Der Band soll die Bemühungen »bildungspolitischer Reformkräfte« unterstützen, die »nicht eingelösten Forderungen der Bildungsreform in den frühen siebziger Jahren ... mit Blick auf das Jahr 2000 zu überdenken und zu aktualisieren« (7). In zwölf Beiträgen werden »Elemente einer neuen bildungspolitischen Übereinkunft der Reformkräfte« vorgestellt und eine »bildungspolitische Reformprogrammatik« entwickelt (8).

Im ersten Teil »Bildung und Erziehung« verteidigt Gamm, unter Berufung auf Gattungspotenzen, den Bildungsgedanken gegen seine konservative Okkupation. Mollenhauer erörtert Voraussetzungen für einen bildenden Umgang mit Dingen. Braun geht der Frage nach, was die pädagogische Handlungsforschung von der Diskussion um die »objektive Hermeneutik« lernen kann. Das Interesse von Jung und von Staehr gilt einem adäquaten Begriff der Gegenwart als Voraussetzung aufgeklärten pädagogischen Handelns. Im Themenschwerpunkt »Schule und Unterricht« stellen Otto und Schulz ein Konzept von Didaktik als allgemeiner und fachbezogener Theorie der Unterrichtspraxis vor. Schweitzer plädiert für eine Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung in der Sekundarstufe II. Ratzki bilanziert und diskutiert Erfahrungen und Perspektiven der Gesamtschule. Nevermann und Priebe berichten über nationale und internationale Erfahrungen mit Regionalen Pädagogischen Zentren.

Den Themenbereich »Bildung und Politik« eröffnet eine historisch-vergleichende Betrachtung über die Gesamtschule von Froese. Rolff fragt nach »Schubkräften« für eine Schulreform. Deppe setzt sich mit Voraussetzungen einer neuen Bildungsoffensive auseinander. Der GEW-Vorsitzende Wunder diskutiert die politischen Möglichkeiten der SPD, Bildungsreform durchzusetzen.

Positionen aus dem grün-alternativen Spektrum, von feministischen Pädagoginnen, von VertreterInnen der Alternativschulbewegung fehlen. Klafki ist pluralistischer als die Herausgeber, die offenkundig meinen, auf dieses bildungspolitische Spektrum in der Diskussion um Bildungsreformen verzichten zu können. Der Bandtitel »Neue Bildung — Neue Schule« ist Etikettenschwindel. Dies ist kein Urteil über die einzelnen Beiträge. Eine Reihe von Beiträgen fand ich sehr informativ (z.B. Nevermann/Priebe, Froese) und anregend (z.B. Mollenhauer, Otto/Schulz). Wer beispielsweise einen sachkundigen Aufsatz über Regionale Pädagogische Zentren sucht, wird ihn in diesem Buch finden. Wer die Beiträge mit der von den Herausgebern geweckten Erwartungshaltung liest, neue Impulse zur Bildungsreform zu finden, wird enttäuscht werden.

Mathes, Rainer: Gesamtstaatliche Bildungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Böhlau Verlag, Köln, Wien 1987 (249 S., br., 43,- DM)

Die Studie ragt wie ein Relikt aus der bildungspolitischen Diskusson der späten sechziger und frühen siebziger Jahre in unsere Zeit. Untersucht wird die Genese der politischen Planung des Bildungssystems und die Entstehung des Bildungsgesamtplans, exemplarisch dann die Implementation desselben in Hessen und Rheinland-Pfalz. Die methodische Einleitung folgt der seit Pichts »Bildungskatastrophe«

Psychologie 771

klassischen Argumentationsstruktur, wobei die Phase 1975 bis 1985 als »Dethematisierungsphase« zutreffend beschrieben wird. Den Lesern kann empfohlen werden, nach den beiden grundsätzlichen Kapiteln (8-25) die länderdifferenzierende Abschlußbeurteilung (162ff.) zu lesen, bevor sie sich in die differenzierte Umsetzung des Plans in die Schulreformpolitik der beiden Bundesländer einlassen. Material und Literatur spiegeln durchaus nicht originell, aber sorgfältig ausgewählt, eine Herangehensweise wieder, die dann angezeigt ist, wenn für die Gegenwart eine völlig andere Ausgangslage diagnostiziert wird, d.h. wenn wir uns jetzt in einer Situation befinden, in der die Ergebnisse einer bestimmten Planungs- und Reformpolitik verschmolzen sind. Das Abschlußkapitel legt diese Rechtfertigung nahe. Gleichwohl ist die Arbeit wichtig und zu empfehlen, weil sie ohne das legitimatorische oder apologetische Beiwerk bildungsreformerischer Emphase eine Bestandsaufnahme darstellt, die gleichsam nicht um Akzeptanz bei den Politikern wirbt, die für viele der beschriebenen Entwicklungen mitverantwortlich sind, und weil sie auch keinen verkürzten Blickwinkel aus Betroffenenperspektive hereinnimmt. Gleichzeitig ist das Buch ein Lehrstück über die Beschreibbarkeit der normierenden Macht von Bildungsadministration gegenüber politischen Programmen. Das Buch ist als Band 34 der »Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte« vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung herausgegeben worden. Der Titel der Reihe legt nahe, die historische Dimension immer wieder einzufordern. Im vorliegenden Buch ist sie korrekt auf die geschichtliche Rezeption der Bildungsökonomie in der Bundesrepublik verkürzt, die sozialen Implikate und das spezielle Problem der westdeutschen Nachkriegsgeschichte im Bildungsbereich können nur von bereits vorinformierten Lesern aus der Dokumentation rekonstruiert werden. Wichtig ist auch noch die Aufzählung von Diskrepanzen zwischen Planung, prognostizierter und realer ökonomischer Entwicklung. Für die politisch engagierte Bildungsgeschichte ein wichtiges Quellenwerk, aber nicht geeignet als Grundlage Michael Daxner (Oldenburg) gegenwärtiger Planungs- und Bildungskritik.

Psychologie

Rommelspacher, Birgit (Hrsg.): Weibliche Beziehungsmuster. Psychologie und Therapie von Frauen. Campus-Verlag, Frankfurt/M., New York 1987 (247 S., br., 34,- DM)

Die akademische Psychologie blieb bislang von den Diskursen der Frauenforschung merkwürdig unberührt, obwohl diese zahlreiche Veröffentlichungen zu psychologischen Fragestellungen vorlegte. Dies gilt auch für die Klinische Psychologie, von der Studentinnen oft hoffen, daß sie »gesellschaftskritischer« sei als andere psychologische Fächer. Das Fehlen der Kategorie »Geschlecht« in theoretischen Grundlagen und Anwendungsfächern ist unter anderem einer Naturwissenschaftlichkeit geschuldet, die es ermöglicht, die Konstruktion der Getrenntheit von Psychischem und Gesellschaftlichem zu bedienen und fortwährend zu reproduzieren.

In diesem schwierigen Feld will das Buch gegen die »Abwehr des Weiblichen« (7) in der akademischen und speziell klinischen Psychologie arbeiten, die sich vor allem in der Gleichsetzung von »Frau« und »Mutter« und in einem männlichen Ideal psychischer Gesundheit zeige. Im ersten Teil geht es um »das, was dieser Gesellschaft so randständig und nebensächlich ist — die Produktion des Lebens und die individuelle Lebenserhaltung« und seine Bedeutung für die Ausbildung weiblicher Identitäten (Frigga Haug, 64); in einem zweiten Teil um einzelne Fragestellungen aus der

Klinischen Psychologie und im letzten Teil um Frauen und Therapie. — Carol Hagemann-White schreibt gegen die Macht einer Alltagsgewißheit an, auf die sowohl Feministinnen als auch psychologische Theorien immer wieder zurückgreifen: daß Mütter mächtig seien. Sie analysiert diese Gewißheit als »Weltsicht des Säuglings« (21), die jedoch nicht zur Beantwortung der Frage ausreiche, ob und wenn ja, wann und wie Mütter tatsächlich Macht hätten. Sie schlägt vor, die Versorgungsbeziehung von der Mutter her zu betrachten und darin die Versorgung von Kindern als gesellschaftliche Praxis zu begreifen. Dazu müsse zunächst gefragt werden, über welche Ressourcen (Wissen, Entscheidungsfreiheit, Mittel) die Mutter überhaupt verfüge, diese seien es, die die Macht bestimmen. Es sei gerade die Ohnmacht der Mütter in unserer Gesellschaft, die im Kind das intensive Erleben eigener Ohnmacht und projektiver Allmacht der Mutter produzierten. Sie fragt, welche Interessen Mütter bei ihrer Tätigkeit verfolgen und was die Erfahrung bedeute, für das Gedeihen eines Menschen verantwortlich zu sein und zugleich an der Welt wissend und verstehend teilzuhaben. Schließlich sei zu fragen, welche Weltsicht aus der mütterlichen Praxis entspringe und ob für diese Praxis die gültigen Machtbegriffe (etwa im Weberschen Sinne) nicht zu revidieren seien.

Birgit Rommelspacher skandalisiert die offizielle Anerkennung von Männern und die heimliche Abwertung von Frauen in helfenden Berufen. Sie untersucht, wie Frauen selbsttätig an dieser »Hierarchie des Helfens« mitarbeiten (44) und ein »Arrangement der Geschlechter« (Dinnerstein) stützen, in dem ein heimliches Wissen um die Überlegenheit der Frauen (etwa hinsichtlich der Einfühlung in Problembereiche der Klienten) diese mit projektiver Allmacht versehe und in dem der offizielle Status Männern und deren Tätigkeit Autorität und gesellschaftliche Gratifikationen verleihe. Sie schlägt vor. Frauen sollten ihre Praxis entmystifizieren, alle Kosten und Mittel benennen, die ihre Beziehungsarbeit mit sich bringe, und mit ihren Qualifikationen aus ihrer Isolation heraustreten, um diesen Kreislauf zu durchbrechen. Die geschlechtliche Arbeitsteilung müsse aufgehoben werden, was nur durch eine gesamtgesellschaftliche Regelung denkbar sei, in der alle zu sozialen Aufgaben verpflichtet seien. Als Beispiel führt sie Erfahrungen aus Schweden an.

Frigga Haug untersucht weibliche Identität in einer Situation, in der das Private sowohl in konservativer Politik als auch bei vielen Frauen selbst Hochkonjunktur hat. Sie schlägt vor, die Kritische Psychologie für die Frauenforschung nutzbar zu machen, speziell jene Passagen, in denen die spezifisch menschliche Weise des Verhältnisses von Einzelwesen und Gattung beleuchtet wird. Frauen lebten vorwiegend in Unmittelbarkeitsbeziehungen. Mit kollektiver Erinnerungsarbeit fragt sie, wie Frauen diese als »Lebensalternative gedachte Arbeitsteilung überhaupt erfahren ... und diese Halbierung ihres gesellschaftlichen Menschseins verarbeiten« (53). Der Rückzug auf das »Selbst« war in den Geschichten zumeist ein unmittelbarer Widerstand gegen strukturelle Anordnungen der Gesellschaft (wie etwa Familie), der in eine Ortlosigkeit führte und in dem sich das »ich« nicht finden ließ. Der Widerstand führte in die Falle, in eine jetzt freiwillige, da widerständig erkämpfte Unterordnung (z.B. in eine neue oder eigene Familie). »Die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft, die selbst in der Suche nach dem 'Ich' steckt, wäre herauszuarbeiten und in Handlungsfähigkeit zu übersetzen. Dabei ist es notwendig, vom Ich zum Wir zu kommen. « (64) Es müßten nicht nur die bisher im Privaten von den Frauen geleisteten Dienste einen zentralen Platz in der Gesellschaft erhalten, sondern auch die Frauen an der Regelung der gesamten Gesellschaft teilhaben.

Nennenswert ist, daß alle Beiträge des ersten Schwerpunkts zu ähnlichen Politikvorschlägen kommen.

Psychologie 773

Daß einfache Männer-Frauen-Vergleiche für die Frauenforschung noch längst nicht als erledigt gelten können, wird von Nicola Böhms materialreicher Detektivinnenarbeit über Epidemiologien psychischer Störungen deutlich. Sie zeigt eine »erdrückend eindeutig anmutende Zusammenschau« (71) der Psychiatrisierung von Frauen, die alle Forscherinnen in diesem Feld kennen sollten.

Roswitha Burghard zeigt Wechselwirkungen zwischen frauenfeindlichen psychologischen Theorien bzw. Untersuchungen und der Praxis der Mißhandlung von Frauen. Speziell die Masochismusthese und die These vom inzestuösen Verlangen seien geeignet, die Problematik zu individualisieren und den Frauen die Schuld zuzuschieben. Dies stütze bei den mißhandelten Frauen eine Realitätsleugnung, die einer »Selbstfeindschaft« (Holzkamp) gleichkomme (vgl. 122).

Sabine Scheffler geht davon aus, daß Eßstörungen bei der Psychosomatik von Frauen von besonderer Bedeutung sind. Sie fragt, inwieweit frauenspezifische Krankheitsbilder wie dieses Ausdruck einer »inneren Kolonisierung« (Fanon) sind. Christa Schulze berichtet Untersuchungsergebnisse einer Marburger Psychologinnengruppe über Frauen mit gynäkologischen Beschwerden. Diese speziellen Beschwerden seien immer in eine allgemein gestörte Befindlichkeit eingebettet und überlasteten die Frauen psycho-sozial.

Irmgard Vogt zeigt, daß die Klinische Psychologie die Gesundheitsbedürfnisse von Frauen gar nicht wahrnimmt, da eine vollständige Ausblendung der klinischen Diagnostik und Therapie stattfinde. Hierin ähnele die klinische Psychologie der Medizin. Der moderne medizinische Blick gehe davon aus, daß z.B. die Leber einer Frau genauso funktioniere wie die eines Mannes. Entsprechend gehe die klinische Psychologie davon aus, daß auch z.B. Angst bei Männern und Frauen prinzipiell gleich funktioniere und zu therapieren sei. Dies sei, so Vogt, etwa angesichts der herrschenden Gewalt gegen Frauen, absurd. Die »Geschlechterblindheit« der klinischen Psychologie sei um so erstaunlicher und tragischer, als Frauen ihre Hauptklientel stellten, und sie reproduziere sich ständig, da auch Studierende nicht lernten, geschlechtsspezifische Problemsichten zu entwickeln.

Im dritten Schwerpunkt geht es um Erfahrungen mit geschlechtsspezifischen Therapien. Angelika Wagner kritisiert, daß sich die feministische Therapie bislang darauf beschränkte, den sexistischen Gehalt von Imperativen — z.B. das Gebot, schlank zu sein — zu analysieren, nicht aber den Charakter des Imperativs selbst. Ziel feministischer Therapien, aber auch allgemeiner Therapien, müsse sein, von Imperativen unabhängig zu werden. Die Fallgeschichte, anhand derer sie schildert, wie dieses Ziel therapeutisch zu erreichen wäre, zeigt Probleme ihres Vorgehens: die Anforderung, »einfach aufzuhören«, wird zu einr Art Zauberformel, Veränderung scheint möglich als einfache Folge einer kognitiven Umentscheidung, Selbst- und Fremdkonstruktionen zur Frau kommen vor wie ein Kleidungsstück, das schlichtweg abgelegt werden kann.

Helga Gürtler untersucht Unterschiede in der Arbeit von Therapeutinnen und Therapeuten. Frauen würden Patienten »näher« an sich heranlassen, ohne sie abhängiger zu machen. Frauen sollten aufhören, sich als Therapeutinnen minderwertig zu fühlen und sich nicht länger in von Männern erfundenen Methoden zwängen lassen, innerhalb derer sie dann mit schlechtem Gewissen alles »falsch« machen würden. Andrea Hettlage-Varjas schildert aus psychoanalytischer Sicht Widersprüche im Leben berufstätiger Frauen. Dabei stünden sowohl bei der Analytikerin als auch bei der Analysandin Weiblichkeit und Berufserfolg in einem besonderen Spannungsverhältnis, das die Übertragungs-Gegenübertragungsbeziehung erheblich mitgestalte. Es sei eine Art Zwischenwelt zwischen Aufbruchs- und Heimkehrstimmung feststellbar, wie

sie in der Moderne für kulturell unterdrückte Minderheiten typisch sei. Diese Zwischenwelt des Nicht-Selbstverständnisses produziere aber ein fruchtbares Unbehagen. An die Adresse der Psychoanalyse formuliert sie, daß das neue Erfahrungsmaterial auch zu Veränderungen in den Begriffen führen müsse.

Das Buch sollte im Grundstudium der Psychologie zur Pflichtlektüre gehören, so daß viele dafür sorgen können, der Ausblendung der Lebensbedingungen von Frauen aus der akademischen Psychologie entgegenzuwirken. Birgit Jansen (Kassel)

Norwood, Robin: Wenn Frauen zu sehr lieben. Die heimliche Sucht, gebraucht zu werden. Rowohlt Verlag, Reinbek 1987 (352 S., br., 29,80 DM)

Das Buch wurde von Millionen Frauen gelesen, ist seit über einem Jahr ununterbrochen auf einem der ersten Ränge der »Spiegel«-Bestsellerliste, und noch ist kein Ende abzusehen. Es verkauft sich aber nicht nur gut, es aktiviert auch viele Frauen: zahlreiche Selbsthilfegruppen wurden gegründet. Für viele ist es gar — wie sie sagen — der Wendepunkt in ihrem Leben. Inzwischen hat Norwood auf die Tausende von Briefe, die sie aus aller Welt bekam, mit einem zweiten Buch reagiert (»Briefe von Frauen, die zu sehr lieben«), das aus dem Stand heraus ebenfalls vorne auf der Bestsellerliste landete.

Norwood beschreibt die sogenannte liebessüchtige Frau als eine, die vorwiegend über den Mann lebt. Ihre ganzes Fühlen und Tun ist auf ihn ausgerichtet. Sie übernehme die Verantwortung für seine Probleme, versuche alles in Ordnung zu bringen, die Verhältnisse in Ordnung zu halten (auch wenn sie es keineswegs sind). Dieses Dasein für den Mann erlebe die Frau als Liebe. Und je mehr sie für den Mann leiden müsse, desto mehr glaube sie, zu lieben. Im allgemeinen verlaufe die Beziehung dann fatal: Sie werfe sich mit aller Verve in die Beziehung, er ziehe sich daraufhin immer mehr zurück. Jede Mißachtung sei dann für die Frau wiederrum ein Ansporn, sich selbst zu hinterfragen und den Einsatz zu verdoppeln. Die Dynamik nehme schwindelerregende Ausmaße an. Die Frau komme aus diesem Kreislauf nicht mehr heraus, es sei denn, sie erkennt die Aussichtslosigkeit ihrer Situation und suche sich eine Selbsthilfegruppe und/oder professionelle Hilfe. Diese fatale Beziehungdynamik habe sie häufig auch bei Frauen angetroffen, die sonst lebenstüchtig und selbständig seien, und sie vermutet, daß dies letztlich die in unserer Gesellschaft herrschende Beziehungsform zwischen den Geschlechtern ist.

Wie erklärt sie nun dieses Phänomen? Die Frauen hätten als Mädchen zum einen sehr wenig Beachtung und Zuwendung erhalten, zum anderen seien sie häufig früh sozial überfordert worden, indem sie Verantwortung für die Probleme der Mutter, des Vaters oder der Eltern untereinander hätten übernehmen müssen. Schließlich sei einer der Eltern ebenfalls in irgendeiner Form süchtig gewesen.

So einfach diese Analyse, so überraschend ist der hohe Erkenntniswert, den ihr so viele Frauen zuschreiben; zumal wir davon ausgehen können, daß die meisten von ihnen mit populärpsychologischen Gedankengängen vertraut sind. Offensichtlich gab ihnen bisher noch keine eine befriedigende Antwort auf die Frage: Warum gerate ich immer an den falschen Mann? Warum erdulde ich Gewalt und Demütigung?

Obgleich Norwood allgemeine psychologische Erklärungsmuster heranzieht, wird ihr Buch häufig als feministisch verstanden. Und hier liegt wohl ein Schlüssel für den großen Erfolg: Sie hat die typische Situation von Frauen in ihrer pathogenen Gestalt angesprochen, diese dann zugleich als individuelle Problematik »neutralisiert« und damit die Frauen von feministischen Implikationen entlastet bzw. sie auf ihre altbewährten Bewältigungsmuster zurückverwiesen. Sie spricht ein durch die Frauenbewegung sensibilisiertes Bewußtsein an, das um die geschlechtsspezifische Un-

Psychologie 775

gleichverteilung von Verantwortung und Belastung in Beziehungen weiß, das die Ausweglosigkeit in einer Beziehungsdynamik erfahren hat, in der die eine Seite ihre ganze Identität aus dem Gelingen der Beziehung zieht und die andere (abgefedert durch gesellschaftliche Privilegien) sich nicht um die Beziehung zu kümmern braucht. Es wird das Grundmißverhältnis in der Heterodynamik angesprochen und zum individuellen Krankheitsfall erklärt, zu einer Krankheit mit möglicherweise oder gar wahrscheinlich tödlichem Ausgang. Diese Krankheit und ihre Therapie in Form einer schrittweisen Besinnung auf sich selbst schlägt Frauen Lösungen vor, bei denen sie ganz Frauen bleiben dürfen. Die Krankheit gibt ihnen nun die Legitimation, auch Ansprüche anmelden zu dürfen. Sie dürfen sogar egoistisch werden. Allerdings zu dem Preis, daß sie sich selbst als von einer fatalen Krankheit, von einer nahezu unheilbaren Sucht Befallene entwerten. Dieser Weg scheint für Frauen insofern verführerisch, als er ihrer Sehnsucht entgegenkommt, ohne Kampf mit anderen zum Glück zu kommen, d.h. harmlos und unschuldig bleiben zu können.

Dieses Buch hilft Frauen, indem es ihnen ihre Situation vorführt, den Ernst der Lage erkennt und Hoffnung auf eine besseres Leben weckt. Es hilft ihnen, die Ursache ihres Unglücks in den Untaten ihrer Eltern zu sehen. Es hilft ihnen, sich um sich selbst zu kümmern und sich davor zu schützen, in die nächste Falle zu tappen. Zugleich verstellt es ihnen den Blick für die Ursachen des Beziehungselends in der Machtlosigkeit der Frau und der Privilegierung des Mannes. Es verstellt den Blick für die Unterordnungsverhältnisse in der Arbeit, in der Öffentlichkeit, in allen Geschlechterbeziehungen. Sie beschränkt sich auf die private Beziehung, die ja nur eine Erscheinungsform des öffentlich-rechtlichen Sexismus darstellt. Damit nimmt sie den Frauen die Phantasie und Kraft, durch aktive Aneignung realer Macht die Ausgangsbedingungen im Geschlechterverhältnis zu verschieben, die Karten von vornherein anders zu mischen und fixiert sie genau auf die Beziehungsebene und das Psychomanagement, das schon immer die Grenzlinie weiblicher Handlungsspielräume abgesteckt hat.

Ich kann Norwood soweit zustimmen, daß sicher für nahezu alle Frauen Lernprozesse notwendig sind, damit sie von der Erwartungshaltung Abschied nehmen, sie könnten über den Mann leben, und damit sie Selbstvertrauen erwerben. Darin sehe ich auch den positiven Gehalt ihrer Botschaft: Lerne, auf Deinen eigenen Füßen zu stehen! Doch diese Botschaft ist in neue Illusionsbildungen über das Selbst verpackt. Dieses Selbst ist so simpel wie falsch gedacht, wenn es heißt: Sei einfach Du selbst! oder »Bleiben Sie ganz ehrlich, dann wird sich alles andere von selbst regeln« — was im übrigen auch zum Credo der meisten modischen Psychotheorien gehört. Zugleich findet eine Illusionsbildung über dem Mann statt, der eigentlich schon immer da sei, schon längst mit seiner Liebe und Fürsorge für die Frau parat stehe und den frau nur auf Grund einer Wahrnehmungsstörung noch nicht entdeckt habe.

Was an »emanzipatorischem« Gehalt bleibt, ist die Umkehrung: Kümmere Dich nicht um den Mann, sondern um Dich selbst. Diese Umkehrung ist eingebettet in den allgemeinen Individualisierungstrend, in die Egomanie der meisten Psychotheorien und in das, was modisch-kokett Postfeminismus genannt wird. Hinter diesem Etikett verbirgt sich die harte Tatsache, daß es der Frauenbewegung bisher nicht gelungen ist, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ebenso wie die sexistische Hierarchie in der Arbeitswelt abzuschaffen. Trotz größter Belastung der Frauen und trotz aller Egalitätsrhetorik hat sich auch die Arbeitsteilung in der Familie um keinen Millimeter verschoben; trotz aller Diskussionen scheinen sich Männer heute genausowenig wie früher für die Beziehung verantwortlich zu fühlen. Im Gegenteil, alles scheint dafür zu sprechen, daß öffentliche wie private sexistische Gewalt eher zunimmt.

Wen wundert es da, daß Frauen sich aus der privaten und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Männer zurückziehen? Ähnlich argumentieren etwa Frauen in der sogenannten Mütterdiskussion: Männer kümmern sich nicht um Kinder, also machen wir das unter uns Frauen aus.

Insofern trifft Norwood auf einen aktuellen Trend von Resignation und Enttäuschung. Aktuell und doch alt. Schrieb doch Karen Horney schon über »Die Überbewertung der Liebe — Studien über eine für die heutige Zeit typische weibliche Persönlichkeit«. Das war 1934.

Birgit Rommelspacher (West-Berlin)

Badinter, Elisabeth: Ich bin Du. Die neue Beziehung zwischen Mann und Frau oder Die androgyne Revolution. Aus dem Französischen von Friedrich Griese. R. Piper Verlag, München 1987 (321 S., Ln., 38,- DM)

Die Pariser Philosophie-Professorin Elisabeth Badinter wurde hierzulande mit ihrem Buch »Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls« bekannt, in dem sie einen Wandel der Vater- und Mutterrolle hin zu einer Angleichung dieser sozialen Funktion prognostizierte. Diese These erweitert sie in ihrem neuesten Buch, indem sie für die westlich-industrialisierten Länder revolutionäre Veränderungsprozesse der Geschlechterrollen insgesamt feststellt und vorhersagt. Sie teilt die Geschichte des Geschlechterverhältnisses in drei Perioden: »das eine und das andere« (Komplementarität), »das eine ohne das andere« (Patriarchat) und heute »das eine ist das andere« (Androgyne Revolution).

Die Autorin findet keine Indizien dafür, daß in prähistorischer Zeit ein Geschlecht über das andere geherrscht habe. Die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche von Männern und Frauen, Jagen und Sammeln, hätten einander ergänzt und in gleichberechtigter Weise die Funktion gehabt, den Lebensprozeß zu sichern. Der physischen Macht des Jägers habe die »Zeugungsmacht« der Frauen entsprochen, beide Machtbereiche seien gegenseitig respektiert worden. Mit der Erfindung des Ackerbaus sei die Stellung der Frau zunächst noch geachtet worden. So seien im Fruchtbarkeitsritual und in Riten zu Ehren der Göttinnen Frauen das Symbol für Herrschaft über Leben und Tod. Ein Matriarchat habe jedoch nicht existiert.

Bis etwa ins 5. Jahrhundert v. Chr. habe es kein Patriarchat gegeben. Erst als sich die ökonomischen Bedingungen wandelten und auf Grund technischer Fortschritte der Ackerbau zur Domäne des Mannes wurde, seien die Tätigkeiten hierarchisch bewertet und die Arbeitsteilung in ein Herrschaftsverhältnis transformiert worden, so daß die Frauen auch zu Objekten des Vaters und des Ehemannes wurden. Diese Entwicklung sei auch durch die Entdeckung der biologischen Vaterschaft gestärkt worden, die zu einer allmählichen Entmystifizierung und damit auch Entmachtung der Frauen beigetragen habe. Ein Aufbrechen dieser patriarchalen Strukturen habe erst mit der französischen Revolution eingesetzt, in der es laut Badinter bereits feministische Forderungen und Clubs gab.

Heute habe das Patriarchat — die »ungleiche« Variante der komplementären Beziehung — ein Ende gefunden, weil sich die Geschlechter immer mehr anglichen. Dieses »Modell der Ähnlichkeit« zwischen Mann und Frau trete gleichzeitig mit Individualisierungsprozessen, mit einem Rückzug auf das Selbst auf. Durch immer wieder neue Beziehungen und Phasen des Alleinseins ergäbe sich heute eine Mehrzahl von Lebensabschnitten: »man liebt sich, man entwickelt sich weiter, man liebt sich nicht mehr, und dann fängt man wieder von vorne an« (235). Durch die Angleichung der Geschlechter sei dem Gefühl der Leidenschaft der Boden entzogen, an seine Stelle trete das Gefühl von Zärtlichkeit zwischen gegengeschlechtlichen Zwillingen. Die androgyne Revolution bedeute jedoch keine Aufgabe geschlechtsspezifischer Eigen-

Geschichte 777

arten. Unter Rückgriff auf die Psychoanalyse betont Badinter die Wichtigkeit, zunächst die eigene Geschlechtsidentität auszubilden, um dann Eigenarten des anderen Geschlechts für sich beanspruchen zu können. Dies gelinge Frauen momentan besser als Männern, »da sie sich ihrer Weiblichkeit sicher sind, nutzen und manifestieren sie ihren männlichen Anteil, ohne zu zögern« (215). Woher männliche und weibliche Anteile kommen, um welche es sich handelt und wie diese mit dem Herrschaftsarrangement zwischen den Geschlechtern verwoben sind, läßt sie offen. Am Ende des Buches verliert sie sich in atemberaubenden Zukunftsvisionen, wie etwa der selbstverständlichen Verbreitung der in-vitro-Befruchtung oder der Schwangerschaft des Mannes, die für sie weitere Indizien des androgynen Menschen sind. Welche Stützungen für Herrschaftsverhältnisse diese technischen Möglichkeiten jedoch darstellen können, stellt sie dabei in den Hintergrund.

Die Hoffnung auf Androgynität tauchte in der Geschichte auf, z.B. in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts und — innerhalb der Psychologiegeschichte zuletzt vor 14 Jahren, als Sandra Bems Androgyniekonzept zu vielfältigen Forschungsarbeiten, vor allem von Psychologinnen, anregte. Badinter stellt Androgynie nicht als Programm vor, sondern vor allem als tatsächlich zu beobachtende Entwicklung. Ihr Buch ist in Frankreich innerhalb der Frauenbewegung vieldiskutiert. Beim Streit darum, ob für eine geschlechtlich differenzierte Gesellschaft ohne Herrschaft gekämpft werden soll oder ob gerade die geschlechtliche Differenzierung das historische Relikt sei, das Frauen an ihrer Befreiung hindert, steht Badinter mit ihrem Buch den letzteren bei. In der etablierten Presse wurde ihr vor allem vorgeworfen, sie plädiere für das Ende der Lust und eine »lauwarme Sexualität«. Stets verteidigt sie sich damit, daß sie lediglich tatsächlich stattfindende Prozesse beobachte.

Uns scheint die interessanteste und weiter zu erforschende Beobachtung, daß Befreiung von Geschlechterherrschaft einhergeht mit Individualisierungsprozessen. Badinters Utopien über die Gleichheit von Mann und Frau mögen ermutigend wirken, problematisch ist, daß sie so schreibt, als müßten Männer und Frauen gar nichts mehr dafür tun. Dagegen scheint uns aber alles zu sprechen.

Monika Sklorz-Weiner und Heike Weinbach (Marburg)

Geschichte

Thompson, Edward P.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Aus dem Englischen von L. u. M. Eidenbenz, C. Groffy, Th. Lindenberger, G. Mischkowski und R. Rosdale. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1987 (2 Bde., 1065 S., br., 38,- DM)

Was im politischen Kontext des Jahres 1963 von Thompson als Sozialgeschichte für Arbeiter intendiert war, blieb in der — mit wenigen Ausnahmen — überwiegend akademischen Rezeptionsgeschichte in Deutschland ohne Bedeutung. Das von Thompson bevorzugte und ja keineswegs theorielose »empirische Idiom« hatte angesichts der hier dominierenden geschichtsphilosophisch hergeleiteten Theorieansprüche wenig Chancen. So wird abseits des »politischen Thompson« dieser bis heute als Klassiker des Erfahrungsansatzes gehandelt und findet immer dann Erwähnung, wenn es darum geht, sich von Formen objektivistischer Strukturgeschichte abzusetzen. Mit einem »Denkmal« muß man sich nicht mehr inhaltlich auseinandersetzen. Daran hat selbst die Konjunktur der »Geschichte von unten«, Alltagsgeschichte usw. nichts ändern können. Dies mag auch an der bislang fehlenden deutschen Übersetzung gelegen haben. Dem ist jetzt abgeholfen worden, mit nahezu 25jähriger Ver-

spätung. Dem Buch ist eine anspruchsvolle Rezeption zu wünschen. Die jüngsten Veröffentlichungen zur deutschen Sozialgeschichte (u.a. H.U. Wehler) bieten sich als Zusammenhang an.

Mit seiner Rekonstruktion des »Making« der englischen Arbeiterbewegung zwischen 1799 und 1832 hat Thompson in bewußter Distanz zu üblichen Ideen- und Organisationsgeschichten die Formen plebejischer und proletarischer Öffentlichkeit und Vergemeinschaftung (community) in den Vordergrund gerückt. Damit waren Maßstäbe gesetzt für die mittlerweile auch bei uns akzeptierte »Geschichtsschreibung von unten«. In der erstmals angemessenen Darstellung und Analyse von Zwischeninstanzen und Interaktionsdimensionen der englischen Unterschichten hat er zugleich die Verfechter teleologischer Geschichtsschreibung und »Analytiker« sozialer Bewegungen verunsichert. Er konnte belegen, daß Menschen nicht auf den funktionalen Status des homo oeconomicus zu reduzieren sind, nicht allein auf Grund von Ideen agieren und entgegen bürgerlich-aufklärerischen Annahmen ihre Geschichte nicht bewußt und aus freien Stücken machen. Vielmehr beschreibt er vielfältige heterogene Erfahrungen und Traditionen von konkreten Menschen, die sich abseits eines wie auch immer formellen Bewußtseins von Arbeiterklasse, Modernisierung und Verelendung gegen die kapitalistische Veränderung des »whole way of life«, des gesamten Lebenszusammenhangs zur Wehr setzen. Desweiteren beeindruckt Thompson durch seine Kongruenz von Form und Inhalt, die nicht mit dem üblich gewordenen Betroffenheits- und Eigentlichkeitsjargon zu verwechseln ist. Mit seiner subjekt- und erfahrungsbezogenen Darstellungsform, in der sowohl der zu untersuchende »Gegenstand« als auch das Ich des Autors zur Selbstdarstellung kommen, vermeidet er die zu häufige innerwissenschaftliche und/oder politische Abkapselung und verschafft somit Nichteingeweihten Einblick und Zutritt.

Thompson läßt seine Darstellung mit den radikalen städtischen Handwerkervereinen der 1790er Jahre ihren Anfang nehmen und weist anhand umfangreicher Quellenmaterialien nach, daß die Bewegung der Handwerker, Landarbeiter, Weber, Tuchscherer usw. der Jahre 1816-1820 eine kontinuierliche Untergrundtradition mit den von der Französischen Revolution beeinflußten Handwerker- und Wahlrechtsvereinen verbanden. Dabei stellt sich die in der Regel als irrational »bewertete« Maschinenzerstörung der neuen Arbeitergruppen als ein bewußtes Mittel dar, den durch Vereins- und Gewerkschaftsverbot bis 1824 illegalisierten Weg freier Verhandlungen zu ersetzen. In dieser Situation einer von den Herrschenden erzwungenen Sprachlosigkeit richtete sich die Maschinenzerstörung gegen die Abwertung überlieferter Qualifikationen und Lebensmuster bzw. gegen eine entsprechend kapitalistische Realisierung der neuen Technologie. Erfahrungen der vornehmlich politisch strukturierten Wahlrechtsbewegung, die von Thompson gleichsam von innen heraus in all ihren von Verschwörungen, Organisationsbemühungen bis hin zu Massendemonstrationen reichenden Details beschrieben werden (und 1819 im Blutbad von Peterloo endeten), verwiesen die Arbeiter auf zu verstärkende soziale und gewerkschaftliche Interessenvertretung. Angesichts der sich durchsetzenden kapitalistischen Großindustrie verblieben ihre sozialen Utopien nicht mehr rückwärtsgerichtet, auf das traditionelle Dorf- und Kleineigentum beschränkt, sondern wurden — nicht zuletzt über die Theorie und Praxis R. Owens — zu Formen genossenschaftlicher Arbeiterselbstverwaltung transponiert. Das für die englischen Arbeiter enttäuschende Bündnis mit der bürgerlichen Wahlrechtsbewegung bildete 1832 den vorläufigen Schlußpunkt einer von Gewalt und Harmoniebestrebungen zugleich begleiteten Klassenkonstituierung zu selbständigen Formen proletarischer Öffentlichkeit. Nach Thompson war die englische Arbeiterbewegung kein Ergebnis eines homogenen Fabrikproletariats,

Geschichte 779

sondern entstand aus den realen Kämpfen äußerst heterogener Gruppen von Landarbeitern, Handwerkern, Webern usw. gegen die soziokulturellen Zumutungen des sich zuspitzenden Kapitalismus.

»The Making« ist ein erzählendes Epos im Sinne einer interpretierenden Sozialgeschichte. Anders als die struktur- und modernisierungstheoretischen (J. Kocka) oder historisch-analytischen (E. Hobsbawm) Arbeiten werden hier die vermittelnden Erfahrungsebenen der Transformation plebejischer zu proletarischer Kultur in den Mittelpunkt gestellt. Im Gegensatz zu komparativen und strukturanalytischen Konzeptionen, die mit ihrem hohen Verallgemeinerungsgrad und ihren evolutionistisch geprägten Idealtypisierungen äußerlich bleiben, geht es Thompson in der Geschichtswissenschaft sowohl um die Entzifferung der jeweils historischen Logik seiner Akteure als auch um die Erhellung und Weiterentwicklung seiner eigenen Wertbezüge. Dies macht ihn sympathisch und angreifbar zugleich. Während andere Autoren ihre Ansätze zu Schulmeinungen verdichten und institutionalisieren konnten, muß Thompson sich damit begnügen, allenfalls rituell zitiert zu werden. Andererseits fungiert er aber auch als Symbol für Strömungen, die sich abseits der akademischen Sphäre in Bewegungen wie den Geschichtswerkstätten organisieren. Zwar fühlt er sich in Bewegungen heimischer als in Institutionen, doch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit allein eine gründliche inhaltliche Aufarbeitung und Weiterentwicklung seines Ansatzes nicht gewährleistet ist. M. Vester, D. Groh, H. Medick, W. Spohn, D. Puls u.a. gehören zu den wenigen deutschen Autoren, die Thompson, in seinen Grenzen, wahrgenommen und zugleich mit ihren Arbeiten seine Konzeption von Sozialgeschichte im Kontext einer politisch-historisch intendierten Sozialwissenschaft erweitert haben. Heiko Geiling (Hannover)

Erdmann, Karl Dietrich: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1987 (492 S., br., 98,- DM)

Der Verfasser, emeritierter Kieler Geschichtsordinarius und ehemaliger (1975-80) Präsident des Internationalen Historikerkomitees (CISH), behandelt in seinem pathetisch betitelten Alterswerk v.a. drei Fragestellungen: (1) die Planung und Vorbereitung sowie den Verlauf der bislang 16 Internationalen Historikerkongresse im Kontext der jeweiligen »politischen Großwetterlage« (141), also die Wissenschaftsgeschichte der Geschichtswissenschaft als Resultante des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Nationalhistoriographien bzw. als Ergebnis sehr unterschiedlich gerichteter nationalstaatlicher auswärtiger Kultur- und Machtpolitik; (2) die wechselhafte Organisationsgeschichte der Kongresse und des CISH (das seit seiner Gründung im Jahre 1926 eben diese Kongresse zu organisieren als seine Hauptaufgabe übernommen hat); (3) die Veränderung des theoretisch-methodischen Selbstverständnisses der internationalen Geschichtswissenschaft in einer Beschäftigung mit den spezifischen Reflexionsleistungen, wie sie auf den Kongressen erbracht wurden. Erdmanns Darstellung basiert zum einen auf den gedruckten Kongreßberichten, den Bulletins des CISH und der internationalen Zeitschriftenliteratur, zum anderen auf Dokumenten aus dem Archivs des CISH, aus staatlichen und Verhandsarchiven sowie aus Privatnachlässen. (Letztgenannte Materialien hat aufopferungsvoll eine Schülerin Erdmanns, Agnes Blänsdorf, in ausgedehnten Bibliotheks- und Archivreisen zusammengetragen.) Die Darstellung folgt über weite Strecken der naturalen Chronologie, indem sie Kongreß für Kongreß in Einzelkapiteln faktographisch abhandelt: sie zeichnet die mannigfaltigen Verwicklungen detailliert nach, sie paraphrasiert die zentralen auf den Kongressen gehaltenen Referate und rekonstruiert die wichtigsten

Diskussionen. Sie bezieht mitunter explizit Stellung, und sie räsoniert über Sinn und Zweck des ganzen Unternehmens. Im letzten Viertel des Buches (das die sechs von 1960 bis 1985 gehaltenen Kongresse zum Gegenstand hat) wird ein mehr »analytischer« (338) Zugriff gewählt; im Grunde werden aber auch hier die einzelnen Kongresse nacheinander abgehandelt, wenn auch jetzt kapitelweise getrennt nach den drei leitenden Fragestellungen. Ein 50seitiger Anhang (bestehend aus einem Quellen- und Literaturverzeichnis, einem Verzeichnis der CISH-Funktionäre, zwei Statistiken über die quantitative Beteiligung der einzelnen Nationen an den Kongressen, den Statuten des CISH in ihren verschiedenen Fassungen sowie einem Personenregister) ergänzt die Darstellung.

Die erste der drei Fragestellungen dominiert unzweifelhaft die Darstellung; hier ist Erdmann — ein inzwischen 78jähriger Historiker, der noch in der Weimarer Republik sozialisiert worden ist — in seinem Element. Die Vorgeschichte des Brüsseler Historikertages von 1923 ist z.B. ungewöhnlich detailliert dargestellt worden; freilich, in diesem Kapitel nimmt die Frage des Ausschlusses einer deutschen Historikerdelegation als Folge der chauvenistischen Kriegsagitation breiten Raum ein (100ff.), ein Thema, das für Erdmann nach wie vor besondere Brisanz besitzt. Die zweite Fragestellung wird dagegen mehr en passant behandelt. Nun ist es durchaus interessant zu lesen, wie fortwährend experimentiert worden ist in dem Bemühen, die für alle Beteiligten sinnvollste (d.h. praktikabelste und ergiebigste) Form der Planung, Vorbereitung, Organisation und Durchführung eines so großen Fachkongresses zu finden; leider fehlt aber jeder Versuch einer systematisierenden Zusammenfassung. Ähnlich haftet den dem dritten Problemkreis gewidmeten Textpassagen etwas durchaus Marginales an. Zwar ist auch für Erdmann unstrittig, daß sich die internationale Fachhistorie, was ihre Fragestellungen, Gegenstandsbereiche und Interpretationsmodelle betrifft, im Laufe der letzten 100 Jahre ganz entscheidend gewandelt hat (er benutzt sogar mehrfach — z.B. 283 — den Terminus des »Paradigmawechsels«), doch wird dieser Strukturwandel eher narrativ umschrieben (282ff., 391ff. u.ö.) denn auf einen Begriff gebracht. Von modernen Konzeptionen der Wissenschaftsgeschichtsschreibung ist der Verfasser ganz unbeeinflußt geblieben. Das Problem seiner Darstellung ist die heterogene Vielschichtigkeit der Fragestellungen, die in einer übergroßen und zudem diffusen Materialfülle ihre Entsprechung hat, und die mit einer vornehmlich erzählenden Darstellung eben nicht befriedigend in den Griff zu bekommen ist. Nicht selten hat sich das Material verselbständigt (s. bes. 97ff.); jedenfalls ist die Darstellung durchaus ungleichgewichtig. Erdmann ist dort am stärksten, wo er entweder ereignisgeschichtliche Sachverhalte oder die Intentionen der Beteiligten rekonstruieren kann, oder wo er Charakterskizzen derjenigen Historiker gibt, die sich um die »internationale Historikerkommunität« besonders verdient gemacht haben.

Vorliegende Geschichte der Historikerkongresse, die freilich nicht nur ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaft sein will, sondern die auch »deren gegenwärtigen Standort (zu) erhellen« beansprucht (388, vgl. 95), enthält und verarbeitet wichtiges, z.T. bislang unbekanntes Quellenmaterial. Dies und die Tatsache, eine erste Gesamtdarstellung des schwierigen Themas versucht zu haben, sind ihre unbestreitbaren Verdienste. Man ist auch für Hinweise, wo die offiziellen Kongreßberichte aus recht opportunistischen Erwägungen heraus »frisiert« worden sind (45, 133f., 318, 320, 357f.), und für die Richtigstellung der Sachverhalte dankbar. Diese Verdienste werden nur unwesentlich dadurch geschmälert, daß hinsichtlich mancher Einzelfragen die bereits vorliegende Fachliteratur ein detaillierteres und zutreffenderes Bild gibt. Was beispielsweise das Auftreten der deutschen Historikerschaft auf

Geschichte 781

dem Züricher Historikertag im Jahre 1938 betrifft (234ff.), so hat dazu bereits H. Heiber in seiner Monographie über Walter Frank (Stuttgart 1966, 727ff.) Gehaltvolleres als Erdmann gesagt. Auch seine Berichte über die Historismus- bzw. die Max-Weber-Sektionen des Stuttgarter Historikertages von 1985 (415-24) werden der Diffizilität der so überaus kontroversen Diskussionen kaum gerecht (zum zweiten vgl. J. Kocka: Max Weber, der Historiker, Göttingen 1986).

Es berührt schon sehr eigentümlich, ständig von der »Ökumene« sowie von der »ökumenischen Einheit« (105), der »Ökumenität« (159), der »Ökumenisierung« (337), der »ökumenischen Tendenz« (377), der »Ökumenizität« (111), dem »ökumenischen Sinngehalt« (390), ja, vom »ökumenischen Charakter der Historikerkommunität« (438) zu lesen, wo doch die Historikerkongresse und das CISH bis vor kurzem ausschließlich durch Europäer und Nordamerikaner dominiert worden sind. Die »Okumene der Historiker« ist mehr ein wissenschaftspolitisches Fernziel denn bereits historisch-politische Realität. Die notwendige Bedingung für die Möglichkeit einer derartigen Ökumene, die einen bescheidenen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung und Friedenssicherung leisten kann, ist die Bereitschaft zum vernunftgeleiteten Diskurs jenseits aller politisch-weltanschaulichen Gegensätze. Es gibt Grund zum Hoffen: In den letzten Jahren ist die ideologische Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und marxistischer Historie, die jahrzehntelang die Internationalen Historikerkongresse bestimmt hat, zugunsten einer sachbezogenen Diskussion stark zurückgetreten; jetzt muß man der zu erwartenden Herausforderung durch lateinamerikanische, asiatische und afrikanische Historiker mit großer Spannung entgegensehen. Horst Walter Blanke (Bochum)

Schulte, Bernd F.: Die Verfälschung der Riezler Tagebücher. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der 50iger (sic!) und 60iger (sic!) Jahre. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M., Bern, New York 1985 (244 S., br., 43 SFr)

Dieses recht schlampig redigierte Werk — namentlich die Komma-Fehler gehen in die Hunderte — zerfällt in zwei Teile: die eigentliche Darstellung, die freilich durch zahlreiche Exkurse (30-49, 89-93, 116-30, 142-52) unterbrochen wird, und einen Dokumententeil, der bislang ungedrucktes Quellenmaterial (v.a. Briefe und Tagebuchnotizen) aus zahlreichen Historikernachlässen enthält. In einer etwas unklaren, wo nicht verworrenen Argumentation, die zudem durch persönliche Polemik gegen Karl Dietrich Erdmann (bes. 10f., 153, 205) und seine Schülerin Agnes Blänsdorf (etwa 85, 138, 156) belastet ist, verfolgt der Verfasser mit detektivischem Spürsinn die verwickelte Rezeptions- und Überlieferungsgeschichte der Tagebücher Kurt Riezlers (1882-1955). Riezler war enger Mitarbeiter von Reichskanzler Bethmann Hollweg; seine Tagebucheintragungen über die Julikrise 1914 und den Ausbruch des Ersten Weltkrieges dürfen daher besondere Beachtung beanspruchen. In der Tat kommt ihnen eine Schlüsselrolle innerhalb der Diskussion über die Kriegsschuldfrage zu, einer Diskussion, die im Hinblick auf das historisch-politische Selbstverständnis der Deutschen noch immer von aktueller politischer Brisanz ist.

Nun ist die Textüberlieferung der fraglichen Notizen, wie sie seit 1972 publiziert vorliegen (K. Riezler: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, hrsg. v. K.D. Erdmann, 181ff.), eine grundsätzlich andere als die der übrigen Teile (sie sind nämlich auf losen Blättern, nicht, wie der Rest, in einer Kladde überliefert; sie weisen zahlreiche Streichungen und Zusätze anderer Autoren auf usw.). Dieser wichtige Befund wird in der Edition allerdings nicht offengelegt, sondern ergibt sich erst aus dem Vergleich mit dem (vom Bundesarchiv Koblenz aufbewahrten) Original! Diese Loseblatt-Notizen stammen gleichwohl von Riezlers Hand, stellen aber offenbar eine

spätere Überarbeitung des Originaltagebuches dar. Dies macht Schulte mehr als nur wahrscheinlich. Dabei muß man gravierende inhaltliche Unterschiede zwischen Originaltagebuch (Nr. XXX) und den sogenannten »Blockblättern«, die an seine Stelle getreten sind, annehmen. Das verlorengegangene Originaltagebuch hätte - so Schultes These — die These untermauert, daß von deutscher Seite aus (seitens des Kaisers und seiner Umgebung, der Generalität, der Industrie, der Professorenschaft als der intellektuellen Elite), daß von diesen einflußreichen Gruppen aus der Erste Weltkrieg nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern bewußt in Verfolgung europäischer Hegemonialabsichten herbeigeführt worden ist. Der Handlungsspielraum des Reichskanzlers war demgegenüber äußerst begrenzt. Schulte geht noch weiter: seine Hauptthese, die allerdings durch seine Ausführungen eher imaginiert denn explizit formuliert wird, läuft auf den Vorwurf hinaus, Erdmann habe die fragliche Tagebuchkladde Nr. XXX in Händen gehalten und gezielt vernichtet. Nun, diese These kann mit dem vorgelegten Material nicht schlüssig bewiesen werden. Merkwürdig genug freilich, daß weiteres wichtiges Quellenmaterial, das Schultes These zu unterstützen scheint, und das Erdmann nachweislich in Händen gehabt hat, heute verschollen ist (58, 108, 136, 162f.).

Gewiß fällt es schwer zu glauben, daß ein auch international so angesehener Historiker wie Erdmann gezielt eine Quelle, die der gängigen nationalkonservativen Interpretation der deutschen Geschichte zuwiderläuft, vernichtet und so, aus falsch verstandenem Patriotismus, eine von ihm veranstaltete Edition bewußt verfälscht haben soll. Indes — die Barschel-Affäre hat dies noch jüngst gezeigt — ist es problematisch, das Vertrauen in die Richtigkeit von Überlieferungen dann allein auf die Reputation von Zeugen zu gründen, wenn andere Befunde dagegen sprechen. Wie auch immer, Erdmann hat im Grunde selbst zu verantworten, daß dieser so ungeheuerliche Verdacht überhaupt hat aufkommen können: warum hat er in seiner (einst vielgepriesenen) Riezler-Ausgabe denn grundlegende Standards jeder wissenschaftlichen Editionstechnik (die der intersubjektiven Überprüfbarkeit, die Offenlegung auch derjenigen Befunde, die gegen seine eigene Interpretation sprechen) so gröblich verletzt?

Funke, Manfred, u.a. (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher. Droste Verlag, Düsseldorf 1987 (638 S., Ln., 84,- DM)

Als Mitte der fünfziger Jahre Brachers »Auflösung der Weimarer Republik« erschien, stellte dies ein historiographisches Ereignis dar. Der Autor, gerade 33 Jahre alt, war nach Afrikakorps, Kriegsgefangenschaft in den USA und einem Studium in Tübingen und Harvard Assistent an der FU Berlin geworden, eine nicht untypische Intellektuellenbiographie jener Jahre. Die zeitliche Distanz zum behandelten Thema war zwar kaum größer gewesen, als es die heutige bis zurück nach 1968 ist; durch die politisch-kriegerischen Zäsuren der dreißiger und vierziger Jahre aber konnte die Übergangsphase »von Weimar zu Hitler« als abgeschlossene Ära präsentiert werden. Das aus reichhaltigen Quellen schöpfende Werk, das mittlerweile in der siebten Auflage vorliegt, wurde übrigens von der historistisch bornierten geschichtswissenschaftlichen »Zunft« z.T. mit Skepsis aufgenommen. Bracher hatte die Jahre der Präsidialkabinette mittels staats- und demokratietheoretischer Modelle analysiert, wie sie von Ernst Fraenkel und anderen vor Hitler in die USA geflohenen liberalen und sozialdemokratischen Intellektuellen entwickelt worden waren — Modelle, die Politik als Ausdruck auch von Klassenkonstellationen begriffen. Er wurde damit zu einem der »Väter« einer modernen Zeitgeschichte als Verbindungsglied zwischen

Geschichte 783

Geschichts- und Politikwissenschaft. Seinem frühen »Hauptwerk« folgten 1960 (mit Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz) »Die nationalsozialistische Machtergreifung« und 1969 »Die deutsche Diktatur«. In den folgenden Jahren — Bracher bekleidete seit 1959 den wichtigen Bonner Lehrstuhl für Politische Wissenschaften und Zeitgeschichte — geriet die Alternative Demokratie—Diktatur in seinen Schriften allerdings immer formaler, und namentlich im Begriffsstreit pro »Totalitarismus« und contra »Faschismus« klang vieles scholastisch und verkrampft, mehr staatsbürgerlich-propagandistisch als wissenschaftlich innovativ. Die bemühte Abwehr der 68er»Gefahren« war spürbar.

Die Festschrift zum 65. Geburtstag ist als aktuelle Momentaufnahme des von ihm so stark geprägten »mainstream« bundesdeutscher Zeitgeschichtsschreibung ein interessantes Dokument. Angeordnet sind die gut drei Dutzend Beiträge in vier Teilen: Der erste — »Epochenwandel und Kontinuitätsprobleme deutscher Geschichte« wird eröffnet von Klaus Hildebrand, einem der Hauptakteure im sog. »Historikerstreit« auf der konservativen Seite. Sein trotz einiger nationalgeschichtlicher Platitüden lesenwertes Plädoyer für einen Ersatz der These vom »deutschen Sonderweg« durch die Sichtweise auf europäische nationale »Eigenwege« (32) endet in der offenen Frage, ob die »scheinbar gelungen vollzogene Integration der Bundesrepublik in den Westen« (33) wirklich irreversibel sei. Ob dieserart eher besorgt oder als Postulat nachdrücklich vorgetragen, enden auffallend viele Beiträge mit der dürftigen Beschwörungsformel (hier Alexander Schwan über deutschen Liberalismus und nationale Frage im 19. Jahrhundert), daß »auf der Grundlage unserer nun und in Zukunft engen Bindung an die liberalen westlichen Demokratien« (59) oder speziell die USA die beste Deutschlandpolitik liege. Daß dies innenpolitisch auch auf sozialliberale Bündnisse gemünzt werden könnte, wird - nach der Autorenliste nicht überraschend - nur ausnahmsweise von Susanne Miller akzentuiert. Nach Essays der amerikanischen Historiker Gordon A. Craig über »preußische Offiziere gegen den Militarismus« und Fritz Stern über die Geschichte des deutschen Judentums schließt ein weiterer Hauptbeteiligter des »Historikerstreits«, Andreas Hillgruber, den ersten Teil ab. Seine Reflexion des historischen Orts des Ersten Weltkrieges wiederholt die traditionelle These vom »passiven Sich-treiben-Lassen im Strom der Bewegungen« (111), dem Hineinschliddern der europäischen Kabinette in den Krieg, als habe es keine Fischer (der Name fällt auch nicht)-Kontroverse gegeben.

Beim zweiten Teil »Weimarer Republik und nationalsozialistische Diktatur« fällt zunächst auf, daß die Weimarer Republik und deren Ende, Brachers wichtigstes Forschungsfeld, nur schwach vertreten ist. Die Artikel über die NS-Zeit fassen z.T. mehr oder minder bündig, mitunter polemisch, die bekannten Auffassungen der Autoren zusammen: Konrad Repgen verteidigt von katholischer Position her gewohnt präzise das Reichskonkordat, Hermann Graml wendet sich anhand der Außenpolitik des »Dritten Reiches« gegen die These vom »schwachen Diktator« Hitler, Albrecht Tyrell beleuchtet die wichtige politische Rolle Görings 1930/33; Martin Broszat interpretiert die Ausbootung der NSBO-Führung 1934; Manfred Funke periodisiert mit den Etappen »Auswanderung-Aussiedlung-Ausrottung« prägnant die »Tateinheit von Rassen- und Machtpolitik«. Abgeschlossen wird dieser Teil mit einer (unkritischen) Würdigung des Auswärtigen Amtes in der NS-Diktatur von Walter Bussmann und einem Beitrag von Klemens von Klemperer, der den deutschen Widerstand gegen Hitler »im Lichte der konservativen Tradition« auf den Nenner einer »Wiederentdeckung der religiösen Dimension oder deren Übersetzung in den politischen Bereich« (267) bringen will (zu diesem »Widerstand« gehört auch der 1934 in den Gruppenkämpfen des Regimes ermordete Papen-Adlatus Edgar Julius Jung (267, 275), ein

besonders fanatischer Demokratiehasser). — Der dritte Abschnitt gilt der »Vorgeschichte und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland«. Nach einer einleitenden Skizze von Gerhard Schulz über die Aufteilung Deutschlands durch die Allijerten beschreibt Peter Hüttenberger die »Deutsche Gesellschaft 1945« im Zustand staatlicher Desorganisation und tiefgreifender Wanderungsbewegungen als Folge des Krieges. Hüttenberger hebt vor allem darauf ab, daß die Wanderungen nicht nur zu einer Durchmischung der Gesellschaft führten, sondern sie damit auch für Einflüsse von außen empfänglich machten (320). In einer Situation der moralischen Krise seien 1947/48 einerseits »begierig die Angebote des Westens« aufgegriffen worden, während andererseits »fast naiv« versucht worden sei, eigene »ethische und philosophische Traditionen zu beleben« (326). Diese Spannung thematisiert Rudolf Morsey in einem interessanten Beitrag über »Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik«. Der ehemalige Reichskanzler hatte 1954 in einem vielbeachteten Vortrag für Einigung optiert und Adenauers zu weitgehende Westbindung kritisiert. Die von Regierungsseite aus gelenkte Welle der Kritik, mit der Brüning, der danach rasch resignierte, überschüttet wurde, illustriert den westintegrativen Sog in den fünfziger Jahren, der auch in den Beiträgen von Werner Link über die »außenpolitische Staatsräson« und von Alfred Grosser über die deutsch-französischen Beziehungen angesprochen wird, sowie negativ-spiegelbildlich im Beitrag von Hans-Adolf Jacobson über die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1955.

Gegenüber den außen- und sicherheitspolitischen Themen (zu erwähnen ist noch die vornehmlich rüstungswirtschaftlich-immanente SDI-Kritik von Christian Hacke) erscheint die Innenpolitik untergewichtig behandelt. Hier gibt es einmal eine Invektive von Hans-Helmuth Knütter gegen den »Antifaschismus« als »eine Fundamentalnorm«, die »zunehmend durch die Art der Anwendung negative Wirkungen entfaltet« (365). »Statt zu reinigen, vergiftet sie die politische Atmosphäre, so wie ein im Übermaß eingenommenes Medikament statt Heilung Krankheit bewirkt.« (Ebd.) Demgegenüber wird auf nicht eben hohem Niveau die Überwindung des Antifaschismus durch den Antitotalitarismus beschworen. Zum zweiten gibt der Sprecher des Bundespräsidenten Friedbert Pflüger eine offiziös klingende Skizze vom Selbstverständnis des formal höchsten Amtes in der Bundesrepublik; ganz vorsichtig wird übrigens Gustav Heinemann kritisiert (390).

Der vierte Teil »Politische Ideengeschichte und moderne Herrschaftstheorie« vereinigt heterogene Beiträge von Zwi Yavetz über Kaiser Augustus bis zu Kanzlerberater Wolfgang Bergsdorf über Politik und Fernsehen; Joachim Fest schreibt über Theodor Mommsen, Wolfgang Mantl über Parlamentarismusdiskussion in der Sozialdemokratie im ausgehenden 19. Jahrhundert; Wilhelm Bleek hebt deutsche Einflüsse bei der Gründung der Politikwissenschaft in den USA hervor. Beiträge von Peter Graf Kielmannsegg und Brachers Lehrstuhlnachfolger Hans-Peter Schwarz, die — noch einmal — die Überlegenheit westlicher Demokratie hervorheben, bilden den Abschluß des Bandes, dem auch eine Bibliographie der Schriften Brachers angefügt ist.

Soziale Bewegungen und Politik

Hovestadt, Volker: José Carlos Mariátegui und seine Zeitschrift »AMAUTA« (Lima 1926-1930). Verlag Peter Lang, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1987 (261 S., br., 57.- SFr)

Hovestadts Buch weckt Hoffnung auf eine Auseinandersetzung mit Mariáteguis wichtigsten politischen Theorien, die weitgehend in den letzten Jahren seines Lebens formuliert wurden — in der Zeit also, als auch AMAUTA erschien (1926-1930). Diese Auseinandersetzung, so hofft man, ließe sich verknüpfen mit der Untersuchung der Rolle, die die Zeitschrift in der peruanischen und lateinamerikanischen Debatte dieser Zeit gespielt hat.

Der Autor beginnt mit einem Abriß der peruanischen Geschichte, schließt eine Lebensbeschreibung Mariáteguis an und faßt schließlich dessen in AMAUTA veröffentlichte Artikel zusammen. Vor allem die ersten beiden Kapitel bestehen in einer Aufzählung von Fakten; jede inhaltliche Auseinandersetzung wird sorgfältig vermieden. Um so gespannter erwartet man das vierte und letzte Kapitel, das nun endlich der Debatte gewidmet sein soll. Die Tatsache, daß nicht Mariáteguis bekanntestes Buch Siete ensayos de interpretación de la realidad peruana (1928; dt. 1986, Argument Verlag), sondern AMAUTA die wichtigste Quelle darstellt, läßt hoffen, daß auch solche Fragen erörtert werden, die in der Regel im Zusammenhang mit Mariáteguis Revolutionstheorie eher im Hintergrund stehen. Hierzu gehört nicht zuletzt die Bedeutung, die Mariátegui Georges Sorel und vor allem dessen Werk »Über die Gewalt« beimaß. Es ergäbe sich die Gelegenheit, zu untersuchen, welche Rolle Religion und Mythos im Verhältnis zur Revolution für Mariátegui haben. In verschiedenen Aufsätzen griff er die sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale scharf an, weil sie seiner Meinung nach jeglichen Voluntarismus aus ihrer Politik entfernt hatten. Für Mariátegui dagegen mußte die revolutionäre Hoffnung nicht nur intellektuell überzeugen, sondern auch die Herzen der Menschen ergreifen, um zu einer gesellschaftlichen Kraft werden zu können. Das Bedürfnis, die Grenzen des individuellen Lebens zu überschreiten und sich als Teil eines kollektiven Prozesses zu empfinden, ist nach Mariátegui allen Menschen eigen, und nur eine politische Bewegung, die in der Lage ist, dieses Bedürfnis zu artikulieren, wird die Massen wirklich vertreten und anführen können. Für die peruanische Situation bedeutete dies insbesondere die Notwendigkeit, die seit über 300 Jahren enttäuschten Hoffnungen der indianischen Landbevölkerung zu formulieren, ihre Mythen und Erlösungsträume ernst zu nehmen und mit der revolutionären Perspektive zu verknüpfen. In größerem Maße als jeder anderen peruanischen Partei gelang es der »Alianza Popular Revolucionaria Americana« (APRA) Haya de la Torres, die symbolischen und mythischen Traditionen andinen Ursprungs auf die Mühlen der eigenen Politik zu lenken. Leider findet sich bei Hovestadt zu diesem wichtigen Aspekt Mariáteguischen Denkens nichts, was über die zitierte Sekundärliteratur hinausginge. Mariáteguis Anknüpfen an Sorel wird nur als taktisches Eingehen auf die anarchistische Tradition der peruanischen Arbeiterbewegung interpretiert (206), als Ausschlachten »moderner ideologischer Strömungen« nach »Elemente(n) ..., die sich für die Sache der Revolution einsetzen ließen« dargestellt (207) oder unter »Irrationalismus« verbucht (218).

Den Überlegungen Mariáteguis zur Perspektive der Revolution in Peru ergeht es nicht viel besser. Der Dreh- und Angelpunkt seiner Revolutionstheorie war die Erkenntnis des weltweiten kapitalistischen Zusammenhangs, in den auch die Länder eingebunden sind, deren interne Strukturen noch von vorkapitalistischen Traditionen geprägt sind. Diese Kombination kapitalistischer und vorkapitalistischer Elemente

bezeichnete Mariátegui als »semikolonial« oder »semi-feudal«. Er nahm damit die zentralen Argumente der Abhängigkeitstheorie und der Diskussion über die Produktionsweisen vorweg, einschließlich ihrer politischen Konsequenzen: da eine nachholende kapitalistische Entwicklung unmöglich war, stand in Peru die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung. Die zahlenmäßige Bedeutungslosigkeit des Industrieproletariats wurde für Mariátegui von der Tatsache ausgeglichen, daß es in den indianischen Bauern einen Verbündeten hatte. Denn diese ersehnten auf Grund ihrer indianischen Traditionen nicht ihre Umwandlung in kleine Landbesitzer, sondern die Fortsetzung und Weiterentwicklung ihrer kommunitären Lebensweise. (Der Bezug auf die indianische Tradition wird schon im Titel von Mariáteguis Zeitschrift deutlich. »Amauta« bedeutet in Quechua, der Sprache der Mehrheit der peruanischen Indianer, »Lehrer«, »Weiser«) Wenn von der bis heute gültigen Aktualität Mariáteguis die Rede ist, hätten diese Überlegungen eine gründliche Überprüfung verdient. Dabei wären sie sowohl an der gesellschaftlichen Realität zur Zeit ihrer Formulierung zu messen, als auch an der heutigen Situation Perus und anderer lateinamerikanischer Länder. Leider fällt bei Hovestadt der internationale Zusammenhang, der bei Mariátegui eine so zentrale Rolle spielt, nahezu vollständig unter den Tisch. Dazu hat er große Schwierigkeiten, das Verhältnis von sozialer Revolution, antiimperialistischer Befreiung und nationaler Integration, das komplexe Geflecht von ethnischen und Klassenkonflikten bei Mariátegui in den Griff zu bekommen. Mehrfach verwirren sich Hovestadt dabei die Kategorien: er verwechselt Leibeigenschaft mit Sklaverei (116), nationale Integration mit Einheitsfront (216), Genossenschaftswesen mit »Korporatismus« (120).

Noch ein Wort zum Umgang mit der Literatur. Die Fülle der Anmerkungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wesentliche Quellen fehlen. So ist es z.B. nicht möglich, die Diskrepanzen zwischen Mariátegui und der Komintern ohne Rückgriff auf die Protokolle der Tagung der lateinamerikanischen KPs in Buenos Aires 1929 zu behandeln, ebensowenig wie man die inhaltlichen Differenzen zwischen Mariátegui und Haya de la Torre ausschließlich auf der Basis der Arbeit von Cesar Germaná schildern kann, anstatt Originalzitate der beiden Autoren heranzuziehen. Auch sonst verläßt sich Hovestadt viel zu sehr auf seine Sekundärautoren und übernimmt unbesehen deren inhaltliche Urteile.

In seiner Heimat gibt man sich schon lange nicht mehr damit zufrieden, Mariátegui, wie Hovestadt es tut, dafür zu loben, daß er als erster »versuchte, die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus systematisch auf die Verhältnisse in Peru anzuwenden« (241). Dieser Autor, dessen Leben eine Kette von Debatten, Auseinandersetzungen und Polemiken war, ist in Lateinamerika heute Ausgangspunkt für neue, z.T. auch umstrittene Thesen, die die Diskussion über die Situation des Kontinents vorantreiben, nicht frühere Kontroversen wiederholen. Hier gibt es einiges von Peru zu lernen.

Koslowski, Peter: Die postmoderne Kultur. Gesellschaftlich-kulturelle Konsequenzen der technischen Entwicklung. Perspektiven und Orientierungen (Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes Band 2). Verlag C.H. Beck, München 1987 (192 S., br., 32,- DM)

Koslowski, Schüler Spaemanns, einer der jüngeren und einflußreichen Neokonservativen, unternimmt in diesem durchaus nicht voluminösen Buch einen Parforceritt: In flottem Galopp durch Philosophiegeschichte, Kultur- und Sozialwissenschaften, an den neuen sozialen Bewegungen vorbei, durch Gefilde der Ästhetik, der (Kultur-)Politik. Dabei geht es ihm um einen philosophisch begründeten, akutellen und

das heißt auch praktisch-politischen »kultivierenden Zugang zur Wirklichkeit«. Dieser »unterscheidet sich vom technischen durch die Berücksichtigung der Neben- und Rückwirkungen des eigenen Tuns auf die Totalität der Bezüge des Tuns und durch die Anerkennung des Eigenrechts der Dinge, der Tatsache, daß die Dinge unabhängig von unseren technischen Zwecken und Interessen eine eigene immanente Teleologie und Zweckhaftigkeit aufweisen« (5).

Im dritten Kapitel (»Die post-moderne Signatur des Zeitalters«) ordnet Koslowski die Strömungen und Fraktionen und konstruiert den Gegensatz von Moderne und Postmoderne, so wie er ihn sieht. Er grenzt sich dabei ab vom »Anarcho-Liberalismus der französischen Postmodernisten« und kündigt einen »postmodernen Essentialismus« Marke Eigenbau an (26). Dieser soll ontologisch »Substanzdenken und Subjektivitätsphilosophie« vereinigen, sozialphilosophisch »eine naturrechtlich-liberale Synthese aus der aristotelisch-thomistischen Naturrechtstradition und den Traditionen eines konstitutionellen und personalisierten Liberalismus ... leisten« (ebd.). Gegen Habermas' »philiströse« Diskurstheorie macht Koslowski geltend, sie bleibe dem totalitären Anspruch der diskursiven Vernunft noch verhaftet. Echte »Widerlager« gegen deren »Systemzwang« seien nicht aus Theorien des kommunikativen Handelns zu gewinnen, sondern -- in Einklang mit »der älteren Frankfurter Schule« — aus diesen drei Momenten: der »messianischen Hoffnung auf das Absolute«, dem »Eingedenken der Natur« und der »Selbstbehauptung und Unverletzlichkeit eines Personenzentrums«, das sich freilich durch »Partizipationsfähigkeit an einem Diskurs« (29) definiere.

Den Schwerpunkt bildet das Kapitel IV (»Analyse des gegenwärtigen Kulturbewußtseins«). Koslowski geht hier entlang der Scheidelinie Modern-Postmodern vor. die, als sei dieses Begriffspaar nicht schon simplifizierend genug, zuweilen auf den Gegensatz »Anthropomorphismus versus Technomorphismus« (33) schrumpft. Behandelt werden die »drei Hauptprovinzen der Kultur«, Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft. Es ist zwar erfreulich, wenn sich iemand, der über Fragen nachdenken will, die quer zu den verschiedensten Fachdisziplinen stehen, auch getraut, den übergroßen Respekt vor den jeweiligen Fachautoritäten abzuschütteln und draufloszusynthetisieren und zu generalisieren. Wie aber Koslowski verfährt, das macht die Gefahr eines solchen kecken Vorgehens deutlich. Man kann nämlich auch, anstatt allgemein zu reflektieren, universell dilletieren. Beispiel 1: Auf dem Sektor Ontologie läßt Koslowski den »Realismus« mit dem »Materialismus« streiten. Die »Essentials des Marxismus« (38) läßt er, um sie alsdann zu widerlegen, allein von Robert Steigerwald vertreten. Beispiel 2: Koslowski stellt, um die Moderne der Hypertrophie und der Inhumanität zu überführen, ein Zerrbild her. Er tut etwa so, als habe »die Moderne« schrankenlos und unreflektiert eine quasi asoziale »Emanzipation aller Begierden« (47) gefordert. Als sei es nicht um die Emanzipation der Menschen gegangen. Beispiel 3: Die Darstellung der neuen, »kultur- und identitätsorientierten sozialen Bewegungen« (67f.) erfolgt ohne Sachkenntnis. Dazu streut Koslowski im Stile eines Plauderers in den gesamten Text eine Reihe kleinerer Nebenbemerkungen und Apercus ein, die zuweilen Stilblüten-Qualität haben (»Kultivierung des Lebens ist auch ein Beitrag zur Lösung des Energieproblems«; 73), zuweilen auch Haarsträubendes hinzufügen: »AIDS zeigt, daß wir Modernen geglaubt haben, die Natur Lügen strafen zu können.« (47)

Lesenswert ist dieses Buch dennoch. Es enthält einige modernisierte, d.h. die Entwicklungen der letzten Jahre und insbesondere auch die inneren Entwicklungen der linken, grünen, alternativen Politik und Kultur verarbeitenden Begründungen für konservative Gesellschaftspolitik. (Z.B. zur »Phase der qualitativen Steigerung der

kulturellen Selbsttätigkeit, die auch wieder größere Differenzierungen in den Ergebnissen der Selbsttätigkeit akzeptiert und die Talente stärker fördert als den Durchschnitt«; 52.) Interessant ist auch die sich von Lübbe und den »technokratischen Konservativen« abhebende Diskussion kultureller Vielfalt. Koslowski ist hier, etwas salopp formuliert, weniger zynisch und in den Begründungen eher christlich-fundamentalistisch. Das erlaubt ihm in der kulturtheoretischen und -politischen Argumentation ein interessantes Wechselspiel von »Gefühl« und »Härte«. Pluralismus wird abgelehnt, weil er »gleiche Gültigkeit aller Lebensordnungen und -deutungen« heiße. Es gehe aber darum, eine Toleranz zu praktizieren, die als »Duldung« verschiedener Subkulturen und abweichender Lebensnormen auf Grundlage der »Normalität der Normalkultur« (155) verstanden wird.

Schließlich ist aufschlußreich, nicht nur, daß, sondern auch wie armselig im einzelnen in dieser als ökologisch und technikkritisch betrachteten Richtung des Neokonservatismus dann argumentiert wird, wenn es konkret wird, konkret werden muß: Die Überlegungen zu dem Abschnitt »Wirtschaft als Kultur« bleiben wolkig, bewegen sich in der Sphäre einer Ethik, die sich auf den gesellschaftlichen Produktionsprozeß des bösen Technomorphismus und der Umweltschäden nicht einläßt. Schlimmer noch, es wird entweder ganz ideologisch, wenn beispielsweise die »Produktionskultur der Dienstleistungsgesellschaft« als »weiblich« (106) gelobt wird (Simmel läßt grüßen), oder naiv: Koslowski fordert eine »ethisch-kulturelle Hegung des Wettbewerbs« (72).

Göhler, Gerhard (Hrsg.): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand — Probleme — Perspektiven. Westdeutscher Verlag, Opladen (249 S., br., 44,- DM)

Der Band bemüht sich um eine Bestandsaufnahme »von der Beschäftigung der Politikwissenschaft mit Institutionen über den Rahmen allgemeiner Institutionentheorie zur rechtlichen Dimension politischer Institutionen, ihrer systemtheoretischen Modellierung bis zur Institutionenkritik in Marxismus und Kritischer Theorie« (9).

Zwar gibt es alle möglichen Aussagen zu Institutionen — angefangen vom jungen Parsons über Hariou, Gehlen, Schelsky, Luhmann bis Adorno, aus systemtheoretischer, handlungstheoretischer und hermeneutischer Sichtweise —, fragt man jedoch, worin sich die politischen Institutionen von anderen unterscheiden, so erfährt man gerade, daß ihre Aufgabe in der »Herstellung und Durchführung allgemeinverbindlicher Entscheidungen« besteht (Göhler, 17; Waschkuhn, 71; Greven, 102). Die Betonung der Verbindlichkeit steht dabei im Zusammenhang mit dem Problem der Herrschaft. Waschkuhn z.B. genügt die »gesellschaftsspezifische Frage nach der Öffentlichkeit und Verbindlichkeit von Herrschaft« (71), während Markl erneut Montesquieus »Frage nach dem gestalterischen und legitimierenden Wie der Herrschaftsformationen« (200) stellt. Die extremste Position nimmt Willms ein: »Unter der Voraussetzung des Willens zur allgemeinen Existenz ist das Ergebnis der durch Furcht vor sich selbst angeleiteten Freiheit die Institutionalisierung von Ordnungsmacht und Zwangsgewalt« (224). Da die Menschen ohne die »konkreten Ordnungen« nicht leben könnten, andererseits das Aufklärungsdenken, der zentrale Gegenstand seiner Polemik, von Beginn an ein »institutionelles Defizit« (227) aufweisen mußte, konnte Marx »den eigentlichen Grund für den Weltbürgerkrieg unserer Gegenwart legen« (227)! Greven ist einer der wenigen, der nach der historischen Konstitution von »Ungleichheit und Herrschaft« fragt und diese mit dem »historischen Anspruch von Gleichheit und Freiheit« (100) kritisieren will. Daß aber die konkreten Formen einer »bewußten kreativen Politik der Institutionalisierung« des »Anspruch(s) auf gesellschaftlich vollzogene Selbstbestimmung« (104) unklar bleiben, ist wohl Grevens überallgemeinem Verständnis der Institutionen als dem »bewußt gewählten Mittel für politische Zwecke« geschuldet. Hervorzuheben ist jedoch seine (aktuelle) Fragestellung, ob nicht »die im Staat organisatorisch zusammengefaßte öffentliche Gewalt eine permanente Bedrohung der mit ihr dem Modell nach doch angestrebten Sicherheit und Ruhe« (103) sei.

Könnte man bis jetzt die politischen Institutionen als Mittel bzw. Instrumente der Herrschaftssicherung (»Systemerhaltung«, Göhler, 12) auffassen, obwohl nirgendwo deutlich wird, welche Herrschaft spezifisch gemeint ist: die einer Klasse oder Elite usw., so gibt es andererseits viele Hinweise auf die »Eigenlogik« (Münch, 181) von Institutionen. Ebbighausen nennt »organisatorisch-politische Auffangmechanismen und institutionelle Elastizitäten« (65), Markl erwähnt das »Feld des Kontingenten« (197), Göhler spricht von deren »Eigenwert« (10). Funktionale Notwendigkeit und eigensinnige Kontingenz — dies sind die beiden Pole, zwischen denen die Institutionen eine Rolle spielen. Die Frage, wie dieser eigendynamischen Tendenz der Beharrung analytisch beizukommen wäre, bleibt ungeklärt.

Ein Abschnitt beschäftigt sich mit der Institutionenkritik (Lenk, Willms, Brockmeier-Lohfing), die oft mit »dem« Marxismus assoziiert wird: Göhler weist auf das Dilemma hin, »ob der radikalen Negation bestehender Institutionen antizipierend bereits positive und wünschenswerte Formen entgegengestellt werden können« (13) und sieht für die marxistische Politiktheorie ein »Defizit an institutionentheoretischer Fundierung« (24). Von Beyme zufolge hat der »Neomarxismus« (51) der »Revitalisierung des Staatskonzepts« zum Durchbruch verholfen, da »auch Autoren wie Miliband oder Poulantzas zunehmend Anleihen bei der Systemtheorie gemacht hatten« (51). Die Annäherung von politökonomischer Staatstheorie und Systemtheorie sei einer der bemerkenswertesten Prozesse in der neuen Theorieentwicklung, der statt »einer neuen Staatsvergottung ... eher Ideen der Deregulierung oder Dezentralisierung entwickelt« (51). Eine ausführlichere Diskussion gibt es bei Brokmeier-Lohfing unter dem Titel: »Kann der Marxismus Institutionen begründen?« Er fragt nach »Bedingungen der Möglichkeit einer Theorie politischer Institutionen bei Marx und Engels« (229) und stellt bei ihnen eine »eigentümliche Theorielosigkeit« (230) fest. Mit Hilfe von Negt/Kluges »Geschichte und Eigensinn« und ihrem Theorem der Politik als Produktion versucht er die bisherige marxistische Denkweise zu kritisieren. Politisches Handeln sei immanent nur als Ausfluß staatlich-bürokratischer Organisation zum Zwecke der Klassenherrschaft« (223) gesehen worden. Da andererseits schon Marx und Engels sich implizit auf Institutionen bezogen hätten (Perspektive des friedlichen Übergangs zum Sozialismus), sei es möglich, »über ein vertieftes Verständnis des Überbaubegriffs zur Institutionenbegründung und damit zum Politikbegriff des Marxismus zu kommen« (233). Aber auch hier bleibt problematisch, daß kein herrschaftstheoretischer Schnitt gelegt wird durch das Politische und das Institutionelle. Wie ist eine emanzipatorische politische Praxis vorstellbar, die nicht von vornherein in den Institutionen bzw. Apparaten absorbiert ist? Und wie müssen Institutionen verfaßt sein, die sich gegen Herrschaft sperren?

Carsten Wiegrefe (West-Berlin)

Ökonomie

Gangl, Manfred: Politische Ökonomie und Kritische Theorie. Ein Beitrag zur theoretischen Entwicklung der Frankfurter Schule. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1987 (309 S., br., 58,- DM)

Im Blick auf das Auseinanderfallen der Politischen Ökonomie und ihrer Kritik läßt sich die anhaltende Krise des Marxismus in diesem Jahrhundert mit Gewinn untersuchen. Dies, scheint mir, ist die Hauptstoßrichtung des Buches. Die langsame, aber unumkehrbare Entwicklung der Politischen Ökonomie von einer Sozialwissenschaft in eine technische Kunstlehre auf der einen, die Verwandlung des Konzepts der Kritik von einer Bestimmung der strukturellen Widersprüche in der Realität zu einer Hierarchie von Theorie- und Forschungsweisen auf der anderen Seite haben beide die Spaltung von Theorie und Praxis sowie das allgemeine Einverständnis mit dieser Spaltung besiegelt.

Die Ursprünge dieser Krise reichen zurück bis ans Ende des 19. Jahrhunderts und die Anfänge des Reformismus- und Revisionismusstreits. Einen Teil des Problems schreibt der Autor jedoch ganz richtig einigen Zweideutigkeiten in den Schriften des späten Engels zu. Als die wichtigste erscheint Engels' Bemerkung über die »Wechselwirkung« einer Menge von »Faktoren« in einem Kräfteparallelogramm, in dem ökonomische Verhältnisse »in letzter Instanz« den Ausschlag geben. »Faktoren«, mithin eine »faktorielle« Konzeption der Realität, haben bald den Diskurs beherrscht. Das führte zu manchem Daten-Fetischismus, aber auch, mit größerer Tragweite, zu einem positivistischen und neukantianischen Einschlag im politischen und theoretischen Denken der Arbeiterbewegung und ihrer Intellektuellen. Politik und Theorie waren nicht nur deutlich geschieden — das bedeutete die Krise des Marxismus ursprünglich —, sondern sie mußten getrennt sein, da sie von verschiedenen Kräften bestimmt wurden.

Doch war dies zweierlei. Man kann sehr wohl akzeptieren, daß es richtig ist, praktische Politik und Theorie auseinanderzuhalten, ohne darum der Reduktion der Politischen Ökonomie auf reine Ökonomie zustimmen zu müssen. Seinerzeit wurde beides in der Tat gleichgesetzt, von Anhängern wie von Kritikern dieser Entwicklung. In einigen der besseren Kapitel des Buchs (insbesondere in dem über Grossmann und Grünberg) werden die verschiedenen Aspekte der damaligen Situation beschrieben. Jedoch geht Gangl von einem impliziten und unbegründeten methodologischen Standpunkt aus: Es sei möglich, an dem von Marx gemeinten Sinn einer Kritik der Politischen Ökonomie unverändert festzuhalten. Diese recht naive Annahme spielt in die ganze erste Hälfte des Buchs hinein, ohne als solche thematisiert zu werden. Sie macht einige ungelöste Probleme in dieser Arbeit verständlich, insbesondere die Frage eines positiven Zugangs zur Einheit von Theorie und Praxis und die Frage nach dem exakten Ort einer Kritik der Politischen Ökonomie in einer Gesellschaftstheorie.

Das Buch informiert breit über die politischen und theoretischen Hintergründe der Gründung des Instituts für Sozialforschung und der Entstehung der Kritischen Theorie. Überzeugend stellt Gangl dar, wie Horkheimer als Direktor Aufbau und Zusammenhang der Forschung veränderte. Die hauptsächlichen Arbeiten Grünbergs (und damit auch die seiner wichtigsten Mitarbeiter wie die Grossmanns) wurden an den Rand gedrängt, die Sozialphilosophie übernahm die Schlüsselposition in einem Programm empirischer Sozialforschung, das zum Aufbau einer Gesellschaftstheorie dienen sollte. Von nun an wurde Sozialphilosophie mit Marx' Kategorie der »Kritik« gleichgesetzt; die Beziehungen zwischen empirischer Forschung, den Einzelwissen-

Ökonomie 791

schaften und der Sozialphilosophie sollten mit der Marxschen Unterscheidung zwischen »Forschung« und »Darstellung« erfaßt werden. Für die Politische Ökonomie war Horkheimers Programm daher eine erneute Bestätigung ihres Status als Spezialdisziplin auf einem begrenzten Feld.

Faktisch war dies Pollocks Gebiet, und die zwei Kapitel über Pollock gehören zu den zentralen Teilen des Buchs. Gangl gibt Pollocks Beiträge zur Planungsdebatte und zur Theorie des Staatskapitalismus zutreffend wieder. Auch seine These, daß die Debatte um den Staatskapitalismus und der Bruch mit Neumann, den diese hervorrief, Horkheimer und Adorno stark beeinflußt haben, ist wohlbegründet. Das ist für sich genommen nicht neu, aber die systematische Entwicklung des Arguments verdient hervorgehoben zu werden. Ohne die Vorstellung einer Möglichkeit administrativer Manipulation der Ökonomie wäre die »Dialektik der Aufklärung« in der Tat ein anderes Buch geworden. Und ohne Pollocks Thesen hätte der Wechsel von der Kritik der Politischen Ökonomie zur Kritik der Technologie nicht in der gleichen Weise stattfinden können.

Damit ist nicht gesagt, daß Pollocks Beitrag für die Kritische Theorie unentbehrlich war, obwohl Gangl gerade dies behauptet. Das ist m.E. eine Schwäche, die man feststellen kann, wo der Autor ohne Umschweife von Pollock zu Benjamin übergeht (233ff.). Es ist eine Sache, den Einfluß von Pollock und Benjamin auf Horkheimer und Adorno anzuerkennen. Es ist etwas anderes, sie in die Kritische Theorie einzugliedern. Könnte es nicht sein, daß gerade das Projekt, die Vorstellung des Staatskapitalismus und die zugrundeliegende Idee der Herrschaft administrativer Rationalität mit dem »schwachen Messianismus« Benjamins zusammenzubringen, mehr von den Inkonsistenzen als von der Abgeschlossenheit der Kritischen Theorie zeugt?

Diese zugegeben rhetorische Frage führt zu einer wichtigeren zweiten. Es ist m.E. nicht richtig, insbesondere Adornos Denken zu einem Ausfluß der Krise des Marxismus zurechtzustutzen. Adornos und Horkheimers Denken hängt von Anfang an mit den Geschicken der Aufklärung, insbesondere ihres deutschen Erbes, zusammen. Denn die Kategorien Kultur und Zivilisation haben, ganz unabhängig vom Marxismus, eine viel längere Geschichte als die Marxschen Konzepte Basis und Überbau, deren Platz sie angeblich einnehmen sollten. Kultur und Zivilisation kommen in der deutschen Philosophie von Mendelssohn über Spengler zu Horkheimer und Adorno und werden in Habermas' Werk wieder aufgenommen, dessen Unterscheidung zwischen Arbeit und Interaktion oder zwischen Lebenswelt und System unter anderem dies Thema noch einmal variiert. Hier gibt es einen Zugang zur Frage nach der Beziehung zwischen Politischer Ökonomie und der Möglichkeit von Kritik, der weitere Untersuchung verdient. Er hätte Gegenstand eines Schlußkapitels in Gangls wichtigem Buch sein können.

Martinez-Alier, Juan: Ecological Economics. Basil Blackwell, Oxford 1987 (288 S., Ln., 29,50 £)

Seit Anfang der siebziger Jahre, im Windschatten der sogenannten »Energiekrise«, haben sich die Versuche, zur fachwissenschaftlichen Integration des Ökologieproblems verdichtet. Im Falle der Fachökonomie bestand diese in einer Subsumtion der Fragen der Ressourcenbewirtschaftung und der Schadstoffproduktion unter das überbrachte neoklassische Instrumentarium. Diese Subsumtion hat aber auch die »fundamentale« Frage nach der Angemessenheit dieses Instrumentariums gestellt und für vielfältige Vorschläge einer ökologisch fundierten Ökonomie Anlaß gegeben. Die vom Raster der fachwissenschaftlichen Differenzierung nicht erfaßten — und daher der Vergessenheit anheimgefallenen — Vorläufer für diese aktuellen Vor-

schläge und der mit ihnen verbundenen Diskussionen stellt Martinez-Alier in seinem Buch vor. Sind es heute die Ökonomen (oder sonstige Sozialwissenschaftler), die nach den für die ökologische Erweiterung ihres Fachs dienlichen naturwissenschaftlichen Theoremen Ausschau halten, so zeigt das vorliegende Buch, daß die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichende Vorgeschichte dieser Bemühungen umgekehrt von Physikern, Biologen, Chemikern usw. getragen wurde, die sich um eine sozialwissenschaftliche Nutzanwendung ihrer Theorien bemühten.

Dabei dokumentiert dieses Buch, daß »ökologische Ökonomie« für ein doppeltes Unterfangen steht: zum einen Kritik an der herrschenden Fachökonomie und zum anderen Skizzierung der Umrisse eines alternativen Theoriegebäudes. Hinsichtlich des ersten Aspekts arbeitet der Verfasser aus den vorgestellten Ansätzen vor allem zwei kritische Implikationen für die Fachökonomie heraus: Erstens muß die gesamtwirtschaftliche Rolle der Landwirtschaft neu bewertet werden. Während die Fachökonomie (mit Verweis auf Preisrelationen) der industrialisierten landwirtschaftlichen Großproduktion eine steigende Produktivität zuschreibt, zeigen sowohl empirische Studien wie auch einzelne der vorgestellten Ansätze, daß die Energieproduktivität der Landwirtschaft (Verhältnis des Output zum Input in Energieeinheiten ausgedrückt) beständig abnimmt. Dies stellt unmittelbar die Frage nach der ökologischen Auskunftsfähigkeit der Geldpreise (vgl. 3 und Kap. 2, 7). Zweitens erweist sich die präferenztheoretische Behandlung der intertemporalen (genauer: intergenerationalen) Allokation von erschöpfbaren Ressourcen als Fiktion, insoweit noch nicht lebende (oder artikulationsfähige) Generationen von der Entscheidungsfindung über die Rate, mit der die Zukunft »abdiskontiert« werden soll, ausgeschlossen sind. Dies stellt vielmehr unmittelbar die Frage nach der sozialgeschichtlichen Genese von Zukunftsbewertungen (vgl. 4f. und Kap. 11 über Hotellings Beitrag und seine Vorläufer). Der Verfasser zeigt, daß die auf diese Weise eingeschränkte Erklärungsreichweite von Preisen und Präferenzen (als zentralen Kategorien der herrschenden Fachökonomie) die Notwendigkeit ihrer Ergänzung um thermodynamische und soziokulturelle Betrachtungen mit sich bringt.

Wesentlich schwieriger als die Kritik an der Fachökonomie sind die positiven Umrisse einer ökologischen Ökonomie zu skizzieren. Zwar haben der russische Naturwissenschaftler Podolinsky und der österreichische Physiker und Mathematiker Sacher (nicht zu verwechseln mit dem Erfinder der Sacher-Torte!) versucht, energietheoretische Einsichten im Verhältnis zu den Kategorien der politischen Ökonomie (wie Arbeit, Gebrauchswert, Tauschwert usw.) zu diskutieren (vgl. Kap. 3 und 4). Mehr als eine plumpe Analogisierung hat dies aber bislang nicht erbracht (was nicht ausschließt, daß durch eine Vertiefung dieser Diskussion neue Einsichten zu gewinnen sind). Der eigentliche Grund für diese Vermittlungsprobleme dürfte wohl in der von M. Weber (in Auseinandersetzung mit dem Chemiker Ostwald) herausgearbeiteten Differenzierung des modernen Wissenschaftssystems (vgl. Kap 12) zu sehen sein. Jede Fachwissenschaft zeichnet sich durch eigene Erkenntnisobjekte und einen set eigener Regeln und Sätze aus, die auch dann schwer aufeinander beziehbar sind, wenn sich reale Interdependenzen zwischen diesen Erkenntnisobjekten auftun (vgl. 189ff.). Diese wissenschaftstheoretischen und wissenschaftssoziologischen Barrieren für das interdisziplinäre Projekt einer ökologischen Ökonomie sind um so gravierender, als auch die Marxsche Theorie (bzw. der Marxismus) — als einer der wenigen systematisch angelegten Versuche für ein integriertes sozialwissenschaftliches Vorgehen — sich durch ein mangelndes ökologisches Problembewußtsein auszeichnet (das der Verfasser allerdings etwas kurzschlüssig aus erkenntnistheoretischen und ideologischen Hindernissen zu erklären versucht) (vgl. Kap. 14, bes. 224).

Ökonomie 793

Der Verfasser beschränkt sich auf das Vorstellen jener Ansätze, die sich mit dem Problem der Gewinnung und des Verbrauchs von erschöpfbaren Energieressourcen beschäftigen (1). Ausgeklammert bleiben also im Bereich Energiewirtschaft der Umgang mit regenerierbaren Ressourcen, aber auch die Atomenergie. Nicht behandelt werden auch die anderen wichtigen Bereiche des Ökologieproblems: die mit der Stoffumwandlung verbundene Schadstoffproduktion, komplexe Umweltzerstörungen (etwa in Gestalt der Landschaftszerstörung) und last but not least Lebensweltveränderungen (etwa in Gestalt großstädtischer Agglomerationen). Insofern kann und will der Verfasser nicht den Anspruch erheben, das Themenspektrum einer ökologischen Ökonomie abzudecken, ganz zu schweigen von dem beschränkten Charakter, den eine theoriegeschichtliche Archäologie notwendigerweise haben muß (vgl. 9). Um so mehr wird das Buch von Martinez-Alier aber zu einer unentbehrlichen Orientierungshilfe für diejenigen werden, die sich für das schwierige Projekt einer über die fachwissenschaftlichen Kanonisierungen hinausgehenden ökologischen Fundierung der Ökonomie interessieren. Frank Beckenbach (Bonn)

Prokla 71: Ein Markt und viele Welten. Rotbuch Verlag, West-Berlin 1988 (165 S., br., 16,- DM)

Infolge der Schuldenkrise lag das Hauptaugenmerk der entwicklungstheoretischen Diskussion der achtziger Jahre bislang auf nationalen und regionalen Entwicklungspotentialen, wobei in einer Vielzahl von Fallanalysen die spezifischen Reproduktionsräume und deren politische Gestaltungsmöglichkeiten untersucht wurden. Durch die technologische Dynamisierung und über die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB) institutionell diktierte Partizipation droht das »Prinzip Weltmarkt« nationale Gestaltungsspielräume — politisch wie ökonomisch — aber zunehmend einzuengen. *Prokla* zufolge ist der Weltmarkt »Vehikel der Modernisierung, Katalysator der radikalen Umgestaltung von Menschen und Landschaften, Protagonist universeller Tendenzen der Weltoffenheit gegen provinziellen Mief, Demiurg der kapitalistischen Umgestaltung« (8). Entsprechend sucht das Heft die Diskussion auf globaler Ebene voranzutreiben, indem es den Weltmarkt zur Zielscheibe macht.

Der englische Entwicklungssoziologe David Booth (»Marxismus und Entwicklunssoziologie: Der Weg in die Sackgasse«) arbeitet die vermeintlichen Mängel marxistischer Entwicklungstheorie und deren beschränkte Erklärungswerte heraus. Sein Hauptgewicht legt er auf die Dependenztheorie, die er mit dem »Produktionsweisenstreit« und der »Theorie des ungleichen Tauschs« kontrastiert, die sich aber als unhaltbar erwiesen habe. Marxistische Theorie unterstelle sich dem metatheoretischen Erklärungszwang, nachzuweisen, »das das gesellschaftliche Geschehen im Zeitalter des Kapitalismus nicht nur erklärbar, sondern in stärkerem Sinne, *notwendig* ist« (32). Diese funktionalistische Komponente, die in allen neueren Erklärungsansätzen zu finden sei, mache die Debatte kurzsichtig und eindimensional.

Kurt Hübner (»Flexibilisierung und die Verselbständigung des monetären Weltmarkts. Hindernisse für einen neuen langen Aufschwung«) stellt sich der neoklassischen Auffassung entgegen, mit einer Flexibilisierung des Institutions- und Produktionssystems sei das Instrumentarium einer neuen Akkumulationsphase bereits gegeben. Er sieht die nationale und internationale Stabilität durch Flexibilisierung und Marktregulierung noch stärker gefährdet. Seine Argumentation setzt, der »Regulationsschule« folgend, im Jahr 1973 mit Freigabe der Wechselkurse, der Einführung eines Flexkurssystems und dem damit verbundenen Ordnungsverfall des Bretton-Woods-Systems an. Dieser Übergang habe einen Risikoabsicherungsbedarf nach

sich gezogen, der durch den »Aufbau einer internationalen Kreditökonomie« (55) zu einer Verselbständigung der Geld- und Finanztransaktionen führte, welche wiederum die »Ablösung der geld- von der realwirtschaftlichen Sphäre beschleunigte« (56). Seither ist durch die Herausbildung eines monetären Weltmarktes die realwirtschaftliche Akkumulation blockiert: Zinsansprüche konkurrieren mit den Profitraten aus der Produktion, so daß der Unternehmenssektor einen zunehmenden Anteil seiner Gewinne aus Finanzanlagen, nicht aus produktiven Prozessen bezieht. Eine einfache Rückkehr zu einem Regulierungssystem mit festen Wechselkursen ist offenbar nicht mehr möglich. Die Umkehr dieser Entwicklung sei nur mittels verstärkter Kontrollmechanismen über die monetäre Sphäre zu erreichen, die derzeit aber nicht auszumachen sind.

Barbara Töpper analysiert die argentische Verschuldungsproblematik »in erster Linie als ein Problem der internen Macht- und Verteilungsverhältnisse« (79) und nicht als Ausbeutung des Landes durch das internationale Finazkapital. Die Verantwortung für die Ursache der Verschuldung sieht sie eindeutig bei den Repräsentanten der »patria financiera«, der argentinischen Finanzoligarchie, die sich durch die Kreditaufnahme bereicherte und sie als nationalen Umverteilungsprozeß nutzte. Diese Erkenntnis ist so zutreffend wie banal. Schließlich müssen Kreditverträge auch unterzeichnet werden, was nicht durch das Land geschieht, sondern durch spezifische Repräsentanten. Auf welche Weise sich die »patria financiera« mittels der Verschuldung bereicherte, wird genausowenig analysiert wie die argentinische Finanzoligarchie selbst. Der skizzierte Lösungsweg des Verschuldungsproblems ist deshalb wenig überzeugend. Zwar trifft zu, daß eine dauerhafte Lösung das nationale Elitenproblem und die innenpolitischen Probleme berücksichtigen muß. Aber selbst wenn man eine Entkoppelung des politischen Systems und seines Gestaltungsfreiraums gegenüber der ökonomischen Situation für möglich hält, ist der Systemzwang, die bestehenden Schulden zu bedienen, noch nicht entfallen.

Nicola Liebert kommt zu dem Ergebnis, daß das bisherige Schuldenmanagement für die Banken durchaus erfolgreich verlaufen ist. »Die Banken und damit das internationale Finanzsystem sind nicht mehr unmittelbar bedroht durch renitente Schuldner. « (97) Durch eine veränderte Kreditvergabestrategie, Erhöhung der Rückstellungen und gezielte Nutzbarmachung der Finanzinnovationen zur Risikominimierung ist es ihnen offenbar gelungen, sich von der Verschuldungssituation der Entwicklungsländer abzukoppeln und damit aus der Gefahrenzone zu bewegen. Liebert führt aus, daß das bisherige Schuldenmanagement primär den Interessen des Finanzkapitals gehorchte, wodurch sich zunehmend Konflikte mit dem Produktionssektor, speziell mit den Exportindustrien der Industrienationen, entwickeln. Betrachtet man die Banksituation allein unter den Variablen der Schuldenkrise, trifft Lieberts These tendenziell zu, wenn auch nicht mit der von ihr vorgetragenen Eindeutigkeit. Für eine Gesamteinschätzung des Finanzsektors scheint diese Perspektive allerdings nicht ausreichend. Beispielsweise wären bei den amerikanischen Banken hierfür die Auswirkungen des internen Verschuldungsprozesses, die Folgen des kollabierenden Agrarsektor und die Wettbewerbskonkurrenz mit europäischen, insbesondere aber mit japanischen Kreditunternehmen stärker zu berücksichtigen. Der Artikel verdeutlicht aber, daß sich die traditionellen Konfliktlinien verschoben haben und alte Argumentationsketten schnell hinfällig werden. Im Zeitalter des »electronic banking« können sich binnen Stunden dramatische Veränderungen vollziehen, wie der Börsencrash nachdrücklich unter Beweis stellte. Klaus Enderle (West-Berlin)

Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

Alisch, Rainer, 1952: MA, Studium der Philosophie an der FU Berlin. A: Philosophie im Faschismus

Anders, Günther: siehe Argument 167 Beckenbach, Frank: siehe Argument 168

Bengtsson, Jan Christer, 1945; fil.cand., Doktorand der Filmwissenschaft an der Univ. Stockholm, Fotograf und Filmemacher. V: Zu Peter Weiss und filmwissenschaftlichen Themen

Blanke, Horst Walter: siehe Argument 169

Bourdieu, Pierre, 1930: Prof. f. Kultursoziologie an der Ecole Pratique des Hautes Etudes, Paris: lehrt am »Collège de France«. V: Zur Soziologie der symbolischen Formen (1970): Entwurf einer Theorie der Praxis (1976): Die feinen Unterschiede (1982)

Brackmann, Michael, 1961; M.A.. Doktorand an der Fak. für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Univ. Bochum. A: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte seit der Frühindustrialisierung

Bratz, Jutta, 1936; Grundschullehrerin, Studium der Psychologie. V: Sportlehrerin sein oder Auf der Suche nach dem Glück (in: Sportpädagogik 2/83). M: GEW

Brockner, Ursula, 1952: Dipl.-Päd., wiss. Mitarbeit bei der Fraktion Die Grünen im Bundestag (AK Wirtschaft, Bereich Selbstverwaltungswirtschaft). A: Selbstverwaltungsökonomie, Neue Soziale Bewegungen und Transformationsprozesse selbstorganisierter Politikfelder. M: Netzwerk Selbsthilfe Köln, Aids-Hilfe Köln, BDW

Daxner, Michael, 1947; Prof. f. Hochschuldidaktik an der Univ. Osnabrück. V: Andere Ansichten der Natur (Mithrsg., 1982); Hochschulen auf dem rechten Weg (Mitautor, 1986). A: Wissenschaftspolitik. Hochschulsoziologie, Philosophie. M: GEW

Enderle, Klaus, 1961; Dipl.-Pol. A: Entwicklungsforschung und Entwicklungstheorie

Franck, Norbert: siehe Argument 167

Geiling, Heiko. 1952; Dr.phil., wiss. Mitarbeiter am Institut f. pol. Wissenschaften der Univ. Hannover. V: Die moralische Ökonomie des frühen Proletariats (1985). A: Sozialgeschichte, Neue Soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Sozialstrukturanalyse

Ghisu, Sebastiano, 1961; Dr.phil., z.Zt. Studium der Philosophie an der FU Berlin. A: Politische Philosophie, Marxismus. M: KPI

Götze, Karl-Heinz, 1947; Dr.phil., Lektor an der Univ. Nizza; Redakteur des Argument. V: Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz (1980). A: Gegenwartsliteratur, Literatur des 19. Jh.: Geschichte der Germanistik

Hardisty, Jean, 1945; Ph.D. Direktorin des Instituts Political Research Associates in Cambridge/Mass. V: Speakers Manual On Abortion (1981). A: Chicago Abused Women Coalition, Crossroods Fund, Ms. Foundation for Women, Illinois, Justice Foundation, Center for Democratic Renewal

Haug, Frigga: siehe Argument 170

Hermansson, Carl-Henrik, 1917: Chefredakteur bei Ny Dag bis 1964; Parteivorsitzender der schwed. Linkspartei/Kommunisten (VPK) von 1964-75; Abgeordneter des Reichstages 1963-85. V: Monopol und Großfinanz (schwedisch, 1962); Kommunisten-Lebensläufe, 2 Bde. (schwedisch, 1980); Schweden im Netz des Imperialismus (schwedisch, 1986); Beiträge in der Reihe Internationale Sozialismus-Diskussion (AS 61, AS 95) sowie in Socialism in the World. A: Ökonomie, Soziologie; Politik

Hünlich, Reinhold: siehe Argument 168

Immerfall, Stefan; Dipl.-Soz., wiss. Mitarbeiter an der Univ. Passau. V: Wahrnehmungsweisen empirischer Sozialforschung (Mitautor, 1985). A: Wahlsoziologie, Theorien des sozialen Wandels, Histor. Sozialwiss.

Jansen, Birgit: siehe Argument 169

Jehle, Peter: siehe Argument 170

Jungehülsing, Mechthild, 1949: Doktorandin (Geschichte, Politik) an der FU Berlin. A: Demokratie in Lateinamerika

Karl. Helga. 1950: Dipl.Soz., EDV-Organisatorin. V: Automation im Arbeiterleben, AS 79 (Mitautorin, 1983); Widersprüche der Automationsarbeit (Mitautorin, 1986). A: Automationsforschung, Kulturarbeit, Frauen. M: GEW, Kulturpolit. Gesellschaft

Keupp, Heiner, 1943; Dr., Prof. für Sozialpsychologie an der Univ. München. V: Psychosoziale Praxis im gesellschaftlichen Umbruch (1987); Soziale Netzwerke (Mithrsg., 1987); Riskante Chancen (1988). A: Gemeindepsychologie. Soziale Netzwerke, Psychokultur

Kiesel, Helmuth, 1947; Dr.phil., Prof. f. neuere deutsche Literaturwissenschaft an der Univ. Bamberg. V: Erich Kästner (1981); Literarische Trauerarbeit. Das Exil- und Spätwerk Alfred Döblins (1986). A: Deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts

Korver, Ton, 1946; DRS., wiss. Mitarbeiter an der Univ. Amsterdam

Krätke, Stefan, 1952; Dr.Ing., wiss. Ang. an der HdK Berlin. V: Bodenrente und Stadtstruktur (1979); Kommunalisierter Wohnungsbau (1981); Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie (1984). A: Stadtökonomie; Wohnungswirtschaft; Gemeinwirtschaft

Krätke, Michael: siehe Argument 168

Leggewie, Claus, 1950; Prof. f. Politikwissenschaft an der Univ. Göttingen. V: Kofferträger (1984); Der König ist nackt (1986); Der Geist steht rechts. Ausflug in die Denkfabriken der Wende (21987)

Lichtenberger, Hans-Jürgen, 1948; Dipl.-Soz., Dipl.-Päd., Bild- und Textjournalist. V: Männer für Mädchen — eine Inhaltsanalyse (1987). A: Nahrungsmittelhilfe, Neonazismus, Erziehungs- und Sozialwesen. M: DJUG

Magenau, Jörg: siehe Argument 167

Mücke, Hubert, 1955; Doktorand (Hist. Geographie) an der Univ. Bonn. A: Alltags-, Regional- und Umweltgeschichte. M: Geschichtswerkstatt, Init. Kulturwissenschaftler f. Frieden u. Abrüstung

von Oertzen, Eleonore, 1952; wiss. Mitarbeiterin am Institut f. Soziologie der Univ. Hannover. V: José Carlos Mariátegui — Revolution und peruanische Wirklichkeit(Hrsg., 1986); Mosquitia — die andere Hälfte Nicaraguas (Mithrsg., 1987); Peru. Eine Länderkunde (1988). A: Soziologie, Lateinamerikas, lateinam. Kolonialgeschichte

Oeser, Hans-Chrstian: siehe Argument 170

Peitsch, Helmut: siehe Argument 170

Petchesky, Rosalind Pollack, Prof. f. Political Science und Koordinatorin von Women's Studies an der Hunter College-City Univ. of New York. A: Abortion and Woman's Choice: The State, Sexuality and Reproductive Freedom (1985)

Räthzel, Nora, 1948; Dipl.-Päd., Mitarbeiterin im Projekt Migration und Rassismus in Europa. Redakteurin des Argument. V: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein (Mithrsg., 1986). A: Frauenbewegung, Rassismus. M: in der Frauenredaktion des Argument

Reinerth, Hadwig, 1945; Dipl.-Sozialwirt, z.Zt. arbeitslos. A: Medizinsoziologie, Persönlichkeitstheorie. M: ÖTV

Reusswig, Fritz, 1958; Dipl.-Soz., Mitarbeiter der Forschungsgruppe Soziale Ökologie (Frankfurt). V: Das Bellen des toten Hundes (Mitautor, 1988). A: Philosophie und soziol. Probleme der gesellschaftlichen Naturbeziehung; Kritische Theorie. M: GEW

Rommelspacher, Birgit: siehe Argument 169

Schildt, Axel: siehe Argument 167

Schnurr, Stefan, 1958; Student, A: Pädagogik, Sozialarbeit, Sozialstaat, Bildung, M: Die Grünen

Schubert, Dirk, 1947; Dr. rer. pol., Akad. Oberrat an der TU Hamburg-Harburg. V: Krise der Stadt (Hrsg., 1981); Lesebuch zur Wohnungsfrage (Mitautor, 1983); »Neue Heimat« (Mitautor, 1983). A: Wohnungsmarkt, Stadterneuerung, Stadtbaugeschichte

Sklorz-Weiner, Monika, 1958; Dipl.-Psych., wiss. Mitarbeiterin in der Kontaktstelle für Senioren-Studium, Univ. Marburg. A: Geschlechtsrollenwandel, Frauen und Technik

Wascher, Uwe, 1944; Dr.phil., Wiss. Mitarb. V: Das Schülerbüro als Lernort der Arbeitslehre (1984); Perspektiven in der Arbeitslehre (Mitautor, 1985). A: Polytechnik/Arbeitslehre, Schulpädagogik

Weber, Thomas: siehe Argument 170

Weinbach, Heike: siehe Argument 169

Wiegrefe, Carsten, 1960; Dipl.-Pol. A: Theorie der Politik

Zahl, Peter Paul, 1944; gelernter Drucker; Schriftsteller und Regisseur, lebt auf Jamaica. V: Die Glücklichen (Schelmenroman, 1979/86); Johann Georg Elser. Ein deutsches Drama (1982); Aber nein, sagte Bakunin und lachte laut (1983). A: Belletristik, Aufbau eines Theaters in Ostjamaica. M: BdS, PEN

Zahn, Horst-Dieter, 1950; Dipl.-Päd., z.Zt. Doktorand an der Fak. f. Geistes- und Sozialwissenschaften der Univ. Hannover. A: Konservatismus, politische Philosophie, neue Technologien

JOURNAL FÜR SOZIALFORSCHUNG



2'88

Zur sozialwissenschaftlichen Theorie des politischen Spektakels

M.Edelman: Die Erzeugung und Verwendung sozialer Probleme

Wahlforschung

H.-H.Hoffmann/J.Krautwig: Die Landtagswahlen 1987/88 in der Bundesrepublik Deutschland: Kontinuität der Trends

ISIS-Meinungsprofile:

Demoskopische Streiflichter aus Ungarn
Politische und wirtschaftliche Situation 1986
... im Vor- und Rückblick / Mehr Vertrauen
als Zufriedenheit / Verbindungen zwischen
Privatleben und Politik — Klassische »Entfremdung« / Zufriedenheit/Unzufriedenheit
mit politischen Institutionen / Die Lage der
Demokratie / Political Competence — Ungarn im internationalen Vergleich / ... und
des Rätsels Lösung: »Ohne uns aber für uns«
/ Die Hierarchie der Interessen / Ungarn —
Parlamentarismus ohne Staatsbürger

Forschungsnotiz über die »schweigende Mehrheit« der Jugendlichen

R.Ebbinghausen/F.Tiemann/G.Cadel/Th. Grahn: Mündigkeitspathos, Ohnmachtserfahrung und der Rückzug in die Clique

Buchbesprechungen: Umbrüche in Südwestund Osteuropa

M.Dauderstädt: Süderweiterung der EG G.Mangott/Z.Mlynár: Perestroika

Journal für Sozialforschung 1980-1988 28. Jg. 1988

Im Auftrag der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) herausgegeben von Bernd Marin. — Redaktion: Peter Blaha, Vera Blaha, Gerratue Gügerell. — Erscheint vierteljährl. Einzelheft 05 95.: DM 14.: sfr. 14.. Jahresabo: Einzelpersonen ÖS 300.-; für Lehrlinge. Schüler. Studenten. Wehr- und Zivildienstpflichtige ÖS 120.: Redaktionsadresse: Maria-Theresien-Straße 9/8b, 1090 Wien

9'88

Kommune-Thema

C.Klinger: Andere Leiden — andere Kämpfe. Überlegungen zu einem andersartigen Verständnis von Differenz im Feminismus

Zurzei

L.Luks: Die polnisch-sowjetischen Beziehungen auf dem Prüfstand

K.Seifert: Abschied von Schweizer Mythen. Ein Gespräch mit Andreas Gróss, »Gruppe für eine Schweiz ohne Armee«

B. Kleinhaus: Wie Naturschutz die Naturzerstörung vorantreibt

Schwerpunkt

J.Halfmann: Die Erosion des naturwissenschaftlich-technischen Instrumentalismus

E.Hanzig: Philosophische Überlegungen zu mathematisch-physikalischen »Chaostheorien«

Debatte

W.Polster/K.Voy: Irrtümer in der Schuldendiskussion

H.Wiesenthal: Rehe am Weltmarkt. Zum Weltbildproblem linker Wirtschaftspolitik

J.Müller/B.Rust: Technikfolgenabschätzung.

Kultur

Sollen wir uns vom sozialistischen Realismus lossagen? Ein Streitgespräch zwischen sowjetischen Literaturwissenschaftlern

G.Seiler: Von »Ökotopia« zum »Kiez-Koller«

B.Wagner: Wider die Kulturseligkeit Th.Gehrmann: Sport & Körper: Olympia — Seoul

Redaktion: M.Ackermann, G.Heinemann, M.Ibrahim-Knoke, J.Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 6 DM, Jahresabo 66 DM. — Kommune, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt II. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach II. II 62, 6000 Frankfurt II



Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus

9'88

lebendige Arbeit — freie Zeit

H.-D.Zahn: Zur Aktualität einer Utopie der

lebendigen Arbeit

I. Kurz-Scherf: Ehekrach und Projektion

international

L.Baier: Notizen aus Frankreich K.Segbers: Moskauer Sommer

Interview mit Ahmad Taheri: Frieden am

Schatt el Arab

theorie

L.Kofler: Manchesterliberalismus und Sek-

F.Heider/M.Mevissen/B.Blüm: Von der Studentenbewegung zum selbstverwalteten

Afanassiew u.a: Barrikaden der Perestojka III.

10'88

USA vor den Wahlen

J.Rogers/J.Cohen: Reagenomics 2

M.Mayer: Barbecue with Bobby Seale — Ein Streifzug durch die Bewegungsscene

Zum 50. Jahrestag der »Reichskristallnacht« D.Claussen: Verwandlung von Verbrechen in

Kultur

Luhmann S.Neckel: Freiheit zur Beliebigkeit — Sy-

stemtheorie der Moral und Resonanzen

18. Jg. 1988

9'88

Medien

R.Uesseler: Intelligentes Fernsehen. In Italien diskutiert man über die Ökologie der bildlichen Darstellung

W.R.Langenbucher: Die Medien als kulturelle Umwelt

W.Neufeldt: Neue Medien zwischen Bildungsanspruch und Kulturindustrie

Ein Gespräch zwischen Tilman Fichter, Peter von Oertzen und Peter Glotz: Über die Zukunft des nationalen Keynesianismus

H.Klaus: Eine Betriebsverfassung zur »Lösung der Gewerkschaftsfrage«?

B.Thierron: Die 6 Leitsätze zur Zukunft der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie

Amerika

G.Eckart: Ein Windflüchter in Amerika N.Birnbaum: Das Modell »Amerika« — An-

spruch und Wirklichkeit

A.M.Mallinckrodt: Politische Entfremdung

in Amerika

E.Marten: Das amerikanische Deutschland-

bild

K. Boemer: Klarsicht nach Westen

35. Jg. 1988

Redaktion: N.Apostolidou, P.Bonavita-Lindloff, H.Burg-winkel, M.Brunlik, D.Behrens, D.Diner, P.E.Jansen, D.Claussen, J.Esser, H.Grin, J.Hirsch, P.Kern, B. Krampe, L.Lodovico, D.Maier, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider, R.Spiss, R. Staudhammer, A.Werle, - Arbeitsgruppe Sozientistisches Bior, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1. — Erscheint monatlich, Einzelheft DM 5.-, Jahresabo DM 54.-, incl. Versand, - Verlag 2000 GmbH, Postfach 102 062, 6050 Offenbach

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner. Walter Dirks. Eugen Kogon † Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Haus-Jochen Wogel, Herbert Wehner, Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl †, Hans Schumacher (verantw.), - Erscheint monatlich, Einzelheft 9,50 zrgl. Versand; Jahrsabo 66. DM zzgl. Versand. - Verlag Neue Gesellschaft, Postfach 20 13 52, 5300 Bonn 2

PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

SOCIALISM IN THE WORLD

30-31'88

Frauen: Arbeit Organisation

R.Rott: Fabrikarbeiterinnen in Brasilien.

Fallstudie über Fortaleza, CE

A.Meentzen: Nahrungsmittelhilfe und Ar-

beitsbeschaffung in Peru

E.M.Bruchhaus: Frauenselbsthilfegruppen: Schlüssel zur Entwicklung aus eigener Kraft oder Mobilisierung der letzten Reserve?

C.Risseeuw: Frauen in der Hausindustrie: Erfahrungen mit Organisationsstrategien

Si, Señora. Hausangestellte in Kolumbien

Chong-Sook Kang: Frauen in den selbständigen/demokratischen Gewerkschaften in Korea

A.Wiener: Gewerkschaftliche Organisation in der mexikanischen Bekleidungsindustrie

V.Bennholdt-Thomsen: Überleben in der Wirtschaftskrise und die Würde der Menschen — zwei Beispiele aus Mexiko

E.Märke: Entwicklung aus Frauensicht?

E.Frieben: Chancen oder Ohnmacht. Einkommenschaffende und subsistenzorientierte Projekte in der Dominikanischen Republik

8. Jg. 1988

66'88

P.G.Casanova: The Theory of the State and Today's World

L.Castellina: The European Community: Opportunity or Negative Conditioning?

S.Devetak: Ethnicity and International Cultural Cooperation

C.Florea/N.Ionel: Le socialsme et la dialectique du rapport national-international dans le monde contemporain

A.G.Frank/M.Fuentes: Social Movements

G.Heimann: Inappropriateness of the Nation-State for Central Europe

O.Höll: The Process of Internationalization and Peripherization-Tendencies of Small European Countries

G.Yankov: The Nation and the Processes of Internationalization in the Contemporary World

G.G. Márkus: The Rise and Decline of National Keynesianism: Implications for Social Democratic Reform Policies

D.Singer: Radical Change and Europe's Nationa-State

J.T. Vejarano: Notes on the National Question

Herausgegeben von der -Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungsholitik e.V.«. – Redaktion: C. Dziobek, D. Haude, W. Hein (verantword.), R. Kößler, H. Lebold, J. Lenz, H. Melber, Th. Mutter, Erscheint vierlejährlich. – Einzelheft 9 DM, Jahresabo 30 DM, Förder-/Institutsabo 60 DM, — Redaktion: c/o Institut für Soziologic, Bispinghof 5-6, 4400 Münster, LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat. and IC »Communist«. NIP Kommunist. Beograd. Yugoslavia.

VI Zeitschriftenschau



vorgange

Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

25'88

1968-1988

H.Wündrich: Das Ende des wissenschaftli-

chen Theaters?

E.Ude: Gewerkschaftliche Interessenvertre-

tung im Theater 1968 bis heute

J.Herwig: Inszenierungen von Weiss' »Marat/Sade« um 1968 und heute

K. Hickethier: Folgen von 1968 für das Fernsehspiel der Bundesrepublik

H. Haarmann: Das Gespenst des Marxismus ging um. Die Selbstverständnisdiskussion der Theaterwissenschaft nach 1968

Theater in Lateinamerika

O.Egelkraut: Das neue Theater in Mexiko

H.Kage/M.Meier: Auf dem Weg zu einem

paraguayischen Theater

J.Bangel: Das »Theatro de Relaciones«. Ein

Stück kubanische Theatergeschichte A. Nicolas: Volkstheater in Haiti

F.Gewecke: »Alma criolla«. Zur Entwicklung des Theaters in der Dominikanischen Republik

Bericht vom ersten Treffen zur lateinamerikanischen Theaterwissenschaft in Paris

94'88

Menschenrechte: Ideologie und Interesse

C.Leggewie: Konservative Menschenrechtspolitik?

U.Rödel: Von den Menschenrechten zur Freiheit assoziierter Bürger

E.Müller: Eine Reise nach Chile

H.Busch: Schmutziger Krieg in Kolumbien

A.Maihofer: Die Menschenrechte haben kein Geschlecht?

A.-A.Guha: Menschenrechte als politisches Kalkül im Ost-West-Konflikt

L'Perels: Kein Sozialismus ohne demokratische Rechtsordnung

M.Szabó: Alternativbewegungen und Modernisierung in Ungarn

Außerdem

R.Appel/D.Hummel: Vom Ausnahmezu-

stand zum alltäglichen Notstand

H.Heinhold: Das neue Ausländerrecht

K.-D.Hoffmann: Panama

K.F.Schumann: Mindeststrafe bei Vergewal-

tigung?

J.Seifert: Kann sich die SPD am SDS rehabi-

litieren?

27. Jg. 1988

Herausgegeber: Verein zur Erforschung theatraler Ver-kehrsformen e.V., Berlin, Redaktion: R.Bohn, B.Gruber, H. Hartnack, F.Iversen, U. Meyen Skupin, E. Müller, P.Oltmanns, P.Roessler, R.Ruppert, H.Stange, F.Stucke, H.Susen, K.Tiedemann, E.Wack. - Ersch. viermal jährl. - Einzelheft 9,50 (plus Versand), Abo 34 DM. - Red.: Großbeerenstr. 13A, 1000 Berlin 61; c/o Dr. P. Roessler, Hebragasse 2/20, A-1090 Wien. - Bezugsadresse: Wochenschau-Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 103-105, 6231 Schwalbach/Ts.

Herausgegeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. daktion: Dieter Hoffmann. - Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zuzgl. Versand. - Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

Zeitschriftenschau VII



TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

wiener tagebuch

marxistische monatsschrift

38'88

Schwerpunkt: Schuldenkrise und Umweltzerstörung

R.Ostermann/M.Tang: Verschuldung und ökologischer Raubbau. Zur Politik von IWF und Weltbank

H. Sioli: Die Folgen der Abholzung im Amazonasgebiet

E.Goldsmith: Offener Brief an den Präsidenten der Weltbank Barber Conable

R.Ostermann: Schuldenübernahme für Naturschutz

M.Kiper: Seuchen aus dem Labor. Das Beispiel Maul- und Klauenseuche

B. Hatch: Neues von der Virenfront

A.Idel: Auf dem Weg zur Turbo-Kuh. Rinderwachstumshormone

W.Quitzow: Sozialdarwinismus und Rassismus. Die ideologische Mobilmachung der Biologie um die Jahrhundertwende

H.Krause: Paul F. Lazarsfeld. Der Begründer mathematisch exakter Sozialwissenschaften

10. Jg. 1988

9'88

Bemerkungen, Ansichten, Kontroversen: Denk mal französisch / »C'est la lutte finale« / Perestroika mit gekreuztem Finger / Perestroika und Kuba / Griechenland: Linke sucht Linke / Im Schatten von Prag / Lob des Pachtwesens / Der verräterische »Isaak« / Ein Funkbild (Reuter) aus dem 20. Jahrhundert

L.Baier: Öffnung zum Stillstand. Frankreichs politisches Klima

R.Swartz: Slowenischer Frühling

A. Michnik: Mehr Träume wagen! Die Stalinismus-Debatte in der Sowjetunion aus polnischer Sicht

P.Rosner: Die Situation der Gewerkschaften ändert sich

L.Beer-Jergitsch: Moskau, Dreißiger Jahre: Vom Leben und Überleben

Zum Tode von Lilli Beer-Jergitsch

 $K.\hbox{-}M.Gauß: Bechers postume Selbstkritik\\$

K.Scheuer: Osmotische Prägung. Über die österreichische Schriftstellerin Alice Pen-

kala

A.Quijada: Hohe Belohnung

Bücher

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Regine Hebestreit, Herbert Mehrtens, Barbara Orland, Ralph Östermann, Rainer Schlag, Rainer Stange, Matthias Tang, Patricia Wolf. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7 DM, Jahrsabo 28 DM. — Verlag und Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61 Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch». — Chefredakteur: Leopold Spira, Redakteur: Christof Reinprecht. Erscheint monatlich. — Einzelpreis ÖS 35,; Jahresabo ÖS 320. (Ausland ÖS 400./DM 60.): Studenten ÖS 200. (Ausland ÖS 250./DM 40.-). — Verlags- und Redaktionsadresse: Belvederegasse IQ, A-I040 Wien »Es heißt oft, die Technologie sei — ähnlich wie Frankensteins Monster — außer Kontrolle geraten. Nicht die Technologie ist außer Kontrolle geraten, sondern der Kapitalismus und die Männer.«

Cynthia Cockburn Die Herrschaftsmaschine



Argument

Cynthia Cockburn

Die

Herrschaftsmaschine
Geschlechterverhältnisse und
technisches Know-how

Wenn wir Frauen die Kontrolle über unser Leben, unsere Arbeit, unsere Umwelt, unsere Beziehungen zu anderen Menschen gewinnen wollen, dann kommen wir um die Aneignung technischen Knowhows nicht herum.

Cynthia Cockburn hat die Arbeitsplätze und -beziehungen von Frauen und Männern, die mit neuen Technologien arbeiten, in vier Bereichen untersucht. Trotz der elektronischen Revolution sind die Männer nach wie vor die Technologen, die Frauen die niedrigbezahlten Maschinenbedienerinnen. Die

geschlechtsspezifisch hierarchisierte Arbeitsteilung ist eine Konstante im Prozeß der technologischen Revolutionierung der Produktion.

Cynthia Cockburn zeigt, auf welchen Wegen es den Männern gelingt, die Macht, die der Kontrolle über die Technologie entspringt, für sich zu reservieren. Hier — und nicht im vermeintlichen Desinteresse oder Unvermögen der Frauen — liegt die Ursache dafür, daß es so wenige Ingenieurinnen, Technikerinnen und Facharbeiterinnen gibt.

Angesichts dieser Herrschaftsmaschinerie mit ihren ineinandergreifenden Rädern von Arbeitsteilung und Kontrolle hat eine bloße Gleichberechtigungspolitik keine Chance. Es bedarf autonomer Frauentechnologieschulungen sowie einer feministischen Gewerkschafts- und Betriebsrätinnenpolitik, um das männliche Technologiemonopol zu brechen.

Aber: »Nichts würde sich zum Besseren wenden, würden wir Frauen einfach nur in die männliche Welt eintreten und unsere eigenen Werte und Anliegen zurücklassen. Die Dinge würden sich verschlimmern ... Der revolutionäre Schritt wäre, die Männer zurück zur Erde zu holen, die Technologie häuslich zu machen und den Zusammenhang zwischen Produzieren und Bewahren neu zu gestalten.«

277 Seiten, br.

Argument

Summaries

Claus Leggewie: The Neoconservatives and the Future

The essay argues against a generalised structural concept of (neo-)conservatism and indicates the considerable differences and struggles: while the mainstream of the right center is affirmatively assimilating to the (former left) ideology of modernisation and overtaking it by compensation; the minority which is orientated conservatively, religiously and towards natural right has principal objections without directing them into a political-institutional and oppositional way.

Horst-Dieter Zahn: "Value Change" in the View of "Technocatic-Conservatism"

First: Especially by digesting the challenges of '68 and the new social movements and in the reception of value change the german neo-conservatives have surmounted stagnation and crisis of conservativ thinking and politics in the sixties. Their concept of individualism, pragmatism and pluralism in every-day-culture as a flexible, reasonable and vital respeonse to and compensation of what they call "crisis of industrial culture" could give useful advice how to support a new (conservativ) synthesis of the juxtaposed values acceptance and self-realization. Second: Some influential sociologists in western Germany ignore the elaborateness of neoconservatism and tend to overestimate the very same "moral culture" and "post-materialistic" values as the overcoming of capitalism which their neo-conservative competetitors depict as its renewing powers.

Fritz Reusswig: Technics and Ecology in the Discourses of the Neoconservatives

The recent boom of west-german neoconservative thought applies both to "compensatory" and "radical" positions: as the first (Marquard and Lübbe) tries to connect culture and technics within the boundaries of capitalist society the second (Spaemann and Jonas) associtates its ecological moralism with a criticism of marxist concepts. Facing both versions an ecologically transformed social rationality has to be developed that seatles beyond current alternatives of left anti-criticism.

Peter Jehle: The Unconditional Rehabilitation of the Germans

Elisabeth Noelle-Neumann, director of an influential as well as conservative institute for public opinion research in the German Federal Republic, establishes on the basis of inquiries concerning the »changes of value« the diagnosis that the Westgermans lack »national pride«. Jehle shows how those forces supports those positions which during the so-called »querelle of historians« propagated the »Schlußstriche« to the importance of the nazi-crimes for the self-esteem of the FRG using the means of empirical social research.

Jean V. Hardisty: Kitchentable-Anticommunism

Along with the rise of the »new right« in the USA at the end of the '70s a conservative form of women's movement grew. Hardisty shows by investigating the way of organisation and the mode of working of the two largest organisations of the women's movement of the »new right« in the USA (Eagle Forum and Concerned Women for America), how women are demanded as conservers of the traditional order. By handling the questions concerning women, consent to all kinds of problems is organised: anticommunism, racism, sexism, religious values, liberty of the capitalistic market, foreign policy.

Rosalind Pollack Petchesky: Fetal Images: The Power of Visual Culture in the Politics of Reproduction In decoding *The Silent Scream*, a new video of the antiabortion movement »prolife«, Pollack Petchesky shows how the neoconservatives in the US make use of the new technologies of visualization to occupy the visual terrain for an ideological struggle over the symbolic meanings of fetuses. Then she examines the effects of reproductive politics and technics on the experience of women and considers some implications of »fetal images» for feminist theory and practice.

Jan Christer Bengtsson: Peter Weiss' »Aesthetics of Resistance« in the Swedish, West-German and GDR-Edition

The colloquial language for Peter Weiss was Swedish. As an author he wrote in German. When his "The Resistance of Esthetics" Part III was published in the FRG 1981 the publisher changed words, espressions and context in his text. The translater in Swedish worked form the original manuscript by Weiss. When the book was published in the GDR 1983 it was from the original intensions by Weiss, here given in examples and comparisons.

Helmuth Kiesel: Aesthetics of Terror or Aestheticism of Terror

K.H. Bohrer tried to reinterprete the »aesthetics of resistance« by Peer Weiss into an »aesthetics of terror« (in the manner of Ernst Jünger) and to denominate the dimensions of »resistance« by doing so. H. Kiesel shows in comparison with it that the manner of representation in the works of Ernst Jünger different to that of Peter Weiss includes a tendency of aestheticism of terror.

Michael Brackmann: From Total War to the German »Wirtschaftswunder«

The author discusses the German Currency Reform from 1948 in a new way. His main thesis is that the class-political principles of this reform have already been worked out between 1943-45 by scientists, industrial leaders and parts of the fascist bureaucracy. After the undonditional surrender most of those experts became influential again because the western occupying powers were unable to resolve the currency-problem without their assistance.

Geschichte

Thompson, Edward P.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse	
(H.Geiling)	777
Erdmann, Karl Dietrich: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Inter-	
nationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences	
Historiques (H.W.Blanke)	779
Schulte, Bernd F.: Die Verfälschung der Riezler-Tagebücher (H.W.Blanke)	781
Funke, Manfred, u.a. (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Festschrift für K.D.	
Bracher (A.Schildt)	782
Soziale Bewegungen und Politik	
Hovestadt, Volker: José Carlos Mariátegui und seine Zeitschrift »AMAUTA«	
(Lima 1926-1930) (E.v.Oertzen)	785
Noelle-Neumann, Elisabeth, und Renate Köcher: Die verletzte Nation. Über	
die Unfähigkeit der Deutschen, ihren Charakter zu ändern (P.Jehle)	676
Koslowski, Peter: Die postmoderne Kultur. Gesellschaftlich-kulturelle Kon-	
sequenzen der technischen Entwicklung (HD.Zahn)	786
Göhler, Gerhard (Hrsg.): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen	
(C.Wiegrefe)	788
Ökonomie	
Gangl, Manfred: Politische Ökonomie und Kritische Theorie. Ein Beitrag	
zur theoretischen Entwicklung der Frankfurter Schule (T.Korver)	790
Martine-Alier, Juan: Ecological Economics (F.Beckenbach)	791
Proble 71: Fin Markt und viele Welten (K Enderle)	793



Detlev Albers Sozialismus im Westen Erste Annäherungen: Marxismus und Sozialdemokratie

Mit dem Irseer Programm (1986) hat sich die SPD wieder ausdrücklich auf die »Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre« als eine ihrer wichtigsten »geistigen Wurzeln« berufen. Welchen Beitrag kann ein erneuerter Marxismus für die Theorie und die Praxis der SPD leisten? Detlev Albers,, Mitglied der II. Programm-Kommission des SPD-Parteivorstandes, behandelt in seinen Aufsätzen u.a. die Grundsatzdebatte in der SPD sowie deren Herausforderungen und Perspektiven.

Argument-Rückschau

170: Projekt Perestrojka

K.Segbers: Zur Dialektik der Perestrojka / W.F.Haug: Gorbatschow — oder Revolution wider die Apathiemaschine / F.Haug, B.Ketelhut: Die Perestrojka und die Frauen / Th.Bergmann: Die zweite Entstalinisierung / P.Ingrao: Togliatti und Gramsci / M.Morgenstern: Israel und der Historikerstreit / S.Kappeler: Pornographie — Rassismus der Darstellung / Besprechungen: Ungarischer Marxismus; Rationalität und Ordnung; Ästhetisierung der Politik; Dallas; Bourdieu; Rechtssoziologie; Frauen in Schule und Hochschule; Zeitgeschichte; Südafrika

169: Feministische Wirklichkeitsarbeit

K.Hauser: Feministische Literatur / M.Atwood: Küchengespräche / C.Kaplan: Klasse, Geschlechtlichkeit und Subjektivität / T.de Lauretis: Rhetorik als Gewalt / N.Chomsky: Der nächste Akt in Mittelamerika / B.Jessop: Postfordismus. Zur Rezeption der Regulationstheorie bei Hirsch / F.Mußmann: Computer, Kultur und soziale Bewegungen / Th.Laugstien: Heidegger in der Praktischen Philosophie / Besprechungen: Moralphilosophie, Feministische Literatur, Medien, Moralische Erziehung, Mittelalter, Frühe Neuzeit, Kirchen im Nachkriegsdeutschland

168: Berichte über die Jugend

R.Hanusch: Fragmentierte Identität / A.Cavalli: Zeiterfahrungen / W.R.Heinz: Selbstsozialisation und Arbeitsmarkt / R.Zoll: Ein neues kulturelles Modell? / E.Wollmann: Zur Scientology-Kirche / S.Benton: Sozialpolitik unter Thatcher / G.Hauck: Zurück zur Modernisierungstheorie? / H.Conert: Gorbatschowsche Reformen / Gespräch mit Daniel Ortega / Besprechungen: materialistische Bibellektüre, Ethik, Auto-Kultur, Berufsbildung, Faschismus, US-Arbeiterbewegung

167: Politik des Kulturellen

V.Braun: Rede zum Schriftstellerkongreß / H.Fleischer: Die Perestrojka erreicht die Philosophie / W.F.Haug: Gramsci und die Politik des Kulturellen / U.Maas: Der Sprachwissenschaftler Gramsci / H.Krüger: Qualifizierungsoffensive — Chance für Frauen? / G.Bensussan: Die Judenfrage in den Marxismen / S.E.Liedman: Institutionenbezogene Ideengeschichte / G.Leaman: Iran-Contra-Affäre / Besprechungen: Blumenberg, Volkskultur, Geschichte der Sozialwissenschaften, Bildungstheorie und Sozialisation, Arbeiterbewegung, Faschismus, Wirtschaftsplanung

166: Politik mit Biologie

D.Haraway: Geschlecht, Gender, Genre / V.Stolcke: Alte Werte — Neue Fortpflanzungstechnologien / H.Allen: Sklavin ihrer Hormone — Prämenstruelle Spannung und Gesetzgebung / G.Bauer: Hitlers Heil im Mund seines Volkes / G.Auernheimer: Klafkis Didaktik / K.A.Geißler, H.Heid: Opfer der Qualifizierungsoffensive / Th.Bergmann: Gemeinsame Erklärung SPD-SED / Besprechungen: Frauen und Philosophie, Literarische Öffentlichkeit, Fünfziger Jahre, Musikgeschichte, Arbeit und Kultur, Lernen und Didaktik, Weimarer Republik, Postfordismus

165: Postfordismus — Kapitalismus quo vadis?

M.Godelier: Produktionsweise als theoretische Kategorie / J.Häusler und J.Hirsch: Regulation und Parteien / W.F.Haug: Nach dem Fordismus: Post-Fordismus? / G.T. Kaplan und L.J.Rogers: Faszination des Androgynen / R.v.Bockel: Pazifisten und Hitler / Zhao Baoxu: Dezentralisation der Macht in China / J.M.Ruiz Marcos: Nicaragua — Überlebt die Revolution? / Besprechungen: Foucault, Rhetorik und Sprachpflege, Kriegs- und Nachkriegsliteratur, Film und Video, Interkulturelle Pädagogik, Mittelalter, Modernisierung der CDU, Frauen und Ökonomie

Buchhandlungen

Berlin 12

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

Augsburg	»probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/579173
Berlin 12	Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/3134017
	das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel. 030/3135056
Berlin 19	Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel. 030/3417432
Berlin 33	das europäische buch, Thielallee 32; Tel. 030/8324051
	Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel. 030/8315089
Berlin 41	Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/851 1509
Berlin 62	Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel. 030/784001
Bremen 1	Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel. 0421/72073
Duisburg	AGORA-Buchhandlung GmbH, Wallstr. 46; Tel. 0203/25507
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel. 0201/231923
Frankfurt	Uni-Buch, Jügelstr. 1; Tel. 0611/775082
Trankluit	Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfestr. 77; Tel. 0611/777303
Fulda	Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934
Hamburg	ARGUMENTE, Rentzelstr. 1; Tel. 040/453680
	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel. 040/449778
	Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel. 040/453801
Hannover	Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel. 0511/17173
Kassel	Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel. 0561/15642
	ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel. 0561/77704
Köln 41	Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel. 0221/420214
Krefeld	Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7; Tel. 02151/66842
Marburg	Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel. 06421/24787
	Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
München 40	
Münster	Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel. 0251/51 414
	ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel. 0251/44926
Oldenburg	Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 0441/13949
Schwerte	Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel. 02304/80033
Stuttgart	Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 9; Tel. 0711/223287
Schweiz	Bern, Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel. 031/228218
	Zürich, Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,
	Froschaugasse 7; Tel. 01/2512674
Österreich	Wien 1, Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel. 0222/433221
	Wien 10, Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20: Tel. 0222/421234

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Lilith Frauenbuchladen, Knesebeckstr. 86-87; Tel. 030/312 31 02

Berlin 62	Frauenbuchladen Labrys, Hohenstaufenstr. 64; Tel. 030/215 25 00
Bielefeld	bambule e.V., August-Bebel-Str. 154, Tel. 0521/6 84 61
Bonn	Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30; Tel. 0228/65 47 67
Dortmund	frauenbuchladen zimpzicke, Adlerstr. 45; Tel. 0521/6 84 61
Bremen	Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12; Tel. 0421/7 41 40
Düsseldorf	Frauen-Bücher-Zimmer, Duisburger Str. 50, Tel. 0211/46 44 05
Frankfurt 90	frauenbuchladen gmbh, Kiesstr. 27, Tel. 069/70 52 95
Göttingen	Frauenbuchladen Laura, Burgstr. 3
Hamburg 20	Frauenbuchladen »Von heute an«, Bismarckstr. 98; Tel. 040/420 47 48
Hannover	Annabee Frauenbuchladen, Hartwigstr. 7; Tel. 0511/32 40 24
Heidelberg	Frauenbuchladen GmbH, Theaterstr. 16; Tel. 06221/2 22 01
Karlsruhe	LUZIA frauen-buchladen, Viktoriastr. 9; Tel. 0721/2 54 46
Kassel	Aradia Frauenbuchladen, Reginastr. 14; Tel. 0561/1 72 10
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4; Tel. 0621/2 16 63
München 40	Lillemor's Frauenbuchladen, Arcisstr. 57; Tel. 089/272 12 05
Osnabrück	mother jones frauenbücher café, jahnstr. 17; tel. 0541/4 37 00
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2; Tel. 07071/2 65 90
Schweiz	Bern, Frauenbuchladen, Münstergasse 41; Tel. 031/21 12 85
	Zürich, Frauenbuchladen, Stockerstr. 37; Tel. 01/202 62 74
4	